

Der Reisecheck

Eine Darstellung des Reisecheckverkehrs unter besonderer
Berücksichtigung des Swiss Bankers Travellers Cheques

DISSERTATION

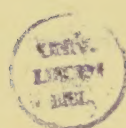
der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von
RENÉ BÖSCH
von Alt St. Johann SG

1907

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Arthur Meier-Hayoz

Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich



Der Reisecheck

Eine Darstellung des Reisecheckverkehrs unter besonderer
Berücksichtigung des Swiss Bankers Travellers Cheques

DISSERTATION

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von
RENÉ BÖSCH
von Alt St. Johann SG

genehmigt auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Arthur Meier-Hayoz

Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 3. Juni 1987

Der Dekan:
Prof. Dr. Claudio Soliva

Die gleiche Arbeit ist im Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich, erschienen als Band 58 der Reihe
Zürcher Studien zum Privatrecht
Herausgegeben von Mitgliedern der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich

Meiner Frau Mirjam

und meinen Eltern

in Dankbarkeit



Digitized by the Internet Archive
in 2026

VORWORT

Anders als in der ausländischen Literatur sind im schweizerischen Schrifttum Fragen des Reisecheckverkehrs bisher kaum erörtert worden. Die wenigen vorliegenden Stellungnahmen betrafen zudem vorwiegend ökonomische Aspekte. Diese Arbeit verfolgt deshalb das Ziel, die bestehende Lücke zu füllen und den Reisecheckverkehr einer eingehenden juristischen Analyse zu unterziehen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht dabei der einzige schweizerische Reisecheck, der SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE.

Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle allen zu danken, die mit ihrem Beitrag zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Mein aufrichtiger Dank gilt vorab Herrn Prof. Dr. Arthur Meier-Hayoz für seine jederzeit uneingeschränkte Unterstützung sowie für die umsichtige und freizügige Begleitung der vorliegenden Dissertation. Bei ihm durfte ich auch eine ausgesprochen reiche Lehrzeit als Assistent verbringen.

Zu grossem Dank verpflichtet bin ich sodann all jenen, die mir mit ihren Beiträgen und Auskünften zur Seite standen. Dieser Dank richtet sich namentlich an die Verantwortlichen des Swiss Bankers Travellers Cheque Centre in Bern, insbesondere an Herrn Beat Müller (Director Marketing), für ihre jederzeitige Gesprächsbereitschaft und die umfassende Unterstützung dieser Arbeit. Dankbar verbunden bleibe ich meinen Assistentenkollegen Frau Dr.iur. Laura Hunziker, Herrn lic.iur. Markus Knellwolf und Herrn lic.iur. Franco Taisch, die mit ihrer fortwährenden moralischen Unterstützung, den vielen anregenden Diskussionen und Ratschlägen sowie der kritischen Durchsicht des Manuskripts dieses Werk gefördert haben.

Mein grösster Dank gilt jedoch meinen Eltern und meiner Frau Mirjam für ihre vorbehaltlose Unterstützung meiner akademischen Tätigkeit, für ihr immerwährendes Verständnis und die vielen Ermunterungen.

Brüttisellen, im Juni 1987

René Bösch

INHALTSÜBERSICHT

1. KAPITEL: GRUNDLAGEN DES REISECHECKVERKEHRS	1
§1 ZWECK UND WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN	1
§2 HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES REISECHECKS	36
§3 ERSCHEINUNGSFORMEN UND DAMIT VERBUNDENE PROBLEME	54
2. KAPITEL: DER SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE	67
§4 GRUNDLAGEN	67
1. ABSCHNITT: DER SBTC ALS WERTPAPIER	105
§5 RECHTSNATUR	105
§6 DER SBTC-VERKEHR AUS WERTPAPIERRECHTLICHER SICHT	148
§7 ERGEBNISSE DES ERSTEN ABSCHNITTS	191
2. ABSCHNITT: DIE RECHTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN AM SBTC-VERKEHR BETEILIGTEN	195
§8 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND DEM ERSTERWERBER	196
§9 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND IHREN KORRESPONDENTEN	230
§10 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND DEN DRITTERWERBERN BEI DER EINLÖSUNG	249
§11 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN ERST- UND DRITT-ERWERBER BEI DER ÜBERTRAGUNG	256
§12 ERGEBNISSE DES ZWEITEN ABSCHNITTS	264

3. ABSCHNITT: RECHTSVERHÄLTNISSE BEI VERLUST UND MISSBRAUCH EINES SBTC	267
§13 DAS VERHÄLTNIS VON REFUND UND KRAFTLOSERKLÄRUNG IM VERLUSTFALL	268
§14 DER MISSBRAUCH DES SBTC	274
3. KAPITEL: DER REISECHECK IM INTERNATIONALEN PRI- VATRECHT UND IN AUSLÄNDISCHEN RECHTS- ORDNUNGEN	280
§15 DER REISECHECK IM SCHWEIZERISCHEN IPR	281
§16 DER DM-REISESCHECK	291
§17 DIE AMERIKANISCHEN TRAVELERS CHEQUES	299
§18 DER THOMAS COOK TRAVELLERS CHEQUE	311
SCHLUSSBETRACHTUNGEN	317
ANHANG	321

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	XX
Literaturverzeichnis	XIV
Amtliche Publikationen	XXXIX
Publikationen verschiedener Reisecheck-Emittenten	XL
 1. KAPITEL: GRUNDLAGEN DES REISECHECK-VERKEHRS	 1
§1 ZWECK UND WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN	1
I. Terminologische Grundlagen	1
1. Der Reisecheck als Check?	1
2. Schreibweise	2
II. Gebrauchszweck	4
1. Der Reisecheck als Bargeldbeschaffungsmittel	4
2. Der Reisecheck als Zahlungsmittel	5
3. Weitere Eigenschaften	6
III. Wirtschaftliche Bedeutung	9
1. Im Dienste des Reiseverkehrs stehende Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs	9
a. Der Reiseverkehr	9
b. Die Reisezahlungsmittel	10
aa. Der Reisekreditbrief	11
bb. Der Reisecheck	12
cc. Der eurocheque	12
dd. Der Postcheque	13
ee. Die Kreditkarten	14
ff. Der REKA-Check	16
gg. Die Geldausgabeautomaten	17
aaa. Der ec-Bancomat	17
bbb. Der Postomat	19
hh. Zusammenfassung	19

2. Die Bedeutung des Reisechecks	21
a. Die wichtigsten Reisecheck-Emittenten	21
b. Der Reisecheck im Konkurrenzkampf mit anderen Reisezahlungsmitteln	24
aa. Reisecheck und eurocheque	25
bb. Reisecheck und Kreditkarte	27
cc. Reisecheck und ec-Bancomat	29
dd. Reisecheck und Postcheque/Postomat	30
c. Würdigung	30
3. Ausblick	31
 §2 HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES REISECHECKS	 36
I. Früheste Bargeldersatzmittel	36
1. Der Wechsel	36
2. Der Check	37
3. Der Kreditbrief	38
II. Erfindung des Reisechecks	40
1. Vorgeschichte	40
2. Der erste Reisecheck der American Express Company	41
III. Weitere Entwicklung des Reisechecks	43
1. Allgemein	43
2. In der Schweiz	46
a. Der Reisepostcheck als erster Schweizer Reisecheck	46
b. Der Verbandsreisecheck der Kantonalbanken	48
c. Die Reisechecks anderer Schweizer Banken und die beginnende Kooperation auf dem schweizerischen Reisecheckmarkt	49
d. Der Swiss Bankers Travellers Cheque	51
 §3 ERSCHEINUNGSFORMEN UND DAMIT VERBUNDENE PROBLEME	 54
I. Allgemeines	54

II. Die Unterschiedlichen Erscheinungsformen	55
1. Unterscheidungskriterien	55
a. Wertpapiernatur	56
b. Vorlegungsfrist	56
c. Einlösbarkeit in örtlicher Hinsicht	57
d. Übertragbarkeit	58
e. Art des verbrieften Rechts	58
2. Unterscheidung nach der Art des verbrieften Rechts	58
a. Formell	58
aa. Reisechecks mit Anweisungsform	59
bb. Reisechecks in der Form eines Zahlungsversprechens	60
b. Materiell	60
c. Schlussfolgerung	62
aa. Deckungsbeweis-Eigenschaft	62
bb. Bedeutung der Form	64
III. Die international-privatrechtliche Vorfrage nach dem anwendbaren Recht	66
2. KAPITEL: DER SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE	67
§4 GRUNDLAGEN	67
I. Allgemeines	67
II. Die am SBTC Beteiligten	68
1. Die Partnerbanken	68
a. Die Partnervereinbarung	68
b. Die Gesellschaftsform	70
c. Das Swiss Bankers Travellers Cheque Centre	73
2. Der Zusammenarbeitsvertrag mit Thomas Cook	75
3. Die Verkaufs- und Depotstellen	76
4. Der Berechtigte	77
5. Die Einlösungs- und Auszahlungsstellen	79
a. Der Begriff der Einlösung	79
b. Die Einlösungsstellen	80



c. Die Auszahlungsstellen	81
d. Die Frage einer Einlöseungskommission	82
III. Die SBTC-Urkunde	84
1. Die graphische Gestaltung	84
2. Drucktechnische Besonderheiten	87
IV. Die Abwicklung des SBTC-Verkehrs	87
1. Herstellung und Versand	88
2. Verkauf des SBTC	89
a. Verkauf	89
b. Abrechnung mit der Zentralstelle	90
3. Auszahlung und Einlösung	92
a. Allgemeines	92
b. Der "Einlösungs"-Vorgang	94
aa. Vorlage durch den Ersterwerber	94
bb. Vorlage durch den Dritterwerber	95
c. Abrechnung mit der Zentralstelle	97
4. Verfahren bei Verlust der Reisechecks (Refund)	98
a. Allgemeines	98
b. Das SBTC-Refund-System	98
c. Der Refund-Berechtigte	100
d. Verhalten bei Verlust	101
e. Refund-Form	101
aa. Standard-Ersatz	102
bb. Sofort-Ersatz	102
cc. Emergency-Refund	103
1. ABSCHNITT: DER SBTC ALS WERTPAPIER	105
§5 RECHTSNATUR	105
I. Einleitung	105
1. Problemanalyse	105
2. Grundlagen der rechtlichen Untersuchung	108

II. Die Ausgestaltung des SBTC	110
1. Das verurkundete Recht	110
2. Die Ausgestaltung der Urkunde	111
a. Die Urkunde	111
b. Die einzelnen Bestandteile	111
aa. Angabe des Verpflichteten	112
bb. Angabe des Berechtigten	112
cc. Unbedingtes Versprechen, eine bestimmte Geldsumme zu bezahlen	113
dd. Angabe des Zahlungsortes	113
ee. Faksimilierte Unterschrift	113
c. Die Verknüpfung von Urkunde und Recht: Die Urkundenklauseln	114
3. Folgerungen	116
a. Unmöglichkeit der Wechselnatur und der Natur eines wechselähnlichen Papiers	116
b. Unmöglichkeit der Checknatur	117
c. Unmöglichkeit eines Zahlungsverprechens an Ordre	117
d. Der SBTC als Ordrepapier?	117
III. Die Zulässigkeit der Ausgestaltung des SBTC als Ordrepapier	118
1. Allgemeines	118
2. Die Grundlagen des Rechts der Ordrepapiere	119
a. Unklare Gesetzessystematik	119
b. Die Stellung des Wechsel- und Checkrechts im Recht der Ordrepapiere	120
c. Fehlende Klärung durch die Materialien	121
d. Problemstellung	122
3. Die grundsätzliche Freiheit zur Ausgabe von Ordrepapieren	123
a. Das Postulat eines numerus clausus	123
b. Die Ablehnung eines numerus clausus	124
aa. Überbewertung des Formzwecks im Wertpapierrecht	124
bb. Die Bedeutung von Art.1145 OR	125
cc. Zusammenfassung	128
c. Die Bedeutung von Art.1152 Abs.1 OR	128
4. Der SBTC als Ordrepapier gemäss Art.1152 OR	131
a. Allgemeines	131
b. Die einzelnen Erfordernisse	131
aa. Bestimmtheit der Summe	131

bb. Bestimmtheit des Erfüllungsortes	132
cc. Bestimmtheit der Erfüllungszeit	133
dd. Angabe des ersten Nehmers	136
ee. Ausdrückliche Ordreklausel	136
ff. Unterschrift	137
c. Zusammenfassung	137
5. Die Ordrepapierqualität des SBTC und reise- checkspezifische Besonderheiten	138
a. Das Erfordernis der doppelten Unterschrift	138
b. Der Refund	140
IV. Abschliessende Würdigung	140
V. Exkurs: Abgrenzungen	141
1. Zum Check	141
a. Gewöhnlicher Check	141
b. Trassiert-eigener Bankcheck	142
c. eurocheque	143
d. Postcheque	144
2. Zur Banknote	144
3. Zum Kreditbrief	146
4. Zur Kreditkarte	147
§6 DER SBTC-VERKEHR AUS WERTPAPIERRECHTLICHER SICHT	148
I. Die Entstehung des SBTC und des darin ver- brieften Rechts	148
1. Die Ausstellung des SBTC als Blankett	148
2. Die Begebung	150
a. Die Lehre vom Begebungsvertrag	150
aa. Der Begebungsvertrag als Voraus- setzung der Rechtsentstehung	150
bb. Rechtslage bei fehlendem oder man- gelhaftem Begebungsvertrag	150
cc. Anwendbarkeit der modifizierten Vertragstheorie auf den SBTC	151
b. Der Begebungsvertrag beim SBTC	152
aa. Die konstitutive Natur des Bege- bungsvertrages	152
bb. Die Begebung des SBTC als Blankett	153

c. Konkretisierung: Die Bedeutung der beiden Unterschriften für die Entstehung des SBTC	155
aa. Die in der Literatur vertretenen Meinungen	155
bb. Die eigene Ansicht	156
d. Zusammenfassung	158
II. Die Übertragung des SBTC	159
1. Allgemeines	159
2. Tradition des SBTC	160
3. Indossament	161
a. Allgemeines	161
b. Die Gegenzeichnung als besonderes Indossament	162
c. Die für den SBTC-Verkehr relevanten Arten des Indossaments	162
aa. Vollindossament	162
aaa. Vollständiges Indossament (Namenindossament)	162
bbb. Blankoindossament	163
bb. Vollmachtsindossament (Inkassoindossament)	164
d. Anmerkungen zur Praxis bei der Übertragung des SBTC	165
aa. Entgegennahme durch einen Dritten oder einen Korrespondenten	165
bb. Entgegennahme durch eine Partnerbank	167
4. Wirkungen des Indossaments	168
a. Fehlende Garantiewirkung	169
b. Übertragungswirkung	169
c. Legitimationswirkung	170
d. Einredebeschränkung	170
5. Nicht-rechtsgeschäftlicher Übergang des SBTC	171
III. Der Verkehrsschutz	173
1. Der Verkehrsschutz in bezug auf die Rechtszuständigkeit	173
2. Der Verkehrsschutz in bezug auf das verbriefte Recht	176
a. Grundlagen	176
b. Die Voraussetzungen für die Einredebeschränkung	178

aa. Die Zurechenbarkeit	178
bb. Das Verkehrsschutzbedürfnis	179
cc. Die Schutzwürdigkeit des Erwerbers	181
c. Ergebnis	181

IV. Die Geltendmachung	182
------------------------	-----

V. Der Untergang des SBTC und des in ihm verbrief- ten Rechts	184
1. Der Untergang des im SBTC verbrieften Rechts	184
a. Erfüllung	185
b. Konfusion	186
c. Verjährung	186
2. Der Untergang des Papiers	187
a. Entwertung der Urkunde	187
b. Kraftloserklärung	188
c. Unmassgeblichkeit des Refunds	190

§7 ERGEBNISSE DES ERSTEN ABSCHNITTS	191
-------------------------------------	-----

I. Der SBTC als Ordrepapier	191
-----------------------------	-----

II. Ausstellung und Begebung	191
------------------------------	-----

III. Übertragung	192
------------------	-----

IV. Verkehrsschutz	193
--------------------	-----

V. Geltendmachung und Untergang	193
---------------------------------	-----

2. ABSCHNITT: DIE RECHTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN AM SBTC-VERKEHR BETEILIGTEN	195
---	-----

§8 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND DEM ERSTERWERBER	196
--	-----

I. Allgemeines	196
----------------	-----

II.	Die Qualifizierung des Reisecheckvertrages	197
1.	Parteien	197
2.	Allgemeiner Inhalt	199
a.	AGB des SBTC-Vertrages	199
b.	Weiterer Vertragsinhalt	201
3.	Rechtsnatur	201
a.	Grundlagen	203
b.	Der Reisecheckvertrag als Innominat-	
kontrakt		204
aa.	Ablehnung der Kaufvertragsnatur	205
bb.	Bedeutung der Refundabrede	207
cc.	Nichtvorliegen eines Hinterlegungsver-	
trages oder eines Darlehens		208
dd.	Verneinung auftragsrechtlicher Elemente	211
ee.	Zusammenfassung und Würdigung	214
III.	Der besondere Inhalt des Reisecheckvertrages	215
1.	Massgebliche Rechtsquellen	215
a.	Grundlagen	215
b.	Bedeutung der AGB	218
2.	Stellung der Partnerbanken	219
a.	Pflicht zu Begebung des SBTC	219
b.	Pflicht zur Einlösung und zur Prüfung der	
Legitimation		221
c.	Weitere Bedeutung des Reisecheckvertrags	
für die Partnerbanken		223
3.	Stellung des Erwerbers	225
a.	Pflichten	225
b.	Weitere Obliegenheiten	226
4.	Refundabrede	227
§9	DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN	
	UND IHREN KORRESPONDENTEN	230
I.	Allgemeines	230
II.	Der Vertrag mit Thomas Cook	231
1.	Grundlagen	231
2.	Qualifikation des Vertrages	231
a.	Allgemeiner Inhalt	231
b.	Rechtsnatur	232

3. Bedeutung des Agreements für den SBTC-Benutzer	237
III. Das Verhältnis zu den Verkaufsstellen	239
1. Grundlagen	239
2. Rechtsnatur	239
IV. Das Verhältnis zu den Einlösungsstellen	241
1. Grundlagen	241
2. Rechtsnatur	241
3. Der Anspruch des Korrespondenten auf Befriedigung durch die Partnerbanken	244
a. Grundlagen	244
b. Voraussetzungen des Auslagenersatzanspruchs	245
§10 DAS RECHTSVERHÄLTNISS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND DEN DRITTERWERBERN BEI DER EINLÖSUNG	249
I. Allgemeines	249
1. Das massgebliche Rechtsverhältnis	249
2. Anmerkung zum Inkasso	251
II. Qualifizierung des Rechtsverhältnisses	252
1. Massgeblichkeit der urkundenrechtlichen Lage	252
2. Fehlender Anspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag	253
§11 DAS RECHTSVERHÄLTNISS ZWISCHEN ERST- UND DRITTERWERBER BEI DER ÜBERTRAGUNG	256
I. Grundlagen	256
II. Übertragung zu Vollrecht	257
III. Übertragung zum Inkasso	260
1. Grundlagen	260

2. Rechtsnatur und allgemeiner Inhalt des Inkassoauftrages	261
§12 ERGEBNISSE DES ZWEITEN ABSCHNITTS	264
I. Der Reisecheckvertrag als Innominatkontrakt	264
II. Das Rechtsverhältnis zwischen den Partnerbanken und ihren Korrespondenten	265
III. Das Rechtsverhältnis zwischen den Partnerbanken und den Dritterwerbern	265
IV. Das Rechtsverhältnis bei der Übertragung des SBTC	266
3. ABSCHNITT: RECHTSVERHÄLTNISSE BEI VERLUST UND MISSBRAUCH EINES SBTC	267
§13 DAS VERHÄLTNIS VON REFUND UND KRAFTLOSERKLÄRUNG IM VERLUSTFALL	268
I. Wirkungen des Refunds	268
1. Auf den Ersterwerber beschränkter Refundanspruch	268
2. Unmassgeblichkeit des Refunds für die wertpapierrechtliche Lage und Auswirkungen für die Partnerbanken	269
II. Bedeutung der Checksperrung durch das SBTCC	271
III. Zusammenfassende Würdigung des Refunds	273
§14 DER MISSBRAUCH VON SBTC	274
I. Allgemeines	274

II. Einzelne Fälle	275
1. Missbrauch durch den Ersterwerber	275
2. Missbrauch durch Dritte	277
3. KAPITEL: DER REISECHECK IM INTERNATIONALEN PRIVATRECHT UND IN AUSLÄNDISCHEN RECHTSORDNUNGEN	280
§15 DER REISECHECK IM SCHWEIZERISCHEN IPR	281
I. Das massgebliche Recht für die Beurteilung der Rechtsnatur	281
1. Nach checkrechtlichen Kollisionsnormen	281
2. Anknüpfung ausserhalb des Checkrechts	283
3. Schlussfolgerung	285
II. Die Rechtsbeziehungen zwischen den am Reisecheckverkehr Beteiligten im internationalen Privatrecht	286
1. Allgemeines	286
2. Der Reisecheckvertrag	287
3. Die Übertragung	288
4. Das Verhältnis zwischen Korrespondent und Emittent	289
§16 DER DM-REISESCHECK	291
I. Grundlagen	291
II. Rechtsnatur	292
1. Ausgestaltung der Urkunde	293
2. Die Schecknatur	293
a. Die Qualifizierung als echter Scheck	293
b. Die Bedeutung der Unterschriften	295
3. Schlussfolgerungen	297

§17	DIE AMERIKANISCHEN TRAVELERS CHEQUES	299
I.	Grundlagen	299
	1. Allgemeines	299
	2. Der Uniform Commercial Code als massgebliche Rechtsquelle	300
II.	Die Travelers Cheques als negotiable instruments	303
	1. Grundsätzliche Qualifizierung als negotiable instruments	303
	a. Die ältere Literatur und Rechtsprechung zum UNIL	303
	b. Die Beurteilung nach dem UCC	304
	2. Spezielle Qualifizierung	306
	a. Travelers Cheques mit Anweisungscharakter	306
	b. Travelers Cheques in der Form von Zahlungsverprechen	308
§18	DER THOMAS COOK TRAVELLERS CHEQUE	311
I.	Grundlagen	311
II.	Rechtsnatur	313
	SCHLUSSBETRACHTUNGEN	317
	ANHANG	
A.	Der Ablauf des SBTC-Verkehrs	
B.	Verkaufsanzeige	
C.	Verkaufsinstruktionen	
D.	Einlöseinstruktionen	
E.	Rückerstattungsantrag	

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A.	Auflage
a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angeführten Ort
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
a.E.	am Ende
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Amexco	American Express Company
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
aOR	altes Obligationenrecht = BG über das Obligationenrecht vom 14. Brachmonat 1881
Art.	Artikel
AS	Sammlung der eidgenössischen Gesetze; Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen, Bern 1948ff.
BB1	Bundesblatt
Bd.	Band
BEA	Bills of Exchange Act, 1882
BG	Bundesgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts; Amtliche Sammlung, Lausanne 1875ff.
BGH	Bundesgerichtshof
BJM	Basler Juristische Mitteilungen, Basel 1954ff.
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen 1848-1947
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, vom 29. Mai 1874 (SR 101)
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
ECheckG	Abkommen über das einheitliche Checkgesetz, vom 19. März 1931
ed.	Edition (Auflage)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EIPRG	Entwurf des IPR-Gesetzes (BB1 1983 I 472ff.)
etc	euro-travellers-cheque
ETCI	Euro-Travellers-Cheque-International

evtl.	eventuell
exkl.	exklusiv
f.	und folgende (Seite, Note usw.)
ff.	und folgende (Seiten, Noten usw.)
FN	Fussnote
Fr. (sFr.)	Schweizer Franken
FS	Festschrift
GBB	Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens der Schweiz, von ALBISETTI/BOEMLE/EHRSAM/GESELL/NYFFELER/RUTSCHI
g.M.	gleicher Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich, vom 10. Mai 1897
Hrsg.	Herausgeber
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
Inc.	Incorporated (körperschaftlich organisierte Gesellschaftsform in den USA)
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
i.S.	im Sinne/in Sachen
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JZ	Juristenzeitung, Tübingen 1945ff.
Kap.	Kapitel
KBV	Verband Schweizerischer Kantonalbanken
LG	Landesgericht
L.J.	Law Journal
lit.	litera
Ltd.	Limited (beschränkte Haftung einer Gesellschaft)
m.E.	meines Erachtens
Mio	Million(en)
Mrd	Milliarde(n)
N	Note
NJW	Neue Juristische Wochenschrift, München und Frankfurt am Main 1947ff.
N.N.	nomen nescio (Name unbekannt)
Nr.	Nummer
NZZ	Neue Zürcher Zeitung, Zürich
OGZ	Obergericht Zürich
OLG	Oberlandesgericht
OR	BG über das Obligationenrecht, vom 30. März 1911/18. Dezember 1936 (SR 220)
PR	Public-Relations

PVG	BG betreffend den Postverkehr (Postverkehrsgesetz) vom 2. Oktober 1924 (SR 783.0)
RBV	Verband Schweizerischer Regionalbanken und Sparkassen
RCEZ	Reisecheck-Emissionszentrale (vgl. auch SBTCC)
Rdn.	Randnote
resp.	respektive
RFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofes
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rz	Randzeile
S.	Seite
s.	siehe
SBG	Schweizerische Bankgesellschaft
SBTC	Swiss Bankers Travellers Cheque
SBTCC	Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, Bern
SBV	Schweizerischer Bankverein
ScheckG	Scheckgesetz
sec.	Section (bei Zitaten aus der Bill of Exchange)
Semjud	La Semaine Judiciaire, Genf 1941ff.
SHZ	Schweizerische Handels Zeitung, Zürich
SJK	Schweizerische Juristische Kartothek, Genf 1941ff.
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung, Zürich 1904ff.
SKA	Schweizerische Kreditanstalt
SNB	Schweizerische Nationalbank
sog.	sogenannt
SPR	Schweizerisches Privatrecht (Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts, Bern 1970, laufend nachgeführt
StenBullNR	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch, vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StrK	Strafkammer
Tb.	Teilband
TCTC	Thomas Cook Travellers Cheques Ltd.
u.a.	unter anderem
UCC	Uniform Commercial Code, 1962 Official Text
UNIL	Uniform Negotiable Instruments Law, 1896
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WG	Wechselgesetz

WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Wertpapiermitteilungen), Frankfurt am Main 1947ff.
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins, Bern 1865ff.
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch, vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZKW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt am Main
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung, Zürich 1902ff.
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Basel 1852ff.; Neue Folge: Basel 1882ff.

LITERATURVERZEICHNIS

Die im Literaturverzeichnis angeführten Werke werden nur mit dem Autorennamen zitiert. Eine allenfalls abweichende Zitierweise ist in Klammern vermerkt. Zum Teil finden sich weitere Zitate im Text.

ALBISETTI E./BOEMLE M./EHRSAM P./GSELL M./NYFFLER P./RUTSCHI E., Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens der Schweiz, 4.A., Thun 1987 (zit.: HANDBUCH GBB)

AMERICAN LAW INSTITUTE AND THE NATIONAL CONFERENCE OF COMMISSIONERS ON UNIFORM STATE LAWS (Editors), Uniform Commercial Code, Drafts, The 1962 Official Text with Comments, Volume XXIII, Littleton (Colorado) 1984 (zit.: Kommentar UCC)

BÄR R., Entwicklungen der wertpapierrechtlichen Dogmatik, in: Pio Caroni (Hrsg.), Das Obligationenrecht 1883-1983, Bern 1984, S.177ff.

BAUMBACH A./DUDEN K./HOPT K., Handelsgesetzbuch, 26.A. München 1985

BAUMBACH A./HEFERMEHL W., Wechselgesetz und Scheckgesetz, 14. A., München 1984

BECKER H., Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/1. Abt.: Allgemeine Bestimmungen, Art.1-183, 2.A., Bern 1941

BECKER H., Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/2. Abt.: Die einzelnen Vertragsverhältnisse, Art.184-551, Bern 1934

BEELE G., Die Wertpapiere im schweizerischen Recht, Aarau 1937

- BLUMENWITZ D., Einführung in das Anglo-Amerikanische Recht, 2.A., München 1976
- BOEMLE M., Aktienzertifikate, Interims- und Lieferscheine, Diss. St. Gallen 1955 (zit.: BOEMLE, Diss.)
- derselbe, Wertpapiere des Zahlungs- und Kreditverkehrs sowie der Kapitalanlage, 7.A., Zürich 1986 (zit.: BOEMLE, Wertpapiere)
- BORKOWSKY R./MOOSMANN R., Kleiner Merkur, Bd.1: Recht, 3.A., Zürich 1984
- BORRIE G.J., Commercial Law, 5th ed., London 1980
- BÖSEL F., Rationalisierung des Reisecheckgeschäftes, in: Bank-Betrieb 1962 60 (zit.: BÖSEL, Bank-Betrieb 1962 60)
- BRUDERER H.P., Die Namenpapiere, Diss. Zürich 1944
- BUCHER E., Das Personenrecht, Berner Kommentar, Bd.I/2. Abt./ 1.Tb.: Die natürlichen Personen, Art.11-26, 3.A., Bern 1976
- derselbe, Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil ohne Deliktsrecht, Zürich 1979 (zit.: BUCHER, I)
- derselbe, Skriptum zum Obligationenrecht, Besonderer Teil, 2.A., Zürich 1983 (zit.: BUCHER, II)
- BÜCHI R., Bares nur fürs Sandwich? in: SHZ, 10. Juni 1982, 13 (zit.: BÜCHI, SHZ 10. Juni 1982, 13).
- derselbe, Kreditkarten: Bargeld aus Plastik, in: SHZ, 26. Juni 1980, 25f. (zit.: BÜCHI, SHZ 26. Juni 1980, 25/ 26)

- BURCKHARDT W., Kommentar der schweizerischen Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, 3.A., Bern 1931
- VON BÜREN B., Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil, Zürich 1964 (zit.: VON BÜREN, I)
- derselbe, Schweizerisches Obligationenrecht, Besonderer Teil, Zürich 1972 (zit.: VON BÜREN, II)
- BUSER J., Das Schweizerische Postverkehrsgesetz, 2.A., Zürich 1930
- CANARIS C.W., Bankvertragsrecht, Grosskommentar HGB, 3. Teil, 2.A., Berlin/New York 1981
- CAVIN P., Kauf, Tausch, Schenkung, in: SPR VII/1, Basel/Stuttgart 1977, 1ff. (zit.: CAVIN, SPR VII/1)
- CHORLEY L., Law of Banking, 6th ed., London 1974
- VON DER CRONE-SCHMOCKER B., Das Checkinkasso und die Check-truncation, Schweizer Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd.66, Zürich 1986
- DESPAX M., Les voyageurs chèques, in: Revue trimestrielle de droit commercial 1957, 323ff.
- DÖRIG H., Die Mobilisierung von Schuldanerkennungen, Diss. Zürich 1947
- DYCKERHOFF R., Schwierigkeiten im Kreditbrief- und Travellerscheck-Verkehr, in: Bank-Archiv 1927 269ff. (zit.: DYCKERHOFF, Bank-Archiv 1927)
- EGGER A., Zivilgesetzbuch, Zürcher Kommentar, Bd.I: Allgemeine Einleitung und Personenrecht, Art.1-89, 2.A., Zürich 1930

- ELLINGER E.P., Travellers' Cheques and the Law, in: University of Toronto Law Journal 1969 132ff. (zit.: ELLINGER, Toronto L.J. 1969)
- EMCH U./RENZ H., Das Schweizerische Bankgeschäft, 3.A., Thun 1984
- FIDLER P.J.M., Sheldon and Fidler's Practice and Law of Banking, 11th ed., Plymouth 1982
- FLATTET G., Essai sur la nature juridique des titres nominatifs, Thèse Lausanne 1945
- FORSTMOSER P., Allgemeine Geschäftsbedingungen und ihre Bedeutung im Bankverkehr, in: P. Forstmoser (Hrsg.), Rechtsprobleme der Bankpraxis, Bankwirtschaftliche Forschungen, Bd.36, Bern/Stuttgart 1976, 11ff. (zit.: FORSTMOSER, AGB)
- FRASCONA J.L., Business Law - Text and Cases, 2nd. ed., Iowa 1984
- FRIEDMANN G., Die neue Reisescheckkonzeption der Schweizer Banken, in: Bank-Betrieb 1975 380ff. (zit.: FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975)
- GAUCH P., Der Werkvertrag, 3.A., Zürich 1985
- GAUCH P./SCHLUEP W.R./JÄGGI P., Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil (2 Bde.), 3.A., Zürich 1983
- GAUTSCHI G., Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/2.Abt./3.Tb.: Der Werkvertrag, Art.363-379, 2.A., Bern 1967
- derselbe, Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/2.Abt./4.Tb.: Der einfache Auftrag, Art.394-406, 3.A., Bern 1971

- derselbe, Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/
2.Abt./5.Tb.: Kreditbrief und Krediauftrag, Mäkler-
vertrag, Agenturvertrag, Geschäftsführung ohne Auf-
trag, 2.A., Bern 1964
- derselbe, Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/
2.Abt./6.Tb.: Besondere Auftrags- und Geschäftsfüh-
rungsverhältnisse sowie Hinterlegung, Art.425-491,
2.A., Bern 1962
- GIGER H., Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/
2.Abt./1.Tb.: Kauf und Tausch, Schenkung; 1.Tb./
1.Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen - Der Fahrnis-
kauf, Art.184-215, 2. unveränderte A., Bern 1980
- derselbe, Geltungs- und Inhaltskontrolle Allgemeiner Ge-
schäftsbedingungen, Schriftenreihe zum Konsumenten-
schutzrecht, Bd.12, Zürich 1983 (zit.: GIGER, AGB)
- derselbe, Kreditkartensysteme, Eine ökonomisch-juristische
Studie, Schriftenreihe zum Konsumentenschutzrecht,
Bd.17, Zürich 1985 (zit.: GIGER, Kreditkartensyste-
me)
- GODSCHALK H.T.C., Computergeld, Entwicklungen und ordnungspo-
litische Probleme des elektronischen Zahlungsver-
kehrssystems, Frankfurt am Main 1983
- GUEST A.G. (Hrsg.), Anson's Law of Contract, 26th ed., Oxford
1984
- GUGGENHEIM D., Die Verträge der schweizerischen Bankpraxis,
3.A., Zürich 1986
- GUHL T./MERZ H./KUMMER M., Das Schweizerische Obligationen-
recht, 7.A., Zürich 1980
- HAAB R./SIMONIUS A./SCHERRER W./ZOBL D., Sachenrecht, Zürcher
Kommentar, Bd.IV/1., Das Eigentum, Art.641-729,
2.A., Zürich 1977

- HABICHT R.E., Der Checkvertrag und das Checkrecht, Diss. Zürich 1956
- HAHN O., Struktur der Bankwirtschaft, Bd.II/2: Spezialbanken und internationale Banken, Berlin 1985
- HAMMER T., Der trassiert-eigene Bankcheck, Diss. Zürich 1982
- HÄNI H.P., Zahlungsverkehr der Schweizer Banken, in: Angestellten-Revue, Mai 1985, 132ff. (zit.: HÄNI, Angestellten-Revue 5/85)
- HEGGLIN M., Multifunktionkarte: As im Ärmel, PTT testen die Chipkarte, in: SHZ, 31. Juli 1986, 3 (zit.: HEGGLIN, SHZ 31. Juli 1986, 3)
- dieselbe, Bancomat: Nicht à la carte, in: SHZ, 3. Oktober 1985, 9 (zit.: HEGGLIN, SHZ 3. Oktober 1985, 9)
- HEINI A., Die Vereine, in: SPR II, Basel/Stuttgart 1967, 515ff. (zit.: HEINI, SPR II)
- HEINICHEN O.R., Die Rechtsgrundlagen des Reisescheckverkehrs, Berlin 1964
- HEINRICH P., Die Handels- und Gewerbefreiheit im Bankgewerbe, Diss. Zürich 1973
- HINDLE T., The Traveller's Cheque - Mature or Passé? in: The Banker, Dezember 1979, 33ff. (zit.: HINDLE, The Banker 12/1979)
- HIRSZOWICZ C., Schweizerische Bankpolitik, Bankwirtschaftliche Forschungen, Bd.78, 2.A., Bern/Stuttgart 1986
- HOFSTETTER J., Der Auftrag und die Geschäftsführung ohne Auftrag, in: SPR VII/2, Basel/Stuttgart 1979, 1ff. (zit.: HOFSTETTER, SPR VII/2)

- HOLDEN J.M., The History of Negotiable Instruments in English Law, University of London 1955
- HONEGGER A., Wertpapiere und Dokumente im Kreditverkehr, 2.A., Zürich 1954
- HUECK A./CANARIS C.W., Recht der Wertpapiere, 12.A., München 1986
- JACOBI E., Die Wertpapiere, in: Handbuch des gesamten Handelsrechts von V. Ehrenberg, Bd.4/1.Abt./2.Abschnitt, Leipzig 1917, 125ff.
- JÄGGI P., Obligationenrecht, Zürcher Kommentar, Bd.5/7a: Die Wertpapiere, Art.965-989 und Art.1145-1155, Zürich 1959
- JÄGGI P./DRUEY J.N./VON GREYERZ C., Wertpapierrecht, Basel/Frankfurt am Main 1985
- JÄGGI P./GAUCH P., Obligationenrecht, Zürcher Kommentar, Bd.V/1b: Kommentar zu Art.18 OR, 3.A., Zürich 1980
- JÄHNCHEN-JOHN H., Das Wechsel- und Scheckrecht der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1976
- JAMES P.S., Introduction to English Law, 10th ed., London 1979
- JUSTAT R./MAUER H.T., Rechtsfragen des Reiseschecks, in: ZKW 1956 155ff. (zit.: JUSTAT/MAUER, ZKW 1956)
- KÄSER J., Der amerikanische Travellers Check in der internationalen Rechtsprechung, in: ZKW 1961 196ff. (zit.: KÄSER, ZKW 1961)
- derselbe, Rechtliche Aspekte des einheitlichen DM-Reiseschecks, in: ZKW 1962 399ff. (zit.: KÄSER, ZKW 1962)

- KELLER M./LÖRTSCHER T., Kaufrecht, Eine systematische Darstellung, 2.A., Zürich 1986
- KELLER M./SCHÖBI C., Das Schweizerische Schuldrecht, Bd.I: Allgemeine Lehren des Vertragsrechts, Basel/Frankfurt am Main 1982 (zit.: KELLER/SCHÖBI, I)
- dieselben, Das Schweizerische Schuldrecht, Bd.IV: Gemeinsame Rechtsinstitute für Schuldverhältnisse aus Vertrag, unerlaubter Handlung und ungerechtfertigter Bereicherung, Basel/Frankfurt am Main 1984 (zit.: KELLER/SCHÖBI, IV)
- KLEINER B., Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken, Giro- und Kontokorrentvertrag, 2.A., Zürich 1963 (zit.: KLEINER, AGB)
- derselbe, Internationales Devisen-Schuldrecht, Zürich 1985 (zit.: KLEINER, Devisen-Schuldrecht)
- derselbe, Automation und Mikrofilm im Bankgeschäft aus der Sicht des Juristen, in: SJZ 1973 146ff. (zit. KLEINER, SJZ 1973)
- KOLLER I., Wertpapierrecht, in: Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Gutachten und Vorschläge zur Überarbeitung des Schuldrechts, Bd.II, Köln 1981, 1427ff. (zit.: KOLLER, Gutachten)
- derselbe, Fälschung und Verfälschung von Wertpapieren, in: WM 1981 210ff. (zit.: KOLLER, WM 1981)
- derselbe, Der Verzicht auf die Prüfung von Scheckunterschriften, in: WM 1985 821ff. (zit.: KOLLER, WM 1985)
- LAHUSEN P., Die rechtlichen Grundlagen zur Herausgabe von Banknoten am Beispiel der ersten Notenbanken in der Schweiz, Diss. Zürich 1975
- LEHMANN G.D., Zahlungsverkehr der Banken, Zürich 1986

LEYSEN V., Le chèque touristique américain, in: La Revue de la Banque 1951 245ff.

LOTTER L., Das englische Wechsel- und Scheckrecht, Köln/Berlin/München 1979

MAASS H.-U., 22 Jahre deutscher DM-Reisescheck - seit Januar 1976 erneut verbessert, in: Bank-Betrieb 1976 14ff. (zit.: MAASS, Bank-Betrieb 1976)

MARBACHER J., Das Zahlungsverkehrssystem der Schweiz, Bankwirtschaftliche Forschungen, Bd.41, Bern/Stuttgart 1977

MARTI D., Tendenz zur Multifunktionskarte am Beispiel der eurocheque-Karte, in: Angestellten-Revue, Mai 1985, 143ff. (zit.: MARTI, Angestellten-Revue 5/85)

MAST H.J., Wesen und volkswirtschaftliche Aufgaben der Banken, in: Allgemeine bank- und volkswirtschaftliche Kenntnisse, Zürich 1978, 17ff.

MATTER A., Die Schweizerischen Kantonalbanken, in: E. Gsell (Hrsg.), Banken und Bankgeschäfte in der Schweiz, Bankwirtschaftliche Forschungen, Bd.1, Bern/Stuttgart 1969, 99ff.

MEIER C., Wirtschaftsdelikte im Bankengewerbe, Bankwirtschaftliche Forschungen, Bd.99, Bern/Stuttgart 1986 (zit.: C. MEIER, Wirtschaftsdelikte)

MEIER O., Abgrenzung der Wertpapiere von den schlichten Beweisurkunden, Diss. Bern 1924 (zit.: O. MEIER, Abgrenzung)

MEIER-HAYOZ A., Einleitung und Personenrecht, Berner Kommentar, Bd.I: Einleitung, Art. 1 und 4 ZGB, Bern 1962

- derselbe, Das Eigentum, Berner Kommentar, Bd.IV/1.Abt./1.Tb.: Systematischer Teil und Allgemeine Bestimmungen, Art.641-654, 5.A., Bern 1981
- derselbe, Gesetzlich nicht geregelte Verträge, SJK Nr.1134 und SJK Nr.1135 (zit.: MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134/1135)
- MEIER-HAYOZ A./VON DER CRONE H.C., Wertpapierrecht, Bern 1985
- MEIER-HAYOZ A./FORSTMOSER P., Grundriss des schweizerischen Gesellschaftsrechts, 5.A., Bern 1985
- MEIER-HAYOZ A./SCHLUEP W.R./OTT W., Zur Typologie im schweizerischen Gesellschaftsrecht, in: ZSR 1971 I 293ff. (zit.: MEIER-HAYOZ/SCHLUEP/OTT, ZSR 1971 I)
- MERZ H., Einleitung und Personenrecht, Berner Kommentar, Bd.I: Einleitung, Art.2 ZGB, Bern 1962
- MÜLLER B., Der Reisecheck unter besonderer Berücksichtigung des Swiss Bankers Travellers Cheques, eingereicht als zweite schriftliche Arbeit an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern zur Erlangung des Lizentiats in Wirtschaftswissenschaften, Bern 1981 (liegt zur Einsicht in der Berner Universitätsbibliothek auf)
- N.N., Negotiability of Travellers Checks, in: Yale L.J. 1938 470ff. (zit.: YALE L.J. 1938)
- OBST G./HINTNER O., Geld-, Bank- und Börsenwesen, 37.A., Stuttgart 1982
- ODEFEY A., Der einheitliche DM-Reisescheck der deutschen Kreditinstitute, Bankrechtliche Sonderveröffentlichungen des Instituts für Bankwirtschaft an der Universität Köln, Bd.29, Köln 1982

OGDEN J.M., The Law of Negotiable Instruments, 4th ed., Chicago 1938

OSER H./SCHÖNENBERGER W., Das Obligationenrecht, Zürcher Kommentar, Bd.V/1: Allgemeine Bestimmungen, Art.1-183, 2.A., Zürich 1929

dieselben, Das Obligationenrecht, Zürcher Kommentar, Bd.V/2: Die einzelnen Vertragsverhältnisse, Art.184-418, 2.A., Zürich 1936

dieselben, Das Obligationenrecht, Zürcher Kommentar, Bd.V/3: Die einzelnen Vertragsverhältnisse (Fortsetzung), Art.419-529, 2.A., Zürich 1945

OTT W., Das Vertrauensprinzip und die Lehre vom Einredenausschluss im Wechselrecht, in: SJZ 1979 153ff. (zit.: OTT, SJZ 1979)

PALFREMAN D., Law of Banking, 2nd ed., Plymouth 1982

PEDRAZZINI M., Werkvertrag, Verlagsvertrag, Lizenzvertrag, in: SPR VII/1, Basel/Stuttgart 1977, 495ff. (zit.: PEDRAZZINI, SPR VII/1)

PERCEROU J./BOUTERON J., La Nouvelle Legislation française et internationale de la Lettre de change, du Billet à ordre et du Chèque, Bd.II: Chèque, Paris 1951

PORTMANN P., Postzahlungsverkehr heute, in: Angestellten-Revue, Mai 1985, 137ff. (zit.: PORTMANN, Angestellten-Revue 5/85)

REISER C., Anforderungen an die Sorgfaltspflicht der Banken im Scheckverkehr, in: WM 1984 1557ff. (zit.: REISER, WM 1984)

RIBI H., Von der Übertragung der Wertpapiere, Diss. Zürich 1958

SAXER W.J., Die gewillkürten Ordrepapiere, Diss. Zürich 1954

SCHETTLER/BÜELER, Das Wechsel- und Scheckrecht aller Länder, Vereinigte Staaten von Amerika, Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln; Ergänzungs-Lieferung II/73 (Februar 1973) und II/75 (Februar 1975); Loseblattsammlung.

SCHLEGELBERGER F./HEFERMEHL W., Handelsgesetzbuch, Kommentar, Bd.IV: §§343-372, 5.A., München 1976

SCHLUEP W.R., Innominatverträge, in: SPR VII/2, Basel/Stuttgart 1979, 765ff. (zit.: SCHLUEP, SPR VII/2)

derselbe, Privatrechtliche Probleme der Unternehmenskonzentration und -kooperation, in: ZSR 1973 II 155ff. (zit.: SCHLUEP, ZSR 1973 II)

SCHMID N., Missbräuche im modernen Zahlungs- und Kreditverkehr, Bankwirtschaftliche Forschungen, Bd.73, Bern/Stuttgart 1982

SCHMID-FOSSATI B./ANDREOSSI G., Cheque, Card und Chip, in: Bilanz, Juni 1985, 125ff. (zit.: SCHMID-FOSSATI/ANDREOSSI, Bilanz 6/85)

SCHMITTHOFF C.M./SARRE D., Mercantile Law, 14th ed., London 1984

SCHNITZER A., Handbuch des internationalen Handels-, Wechsel- und Checkrechts, Zürich/Leipzig 1938

SCHÖNENBERGER W./JÄGGI P., Das Obligationenrecht, Zürcher Kommentar, Bd.V/1a: Allgemeine Einleitung und Kommentar zu OR 1-17, 3.A., Zürich 1973

SCHÖNLE H., Bank- und Börsenrecht, 2.A., München 1976

SCHÜTZ W., Bankgeschäftliches Formularbuch, 18.A., Köln 1969

- SCHUSTER L., Entwicklungen im schweizerischen Zahlungsverkehr, in: Die Bank 1978 532f. (zit.: SCHUSTER, Die Bank 1978)
- SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK (Hrsg.), Das schweizerische Bankenwesen im Jahre 1985, Nr.70, Zürich 1986 (zit.: SNB, Bankenwesen)
- SONDERN F., Jagd auf Reisescheckjäger, in: Das Beste aus Reader's Digest, Oktober 1963 111ff. (zit.: SONDERN, Das Beste 10/1963)
- SPANIER H.-D., Europäischer Reisescheck: Dreiklang mit Eurocheque und Eurocard, in: Die Bank 1980 117ff. (zit.: SPANIER, Die Bank 1980)
- STAUDINGER J. von/STOLL H., Kommentar zum Einführungsgesetz BGB, Internationales Sachenrecht, 12.A., Berlin 1985
- STRATENWERTH G., Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil, Bd.I: Straftaten gegen Individualinteressen, 3.A., Bern 1983 (zit.: STRATENWERTH, I)
- derselbe, Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil, Bd.II: Straftaten gegen Gemeininteressen, 3.A., Bern 1984 (zit.: STRATENWERTH, II)
- STÜCKRADT V., "Travelers Cheques" und deutsches Scheckrecht, in: ZKW 1966 861ff. (zit.: STÜCKRADT, ZKW 1966)
- SWINGLEHURST E., Cook's Tours - The Story of Popular Travel, Poole (Dorset) 1982
- TUOR P./SCHNYDER B., Das Schweizerische Zivilgesetzbuch, 10.A., Zürich 1986
- ULMER E., Das Recht der Wertpapiere, Stuttgart/Berlin 1938

- VISCHER F./VON PLANTA A., Internationales Privatrecht, 2.A.,
Basel/Frankfurt am Main 1982
- VON TUHR A., Einlösung eines gefälschten Checks, in: SJZ
1924/25 333ff. (zit.: VON TUHR, SJZ 1924/25)
- VON TUHR A./PETER H., Allgemeiner Teil des Schweizerischen
Obligationenrechts, Bd.1, 3.A., Zürich 1979
- VON TUHR A./ESCHER A., Allgemeiner Teil des Schweizerischen
Obligationenrechts, Bd.2, 3.A., Zürich 1973
- VON STEIGER W., Gesellschaftsrecht, Allgemeiner Teil und Per-
sonengesellschaften, in: SPR VIII/1, Basel/Stutt-
gart 1976, 211ff. (zit.: VON STEIGER, SPR VIII/1)
- WEBER R.H., Das Obligationenrecht, Berner Kommentar, Bd.VI/
1.Abt./4.Tb.: Allgemeine Bestimmungen, Kommentar zu
Art.68-96, Bern 1983
- WEISS G., Das Verhältnis der sachenrechtlichen Bestimmungen
über den Schutz des gutgläubigen Erwerbers zur Ent-
wehrung und Mängelhaftung beim Wertpapierkauf, in:
Vom Kauf nach schweizerischem Recht, Festschrift
zum 70.Geburtstag von Prof. Dr. T. Guhl, Zürich
1950, 141ff. (zit.: WEISS, FS Guhl)
- WERREN C., Wann kommt das POS-Banking, in: Schweizer Bank
1/1986 59ff. (zit.: WERREN, Schweizer Bank 1/86)
- WHITE J./SUMMERS R.S., Handbook of the Uniform Commercial Co-
de, 2nd ed., St. Paul (Minnesota) 1980
- WILLISTON S., Negotiable Instruments, New York 1931
- WÜRSCH J., Die Kreditkarte nach schweizerischem Privatrecht,
Diss. Freiburg 1975

WYATT J.W./WYATT M.B., Business Law - Principles and Cases,
6th ed., ohne Ortsangabe, 1979

ZIMMERMANN H., Kommentar zum Schweizerischen Checkrecht, 2.
A., Bern 1980

ZÖLLNER W., Wertpapierrecht, 14.A., München 1987

AMTLICHE PUBLIKATIONEN

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (Hrsg.): Schweizerisches Obligationenrecht - Revision der Titel XXIV bis XXXIII des schweizerischen Obligationenrechts, Protokoll der Expertenkommission, Bern 1928 (zit.: ProtExp. 1928)

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zu einem Gesetzesentwurf über die Revision der Titel XXIV bis XXXIII des schweizerischen Obligationenrechts, vom 21. Februar 1928, in: BB1 1928 I 205ff.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Genfer Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts und des Checkrechts, vom 27. Oktober 1931, in: BB1 1931 II 341ff.

Nachtragsbotschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zur Revision des Obligationenrechts (Anpassung des Wechsel und Checkrechts an die Genfer Abkommen), vom 25. Februar 1932, in: BB1 1932 I 217ff.

StenBullNR 1932 471ff.

StenBullNR 1934 794ff., 825ff.

Botschaft über ein Konsumkreditgesetz, vom 12. Juni 1978, in: BB1 1978 II 485ff.

Botschaft zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPR-Gesetz), vom 10. November 1982, in: BB1 1983 I 263ff.

PUBLIKATIONEN VERSCHIEDENER REISECHECKEMITTENTEN

AMERICAN EXPRESS COMPANY, American Express in Europa, Die ersten Hundert Jahre, ohne Ortsangabe, 1981 (zit.: American Express in Europa)

SBTCC, Geschäftsbericht 1985

SBTCC, Geschäftsbericht 1984

SBTCC, SBTC-Aktuell; Hefte: 1/85, 2/85, 3/85, 4/85, 1/86, 2/86, 3/86, 4/86 (zit.: SBTC-Aktuell)

SBTCC, Werbung; Ausgabe 1985 und 1986 (zit.: SBTC-Werbung)

(vgl. auch den Anhang mit diversen Formularen des SBTCC)

1. KAPITEL: GRUNDLAGEN DES REISECHECK-VERKEHRS

§1 ZWECK UND WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG

I. Terminologische Grundlagen

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit einem Institut, das in der Praxis entwickelt wurde, jedoch in den meisten Staaten keine besondere gesetzliche Regelung erfahren hat¹. So war es denn auch der Praxis überlassen, einen Namen für dieses Papier zu finden. Die American Express Company, welche 1891 als erste den Reisecheck einführte², gab diesem Papier den Namen "The American Express Company Travelers Cheque"³. Die Bezeichnung als Travelers Cheque galt fortan als die Typische und wurde in wörtlicher Übersetzung in viele andere Sprachen übernommen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen lässt sich die Bezeichnung "Reisecheck" in einer anderen Sprache durch die Verknüpfung der beiden Wörter Reise (resp. Reisender) und Check bilden. Dies ist insofern unproblematisch, als der Reisecheck keiner spezialgesetzlichen Terminologie unterworfen ist. Dennoch bedarf es einiger konkretisierender Erläuterungen zum Ausdruck "Reisecheck".

1. Der Reisecheck als Check?

Fehlt es an einer spezialgesetzlichen Regelung des Reisechecks, so kennen doch die meisten Staaten eigentliche Check-

1 Eine Ausnahme bildet das italienische Checkgesetz vom 21. Dezember 1933, das im Art.44 eine Bestimmung über den Reisecheck enthält.

2 Vgl. dazu §2.II.

3 Vgl. American Express in Europa, 8.

gesetze, die den gewöhnlichen Check regeln⁴. Die Bezeichnung Reisecheck könnte nun zu der irrigen Auffassung führen, dass es sich dabei immer um einen Check im Sinne des jeweiligen, nach den IPR-Regeln⁵ massgeblichen Checkgesetzes handle. Dass dem nicht so ist, zeigt sich gerade am Beispiel des SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE: Dieser schweizerische Reisecheck vermag die Anforderungen von Art.1100ff. OR nicht zu erfüllen; es handelt sich somit nicht um einen Check im Sinne des Gesetzes⁶. Die Erkenntnis, dass es sich bei einem Reisecheck nicht um einen Check im juristisch-technischen Sinne handeln muss, gilt ganz allgemein. Es wird also immer zu prüfen sein, ob ein Reisecheck ein Check gemäss der für ihn massgebenden Rechtsordnung ist⁷.

2. Schreibweise

Die Schreibweise des Wortes "Reisecheck" oder dessen Übersetzung in andere Sprachen weist einige Besonderheiten auf, die zwar in materieller Hinsicht nicht von Bedeutung sind⁸, an dieser Stelle jedoch aus formalen Gründen kurz dargestellt werden sollen.

In der Schweiz hat sich - wohl in Anlehnung an die Terminologie von Art.1100ff. OR - die Schreibweise "Reisecheck" durchgesetzt, während in Deutschland - in Anlehnung an das Scheck-

4 Vgl. in der Schweiz die Art.1100 bis 1144 OR, welchen das Genfer Abkommen über das einheitliche Checkgesetz von 1931 (ECheckG) zugrunde liegt.

5 Vgl. §15.I.

6 Vgl. ausführlich dazu §5.

7 Vgl. auch DESPAX, 327.

8 Vgl. etwa auch BAUMBACH/HEFERMEHL, ScheckG Art.1 N 2.

gesetz - vor allem im Zusammenhang mit dem DM-Reisescheck der deutschen Kreditinstitute⁹ die Bezeichnung "Reisescheck" üblich ist.

Die Schreibweise des Ausdrucks "Reisecheck" in der englischen Sprache ist uneinheitlich: Sowohl die Bezeichnung "Traveler's Check" als auch die Bezeichnungen "Travelers Cheque" bzw. "Travellers Cheque" sind zu finden. Diese Unterschiede sind ebenso wie jene in der deutschen Sprache rein grammatikalischer Natur. Während die erste Fassung heute kaum mehr gebräuchlich ist, findet sich letzgenannte vorwiegend bei den US-Reisechecks, die auf US-Dollars ausgestellt sind¹⁰. Die Schreibweise "Travellers Cheques" ist vor allem in englischen Formularen¹¹, in auf Pfund Sterling ausgestellten Reisechecks¹² oder beim SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE anzutreffen.

Im Folgenden wird die Schreibweise des jeweiligen Typs übernommen. Bei allgemeinen Äusserungen wird der Ausdruck "Reisecheck" verwendet.

9 Vgl. zum DM-Reisescheck §2.III.1. und §16.

10 Z.B. American Express Travelers Cheques, Bank of America Travelers Cheques, VISA Travelers Cheques.

11 Vgl. ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 31; z.B. Thomas-Cook-Euro-Travellers-Cheques.

12 Z.B. Citicorp-Pounds-Sterling-Travellers-Cheque, American-Express-Sterling-Travellers-Cheque.

II. Gebrauchszweck

1. Der Reisecheck als Bargeldbeschaffungsmittel

Während der herkömmliche Check seiner Bestimmung nach ein Zahlungsmittel ist, das die Barzahlung ersetzen soll¹³, dient der Reisecheck nicht primär als bargeldloses Zahlungsmittel. Sein Hauptzweck liegt vielmehr darin, dem Inhaber die Beschaffung von Bargeld auf Reisen im In- und Ausland zu ermöglichen¹⁴. Anstelle der mit Risiken verbundenen Mitnahme von Bargeld in den entsprechenden Währungen soll der Reisende die Möglichkeit haben, Geldwert auf sichere Art und Weise zu transportieren und sich am jeweiligen Reiseziel Bargeld beschaffen zu können. Aus diesem Grunde wird der Reisecheck teilweise auch als "Geldtransportmittel" bezeichnet¹⁵.

Diese Zweckbestimmung des Reisechecks als leicht zu handhabendes und sicheres Bargeldbeschaffungsmittel konkretisiert sich an folgenden drei Besonderheiten:

- Der Reisecheckerwerber hat beim Kauf den Betrag, der auf den Checks vorgedruckt ist, sogleich zu bezahlen. Damit wird erreicht, dass keine ungedeckten Reisechecks vorkommen und dadurch das Vertrauen in die sichere Verbriefung eines Geldwertes gewonnen werden kann.
- Die Formalitäten der Reisecheckeinlösung sind einfach: Erste Unterschrift beim Erwerb, Gegenzeichnung in Gegenwart der auszahlenden Person, wobei häufig noch die Legitimation

13 Vgl. HANDBUCH GBB, 177f.

14 Vgl. HEINICHEN, 57; ODEFY, 4f.; zu eng dagegen CANARIS, Rdn.858, der nur die Bargeldbeschaffung im Ausland erwähnt, denn auch für Reisen im Inland ist der Reisecheck von Bedeutung.

15 So bei HEINICHEN, 57; vgl. auch ODEFY, 4 und 104.

des Vorweisers mittels Pass überprüft wird¹⁶. Dieses einfache System der Unterschriftenkontrolle bietet ein hohes Mass an Sicherheit¹⁷.

- Mit dem Kauf der Reisechecks erwirbt der Käufer zugleich ein Anrecht auf umgehenden Ersatz bei Diebstahl oder Verlust.

2. Der Reisecheck als Zahlungsmittel

Neben der Funktion des Reisechecks als Bargeldbeschaffungsmittel hat der Reisende auch die Möglichkeit, die Reisechecks in Hotels, Restaurants, Geschäften usw. direkt in Zahlung zu geben, sie also als Zahlungsmittel zu benützen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die grosse Beliebtheit und die Bonität dieser Papiere, aber auch auf die Übertragbarkeit vieler Reisechecks¹⁸. Diese Erweiterung des Verwendungszwecks scheint in der heutigen Zeit eine gewichtige Rolle zu spielen, weisen doch viele Reisecheck-Emittenten auf diese Möglichkeit hin¹⁹. So laufen denn auch verstärkte Bestrebungen, die Akzeptanz (d.h. die Einlösmöglichkeiten) von Reisechecks im Nichtbankenbereich vor allem in touristisch erschlossenen Gebieten der Welt zu erhöhen²⁰.

16 HANDBUCH GBB, 567.

17 Vgl. aber §14.

18 HAMMER, 64; CANARIS, Rdn.859 und 863.

19 Kritisch dazu noch HEINICHEN, 57, der die Ansicht äusser-te, die Emittenten versuchten die Verwendung des Reisechecks als Zahlungsmittel einzuschränken.

20 Vgl. SPANIER, Die Bank 1980 119; SBTC-Aktuell, 1/85, 3.

3. Weitere Eigenschaften

Der Reisecheck bietet neben der einfachen Bargeldbeschaffung und der Verwendung als Zahlungsmittel noch weitere Vorteile, die jedoch bei seiner Schaffung kaum in Betracht gezogen worden sind. Hierbei steht vor allem ein devisenrechtlicher Aspekt im Vordergrund: In einigen Ländern bestehen für die Ein- und Ausfuhr von Sorten (Münzen und Noten)²¹ Beschränkungen oder gar Verbote. Da der Reisecheck nicht zu den Sorten gehört, ist die Mitnahme derselben selbst bei Reisen in devisenbeschränkte Länder möglich²². Zudem können durch die Mitnahme von Reisechecks statt Bargeld oftmals Kursverluste vermieden resp. sogar Kursgewinne realisiert werden²³. Dies vor allem dann, wenn der massgebliche Reisecheckankaufskurs günstiger ist als der Sortenkurs.

Einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Zweck erfüllt der Reisecheck insbesondere für Jugendliche²⁴ und Leute mit beschränkten finanziellen Verhältnissen: Er kann unabhängig von einer Bankverbindung erworben werden, was bei den Kreditkarten zum Teil nicht möglich ist. Somit können sich auch Personen, die nicht über ein höheres oder ein regelmässiges Einkommen verfügen, eines einfachen und sicheren Reisezahlungsmittels bedienen. Zudem können die Reisechecks der bedeutendsten Emittenten weltweit ohne besondere Abklärungen und Bedingungen erworben werden²⁵. Die Tatsache endlich, dass die

21 KLEINER, Devisen-Schuldrecht 51.

22 Vgl. ODEFÉY, 19; HANDBUCH GBB, 567; BÜCHI, SHZ 10. Juni 1982, 13.

23 Für den SBTC vgl. §4.II.5.d.

24 Reisechecks können auch an Jugendliche abgegeben werden, da der Erwerb solcher Papiere sofort bezahlt werden muss; vgl. §4.IV.2.a. und §8.I.2.

25 Vgl. auch ODEFÉY, 21.

meisten Reisechecks keiner zeitlichen Begrenzung unterliegen, bietet dem Reisenden einen weiteren Vorteil: Überzählige Reisechecks kann er für einen späteren Zeitpunkt aufbewahren²⁶.

Für die Emissionsinstitute, insbesondere für die Banken²⁷, stellt das Reisecheckgeschäft primär eine Dienstleistung dar²⁸. Durch den internationalen Charakter und die weltweite Verbreitung des Reisechecks versprechen sich die Reisecheckemittenten aber vornehmlich werbende Wirkung, was vor allem für Banken einen Einfluss auf die weiteren von ihr angebotenen Leistungen hat. So ist es denn kein Zufall, dass der 1975 von den Schweizer Banken geschaffene gemeinsame Reisecheck den Namen "SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE" erhielt und zudem in seiner graphischen Gestaltung typisch schweizerische Elemente enthält²⁹. Gerade beim SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE spielt der Werbeeffect eine sehr bedeutende Rolle, da nicht nur auf die Schweizer Banken Bezug genommen wird, sondern ganz allgemein auch auf die Bedeutung der Schweiz als Tourismus-Land hingewiesen werden soll³⁰.

Der finanzielle Nutzen für den Reisecheckemittenten bewegt sich in engen Grenzen. Dennoch besteht ein Interesse an dieser Art des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, weil so dem Reise-

26 Vgl. HAMMER, 64. Dass sich der Reisecheck dadurch auch als Geldanlage eigne, wie ODEFY, 21, meint, ist eher unwahrscheinlich, denn durch die Kommission von 1%, die zusätzlich zum Nennwert zu bezahlen ist, kommt der Ankauf von grösseren Mengen ziemlich teuer.

27 Ein Reisecheckemittent muss nicht zwingend eine Bank sein.

28 HEINICHEN, 17; ODEFY, 22; HAHN, 277.

29 Vgl. SBTC-Werbung, Ausgabe 1985 sowie §4.III.1.

30 Vgl. SBTC-Werbung, Ausgabe 1985; ähnliches gilt auch für den DM-Reisescheck der deutschen Kreditinstitute, vgl. §16.I.

verkehr Barmittel entzogen werden, deren Zinsnutzen dem Emittenten zugute kommen³¹. Die Tatsache, dass zwischen dem Verkauf und der Einlösung von Reisechecks eine Zeitdifferenz entsteht, führt zu schwebenden Zahlungen, zum sogenannten Float³². Diesen Betrag, der während der Dauer des Schwebezustandes - dem sog. Floatlife eines Reisechecks - dem Unternehmen zinslos zur Verfügung steht, optimal zu nutzen, d.h. den Float möglichst optimal auf dem Kapitalmarkt anzulegen, ohne dabei die Liquidität unter Beachtung der saisonalen Schwankungen zu gefährden, gehört zu den wesentlichsten Ertragsposten für ein Reisecheck-Unternehmen. Die Verkaufsprovision von 1% bildet dagegen, soweit sie überhaupt oder zumindest teilweise dem Emittenten zukommt³³, einen relativ geringen Anteil am Gesamtertrag³⁴. Die Tatsache, dass Gewinne nur bei guter Umsatzlage und sehr guter Floatbewirtschaftung möglich sind, hat mit dazu beigetragen, dass es weltweit zu einer starken Konzentration der Reisecheck-Anbieter gekommen ist³⁵.

31 Vgl. auch HEINICHEN, 17.

32 OBST/HINTNER, 442; GODSCHALK, 39ff. Vgl. die eingehende Analyse des Floats bei MÜLLER, 70ff.

33 Vgl. dazu §4.II.3

34 Vgl. auch SPANIER, Die Bank 1980 119; Beispiel: Beim SBTC stellte 1985 der Zinsertrag aus Floatanlagen bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,91% einen Anteil von über 84% am Gesamtertrag dar, während der Anteil der Verkaufsprovision nur knapp 14% betrug; vgl. SBTCC, Geschäftsbericht 1985, 18. Vgl. zum Ganzen auch MÜLLER, 70ff.

35 Vgl. ODEFEY, 24, mit Hinweis auf die Einstellung der Reisecheckausgabe durch die skandinavischen und österreichischen Institute; vgl. auch HAHN, 278, und MÜLLER, 82ff.

III. Wirtschaftliche Bedeutung

1. Im Dienste des Reiseverkehrs stehende Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

a. Der Reiseverkehr

Der internationale Reiseverkehr hat sich nach dem zweiten Weltkrieg enorm ausgeweitet. Ferien- und Bildungsreisen sowie Besichtigungsfahrten sind für jedermann erschwinglich geworden, nicht zuletzt dank der rasanten Verbesserung des Angebotes an Massentransportmitteln. Der Tourismus ist so zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden³⁶. Gemäss einer Schätzung der Welttourismusorganisation (WTO) unternahmen im Jahre 1980 rund 285 Mio. Touristen Auslandsreisen³⁷. Durch die fortschreitende Internationalisierung der wirtschaftlichen Verbindungen ist auch der Geschäftsreiseverkehr stark angestiegen³⁸.

Trotz der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in einigen Ländern³⁹ hat die Tourismus-Branche keinen Einbruch erlitten. In den letzten Jahren wurde lediglich eine Stagnation, verbunden mit gewissen Änderungen der Reisegewohnhei-

36 Vgl. MÜLLER, 114ff., mit einer eingehenden Analyse des Wirtschaftsfaktors "Tourismus".

37 SBG, Wirtschaftsnotizen, Juli/August 1981 3.

38 Gemäss einer von der Amexco in Auftrag gegebenen Studie des Forschungsinstitutes der Schweizerischen Gesellschaft für Marketing wendete die Schweizer Wirtschaft 1984 rund 5,1 Milliarden Franken für Reise- und Repräsentationsspesen auf; vgl. SHZ 26. September 1985, 11.

39 Auch in Industriestaaten, deren Wohlstand eine der wichtigsten Erklärungen für die immense Reisetätigkeit bildet.

ten, festgestellt⁴⁰. Die touristische Nachfrage reagiert relativ schwerfällig auf negative Wirtschaftsentwicklungen, dafür aber in Phasen erneuter Wirtschaftsbelebung umso direkter⁴¹. Der Fremdenverkehr ist also wesentlich konjunkturunempfindlicher als andere Branchen⁴².

b. Die Reisezahlungsmittel

Wer auf Reisen geht, der braucht Geld. Diese alte Weisheit gilt sowohl für den Reiseverkehr im Inland als auch für den internationalen Tourismus. Allein die Schweizer Touristen gaben 1984 ca. 12,8 Milliarden Franken für Reisen, Ferien und Ausflüge aus, davon rund 7 Milliarden Franken im Ausland⁴³. Diese Summen machen deutlich, dass bei Zahlungsmitteln, die für Reisen verwendet werden, Sicherheit ein wesentlicher Faktor ist. Das Sicherheitsbedürfnis des Reisenden, das schon im Mittelalter bestand⁴⁴, führte im Laufe der Zeit zur Entwicklung besonderer Formen von Reisezahlungsmitteln, die nun im Folgenden dargestellt werden sollen.

40 MÜLLER, 115. Z.B. Änderungen in den bevorzugten Reisedestinationen, kostenbewusstere Gestaltung der Reisepläne, vermehrte Bevorzugung von Pauschalreisen.

41 Vgl. SBV, Der Monat 8/1981.

42 MÜLLER, 120ff.

43 SCHMID/FOSSATI, Bilanz 6/85 125; NZZ vom 9. Januar 1987, 7.

44 Vgl. §2.I.

aa. Der Reisekreditbrief

Der Reisekreditbrief enthält eine Anweisung der ausstellenden Bank an eine oder mehrere ihrer Korrespondenzbanken des In- und Auslandes, dem durch das Papier bezeichneten Reisenden einen gewissen Betrag Bargeld auszubezahlen. Die ausstellende Bank benachrichtigt die im Papier bezeichneten Korrespondenten, schickt ihnen zugleich eine Unterschriftenprobe des Begünstigten und teilt ihnen mit, auf welchem Wege sie den ausbezahlten Betrag zurückerstattet erhalten. Der Reisende kann nun an den im Reisekreditbrief bezeichneten Orten nach Massgabe seiner Bedürfnisse den ganzen Betrag oder auch nur Teilbeträge abheben, die den im Kreditbrief bezeichneten Betrag jedoch nicht überschreiten dürfen⁴⁵.

Weil der Reisende mit dem Reisekreditbrief für die Bargeldbeschaffung an bestimmte Orte gebunden ist, muss er eine Reiseroute nach den Einlösungsorten planen oder aber jeweils viel Bargeld beschaffen, um von der Route abweichen zu können⁴⁶. Diese Nachteile führten zur Entwicklung des Reisechecks und damit auch zur Verdrängung des Reisekreditbriefes⁴⁷. Eine gewisse Bedeutung genießt allerdings auch heute noch der Zirkularkreditbrief der Alliance Internationale de Tourisme, welcher von den Automobilverbänden im Zusammenhang mit den Schutzbriefen ausgegeben wird⁴⁸.

45 Vgl. zum Ganzen EMCH/RENZ, 334; GUGGENHEIM, 170, insb. Anm.5.

46 Vgl. auch ODEFEY, 29f.; MATTER, 126; WILLISTON, 284.

47 Vgl. genauer dazu §2.I.1.

48 Vgl. z.B. den Schutzbrief des Touring Clubs der Schweiz (TCS).

bb. Der Reisecheck

Der Reisecheck wurde speziell für den Reiseverkehr geschaffen. Er wird von Banken oder deren Korrespondenzbanken sowie von privaten Organisationen ausgegeben und lautet auf einen bestimmten Betrag, der - meistens zuzüglich 1% Kommission - beim Erwerb bezahlt werden muss. Auf diese Weise wird verhindert, dass ungedeckte Reisechecks vorkommen. Die einfachen Modalitäten - Unterschrift beim Kauf, Gegenzeichnung bei der Auszahlung in Gegenwart der auszahlenden Person, oft verbunden mit einer Legitimationsprüfung mittels Reisepass oder Identitätskarte - sowie das Anrecht, bei Verlust oder Diebstahl Ersatz zu erhalten, haben den Reisecheck zu einem beliebten Reisezahlungsmittel werden lassen⁴⁹. Obwohl primär als Bargeldbeschaffungsmittel gedacht, ist der Reisecheck heute auch direkt als Zahlungsmittel verwendbar⁵⁰.

cc. Der eurocheque

Weil der herkömmliche Check infolge des Annahmeverbotes (Art. 1104 OR) mit dem Risiko der Nichteinlösung behaftet ist⁵¹, eignet er sich nicht für den Massentourismus. Dennoch sollte der bargeldlose Zahlungsverkehr mittels Check gefördert werden, was 1969 zur Schaffung des eurocheque-Systems führte⁵². Die Besonderheit dieses Systems liegt darin, dass dem Bank-

49 Vgl. HANDBUCH GBB, 567.

50 Vgl. vorn II.2.

51 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 20ff.

52 Vgl. MARBACHER, 268. Bis 1978 wurde dieser kartengarantierte Check in der Schweiz als "Swiss Cheque" bezeichnet, dann wurden die einheitlichen eurocheques auch in der Schweiz eingeführt; vgl. MARTI, Angestellten-Revue 5/85 144, sowie die Zeittafel über die Entwicklung des eurocheque-Systems, in: ZKW 1978 192; LEHMANN, 90ff.

kunden neben den Checkformularen⁵³ eine Checkkarte abgegeben wird, auf welcher Kartenummer, Kontonummer, Name und Unterschrift des Kunden stehen. Mit dieser Karte gibt die bezogene Bank eine Zahlungszusicherung für den Maximalbetrag von Fr.300.- pro Check (bei Einlösung im Ausland je nach Landeswährung in ca. gleichem Umfang)⁵⁴. Dies hat für den Reisenden den wesentlichen Vorteil, dass er im Einzugsbereich des eurocheque-Systems rasch und ohne grosse Formalitäten, insbesondere ohne Abklärung der Deckung, Bargeld beschaffen und vielerorts den eurocheque als Zahlungsmittel verwenden kann⁵⁵. Bei der Einlösung von eurocheques im Ausland wird dem Bankkunden zusätzlich noch eine Kommission von 1 1/4% oder ein fixer Spesenansatz verrechnet.

Dem eurocheque-System gehören zur Zeit erst 39 Länder an (Westeuropa, Ostblockstaaten ohne DDR und verschiedene Mittelmeerländer), doch nehmen auch gewisse Institute in Nichtvertragsländern, insbesondere in touristisch bedeutsamen Regionen, eurocheques entgegen.

dd. Der Postcheque

Der eurocheque (kartengarantierter Check) war Vorbild für das seit dem 1. September 1984 bestehende Postcheque-System, das innerhalb der Postverwaltungen Westeuropas (CEPT) nach einem

53 Vgl. zu den Einheitsformularen die Konvention XIV der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 1. Juli 1982 sowie MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 95.

54 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §20 N 20; HÄNI, Angestellten-Revue 5/85 135; LEHMANN, 90.

55 Vgl. HANDBUCH GBB, 266ff.; letzteres ist zur Zeit aber nur in den 23 westeuropäischen Mitgliedstaaten möglich, vgl. Merkblatt "Handhabung des eurocheques in verschiedenen Ländern", Ausgabe Ende 1986.

Abkommen des Weltpostvereins entwickelt wurde⁵⁶. Zusammen mit der Garantiekarte kann mit dem Postcheque an jedem Postschalter im Inland Bargeld bis zum Betrag von Fr.300.-, in mehr als 20 Staaten Europas und Nordafrikas rund Fr.200.- in der jeweiligen Landeswährung bezogen werden⁵⁷. Im Inland kann der Postcheque (gleich wie der eurocheque) auch zahlungshalber abgegeben werden. Damit erhält ein Postcheckkontoinhaber eine weitere Möglichkeit eines Reisezahlungsmittels, wobei die Anwendbarkeit wiederum durch die geographische Verbreitung dieses Systems eingeschränkt ist.

ee. Die Kreditkarten

Kreditkarten werden von Banken oder speziellen Kreditkartenorganisationen, neuerdings auch von Warenhäusern und Detaillisten bzw. Vereinigungen derselben ausgegeben⁵⁸. Der Inhaber einer Kreditkarte kann bei einem mit dem Kreditkartenherausgeber in vertraglicher Beziehung stehenden Unternehmen (Hotel, Restaurant, Warenhaus, Einzelhandelsgeschäft, Reisebüro, Fluggesellschaft, Mietwagenfirma usw.) gegen Vorweisung der Karte und durch seine Unterschrift auf dem besonderen Rechnungsformular Leistungen ohne sofortige Bezahlung erlangen. Die Rechnung wird vom Vertragsunternehmen an die Kreditkartenorganisation weitergeleitet, welche diese Rechnung - unter Abzug einer Kommission - begleicht und dann schliesslich dem Karteninhaber periodisch für alle mit der Karte getätigten

56 PORTMANN, Angestellten-Revue 5/85 138; GIGER, Kreditkartensysteme 59; LEHMANN, 33.

57 PORTMANN, Angestellten-Revue 5/85 138; LEHMANN, 33.

58 HANDBUCH GBB, 442; EMCH/RENZ, 344; GIGER, Kreditkartensysteme 99ff.

Zahlungen Rechnung stellt⁵⁹. Die Kreditkarten dienen also primär als Zahlungsmittel⁶⁰, können aber unter Umständen auch zum Bezug von Bargeld oder gar Reisechecks benützt werden⁶¹.

Unter dem Oberbegriff Kreditkarte werden alle Karten zusammengefasst, die dem eben dargestellten Prinzip des bargeldlosen Zahlungsverkehrs dienen. Dem Namen entsprechend erfüllen alle Kreditkarten zumindest teilweise eine Kreditierungsfunktion, sei es dadurch, dass der Karteninhaber einerseits vom Vertragsunternehmen ohne sofortige Bezahlung Leistung erhält, andererseits aber vom Kartenherausgeber erst geraume Zeit später dafür belastet wird, oder sei es dadurch, dass der Kreditkartenherausgeber dem Vertragsunternehmen die Rechnung bezahlt, bevor er diesen Betrag vom Karteninhaber erhalten hat⁶². Besonders stark wird aber die Kreditierungsfunktion, wenn der Kartenherausgeber dem Kartenbenützer die Option einräumt, die belasteten Rechnungen ratenweise abzubezahlen. Dann erfüllt die Kreditkarte vor allem die Funktion eines Konsumkredits⁶³. Aus diesem Grunde werden die Kreditkarten je

59 Vgl. EMCH/RENZ, 344f.; CANARIS, Rdn.1622; GIGER, Kreditkartensysteme 87.

60 Differenzierend WÜRSCH, 57ff.

61 Vgl. GIGER, Kreditkartensysteme 88; HEGGLIN, SHZ 31. Juli 1986, 3.

62 CANARIS, Rdn.1623; WÜRSCH, 63ff.; kritisch dazu GIGER, Kreditkartensysteme 87f; vgl. auch die Botschaft über ein Konsumkreditgesetz vom 12. Juni 1978, BBl 1978 II 485ff., insb. 563.

63 Vgl. Botschaft a.a.O. sowie die ausführliche Analyse bei GIGER, Kreditkartensysteme 331ff.; BÜCHI, SHZ 26. Juni 1980, 25f. Die Frage, ob die Kreditkarten einem Konsumkreditgesetz unterstellt werden sollen, ist indessen zunächst hinfällig geworden, weil der Ständerat diesen Gesetzesentwurf am 4. Dezember 1986 endgültig abgelehnt hat.

nach ihrer Beziehung zur Kreditierungsfunktion in zwei Gruppen unterteilt⁶⁴:

- Akkreditivkarten/Travel- & Entertainment-Karten: Bei diesen Karten tritt die Kreditierungsfunktion eindeutig hinter die Hauptfunktion als Zahlungsmittel im bargeldlosen Zahlungsverkehr zurück; sie gewähren keine ratenweise Abzahlung der Rechnungen (z.B. Eurocard, Amexco-Card, Diners Club)⁶⁵.
- eigentliche/qualifizierte Kreditkarten: Diese Karten gewähren neben ihrer Zahlungsmittelfunktion auch die Möglichkeit einer ratenweisen Abzahlung der belasteten Rechnungen (z.B. VISA)⁶⁶.

Die meist regional oder branchenmässig einsetzbaren Warenhaus- oder Detaillistenkarten können ebenfalls nach ihrer Funktion in diese beiden Gruppen eingeteilt werden.

ff. Der REKA-Check

Die von der Schweizer Reisekasse (REKA) herausgegebenen REKA-Checks dienen dem Reisenden in der Schweiz als Spar-, Verbil-

64 Vgl. Botschaft a.a.O.; EMCH/RENZ, 243; GIGER, Kreditkartensysteme 93ff., mit einer eingehenden Analyse der Einteilungskriterien aus ökonomischer Sicht; HÄNI, Angestellten-Revue 5/85 135; vgl. dagegen WÜRSCH, 44-48, der nur die Einteilung nach organisatorischem Aufbau des Kreditkartensystems oder jene nach dem Geltungsbereich berücksichtigt; BÖHMLE, Wertpapiere 40, unterscheidet nach dem Emittenten Universalkreditkarte, Bankkreditkarte und Spezialkreditkarte, ebenso LEHMANN, 111f.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 83, unterscheiden je nach Vertragsverhältnis zwischen einfacher und qualifizierter Kreditkarte.

65 GIGER, Kreditkartensysteme 96, 154ff.

66 GIGER, Kreditkartensysteme 96, 157.

ligungs- und Zahlungsmittel⁶⁷. Sie sind über ein weitverzweigtes Netz von Verkaufsstellen erhältlich (z.B. bei Arbeitgebern, Arbeitnehmerverbänden, Lebensmittelgeschäften usw.), welche durch die verbilligte Abgabe den Käufern die preisgünstige Benützung der mit REKA-Checks zahlbaren Dienstleistungen (öffentliche und private Transportunternehmungen, Hotels, Campingplätze usw.) ermöglichen⁶⁸. Der Zweck des REKA-Checks liegt also vorwiegend in der Förderung und Verbiligung von Ferien und Reisen in der Schweiz, erfüllt dadurch aber auch die Funktion eines bargeldlosen Reisezahlungsmittels innerhalb der Schweiz.

gg. Die Geldausgabeautomaten

Zuletzt ist noch eine Institution anzuführen, die zur Zeit zwar nur beschränkt im Dienste des Reisenden steht, ihm aber in der Zukunft durchaus wertvolle Dienste leisten könnte: der Geldausgabeautomat. In der Schweiz finden sich zwei verschiedene Arten: der Bancomat und der Postomat.

aaa. Der ec-Bancomat

Der Bancomat, ein Gemeinschaftswerk der Schweizer Banken, ist ein Geldausgabeautomat, von dem ein hierzu berechtigter Bankkunde mittels einer besonderen Plastikkarte jederzeit eine bestimmte Menge Bargeld (gestückelt in 100-sFr. Noten) beziehen kann⁶⁹. Das Bancomat-System wurde 1967 von einigen Schweizer Banken ins Leben gerufen und seither wurde die Bancomat-Kette ständig vergrössert, obwohl bis heute noch einige

67 HANDBUCH GBB, 567.

68 HANDBUCH GBB, 567.

69 Vgl. SCHUSTER, Die Bank 1978 533; EMCH/RENZ, 345.

Banken eigene Geldausgabeautomaten-Systeme haben⁷⁰. Seit 1985 aber ist ein Zusammenschluss der verschiedenen Systeme im Gang, weil nun neu die eurocheque-Karte, die hierzu speziell codiert wird, Zugangsmedium zum Bancomat ist⁷¹. Die eurocheque-Karte wird damit zur Multifunktionskarte⁷².

Zwar steht das eurocheque/Bancomat-System zur Zeit für Kunden schweizerischer Banken erst in der Schweiz zur Verfügung, doch laufen unter den Banken der eurocheque-Gemeinschaft Bestrebungen, dieses System für alle eurocheque-Benützer im gesamten Verbreitungsgebiet zugänglich zu machen. Ausländische Touristen könnten also in Zukunft schweizerische Geldausgabeautomaten benützen und Schweizer Bankkunden könnten im Ausland an den Geldausgabeautomaten Bargeld beziehen⁷³.

70 Vgl. LEHMANN, 123; SCHUSTER, Die Bank 1978 533; HEGGLIN, SHZ 3. Oktober 1985, 9; MARTI, Angestellten-Revue 5/85 143; zu einer Analyse des Bancomatsystems aus ökonomischer und volkswirtschaftlicher Sicht, vgl. MARBACHER, 245ff. Als regional beschränkte bzw. institutsbegrenzte Automatennetze sind das SESAM-System der St. Gallischen Kantonalbank sowie der Raiffomat der Raiffeisenkassen zu erwähnen, vgl. GIGER, Kreditkartensysteme 49 Anm.117.

71 Vgl. LEHMANN, 124ff.; MARTI, Angestellten-Revue 5/85 143; GIGER, Kreditkartensysteme 51; damit verbunden ist auch eine Erhöhung der täglichen Bezugslimite von Fr.500.- auf Fr.1000.-; vgl. aber zu den Schwierigkeiten dieser Umstellung HEGGLIN, SHZ 3. Oktober 1985, 9.

72 Vgl. MARTI a.a.O. Zudem besteht die Möglichkeit, die eurocheque-Karte auch als Debitkarte zum bargeldlosen Benzinbezug an verschiedenen Tankstellen einzusetzen; GIGER, Kreditkartensysteme 60f.; LEHMANN, 96f. und 130f.

73 Vgl. MARTI, Angestellten-Revue 5/85 144, und SCHMID-FOS-SATI/ANDREOSSO, Bilanz 6/85 130.

bbb. Der Postomat

Ein dem Bancomat entsprechendes System stellt die PTT ihren Kunden seit 1978 mit dem Postomat zur Verfügung⁷⁴. Ein Postcheckkonto-Inhaber kann mit einer Postomatkarte jederzeit täglich bis zu Fr.500.- an jedem Postomaten in der Schweiz beziehen. Gleich wie beim Bancomat sind die Bezüge spesenfrei, wobei die Karte ebenfalls Fr.20.- im Jahr kostet⁷⁵. Dieses System ist und bleibt auch in naher Zukunft auf die Schweiz begrenzt. Eine Kombination von Postcheque-Garantiekarte und Postomatkarte scheint nicht geplant zu sein⁷⁶, hingegen besteht seit Anfang Mai 1985 eine kombinierte Diners-Club-/Postomat-Karte, mittels der die Diners-Club-Mitglieder Zugang zu allen Postomat-Geräten in der Schweiz haben⁷⁷.

hh. Zusammenfassung

Diese Aufstellung der Reisezahlungsmittel zeigt, wie breit das Angebot in diesem Bereiche ist. Dabei ist aber erkennbar, dass einige Formen in ihrer Anwendbarkeit eingeschränkt sind, sei es wegen ihrer geographischen Verbreitung, sei es infolge der Voraussetzungen zur Benützung der Reisezahlungsmittel.

74 GIGER, Kreditkartensysteme 51.

75 Vgl. PORTMANN, Angestellten-Revue 5/85 138.

76 Vgl. SCHMID-FOSSATI/ANDREOSSI, Bilanz 6/85 130.

77 GIGER, Kreditkartensysteme 52.

	REISECHECK	KARTENGARANTIERTE CHECKS		KREDITKARTE	REKA-CHECK	GELDAUSGABE-AUTOMATEN	
		EUROCHECKE	POSTICHEQUE			BANCOMAT	POSTOMAT
Verbreitung	weltweit (vgl. aber Akzeptanz)	39 Länder Europas und Nordafrikas	über 20 Länder Europas und Nordafrikas	weltweit (vgl. aber Akzeptanz)	Schweiz	Schweiz (in Zukunft evtl. wie eurocheque)	Schweiz
Benützungs-voraussetzungen	zahlbar beim Kauf	Bankkonto, solide finanzielle Verhältnisse	Postchequekonto	regelmässiges Einkommen (evtl. Mindesthöhe) oder Vermögen	zahlbar beim Kauf	vgl. eurocheque	Postchequekonto
Benützungs-kosten	1% Kommission beim Kauf	im Inland kostenfrei, sonst 1 1/4% Kommission oder fixer Spesenansatz, Jahresgebühr für Bancomat	spesenfrei	Jahresgebühr bei Abzahlung: Zins	spesenfrei, sogar billiger als Nennwert	Bezüge spesenfrei Jahresgebühr: sFr.20.-	Bezüge spesenfrei Jahresgebühr: sFr.20.-
Betragsgrenzen	gemäss Nennwert	sFr.300.-/Check (im Ausland entsprechender Betrag)	sFr.300.-/Check (im Ausland ca. Fr.200.-)	gemäss individueller Vereinbarung	gemäss Nennwert	sFr.1000.-/Tag	sFr.1000.-/Tag
Als Zahlungsmittel verwendbar	ja, gemäss Akzeptanz	gemäss Akzeptanz bis sFr.300.-/Check	gemäss Akzeptanz bis sFr.300.-/Check	ja, Hauptfunktion	ja	nein	nein
Bargeldbezug	ja, Hauptfunktion	bis sFr.300.-/Check	bis sFr.300.-/Check	begrenzt	nein	bis sFr.1000.-/Tag	bis sFr.1000.-/Tag

2. Die Bedeutung des Reisechecks

Seit Jahren wird dem Reisecheck eine düstere Zukunft vorausgesagt: Die Tage des Reisechecks seien gezählt⁷⁸, sie seien zu kompliziert in der Anwendung und selbst bei der Sicherheit seien Mängel zu finden⁷⁹, und überhaupt werde der Reisecheck durch die neuesten Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs verdrängt werden⁸⁰. Dennoch behauptet sich der Reisecheck auf dem Markt der verschiedenen Formen von Reisezahlungsmitteln, wenn auch eine gewisse Umstrukturierung des Marktes unverkennbar ist.

a. Die wichtigsten Reisecheck-Emittenten

Das Refundrisiko⁸¹ und die Schwierigkeiten in der Floatbewirtschaftung in Verbindung mit der Erkenntnis, dass Reisecheck-Emittenten nur bei hohen Umsätzen Gewinne erzielen können, haben in den letzten Jahren zu einer Konzentration des Reisecheckmarktes geführt⁸². Davon ist insbesondere der europäische Markt betroffen, was denn auch zur Folge hatte, dass verschiedene Emittenten in mehreren europäischen Ländern die Ausgabe von Reisechecks einstellen mussten⁸³. Aus dieser Marktsituation haben vorwiegend die amerikanischen Anbieter profitiert, was einerseits durch ihren hohen Bekanntheitsgrad

78 So HINDLE, The Banker 12/1979 33.

79 Vgl. SCHMID-FOSSATI/ANDREOSSO, Bilanz 6/85 125.

80 Oftmals wird der Reisecheck bei der Darstellung bargeldloser Zahlungsmittel überhaupt nicht berücksichtigt.

81 Vgl. dazu auch §13.

82 Vgl. vorn II.3.

83 Vgl. SPANIER, Die Bank 1980 118; ODEFY, 24.

- verbunden mit teilweise recht aggressiver Werbung⁸⁴ - und andererseits durch das Anbieten von Reisechecks auch in verschiedenen europäischen Währungen erleichtert wurde. Demzufolge ist nicht erstaunlich, dass - gemessen am Marktanteil - die amerikanischen Emittenten an der Spitze liegen, zumal die Leitwährungsfunktion⁸⁵ des US-Dollars ihren Produkten eine besonders gute Akzeptanz verschafft⁸⁶.

Der weltweit unbestritten grösste Reisecheck-Emittent ist die American Express Company (Amexco), welche Reisechecks in sieben Währungen unter einheitlichem Design herausgibt⁸⁷. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass die Ausgabe von Amexco-Swiss-Franc-Travelers-Cheques auf ein Kooperationsabkommen zwischen den Schweizer Banken und der Amexco im Jahre 1969 zurückgeht⁸⁸.

Neben der Ausgabe eigener Reisechecks ist die Amexco durch Joint Ventures mit anderen Banken an der Emission besonderer Reisechecks beteiligt, so z.B. seit 1973 an der Ausgabe eines Reisechecks in französischen Francs durch die Société Fran-

84 SPANIER a.a.O.; HINDLE, The Banker 12/1979 34.

85 Vgl. allgemein zur Bedeutung des Wechselkurses für den Reisecheck MÜLLER, 106ff.

86 Vgl. SPANIER, Die Bank 1980 118 und 120; da genaue Zahlen über die Marktanteile fehlen und die vorhandenen Schätzungen je nach Quelle stark differieren, wird in dieser Arbeit auf eine Darstellung von Marktanteilen verzichtet.

87 US-Dollar, Japanischer Yen, Deutsche Mark, Französischer Franc, Schweizer Franken, Kanadischer Dollar, Pfund Sterling.

88 Vgl. Die ersten Jahre der Swiss Bankers Travellers Cheques, in: SBV, Die drei Schlüssel 1/1980 13; FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380; genauer dazu §2.III.2.c.

çaise du Chèque de Voyage⁸⁹ sowie seit 1983 am von der Saudi Travellers Cheque Company herausgegebenen Reisecheck in der saudischen Landeswährung Rial⁹⁰.

Die beiden zur Zeit grössten US-Banken⁹¹ beteiligen sich ebenfalls am Reisecheckmarkt: Die Citicorp verkauft Reisechecks in vier verschiedenen Währungen⁹², während die Bank America Travelers Cheques in drei Währungen erhältlich sind⁹³. Seit 1979 beteiligt sich auch die amerikanische Kreditkartenorganisation VISA - in Zusammenarbeit mit der englischen Standart Chartered Bank Ltd. - am Reisecheckgeschäft⁹⁴. Neben US-Dollars-Travellers-Cheques und Travelers Cheques in anderen Währungen gibt VISA über die Cornèr Bank in Lugano auch sFr.-Reisechecks in den Nennwerten Fr. 50.-, 100.- und 200.- aus.

Europas grösster Reisecheck-Emittent, Thomas Cook, emittiert seit 1920 Reisechecks, nachdem er schon seit 1873 sog. "Circular Notes" ausgab⁹⁵. Im Jahre 1982 begann Thomas Cook mit der Ausgabe von neuen Euro Travellers Cheques (ETC) und ar-

89 Vgl. Neues über Reisechecks, in: Sparkassen International 2/1981 50; American Express in Europa, 48; die graphische Gestaltung dieses Chèque de Voyage/Travelers Cheque entspricht dabei weitgehend demjenigen der normalen Amexco-Reisechecks.

90 Vgl. NZZ vom 29. August 1983, 7.

91 Vgl. NZZ vom 18. Dezember 1986, 19.

92 US-Dollar, Pfund Sterling, Japanischer Yen, Deutsche Mark.

93 US-Dollar, Pfund Sterling, Deutsche Mark.

94 Vgl. auch ODEFÉY, 27 Anm.1; HINDLE, The Banker 12/1979 33.

95 Vgl. §2.II.1.

beitet zudem seit 1983 mit der Kreditkartenorganisation Mastercard zusammen⁹⁶, welche wie VISA zu Beginn der 80er Jahre mit der Ausgabe von Reisechecks begonnen hat. Die ETC-Thomas-Cook-Mastercard Reisechecks werden heute in 10 Währungen angeboten⁹⁷. Zudem ist Thomas Cook seit 1975 als Service-Agent für die SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUES tätig⁹⁸. Dieser einzige in der Schweiz emittierte Reisecheck wird von den Schweizer Banken als Gemeinschaftswerk herausgegeben und lautet ausschliesslich auf Schweizer Franken. Er stellt ein Gegenstück zum einheitlichen DM-Reisescheck dar, welcher seit 1957 von den deutschen Kreditinstituten herausgegeben wird⁹⁹.

Weltweit gibt es noch weitere Reisechecks, die aber wegen ihrer geringen Bedeutung im allgemeinen und aus schweizerischer Sicht im besonderen nicht weiter behandelt werden.

b. Der Reisecheck im Konkurrenzkampf mit anderen Reisezahlungsmitteln

Wie bereits aufgezeigt, besteht heute ein grosses Angebot an verschiedensten Reisezahlungsmitteln. Vor allem die Kreditkarte scheint durch ihren rasanten Vormarsch die Bedeutung des Reisechecks zu gefährden. Aber auch durch das eurocheque-System ist dem Reisecheck Konkurrenz erwachsen. Die noch in Entwicklung stehenden neuesten Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wie das Point-of-Sale-System oder die Chip-

96 Vgl. HAHN, 278.

97 US-Dollar, Kanadischer Dollar, Australischer Dollar, Hongkong Dollar, Japanischer Yen, Pfund Sterling, Deutsche Mark, Französischer Franc, Holländischer Gulden, Spanische Peseten.

98 Vgl. dazu §4.II.2.

99 ODEFEY, 33f.; HEINICHEN, 20; MAASS, Bank-Betrieb 1976 14ff.

Kartel¹⁰⁰ könnten gar dem Reisecheck den Todesstoss versetzen. Dennoch gilt der Reisecheckmarkt nach wie vor als Wachstumsbranchel¹⁰¹. Der Vergleich des Reisechecks mit den anderen Reisezahlungsmitteln zeigt deutlich auf, dass der Reisecheck auch in der heutigen Konkurrenzsituation seine Daseinsberechtigung hat und eine wichtige Funktion erfüllt.

aa. Reisecheck und eurocheque

Beide Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sind sowohl als Bargeldbeschaffungsmittel als auch direkt als Zahlungsmittel verwendbar. Der eurocheque ist im Gegensatz zum Reisecheck in seiner Anwendbarkeit auf die 39 am eurocheque-System beteiligten Länder begrenzt¹⁰². Die Akzeptanz des Reisechecks ist zwar je nach Typ ebenfalls nicht uneingeschränkt, ist zumindest bezüglich der Bargeldbeschaffungsfunktion aber eminent viel grösser¹⁰³.

Ein weiterer Vorteil des Reisechecks kann die Tatsache sein, dass er unabhängig von einer Bank- bzw. Kontoverbindung ein-

100 Vgl. dazu HÄNI, Angestellten-Revue 5/85 135; GIGER, Kreditkartensysteme 65ff.

101 Vgl. MAASS, Bank-Betrieb 1976 14ff.; MÜLLER, 121f.; B. MAIBACH, 1984 für SBTC wieder ein Erfolgsgeschäft, in: SBTC-Aktuell, 1/85, 3; diese Ansicht wird für den SBTC durch die Tatsache erhärtet, dass ein stetes Wachstum verzeichnet werden konnte und 1985 ein Rekordumsatz von 900 Millionen Franken erzielt wurde, vgl. SBTCC, Geschäftsbericht 1985.

102 Vgl. vorn III.1.b.cc.

103 Vgl. auch ODEFEY, 19f.

gesetzt werden kann¹⁰⁴. Deshalb kann er weltweit ohne Bedingungen von In- und Ausländern erworben werden, muss jedoch unter Einschluss einer Kommission von 1% sofort bezahlt werden. Der eurocheque wird dagegen erst nach erfolgter Benützung dem Konto des Ausstellers belastet, sofern er im Ausland eingelöst wurde mit einer zusätzlichen Kommission von 1 1/4% oder einem fixen Spesensatz.

Der m.E. wichtigste, wenn auch teilweise nicht genügend erkannte Vorteil des Reisechecks gegenüber dem eurocheque liegt jedoch in den unterschiedlichen Folgen bei Verlust und Diebstahl¹⁰⁵: Ein Reisecheckbenützer erhält im In- und Ausland unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen einer Soforthilfe einen spesen- und kommissionsfreien Ersatz von Reisechecks im Werte von bis zu ca. Fr.1000.-, innert 24 Stunden sogar den vollen Ersatz¹⁰⁶. Demgegenüber hat der Benützer von eurocheques nicht die Möglichkeit, im Verlustfalle von Karte oder Checkformularen unverzüglich Ersatz zu erhalten. Zudem ist bei den eurocheques im Gegensatz zum Reisecheck eine Haftungsbegrenzung der Bank vorgesehen¹⁰⁷. Diese Ersatzmöglichkeiten, verbunden mit der Haftungssituation, dürften wohl auch Motivation dafür sein, den Nachteil der Vorauszahlung des Reisechecks und die damit verbundenen Zinsverluste in Kauf zu nehmen¹⁰⁸. Es ist jedoch zu beachten, dass der eurocheque-Benützer im Gegensatz zum Reisecheckbenützer die Mög-

104 Das muss aber nicht zwingend ein Vorteil sein, weil heute viele Schweizer eine Bankverbindung haben und zudem die Benützungsvoraussetzungen für eurocheques nicht sehr anforderungsreich sind.

105 G.M. ODEFÉY, 20; MÜLLER, 112f.

106 Vgl. zu den Einzelheiten beim SBTC §4.IV.4.e.

107 Vgl. zum Ganzen die Bedingungen für die Benützung der eurocheque-Karte 1/85, Ziff.2.9, 3.2 und 3.3, sowie Merkblatt für ec-Schadenfälle, 1/85.

108 G.M. ODEFÉY, 20f.; MÜLLER, 112f.

lichkeit hat, unvorhergesehene Ausgaben, die das Ferienbudget übersteigen, zu tätigen.

bb. Reisecheck und Kreditkarte

Dass der Reisecheck durch die Kreditkarte nicht verdrängt wird, zeigt allein die Tatsache, dass sich alle grossen Kreditkartenorganisationen in irgendeiner Form am Reisecheckgeschäft beteiligen: Entweder geben sie eigene Reisechecks aus (z.B. Amexco, VISA) oder sie beteiligen sich bei anderen Reisecheckemittenten¹⁰⁹. Demnach gehen also selbst die Kreditkartenorganisationen von einer Koexistenz von Reisechecks und Kreditkarten aus, insbesondere auch deshalb, weil mit diesen beiden Reisezahlungsmitteln unterschiedliche Kundensegmente angesprochen werden: Kreditkarten für den Vielreisenden und den Geschäftsmann, Reisechecks für Ferienreisende¹¹⁰.

Der wesentlichste Unterschied zwischen Reisecheck und Kreditkarte liegt in ihren Hauptfunktionen: Während der Reisecheck vor allem die Bargeldbeschaffung bezweckt, stellt dies für die Kreditkarte die Ausnahme dar. Sie ist zwar möglich, unterliegt jedoch je nach Karte gewissen Beschränkungen und kann mit teilweise erheblichen Kommissionen verbunden sein¹¹¹. Dagegen erfüllt die Kreditkarte vorwiegend die Funk-

109 Z.B. Eurocard: Die Schweizer Banken sind sowohl durch die Telekurs AG, dessen Aktionäre sie sind, an deren Tochtergesellschaft Eurocard (Switzerland) AG (GIGER, Kreditkartensysteme 107), als auch beim SBTC beteiligt; vgl. auch die Zusammenarbeit von Mastercard und Thomas Cook (vorn III.2.a.) sowie jene von Diners-Club und Citicorp (Diners Club Magazine 6/7 1985 41).

110 Vgl. auch SCHMID-FOSSATI/ANDREOSSO, Bilanz 6/85 125.

111 Vgl. die Übersicht bei GIGER, Kreditkartensysteme 89 und 104, sowie bei HEGGLIN, SHZ 31. Juli 1986, 3.

tion eines Zahlungsmittels, dies aber nur bei den jeweiligen Vertragspartnern.

Ein weiterer wichtiger Unterschied liegt darin , dass die Kreditkarte in einem gewissen Masse eine Kreditierungsfunktion zugunsten des Benützers aufweist¹¹², während beim Reisecheck der Käufer dem Emittenten sein Geld während einer gewissen Zeit zur Verfügung stellt¹¹³. Beim Reisecheck werden die Kosten mittels der Kommission von 1% vom Benutzer getragen, während die Kosten der Kreditkartenemittenten - abgesehen vom Zins bei Abzahlungsmöglichkeit - vom Vertragsunternehmen bezahlt werden, indem diesem eine Kommission abgezogen wird. Aus diesem Unterschied bezüglich der Kostentragung resultiert aber eine Folgeerscheinung, die sich für die Kreditkarte durchaus auch negativ auswirken kann: Je nach Kommissionsansatz, den das Kreditkartenunternehmen vom Vertragspartner verlangt, wird dessen Gewinn geschmälert. Weil das Vertragsunternehmen jedoch den i.d.R. zahlungskräftigen Kreditkarteninhaber als Kunden nicht verlieren möchte, sieht es sich oftmals gezwungen, die Karte dennoch zu akzeptieren¹¹⁴. Folgen dieses Dilemmas des Vertragsunternehmens bleiben denn auch nicht aus: Einerseits verlangt es vom Kreditkartenbenutzer einen gewissen Mindestpreis, damit mit der Karte bezahlt werden kann. Andererseits kommt es auch vor, dass es dem potentiellen Käufer einen gewissen Preisnachlass gewährt, falls dieser nicht mit der Kreditkarte, sondern mit Bargeld (evtl.

¹¹² Vgl. dazu vorn III.1.b.ee.

¹¹³ Vgl. zum Float vorn II.3.

¹¹⁴ Vgl. auch SCHMID-FOSSATI/ANDREOSSI, Bilanz 6/85 130; K. SPECK im Tages-Anzeiger vom 16. April 1985, 7.

auch mit Reisechecks) bezahlt¹¹⁵. Dieser Sachverhalt kann also zu gewissen Akzeptanzproblemen führen¹¹⁶.

Der eigentliche Vorteil des Reisechecks im Verhältnis zur Kreditkarte dürfte darin liegen, dass die Benützung der Kreditkarte mit Aufnahmebedingungen - Mindesteinkommen, solide finanzielle Verhältnisse usw. - verknüpft ist, wogegen der Reisecheck von jederman frei und ohne besondere Bedingungen zu erwerben ist. Die Jahresgebühren für die Kreditkarten dürften nur dann für den Erwerb von Reisechecks sprechen, wenn der jährliche Umsatz mit der Karte inkl. den gewährten Zinsen kleiner ist als die 1% Kommission und der Zinsverlust beim Reisecheck¹¹⁷.

cc. Reisecheck und ec-Bancomat

Weil die Anwendbarkeit der eurocheque-Bancomatkarte zur Zeit auf die Schweiz beschränkt ist, kann diese Form des Bargeldbezugs noch nicht als Konkurrenz zum Reisecheck angesehen werden. Da die Bancomat-Dienstleistung aber seit 1985 mit der eurocheque-Karte verbunden ist, sind Bestrebungen im Gange, einen grenzüberschreitenden Bargeldbezug an Geldautomaten zu ermöglichen, könnte dieses System dem Touristen künftig wertvolle Dienste leisten, insbesondere weil der Benützer nicht mehr an Öffnungszeiten von Banken und sonstigen Auszahlungs-

¹¹⁵ Vgl. auch SCHUSTER, Die Bank 1978 532.

¹¹⁶ Vgl. zu dieser Problematik auch GIGER, Kreditkartensysteme 125f., und H.R. BERGER, Kleinkrieg um die Kostenseite des Plastikgeldes, in: Weltwoche vom 18. April 1985, 17.

¹¹⁷ Vgl. zum Ganzen die Übersicht bei SCHMID-FOSSATI/ANDREOS-SI, Bilanz 6/85 126, und GIGER, Kreditkartensysteme 106.

stellen gebunden wäre¹¹⁸. Im Vergleich zum Reisecheck gelten aber wiederum die gleichen Vor- und Nachteile wie beim eurocheque. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass für eine effektive Handhabung dieses Systems eine grosse geographische Verbreitung der Bargeldbezugsautomaten erforderlich ist.

dd. Reisecheck und Postcheque/Postomat

Seit 1984 beteiligt sich auch die PTT in beschränktem Masse am Reisezahlungsmittelmarkt¹¹⁹. Im Gegensatz zum eurocheque-System ist aber eine Kombination von Postcheque-Karte und Postomatkarte nicht geplant, zudem soll das Postomat-System auf die Schweiz beschränkt bleiben. Das Postcheque-System ist zwar in mehr als 20 Ländern anwendbar, doch als Zahlungsmittel ist der Postcheque nur - und zudem in beschränktem Masse - in der Schweiz verwendbar. Dies lässt den Schluss zu, dass diese Dienstleistungen der PTT nicht direkt als Konkurrenz zum Reisecheck betrachtet werden können.

c. Würdigung

Die Betrachtungen des Verhältnisses des Reisechecks zu den bestehenden wichtigsten Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, welche im Dienste des Reiseverkehrs stehen, machen deutlich, dass die negativen Prognosen für den Reisecheck kaum zutreffen dürften. Gerade weil alle Reisezahlungsmittel Vor- und Nachteile aufweisen, kann zur Zeit nicht vom Niedergang des Reisechecks gesprochen werden. Vielmehr wird sich die Frage stellen, in welcher Art sich die verschiedenen Typen ergänzen können. Sowohl für den Kreditkarteninhaber als auch

¹¹⁸ Vgl. zu dieser Möglichkeit für den Reisecheck hinten III.3.

¹¹⁹ Vgl. vorn III.1.b.dd. und III.1.b.gg.bbb.

für den eurocheque-Benützer stellt der Reisecheck ein ideales Komplementärprodukt dar, für selten reisende Personen dürfte er das geeignetste Reisezahlungsmittel sein¹²⁰. Seine Einfachheit in der Handhabung und die bis heute unübertroffene Sicherheit - verbunden mit einem guten Service - bieten auch in Zukunft Gewähr, dass der Reisecheck eines der wichtigsten Reisezahlungsmittel bleiben wird.

Dass dem Reisecheck innerhalb des Reisezahlungsmittelmarktes eine überaus wichtige Stellung zukommt, zeigt sich auch in dessen wirtschaftlicher Bedeutung: Gemäss einer Studie des SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE CENTRES¹²¹ geben die Schweizer für Ferien und Reisen im Ausland jährlich rund 7,2 Mrd Franken aus, wobei der Anteil des Bargelds, das die Reisenden mit sich führen, ca. 2,3 Mrd Franken und der Anteil der Reisezahlungsmittel ca. 2,9 Mrd Franken beträgt. Von diesen 2,9 Mrd Franken entfallen 0,1 Mrd (3,5%) auf den Postcheque, 0,4 Mrd (13,8%) auf den eurocheque, 0,9 Mrd (31%) auf die Kreditkarte und rund 1,5 Mrd (51,7%) auf den Reisecheck. Der Reisecheck ist also das zur Zeit weitaus beliebteste und wirtschaftlich bedeutendste Reisezahlungsmittel der schweizer Auslandstouristen.

3. Ausblick

Könnte vorstehend nachgewiesen werden, dass die düsteren Zukunftsprognosen früherer Jahre für den Reisecheck bis heute nicht zutreffend waren, so ist doch noch ein Blick in die weitere Zukunft zu werfen. Auch bezüglich dieser Perspektive werden wiederum von verschiedenen Kreisen Bedenken für die

¹²⁰ G.M. MÜLLER, 120ff.

¹²¹ SBTCC, Marketingkonzept 87 für die Schweiz; vgl. dazu auch NZZ vom 9. Januar 1987, 7.

Überlebenschance des Reisechecks geäußert, vor allem im Zusammenhang mit der Elektronisierung des Zahlungsverkehrs.

Im Mittelpunkt der Bestrebungen zur Neugestaltung des Zahlungsverkehrs steht das Point-of-Sale-System (POS-System): Darunter ist ganz allgemein ein elektronisches Zahlungsverkehrssystem zu verstehen, bei dem das Bargeld durch eine besondere Debit-/Kundenkarte ersetzt wird, mittels der ein Kunde/Konsument über ein Terminal bei der Kasse durch zusätzliche Eingabe seines PIN-Codes¹²² bargeld- und beleglose Zahlungen tätigen kann, die zur direkten Verbuchung auf seinem Konto und demjenigen des Verkäufers führen¹²³. Eine erste Erscheinungsform dieses Systems ist in der eurocheque-Bancomat-Karte zu finden, mittels der es möglich ist, bargeldlos Benzin zu beziehen¹²⁴.

Weitere Formen der modernen Zahlungstechnologien sind die Wertkarte und die Chip-Karte: Die Wertkarte enthält ein bestimmtes Guthaben, das je nach Leistungsbeanspruchung vermindert wird. Solche Karten kommen heute vor allem für die Benützung öffentlicher Telefonstationen und öffentlich zugänglicher Kopierautomaten zum Einsatz¹²⁵. Bei der Chip-Karte handelt es sich um eine Mikroprozessor-gesteuerte elektronische Zahlkarte, mit der Transaktionen zu und vom jeweiligen Bankkonto möglich sind. Deshalb wird sie auch als "intelli-

122 PIN = Persönliche Identifikations-Nummer.

123 Vgl. dazu LEHMANN, 130f.; WERREN, Schweizer Bank 1/86 59ff.; GIGER, Kreditkartensysteme 60f., 65f.; HANDBUCH GBB, 190f.; GODSCHALK, 88ff.

124 "ec-DIRECT". Vgl. LEHMANN, 130f.; GIGER, Kreditkartensysteme, 60f.; MARTI, Angestellten-Revue 5/85 143.

125 GIGER, Kreditkartensysteme, 60f.

gente Karte", als "Smart Card" oder als "Carte à mémoire" bezeichnet¹²⁶.

Mit all diesen modernen Entwicklungen im Zahlungsverkehr scheint dem Reisecheck auf den ersten Blick harte Konkurrenz zu erwachsen, welche zu dessen baldigem Untergang führen könnte. Bei näherer Betrachtung hingegen könnte sich eine derartige Beurteilung als Trugschluss erweisen. Hierfür sind folgende Überlegungen anzuführen:

- Auch im Bereiche des Reisecheckverkehrs ist die Einführung der Elektronik als Kundendienstleistung festzustellen: So stehen verschiedentlich schon Reisecheck-Ausgabeautomaten im Dienst, bei denen mittels einer Kredit- oder Bankkarte Reisechecks bezogen werden können¹²⁷. Zudem existieren vor allem in den USA schon seit geraumer Zeit Cash-Automaten, bei denen gegen Eingabe gegengezeichneter Reisechecks Bargeld bezogen werden kann; die beiden Unterschriften werden durch einen elektronischen Unterschriftenvergleich geprüft¹²⁸.
- Marktanalysen verschiedener Bankinstitute und Reisezahlungsmittelanbieter haben ergeben, dass die Einführung der Debit-, Wert- oder Chip-Karte das Bargeld und den Reisecheck wohl kaum verdrängen, sondern vielmehr einen Substitutionsprozess innerhalb des "Kartenmarktes" (Kreditkarten, Bancomat, ec-DIRECT usw.) auslösen wird. Immerhin wird eine gewisse Gewichtsverlagerung weg vom Bargeld und hin zu den

126 GIGER, Kreditkartensysteme 66f.; HEGGLIN, SHZ 31. Juli 1986, 3; K. SPECK, Tages-Anzeiger vom 16. April 1985, 7.

127 Vgl. z.B. die "Electronic-Bank" der SBG in Zürich.

128 Vgl. BÜCHI, SHZ 10. Juni 1982, 13.

elektronischen Zahlungsmitteln zu erwarten sein¹²⁹. Der Reisecheck wird aber auch in absehbarer Zukunft ein Komplementärprodukt zu anderen Zahlungsmittelformen bleiben.

- Neben psychologischen Aspekten (Misstrauen der Kunden gegenüber den neuen elektronischen Zahlungsverkehrsformen) dürften auch marktstrategische und technische Gesichtspunkte gegen die Ersetzung des Reisechecks durch die elektronischen Zahlungsmittel sprechen: Ist es schon anforderungsreich genug, innerhalb eines einzigen Landes ein einheitliches System zu schaffen, das sowohl die Debit- als auch die Kreditkartenabwicklung ermöglicht¹³⁰, so stellen sich im internationalen Verkehr zur Zeit fast unüberwindbare Hindernisse zur Schaffung eines weltweit einheitlichen Systems¹³¹. Gerade infolge der weltweiten Verbreitung und Typisierung des Reisechecks werden deshalb die neuen Zahlungsverkehrsformen keine unmittelbare Konkurrenz zu diesem bilden.
- Alle neuen Formen des elektronischen Zahlungsverkehrs (POS-System, Chip-Karte usw.) sind mit grossen Investitionen verbunden, die sich aber nur bei entsprechend hohen Umsätzen lohnen¹³². Aus dieser Tatsache folgt, dass bei Detail-

129 Vgl. dazu auch GODSCHALK, 45ff. und 62ff.

130 Für die Situation in der Schweiz vgl. etwa WERREN, Schweizer Bank 1/86 62; HEGGLIN, SHZ 31. Juli 1986, 3.

131 Vgl. dazu die Untersuchung von GODSCHALK, 62ff.

132 LEHMANN, 131; GODSCHALK, 86; vgl. zu der zur Zeit bestehenden Zurückhaltung des Detailhandels gegenüber dem POS-System auch J. KELLER, Elektronischer Zahlungsverkehr: Eine Spur zu forsch, in: SHZ 18. Dezember 1986, 23.

listen, Kiosken usw. weiterhin mit Bargeld zu bezahlen sein wird¹³³.

Aus dieser Übersicht lässt sich ableiten, dass durch die Einführung neuer, elektronischer Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gewisse Umstrukturierungen des Zahlungsverkehrs eintreten, sich aber nicht in grossem Umfang auf den Reisecheck auswirken werden. Angesichts der Tatsache, dass der Reisecheck ein ausgezeichnetes Komplementärprodukt zu anderen Reisezahlungsmitteln ist und dass auch die neuen Zahlungstechnologien keine Ersetzung des Bargelds bewirken werden, können die Zukunftsaussichten des Reisechecks am prägnantesten mit der vom SBTC-Präsidenten R. SOLTERMANN anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des SBTC geprägten Formel umschrieben werden: "Solange es Bargeld gibt, wird es auch Travellers Cheques geben."¹³⁴

¹³³ Die Zielsetzung des POS-Banking besteht aber darin, dass das Bargeld langfristig ersetzt werden soll; vgl. WERREN, Schweizer Bank 1/86 61.

¹³⁴ SBTC-Aktuell, 3/85, 3.

§2 HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES REISECHECKS

I. Früheste Bargeldersatzmittel

1. Der Wechsel

Der immer bedeutender werdende Handel des Mittelalters brachte für die Kaufleute auch grosse Risiken und Probleme mit sich. Krieg und Verbrechertum liessen den Bargeldtransport zusehends gefährlicher werden, zumal der Transport selbst infolge des Gewichts und der Grösse der damals üblichen Münzen nicht ganz problemlos war. Verschärft wurden diese Schwierigkeiten noch dadurch, dass in jener Zeit eine Vielfalt zirkulierender Münzen vorhanden war, welche zur Instabilität dieser Währungen führten¹. Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten entstand Mitte des 12. Jahrhunderts der Wechsel: Reisende und Kaufleute konnten sich in ihrer Heimatstadt an einen Geldwechsler wenden und ihm in der an diesem Orte geltenden Münze den auswärts geschuldeten Betrag einzahlen, wofür sie ein schriftliches Zahlungsversprechen erhielten, in dem der Geldwechsler dem Einzahler versprach, selbst oder durch einen von ihm beauftragten Dritten den einbezahlten Betrag in der dort geltenden Münze auszubezahlen². Die Geldwechsler, die mit der Zeit ein Zahlstellennetz für diese Art des Zahlungsverkehrs aufbauten³, beglichen ihre Forderungen untereinander durch Verrechnung⁴.

Im Verlaufe des 14. Jahrhunderts entwickelte sich dieser ursprüngliche - dem heutigen Eigenwechsel entsprechende - Wechsel

1 Vgl. HABICHT, 3; LAHUSEN, 19.

2 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §18 N 1.

3 Vgl. LAHUSEN, 18.

4 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §18 N 1; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 130; KLEINER, Devisen-Schuldrecht 49f.

sel zur Anweisung⁵ und zwei Jahrhunderte später wurde diese in die Form eines Ordrepapiers gekleidet. Die Folge war, dass der Wechsel mittels Indossament übertragbar wurde und nun auch zur Tilgung von mehreren Zahlungsverpflichtungen verwendet werden konnte⁶.

Diente der Wechsel in seiner ursprünglichen Form als Distanzwechsel vorab als Bargeldersatzmittel, so entwickelte er sich langsam zum Kreditmittel, indem die Entschädigung, die der Wechsler für seine Dienste bezog, sich nun auch beim Platzwechsel einbürgerte. Die ursprünglich von der Kirche verpönte Kreditfunktion (kanonisches Zinsverbot) löste die Bargeldersatzfunktion immer mehr ab und steht heute im Vordergrund⁷.

2. Der Check

Mit der Entwicklung des Bankenwesens im 15. und 16. Jahrhundert, welche von Italien ausging⁸, wurde eine neue Art des bargeldlosen Zahlungsverkehrs geschaffen: Der Check. Damit konnte ein Inhaber eines Bankguthabens seine Bank anweisen, einem Dritten einen bestimmten Betrag auszuzahlen oder dessen Guthaben gutzuschreiben⁹.

Ebenso wie der Wechsel war der Check ursprünglich nicht übertragbar. Erst im Verlaufe des 17. Jahrhunderts folgte die

5 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §18 N 2; BÄR, 182.

6 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §18 N 4; DÖRIG, 70ff.

7 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §18 N 6; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 131.

8 Vgl. LAHUSEN, 18; HABICHT, 4f.

9 Vgl. HABICHT, 4ff.; KLEINER, Devisen-Schuldrecht 50.

Entwicklung zum übertragbaren Ordrepapier¹⁰. Durch divergierende örtliche Vorschriften war dessen Zirkulation noch stark eingeschränkt, so dass sich der Check erst durch den Anstoss aus England im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert richtig zu entwickeln begann¹¹. Zudem war der Reisende in der Bargeldbeschaffung ziemlich eingeschränkt, indem er praktisch nur bei seiner Bank einen Check einlösen konnte, weil er im Ausland immer damit rechnen musste, dass sein Check nicht entgegengenommen würde¹².

3. Der Kreditbrief

Weil der Wechsel sich von seiner ursprünglichen Funktion als Bargeldbeschaffungsmittel hin zum Kreditmittel entwickelte und der Check mangels genügender Verbreitung und infolge des Risikos der Deckung resp. Nichteinlösung kein befriedigendes Bargeldersatzmittel war, entwickelte sich der Kreditbrief, insbesondere der Reisekreditbrief und der Zirkularkreditbrief (Letter of Credit und Circular Letter of Credit).

In einem Reisekreditbrief wurden nach Wahl des Akkreditierten einige Korrespondenzbanken der ausstellenden Bank bezeichnet, bei denen der Reisende bis zu dem auf dem Dokument bezeichneten Gesamtbetrag Bargeld beschaffen konnte. Die Zahlstellen vermerkten den jeweils ausbezahlten Betrag auf dem Reisekreditbrief, so dass für eine weitere Korrespondenzbank sofort ersichtlich war, welchen Betrag der Begünstigte noch abheben

¹⁰ DÖRIG, 71f.

¹¹ Vgl. HABICHT, 6ff.: LAHUSEN, 25; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 261.

¹² Vgl. auch DESPAX, 325; zum Bankenwesen jener Zeit vgl. auch nachfolgend 3.

konnte¹³. Zudem erhielten die Korrespondenten der ausstellenden Bank eine Unterschriftenprobe des Begünstigten und Informationen über die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, sei es direkt durch den Aussteller¹⁴ oder dadurch, dass der Begünstigte einen "letter of indication" zusammen mit dem Reisekreditbrief vorlegte, auf dem sich ebenfalls eine von der ausstellenden Bank beglaubigte Unterschriftenprobe befand¹⁵.

Im Gegensatz zum Reisekreditbrief war der - vor allem in angelsächsischen Ländern verbreitete - Zirkularkreditbrief nicht nur bei einigen speziell bezeichneten Korrespondenzbanken zahlbar, sondern bei allen Korrespondenten des Ausstellers. Wegen der grossen Zahl von möglichen Zahlstellen kamen beim Zirkularkreditbrief Unterschriftenproben oder besondere Benachrichtigungen nicht vor¹⁶.

Mit dem Reisekreditbrief bzw. Zirkularkreditbrief war der Reisende zwar vom Verlustrisiko beim Mitführen von Barmitteln befreit und die auszahlenden Banken hatten genügend Sicherheit bezüglich der Bonität des Kreditbriefvorweisers¹⁷, aber es bestanden dafür einige andere Schwierigkeiten, die den Kreditbrief als umständliches Bargeldbeschaffungsmittel erscheinen liessen. Weil das Bankensystem noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein überwiegend von Privatbankiers getragen wurde, deren Geschäftskreis oft ziemlich begrenzt war, und infolge der Tatsache, dass der Standort der Banken oder deren Filialen meist in den grossen Handelsmetropolen war, während in kleineren Agglomerationen, Dörfern und Märkten oft solche

13 Vgl. EMCH/RENZ, 334; DESPAX, 325f.

14 EMCH/RENZ, 334.

15 CHORLEY, 254.

16 EMCH/RENZ, 334.

17 WILLISTON, 283ff.

fehlten¹⁸, wurde der Reisende in seiner Routenwahl ziemlich stark eingeschränkt. Die fehlende Übertragbarkeit des Kreditbriefes bewirkte nämlich, dass eine Einlösung nur bei den Korrespondenten erfolgen konnte, während er in anderen Banken oder gar in Hotels keine Anwendung fand¹⁹. Gegenüber dem Zirkularkreditbrief hatte der Reisekreditbrief durch die konkrete Benennung einiger weniger Korrespondenten noch weitere Einschränkungen zur Folge, wogegen beim Zirkularkreditbrief infolge fehlender Unterschriftenprobe die Missbrauchsgefahr bei Verlust wesentlich grösser war²⁰.

II. Erfindung des Reisechecks

1. Vorgeschichte

Der Kreditbrief als einziges dem Reisenden dienendes Bargeldersatzmittel des 19. Jahrhunderts bot diesem zwar genügend Sicherheit, löste aber das Problem der jeweiligen Bargeldbeschaffung nicht zufriedenstellend. Die Einlösung selbst war mit vielen Hindernissen und teilweise grossen Kosten verbunden und zudem konnte er nicht in Hotels oder Geschäften verwendet werden. Daher lancierte 1873 das schon damals bedeutende englische Reiseunternehmen Thomas Cook in New York die sogenannte "Circular Note"²¹. Dieses aus dem Reisekreditbrief entwickelte Papier lautete auf fixe Beträge (5 oder 10 Pfund Sterling) und war auf die Korrespondenten von Thomas Cook ge-

18 Vgl. dazu MAST, 26ff., und K.E. BORN, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1977, 114.

19 DESPAX, 326.

20 EMCH/RENN, 334.

21 SWINGLEHURST, 57 und 65; LEHMANN, 105.

zogen²². Die wichtigste Neuheit aber bestand darin, dass diese Circular Note nicht mehr nur bei Banken einlösbar war, sondern auch bei Agenten und Hotels, die mit dem Reiseunternehmen in Geschäftsverbindung standen, und dass zudem auf dem Papier vermerkt war, dass keine Abzüge vom aufgedruckten Nennwert gemacht werden durften. Ebenso wichtig war, dass diese Papiere in der Regel übertragbar waren²³.

Obwohl dies ein wichtiger Schritt vorwärts war, blieben immer noch gewichtige Probleme in der Handhabung, zumal auch die Circular Notes i.d.R. von einem Letter of Indication abhängig waren²⁴. Die Fixierung der Summe je Circular Note stellte aber einen wichtigen Markstein dar, der letztlich zur Erfindung des Reisechecks führte²⁵.

2. Der erste Reisecheck der American Express Company

Die Spedititions- und Reisebürogesellschaft American Express Company (Amexco) beschäftigte sich seit ihrer Gründung im Jahre 1850 mit der möglichst gefahrlosen Beförderung von Bargeld²⁶. Nach einer Europareise im Jahre 1890 ärgerte sich der damalige Präsident der American Express Company, James C. Fargo, derart über die hindernisreiche und unangenehme Handhabung des Reisekreditbriefes, dass er sich an Marcellus Flemming Berry, einen Mitarbeiter von American Express, mit

22 Vgl. auch CHORLEY, 254.

23 CHORLEY, 254; HOLDEN, 249f.

24 CHORLEY, 254; HOLDEN, 249f.

25 Das Reiseunternehmen Thomas Cook nun als Erfinder des Reisechecks zu bezeichnen, ist m.E. nicht gerechtfertigt; vgl. dazu auch ODEFY, 30 Anm.1.

26 Vgl. American Express in Europa, 6.

der Aufgabe wandte, ein Formular zu entwickeln, das auf Dollar laute, ohne Schwierigkeiten in eine andere Währung umtauschbar sei und zudem den Benützer eines solchen Papiere vor den unangenehmen Folgen eines Verlustes schützen solle²⁷. Berry's einfache und zugleich geniale Lösung war der Reisecheck. Das Prinzip der doppelten Unterschrift wurde vom Kreditbrief übernommen²⁸; neu aber war, dass beide Unterschriften auf einem Dokument stehen mussten. Damit wurde sowohl die Identitätsfeststellung erleichtert als auch die Fälschungsfahr verringert. Nach dem Vorbild der Circular Notes lautete der American Express Travelers Cheque auf bestimmte, vorgedruckte Beträge und wurde zudem an Ordre gestellt. Die wichtigste Neuheit bestand indessen darin, dass dem Benützer der Reisechecks, welche er beim Erwerb sogleich zu bezahlen hatte, im Verlustfalle der gleiche Betrag zurückerstattet werden sollte.

Mit dem Reisecheck hatte Berry ein Dokument entwickelt, das dem Reisenden die Vorteile der einfacheren Handhabung, der grösseren Sicherheit und Beweglichkeit brachte, während sich für die ausgebende Gesellschaft eine Verringerung des Fälschungsrisikos und des administrativen Aufwandes ergab²⁹. Noch vor der offiziellen Einführung des Reisechecks hatte American Express mit führenden europäischen Banken, Reiseunternehmen und Hotels dahingehende Vereinbarungen abgeschlossen, dass diese den Reisecheck als Zahlungsmittel akzeptierten³⁰. Kurz nachdem Berry, der von seinen Kollegen als "Finanz-Edison" bezeichnet wurde, unter der Nummer 25775-24778 die US-Patentrechte zugesprochen erhielt, wurde am 5. August 1891 der erste Reisecheck von William C. Fargo im Ho-

27 Vgl. American Express in Europa, 8.

28 HEINICHEN, 19.

29 HEINICHEN, 19.

30 American Express in Europa, 8.

tel Hauffe in Leipzig gegengezeichnet und eingelöst³¹. Im Jahre 1891 wurden schon 248 Reisechecks für den Betrag von 9120 US-Dollar verkauft. Noch im gleichen Jahr wurde ein American Express Travelers Cheque von der Zürcher Kantonalbank honoriert und schon zwei Jahre später konnten diese Reisechecks auch dort gekauft werden³².

III. Weitere Entwicklung des Reisechecks

1. Allgemein

Die Vorzüge des Reisechecks überzeugten Reisende in aller Welt. Im Zuge der stürmischen Entwicklung des Reiseverkehrs zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Reisecheck nach der dem American Express Travelers Cheque eingeräumten Schutzfrist von vielen Banken und Touristikunternehmen übernommen³³. Dabei ist aber zu beachten, dass es eine grosse Anzahl verschiedener Ausgestaltungen von Reisechecks gab, deren Vereinheitlichung bis heute nicht erreicht worden ist³⁴. Die erste Feuerprobe überstand der Reisecheck bei Ausbruch des 1. Weltkrieges, als es insbesondere der American Express Company gelang, das Vertrauen in dieses Zahlungsmittel und damit dessen Einlösbarkeit aufrecht zu erhalten³⁵. Ebenso bewährte sich der Reisecheck während der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreissiger Jahre, im 2. Weltkrieg sowie in den Währungskrisen von 1971 und 1973. Durch seine Sicherheit und Beliebtheit hat

31 American Express in Europa, 8.

32 American Express in Europa, 8.

33 HEINICHEN, 19.

34 Vgl. DESPAX, 328f.

35 Vgl. American Express in Europa, 20ff.

er den Kreditbrief im Laufe der Jahre beinahe völlig verdrängt³⁶.

In den USA war die Marktstellung der American Eypress Company derart stark, dass sich nur wenige andere Unternehmen am Reisecheckgeschäft beteiligten. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts begann die National City Bank of New York³⁷ mit der Ausgabe von Reisechecks, während die Bank America sich seit Beginn der dreissiger Jahre am Reisecheckmarkt beteiligt.

Die Entwicklung in Europa ist sehr uneinheitlich. In Grossbritannien lancierte das Reiseunternehmen Thomas Cook 1920 die Ausgabe eigener Reisechecks, worauf verschiedene englische Banken eigene Formulare ausgaben³⁸. In Frankreich begann die Banque de France 1916 mit der Ausgabe von sogenannten "chèques circulaires", welche eine ähnliche Funktion wie die Reisechecks hatten³⁹. In den Jahren vor 1939 folgten dann verschiedene französische Banken mit der Ausgabe eigener "chèques de voyage"⁴⁰. Seit 1973 gibt die Société Française du Chèque de Voyage, welche von vier der führenden französischen Banken und der American Express Company gegründet wurde, Reisechecks aus, für die die Amexco den weltweiten Service garantiert⁴¹.

36 HEINICHEN, 19; vgl. auch §1.III.1.b.aa.

37 Heute Citicorp, vgl. §1.III.2.a.

38 Vgl. ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 35b.

39 Vgl. DESPAX, 328; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 35c.

40 Vgl. PERCEROU/BOUTERON, 34 Nr.33 Anm.1 Ziff.4.

41 Vgl. American Express in Europa, 48.

Die Entwicklung in Italien ist insofern bemerkenswert, als dieses Land als einziges der Welt eine Gesetzesnorm über den Reisecheck kennt: Art.44 des italienischen Checkgesetzes vom 21. Dezember 1933 erwähnt die Möglichkeit, dass ein Check bei Vorlage gegengezeichnet werden muss, damit der Vorleger Zahlung erhalten kann⁴². Im übrigen ist aber anzumerken, dass das italienische Recht den Reisecheck in verschiedenen Formen zulässt, was zu einer völlig unübersichtlichen Entwicklung führte⁴³.

In Deutschland⁴⁴ wurden die ersten Reisechecks schon kurz nach der Jahrhundertwende durch die Schifffahrtsgesellschaften Norddeutsche Lloyd und Hapag herausgegeben. Nach dem 1. Weltkrieg wurden für den innerdeutschen Verkehr der Postreisescheck, der bei allen Postämtern einlösbar war, und für den internationalen Reiseverkehr der sog. Registermarkscheck entwickelt. Letzterer wurde auf ein Guthaben bei der Reichsbank gezogen, welches zugunsten eines "registrierten Berechtigten" angelegt werden konnte. 1953 begannen die deutschen Grossbanken mit der Ausgabe von eigenen Reisechecks, was zu einer wahren Flut von DM-Reiseschecks führte. Aus diesem Grunde beschlossen 1957 die Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft die Ausgabe eines einheitlichen DM-Reiseschecks, welcher 1973 und 1976 - als Reaktion auf den 1972 eingeführten American-Express-DM-Travelers-Cheque - dem internationalen Standard angepasst wurde⁴⁵.

42 Vgl. HEINICHEN, 126f.; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 57.

43 Zu den verschiedenen Erscheinungsformen vgl. ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 54-57, und HEINICHEN, 127ff.

44 Vgl. zum Ganzen HEINICHEN, 20, und ODEFEY, 31ff.

45 Vgl. dazu auch MAASS, Bank-Betrieb 1976 14ff.

Als Reaktion auf die immer härter gewordene Konkurrenz durch die amerikanischen Reisecheckemittenten⁴⁶ haben Vertreter von Institutsgruppen aus 9 Ländern Europas - darunter auch Vertreter der Schweizer Banken⁴⁷ - 1981 ein Abkommen über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Reisechecks in allen wichtigen Währungen einschliesslich des US-Dollars geschlossen und zu diesem Zweck die Organisation "Euro-Travelers-Cheque-International" (ETCI) in Brüssel gegründet. Das Aufsichtsgremium der ETCI beauftragte Thomas Cook zur Herausgabe und zum weltweiten Service der euro travellers cheques. 1982 begann die Emission dieser "euro-travellers-cheques" ("etc"), worauf sich bis heute 3 weitere Länder der ETCI anschlossen. Die Beteiligung der Schweizer Banken am ETC ist seit Juni 1985 beim SBTC sichtbar: Auf der Rückseite des SBTC findet sich nun neu auch das "etc"-Logo⁴⁸.

2. In der Schweiz

a. Der Reisepostcheck als erster Schweizer Reisecheck

Der erste schweizerische Reisecheck wurde nicht von den Banken ausgegeben, sondern von der Postverwaltung. Gestützt auf Art.33 Abs.1 des Bundesgesetzes betreffend den Postverkehr vom 2. Oktober 1924 (PVG)⁴⁹ erliess der Bundesrat die Vollziehungsverordnung I vom 8. Juni 1925 zum PVG (PVV)⁵⁰, wo in §78 Abs.5 der Reisepostcheck erstmals geregelt wurde. Bei den Postcheckämtern konnten Reisecheckhefte gegen eine Gebühr von

46 Vgl. SPANIER, Die Bank 1980 119.

47 Vgl. §4.II.1.a.; vgl. auch HAHN, 278.

48 Vgl. hinten III.2.e. und §4.III.1.

49 BS 7 754ff.

50 AS 1925 353ff.

Fr.2.- und gegen gleichzeitige Bezahlung des Nennwerts resp. Belastung des Postcheckkontos erworben werden; bei gewöhnlichen Poststellen, Banken oder Reisebüros musste zusätzlich eine Kommission von 1/2% beim Erwerb bezahlt werden. Diese Reisecheckhefte enthielten 10 Reisepostchecks zu Fr.50.- oder 100.-, welche eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren hatten⁵¹.

Obwohl der Reisepostcheck nur in der Schweiz und nur bei Poststellen eingelöst werden konnte⁵², entsprach er einem Bedürfnis des Reisepublikums⁵³. Die Revisionen der Vollziehungsverordnung I zum PVG in den Jahren 1939⁵⁴, 1955⁵⁵ und 1967⁵⁶ veränderten den Reisepostcheck wenig, bis er dann mit der Revision vom 18. Oktober 1972 verschwand⁵⁷.

Der Reisepostcheck stellte eine Sonderform des Postchecks dar, welcher einen öffentlichrechtlichen Anspruch verbrieft. Aus diesem Grunde stellte sich die Frage nach der Wertpapiernatur nicht. Die Schweiz hat zudem von der in Art.30 der Anlage II zum Abkommen über das Einheitliche Checkgesetz von 1931 Gebrauch gemacht und einen Vorbehalt bezüglich des Postchecks angebracht (Art.1144 OR)⁵⁸.

51 Vgl. BUSER, 119.

52 BUSER, 119.

53 MATTER, 126.

54 BS 7 775, Art.80 Abs.6 PVV.

55 AS 1956 1ff., Art.84 Abs.6 PVV.

56 AS 1967 1405ff., Art.122.

57 AS 1972 2675ff., und dort I. Art.122 PVV sowie insb. II. Abs.1.

58 Vgl. BS 11 908 und 912; vgl. zum Ganzen MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §3 N 10, sowie ZIMMERMANN, Art.1144 N 1-5.

b. Der Verbandsreisecheck der Kantonalbanken

Der Erfolg des Reisepostchecks und die Tatsache, dass der Kreditbrief immer geringere Bedeutung hatte, beschäftigte in den dreissiger Jahren auch die Schweizer Banken. Am 14. Mai 1936 gab die Kantonalbank von Bern, ein Mitglied des 1907 gegründeten Verbandes Schweizer Kantonalbanken⁵⁹, den Anstoss zur Einführung eines Verbandsreisechecks, welcher bei allen Verbandsmitgliedern, deren Filialen, Agenturen und Zahlstellen spesenfrei einlösbar sein sollte⁶⁰. Auf diesen Anstoss hin erarbeitete eine Spezialkommission folgende Grundsätze⁶¹: Am neu zu schaffenden Verbandsreisecheck sollten alle Verbandsmitglieder beteiligt sein, damit der Reisecheck an allen Schalterstellen verkauft und eingelöst werden könnte; zudem sollte er von einer Zentralstelle ausgegeben werden und sowohl im In- wie im Ausland zahlbar sein, wofür im Ausland einige Verkaufsdepots angelegt werden sollten.

Um dem Verbandsreisecheck noch bessere Einlösungsmöglichkeiten zu verschaffen, wurde mit dem Schweizerischen Hotelierverein ein Abkommen getroffen. Dadurch kamen zu den ca. 400 Zahlstellen der Kantonalbanken noch ca. 2000 Hotels, bei denen der Reisecheck zahlbar war⁶². Nach der Einführung dieses Verbandsreisechecks kurz vor der Sommersaison 1938 war er auch bei vielen Reisebüros, bei den SBB, bei Privatbahnen und Schifffahrtsgesellschaften spesenfrei einlösbar. Die Gültig-

59 Vgl. genauer dazu MATTER, 118ff., und HIRSZOWICZ, 424ff.

60 MATTER, 126.

61 MATTER, 126.

62 MATTER, 126; HONEGGER, 33.

keitsdauer betrug vorerst 2 Jahre, wurde aber später auf 3 Jahre verlängert⁶³.

Die Kriegsjahre gefährdeten den noch jungen ersten schweizerischen Reisecheck, doch bald nach Friedensschluss begann das Geschäft zu blühen, wobei vor allem der Verkauf im Ausland ein unerwarteter Erfolg war⁶⁴. Ab 1950 wurde der Verbandsreisecheck auch im Ausland zahlbar gestellt⁶⁵.

1970 wurde ein modifizierter "Reisecheck der schweizerischen Kantonalbanken" ausgegeben, doch mit der Beteiligung am 1975 geschaffenen SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE verzichtete der Verband Schweizerischer Kantonalbanken - wie alle Partnerbanken - auf die weitere Ausgabe eigener Reisechecks⁶⁶.

- c. Die Reisechecks anderer Schweizer Banken und die beginnende Kooperation auf dem schweizerischen Reisecheckmarkt

Der Verbandsreisecheck gab den Anstoss zu einer weiteren Entwicklung des schweizerischen Reisecheckmarktes. In den 40er und 50er Jahren lancierten die vier Grossbanken ihre eigenen Reisechecks. Hinzu kamen noch einige Reisechecks von Regionalbanken, die jedoch nie sehr grosse Bedeutung erlangen konnten.

63 MATTER, 126.

64 MATTER, 127; vgl. auch HONEGGER, 33.

65 MATTER, 127.

66 Dies gemäss der SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE - Partnervereinbarung von 1975, vgl. genauer dazu §4.

Dank des Vertrauens in den Schweizer Franken wurden die schweizer Reisechecks beim Publikum zwar sehr beliebt, doch konnten auf Grund der Zersplitterung des sehr kleinen schweizerischen Reisecheckmarktes und der daraus folgenden geringen Grösse des Umsatzvolumens die einzelnen Emissionsinstitute keine grosse Organisation aufbauen, die eine weltweite Verwendung und den damit verbundenen Service erlaubt hätte⁶⁷. Der mangelnde Bekanntheitsgrad von Reisechecks in Schweizer Franken im Ausland war mit ein Grund dafür, dass die vier schweizerischen Grossbanken sowie der Verband Schweizerischer Kantonalbanken 1969 ein Kooperationsangebot der American Express Company betreffend die Lancierung eines Amexco Travellers Cheque in Schweizer Franken akzeptierten⁶⁸. Diese Kooperation brachte den beteiligten Banken zwei grosse Vorteile: Einerseits erschlossen sie sich die Leistungen der weltweit verbreiteten Amexco-Organisation und andererseits waren sie nun in der Lage, ihren Kunden einen Reisecheck in Schweizer Franken anzubieten, der auf der ganzen Welt eine gute Akzeptanz hatte⁶⁹.

Aber noch in anderer Hinsicht stellte dieses Abkommen einen Markstein in der Entwicklung des schweizerischen Reisecheckmarktes dar: Erstmals waren alle wichtigen Banken des Landes an einem Reisecheck beteiligt. Ohne auf die weitere Ausgabe eigener Reisechecks zu verzichten, begann damit eine immer intensiver werdende Zusammenarbeit, welche schliesslich 1975 in der Lancierung eines gemeinsamen, rein schweizerischen Reisechecks gipfelte.

67 Vgl. FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380.

68 Vgl. FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380; Die ersten Jahre der SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUES, in: SBV, Die drei Schlüssel 1/1980 13; LEHMANN, 106.

69 Vgl. FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380; LEHMANN, 106.

d. Der Swiss Bankers Travellers Cheque

Obwohl der Swiss-Franc-Amexco-Travelers-Cheque vom Publikum sehr gut aufgenommen wurde, herrschte bei den Schweizer Banken ein gewisses Unbehagen. Der weiterhin zersplitterte Markt für Reisechecks in Schweizer Franken mit den damit verbundenen hohen Kosten und der mangelnden Bekanntheit der bankeigenen Reisechecks im Ausland sowie die Dollar-Krisen in den Jahren 1971 und 1973 forderten geradezu eine Reorganisation des schweizerischen Reisecheckmarktes. Vor allem aber Prestige Gründe liessen das Interesse der Schweizer Banken an einem gemeinsamen Reisecheck wachsen, denn die Tatsache, dass der sFr.-Reisecheckmarkt von einem ausländischen Institut beherrscht wurde, während die bankeigenen Reisechecks keine grosse Bedeutung hatten, wog für das "Banken-Land" Schweiz schwer⁷⁰.

1972 fanden auf Initiative des Schweizerischen Bankvereins hin erste Kontakte der am Amexco-Abkommen beteiligten Banken statt, um die Möglichkeit der Herausgabe eines gemeinsamen Reisechecks in Schweizer Franken zu prüfen⁷¹. Diese Kontaktgespräche führten 1973 zum Abschluss eines Abkommens betreffend "Koordination und Politik in den Sektoren 'Travellers Cheques' und 'Bank Consumer Cards'"⁷². Das Projekt eines zu schaffenden gemeinsamen Reisechecks reifte nun immer stärker heran, so dass Ende September/Anfangs Oktober 1974 die Schweizerische Bankgesellschaft, der Schweizerische Bankverein, die Schweizerische Kreditanstalt, die Schweizerische Volksbank sowie der Verband Schweizerischer Kantonalbanken,

70 Vgl. dazu auch FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380; HÄNI, Angestellten-Revue 5/85 135; LEHMANN, 106.

71 Vgl. Die ersten Jahre der Swiss Bankers Travellers Cheques (zit. in FN 68) 13; LEHMANN, 106.

72 Vgl. Die ersten Jahre der Swiss Bankers Travellers Cheques, a.a.O.; LEHMANN, 106.

dem 28 Mitglieder angehörten⁷³, die SWISS BANKERS' TRAVELLER CHEQUE-Partnervereinbarung unterzeichneten. Damit bildeten die Partnerbanken eine einfache Gesellschaft im Sinne von Art.530ff. OR, welche die Schaffung eines einheitlichen auf Schweizer Franken lautenden Reisechecks mit der Bezeichnung SWISS BANKERS' TRAVELLER CHEQUE bezweckt⁷⁴. Gestützt auf diese Partnervereinbarung wurde das SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE CENTRE, das seinen Sitz bei der Kantonalbank von Bern hat, gegründet. Ihm obliegt die administrative Abwicklung des SBTC-Verkehrs.

1975 konnte mit Thomas Cook & Son (Bankers) Ltd., London, ein Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen werden "... to facilitate and expedite the distribution, promotion, servicing and administrative handling of the SBTC ..." ⁷⁵. Damit konnte ein Partner gefunden werden, der über langjährige Erfahrung im Reisecheckgeschäft verfügt und in der ganzen Welt vertreten ist⁷⁶. Trotz dieser Zusammenarbeit mit Thomas Cook und der Schaffung eigener Reisechecks wurde das Amexco-Abkommen nicht aufgekündigt.

Nach dreijähriger Vorarbeit und Entwicklungskosten von ca. 3,3 Millionen Franken wurde am 1. Oktober 1975 der SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE lanciert⁷⁷. Mit dem Slogan "Die neue

73 Seit der Schaffung des Kantons Jura im Jahre 1979 sind es 29 Mitglieder, vgl. dazu SNB, Bankenwesen 1985 19f., 255f.

74 Art.1 der Partnervereinbarung; vgl. ausführlich dazu §4.II.1.

75 Agreement by and between Thomas Cook & Son (Bankers) Ltd., London, and the Swiss Banks, 1975. Dieses Agreement wurde 1986 erneuert und erweitert, vgl. §4.II.2.

76 Vgl. FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 381; LEHMANN, 106.

77 Vgl. Die ersten Jahre der Swiss Bankers Travellers Cheques (zit. in FN 68) 13.

Sicherheit: Reisechecks in Schweizer Franken von Schweizer Banken" wurde das neue Reisezahlungsmittel mit einer breit gestreuten Anzeigenserie dem Publikum vorgestellt. Schon bald war klar, dass dieser neue Reisecheck ein Erfolg sein würde. Am 1. Juli 1976 traten zudem die Bank Leu AG und der Verband Schweizerischer Regionalbanken und Sparkassen der Partnervereinbarung bei⁷⁸. Der nun noch breiter abgestützte SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE verzeichnete bereits im ersten Geschäftsjahr einen Umsatz von 340 Millionen Franken⁷⁹. Dank anhaltend hohen Zuwachsraten steigerte sich der Umsatz bis ins Jahr 1985 auf rund 900 Millionen Franken⁸⁰. Vor allem die Sommermonate bescherten dem SBTC jeweils extrem hohe Umsatzzahlen: Am bisherigen Spitzentag, dem 16. Juli 1984, gingen für ca. 15 Millionen Franken rund 15'000 Verkaufsanzeigen ein⁸¹.

Nach den ersten 11 Jahren des SBTC darf also mit Recht behauptet werden, dass dieser Schweizer Reisecheck einem echten Bedürfnis nachgekommen ist und alle in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt oder gar übertroffen hat. Seine Akzeptanz hat seit der Lancierung 1975 ständig zugenommen, ohne dass das Konzept geändert werden musste. Lediglich eine kleine kosmetische Korrektur wurde vorgenommen: Seit Juni 1985 trägt der SBTC auf der Rückseite das "etc"-Logo. Dies hat jedoch keine selbständige Bedeutung, sondern ist lediglich ein Ausdruck der verstärkten europäischen Kooperation im Reisecheckgeschäft⁸².

78 Nachtrag I zur Partnervereinbarung.

79 Vgl. Die ersten Jahre der Swiss Bankers Travellers Cheques (zit. in FN 68) 13.

80 Vgl. SBTCC, Geschäftsbericht 1985 11.

81 SBTC-Aktuell, 1/85, 1.

82 SBTCC, Geschäftsbericht 1984 5; LEHMANN, 106.

§3 ERSCHEINUNGSFORMEN UND DAMIT VERKNÜPFTE PROBLEME

I. Allgemeines

Die rechtliche Erfassung des Reisechecks begann die Juristen schon kurz nach seiner Einführung zu beschäftigen. Die mannigfaltigen Erscheinungsformen sowie die Tatsache, dass die Reisechecks als Papiere des internationalen Zahlungsverkehrs auf Grund kollisionsrechtlicher Normen verschiedenen anwendbaren Rechtsordnungen unterstehen¹, wirkten sich jedoch hindernd auf eine einheitliche gesetzliche Normierung aus. Seit der Haager Konferenz über die Vereinheitlichung des Checkrechts im Jahre 1912 wurde zwar über die Rechtsfragen betreffend den Reisecheck diskutiert, aber weder im Genfer Abkommen über das einheitliche Checkgesetz von 1931 noch später konnte eine einheitliche Regelung gefunden werden². Aber auch auf nationaler Ebene hat der Reisecheck keinen Eingang in die Gesetze gefunden³. Hindernd für eine gesetzliche Erfassung des Reisechecks könnte auch die Tatsache gewesen sein, dass man sich - oftmals beinahe sklavisch - am Ausdruck "Reisecheck" festklammerte und diesen in der Folge unbesehen als Sonderform des gewöhnlichen Checks betrachtete⁴.

Die Bemühungen der Banken und anderer Emittenten zu einer Vereinheitlichung des Reisechecks hat zwar zur Schaffung einheitlicher Richtlinien für die Emission von Reisechecks ge-

1 Vgl. hinten III.

2 DESPAX, 329; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 31.

3 Eine unbedeutende Ausnahme bildet Italien: Art.44 des Checkgesetzes erwähnt zwar den "assegno turistico", gibt jedoch keine weiteren Aufschlüsse; vgl. ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 31 und N 54ff.

4 G.M. DESPAX, 328f.

führt⁵, wobei aber juristische Kriterien stets im Hintergrund standen. Der Wesensgehalt dieser Richtlinien bestand primär in der formellen Vereinheitlichung der Formulare und in der Abwicklung des Reisecheckverkehrs⁶.

Dass trotz dieser unsicheren Rechtslage relativ wenig Judikatur vorliegt, ist weniger auf das Nichtvorhandensein von Problemen zurückzuführen als auf die grossen Anstrengungen der Reisecheckemittenten sowie deren teilweise erhebliche Kulanz bei der Abwicklung von Schadenfällen⁷.

Die grosse Diversifikation der verschiedenen Reisecheck-Typen betrifft vor allem die Ausgestaltung des Papiers, während die tatsächlichen Grundlagen des Reisecheckverkehrs - abgesehen von einigen Modalitäten - überall die Gleichen sind. Eine Übersicht über die Reisechecks bedarf daher einer differenzierten Betrachtungsweise, um die materiell relevanten Unterschiede erkennen zu können.

II. Die unterschiedlichen Erscheinungsformen

1. Unterscheidungskriterien

Zur Unterscheidung verschiedener Erscheinungsformen von Reisechecks bedarf es sinnvoller und aussagekräftiger Kriterien. Die meisten der früher genannten Unterscheidungsmerkmale sind durch die Entwicklung des Reisechecks in neuerer Zeit obsolet geworden.

5 Vgl. BÜSEL, Bank-Betrieb 1962 60.

6 Vgl. auch ODEFÉY, 33 Anm.6.

7 G.M. ODEFÉY, 93f., und HEINICHEN, 42f.; scheinbar a.A. HAMMER, 65; vgl. als Beispiel hierzu die Anstrengungen von Amexco, anschaulich dargestellt bei SONDERN, Das Beste 10/1963 111ff.

a. Wertpapiernatur

Die Unterscheidung von Reisechecks nach dem Kriterium der Wertpapiernatur erscheint kaum sinnvoll. Zum einen ist die Rechtsnatur vieler Reisechecks umstritten⁸, zum anderen kann die Beurteilung der Wertpapiernatur infolge fehlender international angepasster Regelungen je nach anwendbarer Rechtsordnung verschieden ausfallen. Gerade die unterschiedliche Struktur zwischen anglo-amerikanischem und kontinentaleuropäischem Rechtskreis führen zu unterschiedlichen Lösungen, welche nicht unbesehen in den jeweils anderen Rechtskreis übertragen werden dürfen⁹.

b. Vorlegungsfrist

In früherer Zeit gab es verschiedene Reisechecks, deren Einlösung einer zeitlichen Begrenzung unterlag¹⁰. Die schon damals von den US-Emittenten herausgegebenen zeitlich unbeschränkt einlösbaren Reisechecks haben sich jedoch durchgesetzt, so dass heute alle wichtigen Reisecheckemittenten auf eine Vorlegungsfrist verzichten¹¹. Dies wird denn auch in der Werbung für die einzelnen Papiere immer wieder besonders hervorgehoben.

8 Vgl. etwa die Kontroverse um den DM-Reisescheck, §16, sowie die unterschiedliche Qualifikation des SBTC in dieser Arbeit (§5) und bei JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 339ff.

9 Vgl. dazu auch §17 und §18 zur Qualifizierung amerikanischer und englischer Reisechecks.

10 Vgl. HEINICHEN, 34; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 37f.; zum Verbandsreisecheck, dessen Gültigkeitsdauer 2 resp. 3 Jahre betrug, vgl. MATTER, 126.

11 Dies entgegen einer Empfehlung anlässlich der 5. internationalen Tagung über Bankorganisationsfragen im Jahre 1961 in Brüssel; vgl. BÜSEL, Bank-Betrieb 1962 60.

Die Frage, inwieweit die allgemeinen Verjährungsfristen den Reisecheckumlauf zeitlich begrenzen könnten, scheint obsolet zu sein, denn die Berufung eines Emittenten auf eine abgelaufene Verjährungsfrist würde das internationale Ansehen des jeweiligen Reisechecks stark beeinträchtigen¹².

c. Einlösbarkeit in örtlicher Hinsicht¹³

Denkbar wäre es, dass die Einlösbarkeit eines Reisechecks durch den Emittenten in örtlicher Hinsicht beschränkt wird, dass z.B. der Reisecheck nur im Inland - wie ursprünglich der Verbandsreisecheck¹⁴ - oder nur im EG-Raum eingelöst werden kann¹⁵. Eine solche Begrenzung bildet heute aber eine absolute Ausnahme und ist denn auch bei keinem der wichtigeren Reisechecks zu finden.

Eine andere Frage wäre jene nach den tatsächlichen Einlösungsmöglichkeiten in den verschiedenen Ländern, nach der Akzeptanz also. Dieses Kriterium beruht jedoch auf zu vielen unstabilen Faktoren (z.B. politische und wirtschaftliche Lage im jeweiligen Land, PR-Bemühungen und Werbung des Emittenten, touristische Erschliessung usw.) und gibt zudem keine Rückschlüsse für rechtliche Beurteilungen.

12 G.M. ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 50a.

13 Vgl. zum Begriff der Einlösung §4.II.5.

14 MATTER, 127.

15 Vgl. auch HEINICHEN, 34.

d. Übertragbarkeit

Ein Reisecheckemittent hat die Möglichkeit, die Übertragbarkeit des Reisechecks durch besonderen Vermerk auf dem Papier selbst auszuschliessen. Von dieser Möglichkeit wird heute jedoch kaum mehr Gebrauch gemacht; alle wichtigen Reisechecks sind übertragbar¹⁶.

e. Art des verbrieften Rechts

Die m.E. sinnvollste und vom rechtlichen Standpunkt aus gesehen ergiebigste Unterscheidung der verschiedenen Reisechecks ist jene nach der Art des verbrieften Rechts. Dieses Kriterium ermöglicht es, einerseits den gemeinsamen Kern aller Reisechecks aufzuzeigen und andererseits darzulegen, dass dieser übereinstimmende Wesensgehalt in verschiedener Art und Weise stipuliert werden kann. Zudem vermag diese Unterteilung direkte Rückschlüsse auf die rechtliche Qualifizierung der verschiedenen Reisechecks herbeizuführen.

2. Unterscheidung nach der Art des verbrieften Rechts

a. Formell

In formeller Hinsicht lassen sich sämtliche Reisechecks in zwei Kategorien unterteilen: Die einen sind als Zahlungsverprechen, andere hingegen als Zahlungsanweisung formuliert¹⁷. Es handelt sich hierbei um ein Grundmuster, in welches alle Reisechecks unabhängig von ihren weiteren Unterscheidungsmerkmalen (graphische Gestaltung, Sprache, Stückelung usw.)

¹⁶ Für den DM-Reisescheck vgl. CANARIS, Rdn.863; für den SBTC vgl. §6.II.

¹⁷ Vgl. auch HEINICHEN, 31.

eingeteilt werden können, auch wenn der Wortlaut der einzelnen Typen nicht genau übereinstimmt.

aa. Reisechecks mit Anweisungsform

Hauptvertreter der Reisechecks, welche die Form der Anweisung aufweisen, sind der Amexco-Travelers-Cheque und der einheitliche DM-Reisescheck. Dabei kommen jedoch zwei unterschiedliche Anweisungsmodelle zum Ausdruck:

- Amexco-Travelers-Cheque: Die American Express Company weist sich selbst an, dem Vorleger des Reisechecks den auf der Urkunde vorgedruckten Betrag auszuzahlen. Weil Anweisender und Angewiesener identisch sind, handelt es sich um eine Eigenanweisung¹⁸.
- DM-Reisecheck: Die herrschende deutsche Lehre nimmt an, dass der DM-Reisecheck eine Zahlungsanweisung des Erwerbers an das Emissionsinstitut enthalte, welche ihn selbst als Anweisungsempfänger begünstige, somit also eine Anweisung an eigene Ordre darstelle¹⁹.

Bei beiden Reisechecktypen ist dabei eine Besonderheit festzustellen: Das übliche Dreiparteienverhältnis der Anweisung, welches überwiegend als vom Grundverhältnis lösgelöste Doppelermächtigung verstanden wird²⁰, ist auf ein Zweiparteien-

18 HAMMER, 72; HEINICHEN, 31 und 115, der jedoch noch das alte Amexco-Exemplar berücksichtigt; vgl. eingehend dazu §17.II.2.a.

19 Stellvertretend für viele CANARIS, Rdn.859; HEINICHEN, 44-55; KÄSER, ZKW 1962 400; a.A. ODEFEY, 106ff., welcher diese Aweisungskonstruktion ablehnt. Vgl. eingehend dazu §16.II.2.a.

20 Vgl. auch HAMMER, 24f.; ausführlicher dazu hinten II.2.b.

verhältnis reduziert. Obwohl solche Konstruktionen auf den ersten Blick sinnlos zu sein scheinen, sind sie zulässig und haben sogar ihre Berechtigung.

bb. Reisechecks in der Form eines Zahlungsversprechens

Anstelle des Anweisungsmodells wird häufig die Form des Zahlungsverprechens verwendet. Damit verpflichtet sich der Emittent direkt zur Leistung gegenüber dem berechtigten Vorweiser der Urkunde. Obschon auch hier gewisse Unterschiede in der Formulierung des Zahlungsverprechens vorkommen, sind keine besonderen Arten festzustellen²¹. Diese Form der Verbriefung findet sich bei folgenden Reisechecks: SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE, Thomas-Cook-Euro-Travellers-Cheque, VISA Travelers Cheque, Citicorp Travelers Cheque und Bank of America Travelers Cheque.

b. Materiell

Während die als Zahlungsverprechen formulierten Reisechecks in materieller Hinsicht keine Probleme bieten, bedarf es bei den als Anweisung ausgestalteten Papieren einiger besonderer Erläuterungen.

Die im Amexco-Travelers-Cheque enthaltene Eigenanweisung hat vorwiegend formelle Bedeutung²². In materieller Hinsicht hingegen stellt diese Konstruktion eine Bestätigung einer eigenen Zahlungsverpflichtung dar²³. Obschon die - formell vor-

21 So auch HEINICHEN, 32f.

22 Vgl. dazu nachfolgend c.

23 G.M. HAMMER, 28 und 72f.

handene - Anweisung grundsätzlich nur Ermächtigungscharakter aufweist, führt die personelle Identität von Ausgebendem und Bezogenem resp. von Anweisendem und Angewiesenem dazu, dass die American Express Company durch die Ausgabe von auf sich selbst gezogenen Travelers Cheques dem Nehmer (Anweisungsempfänger) Annahme erklärt und somit ein Zahlungsverprechen zum Ausdruck bringt²⁴.

Anders gestaltet sich hingegen die Rechtslage beim DM-Reisecheck: Die personelle Identität von Anweisendem und Anweisungsempfänger lässt nicht - wie beim Amexco Travelers Cheque - eine materielle Zahlungsverpflichtung des Angewiesenen aus der Urkunde selbst entstehen; eine Annahmeerklärung des Angewiesenen fehlt²⁵. Der Angewiesene, der Emittent also, gibt dem Kunden jedoch losgelöst von der Urkunde und somit auch vom abstrakten Anweisungsverhältnis mittels des besonderen Checkvertrages eine zivilrechtliche Einlösungszusage²⁶. Im Unterschied zum Amexco Travelers Cheque und den Reisechecks mit Zahlungsverprechenscharakter verbrieft der DM-Reisecheck also kein materielles Zahlungsverprechen. Der Kunde erhält jedoch vom Emittenten eine zivilrechtliche Einlösungszusage. Die auszahlende Stelle, der Dritte also, erwirbt diesen Einlösungsanspruch gegenüber dem Emittenten auf Grund ei-

24 So auch HEINICHEN, 115 und dort Anm.30; HAMMER, 73; GUHL/MERZ/KUMMER, 508f.; vgl. zum Ganzen §17.II.2.a.

25 Vgl. auch HEINICHEN, 54, und KÄSER, ZKW 1962 400. Eine solche Annahmeerklärung wäre zudem in dieser Konstruktion unzulässig, vgl. §4 ScheckG.

26 So auch KÄSER, ZKW 1962 402, und CANARIS, Rdn.860; zur grundsätzlichen Zulässigkeit einer solchen Zusage vgl. auch MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 22.

nes Geschäftsbesorgungsvertrages oder gemäss den Regeln über die Geschäftsführung ohne Auftrag²⁷.

c. Schlussfolgerungen

Aus dem vorstehend Dargelegten ergeben sich nun einige relevante Schlussfolgerungen:

aa. Deckungsbeweis-Eigenschaft

Die wichtigste Eigenschaft aller Reisechecks ist jene, dass sie den Beweis der Deckung in sich tragen²⁸. Zum einen bringt der Emittent durch die Ausgabe der Reisechecks zwar nicht expressis verbis, aber immerhin konkludent zum Ausdruck, dass er vom durch die erste Unterschrift Bezeichneten den auf der Urkunde genannten Betrag erhalten habe. Diese aus dem Papier folgende Erklärung hat ihre Grundlage in der Tatsache, dass Reisechecks nur gegen vorherige Zahlung des Nennwerts abgegeben werden²⁹. Zum anderen geben alle Emittenten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Reisechecks direkt oder zumindest indirekt ein Einlösungsversprechen ab:

- Reisechecks in der Form eines Zahlungsversprechens: Diese Papiere verbriefen einen direkten, aus der Urkunde folgenden Anspruch des Erwerbers oder seines berechtigten Rechts-

27 HEINICHEN, 101 und 104f.; KÄSER, ZKW 1962 402; CANARIS, Rdn.862; anders wäre die Rechtslage, wenn die auszahlende Stelle den Reisecheck nur zum Inkasso entgegennehmen würde.

28 G.M. HEINICHEN, 60; HAMMER, 28; STÜCKRADT, ZKW 1966 862.

29 So auch HEINICHEN, 60.

nachfolgers gegenüber dem Emittenten auf Zahlung des Nennwertes (Beispiel: SBTC).

- Reisechecks in der Form einer Eigenanweisung: Durch die Ausgabe von Reisechecks, welche vom Emittenten auf sich selbst gezogen sind, nimmt der Emittent als Angewiesener die Anweisung an und bringt somit materiell die Bestätigung einer eigenen Zahlungsverpflichtung in der Höhe des Nennwertes in der Urkunde zum Ausdruck (Beispiel: Amexco-Travelers-Cheque).
- Reisechecks in der Form einer Anweisung an eigene Ordre: Solcherart ausgestaltete Papiere bringen für sich allein noch keine Zahlungsverpflichtung zum Ausdruck, denn sie enthalten lediglich eine Ermächtigung des Emittenten zur Leistung. Dafür aber enthält der besondere Checkvertrag eine zivilrechtliche Einlösungszusage zugunsten des Erwerbers des Reisechecks, welche auf einen Dritten übergehen kann (Beispiel: DM-Reisescheck)³⁰.

Diese Deckungsbeweis-Eigenschaft ist sowohl in rechtlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht von grosser Tragweite: Rechtlich bedeutet sie, dass der Emittent dem Einlöser niemals die Einrede der mangelnden Deckung entgegenhalten kann, denn mit der Ausgabe von Reisechecks bringt er konkludent das Vorhandensein der Deckung zum Ausdruck³¹. Die meisten Reisechecks (Ausnahme: DM-Reisescheck) verbriefen zudem einen direkten Zahlungsanspruch gegenüber dem Emittenten. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Eigenschaft bestehen im grossen

30 CANARIS, Rdn.862; HEINICHEN, 101 und 104f.

31 Vgl. auch HEINICHEN, 61.

Vertrauen auf die Sicherheit, das diesen Papieren im Verkehr entgegengebracht wird und in ihrer Geldähnlichkeit³².

bb. Bedeutung der Form

Die Unterscheidung der Reisechecks nach formalen Gesichtspunkten hat besondere Aussagekraft.

Ein Reisecheck, der dem materiellen Recht eines Signatarstaates des Genfer Abkommens über das einheitliche Checkgesetz von 1931 (ECheckG)³³ unterliegt, muss primär "eine unbedingte Anweisung, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen", enthalten, um als Check qualifiziert werden zu können (Art.1 Ziff.2 ECheckG, Art.1100 Ziff.2 OR). Ob eine Anweisung vorliegt, ist dabei nach rein formalen Gesichtspunkten zu beurteilen³⁴. Liegt die Anweisungsform nicht vor, so kann sofort der Schluss gezogen werden, dass der betreffende Reisecheck kein Check im Sinne des ECheckG ist³⁵. Umgekehrt darf aber aus dem Vorliegen einer Anweisung nicht direkt gefolgert werden, das Papier sei als Check zu qualifizieren. Hierfür ist noch zu prüfen, ob die weiteren essentialia von Art.1 ECheckG/Art.1100 OR ebenfalls erfüllt sind.

32 Vgl. HAMMER, 28 und 73; HEINICHEN, 61; STÜCKRADT, ZKW 1966 862. Man könnte daher auch von "goldgeränderten Papieren" sprechen, vgl. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 340 Anm.3.

33 SR 0.221.551.

34 G.M. HAMMER, 24f.

35 Vgl. als Beispiel hierfür die Aussagen zum SBTC bei MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §20 N 1 und bei JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 339f.

Ähnliches gilt für Reisechecks, die dem englischen Recht unterstehen: Die Bills of Exchange Act von 1882, die durch die Cheques Act von 1957 ergänzt und modifiziert wurde, bestimmt in Art.73: "A cheque is a bill of exchange drawn on a banker payable in demand." Auch hier ist also das Vorliegen einer Anweisung für die Qualifikation als Check erforderlich³⁶.

Für Reisechecks, die dem amerikanischen Recht unterstehen, ist der Uniform Commercial Code (UCC) von Bedeutung³⁷: Dessen §3-103 Abs.2 lit.b stellt ebenfalls auf das Vorliegen einer Anweisung ab, um ein Papier als Check qualifizieren zu können. Da nach amerikanischem Recht der Check als Sonderform des gezogenen Wechsels gilt, muss auch §3-118 lit.a 2.Satz UCC beachtet werden: Ein auf den Aussteller gezogener Wechsel wird als Eigenwechsel (note) qualifiziert³⁸. Diese Beurteilung kann z.B. auf den Citicorp-Travelers-Cheque zutreffen³⁹.

Diese summarische Übersicht zeigt, dass die Art der Verbrieftung wichtige materielle Konsequenzen haben kann. Interessant ist dabei die Tatsache, dass sehr viele Emittenten ihre Reisechecks als Zahlungsversprechen formulieren und damit die Checkform von vornherein ausschliessen (z.B. SBTC, Thomas Cook).

36 Vgl. BORRIE, 258; ausführlicher dazu §18.II.

37 JÄHNCHEN-JOHN, 19f.; vgl. aber die Konkretisierung in §17.I.2.

38 Vgl. JÄHNCHEN-JOHN, 22.

39 Vgl. §17.II.2.b.

III. Die international-privatrechtliche Vorfrage nach dem anwendbaren Recht

Der Reisecheck kommt als Papier des internationalen Zahlungsverkehrs naturgemäss - aber nicht zwingend - mit verschiedenen Rechtsordnungen in Berührung. Die Beurteilung einer konkreten Rechtsfrage im Zusammenhang mit dem Reisecheckverkehr kann deshalb die international-privatrechtliche Vorfrage aufwerfen, welches das anwendbare Recht ist. Für die Bestimmung der massgebenden Rechtsordnung sind aus schweizerischer Sicht die Kollisionsnormen des schweizerischen Rechts heranzuziehen⁴⁰.

Die Anwendung einer Kollisionsnorm setzt aber voraus, dass diese selbst ausgelegt wird, d.h. dass über ihre Tragweite Klarheit herrscht⁴¹. Dies wiederum bedingt, dass die von der Kollisionsnorm verwendeten Begriffe qualifiziert werden. Diese Qualifikation hat nach der *lex fori* zu erfolgen⁴².

Bevor also auf kollisionsrechtliche Aspekte des Reisecheckverkehrs eingegangen werden kann, muss nach der *lex fori* Klarheit über Wesen und Bedeutung des Reisechecks bestehen. Im Folgenden ist deshalb der SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE einer eingehenden Analyse zu unterziehen, bevor in einem weiteren Schritt die international-privatrechtlichen Aspekte betrachtet werden können⁴³.

40 Vgl. VISCHER/VON PLANTA, 15.

41 VISCHER/VON PLANTA, 15ff.; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Allg. Einleitung N 97ff.

42 VISCHER/VON PLANTA, 16f.; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Allg. Einleitung N 100, mit Verweisungen auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung.

43 Vgl. §15.

2. KAPITEL: DER SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE

Vorbemerkung: Der SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE (SBTC) kommt als Papier des internationalen Zahlungsverkehrs i.d.R. mit verschiedenen Rechtsordnungen in Berührung. Während sich die Rechtsnatur immer nach schweizerischem Recht beurteilt¹, kann für andere Fragen eine ausländische Rechtsordnung massgebend sein². Da das anwendbare Recht jedoch immer vom konkreten Einzelfall abhängig ist, werden die sich für den SBTC ergebenden Fragen im Folgenden ausschliesslich nach schweizerischem Recht beantwortet.

§4 GRUNDLAGEN

I. ALLGEMEINES

Mit seiner Lancierung am 1. Oktober 1975 hat der SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE (SBTC) eine neue Ära schweizerischer Reisechecks eingeleitet: Zu Gunsten dieses einheitlichen Reisechecks der Schweizer Banken haben sich alle Partnerbanken verpflichtet, ab diesem Datum keine eigenen Reisechecks mehr auszugeben³. Durch seine breite Trägerschaft - verbunden mit seinem Namen - und durch die Stabilität und Stärke des Schweizer Frankens konnte eine starke Identifikation dieses Reisechecks mit dem Ansehen und der Bedeutung der Schweiz und der Schweizer Banken erreicht werden, was dem SBTC einen grossen Erfolg auf dem Reisecheckmarkt und eine in weiten Teilen der Welt ausgezeichnete Akzeptanz verliehen hat. 1985

1 Vgl. dazu §15.I.

2 Vgl. §15.II.

3 Vgl. zur Entwicklungsgeschichte §2.II.2. Alte, sich zu diesem Zeitpunkt noch in Zirkulation befindliche Reisechecks behielten aber im Rahmen der bisherigen Bestimmungen ihre Gültigkeit.

erreichte er in seinem 11. Jahr durch den Verkauf in über 120 Ländern durch mehr als 10'000 Verkaufsstellen bereits ein Verkaufsvolumen von rund 900 Millionen Franken⁴.

II. Die am SBTC Beteiligten

1. Die Partnerbanken

a. Die Partnervereinbarung

Nach umfangreichen Vorarbeiten unterzeichneten Ende September/Anfangs Oktober 1974 die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG), der Schweizerische Bankverein (SBV), die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), die Schweizerische Volksbank (SVB) und der Verband Schweizerischer Kantonalbanken (KBV) die SWISS BANKERS' TRAVELLERS CHEQUE - Partnervereinbarung, welche gemäss Art.1 die Lancierung eines einheitlichen, auf Schweizer Franken lautenden Reisechecks mit der Bezeichnung "SWISS BANKERS' TRAVELLER CHEQUE" zum Ziel hatte. Schon kurz nach der Inverkehrsetzung des SBTC traten per 1. Juli 1976 die Bank Leu AG sowie der Verband Schweizerischer Regionalbanken und Sparkassen (RBV) der Partnervereinbarung bei⁵.

Dadurch, dass sich mehrere selbständige Unternehmensträger gesellschaftsrechtlich⁶, aber in materieller Verknüpfung mit ihrer angestammten Unternehmerfunktion zusammenschlossen, haben die Partnerbanken ein "Gemeinschaftsunternehmen" gebildet⁷. Diese Unternehmenskooperation bezweckt ein partielles Zusammenwirken auf dem sFR.-Reisecheckmarkt, mithin eine ge-

4 SBTCC, Geschäftsbericht 1985 5.

5 Nachtrag 1 zur Partnervereinbarung.

6 Vgl. nachfolgend b.

7 Vgl. dazu auch SCHLUEP, ZSR 1973 II 481.

genständliche Kooperation⁸: Alle 5 Grossbanken (SBG, SBV, SKA, SVB, Bank Leu AG)⁹ wie auch der 29 Mitglieder umfassende Verband Schweizerischer Kantonalbanken¹⁰ und der 1971 gegründete Verband Schweizerischer Regionalbanken und Sparkassen (RBV)¹¹, von welchem ca. 160 Mitglieder am SBTC beteiligt sind, haben sich gemäss der Partnervereinbarung verpflichtet, einerseits die Verkaufspolitik im sFr.-Reisecheckgeschäft zu koordinieren und den SBTC gemeinsam zu fördern, andererseits keine eigenen Reisechecks mehr auszugeben¹². Alle am SBTC beteiligten Banken setzen ihre Geschäftsstellen im In- und Ausland für den Verkauf und die Einlösung ein.

Aus "grundsätzlichen Überlegungen" wurde das Abkommen mit Amexco aus dem Jahre 1969, welches als eigentlicher Geburtshelfer für den SBTC bezeichnet werden kann¹³, nicht aufgekündigt, aber modifiziert.¹⁴ Immerhin sollte aber doch dem Verkauf von SBTC gegenüber demjenigen von sFr.-Amexco-Reisechecks Priorität eingeräumt werden. Zudem bedürfen allfällige weitere Abkommen im Bereiche des sFr.-Reisecheckmarktes eines einstimmigen Beschlusses der Partnerbanken¹⁵.

8 Vgl. auch SCHLUEP, ZSR 1973 II 257 und 271f.

9 Vgl. zum Begriff und zum Wesen der Grossbanken HANDBUCH GBB, 341ff., und SNB, Bankenwesen 1985 21f.

10 Vgl. dazu MATTER, 118ff.; HIRSZOWICZ, 424ff; vgl. auch §2.III.2.d.

11 Vgl. HANDBUCH GBB, 565f.; HIRSZOWICZ, 427ff.

12 Art.2 Abs.1 und 2 der Partnervereinbarung.

13 Vgl. §2.III.2.c.

14 Art.2 Abs.4 der Partnervereinbarung.

15 Art.2 Abs.5 der Partnervereinbarung.

Im Rahmen der verstärkten europäischen Kooperation auf dem Reisecheckmarkt entschlossen sich die Partnerbanken 1981, an der Gründung der Euro-Travellers-Cheque-International-Gruppe (ETCI) mitzuwirken, welche in der Folge Thomas Cook die Lizenz für die Herausgabe von Reisechecks in ihrem Namen und unter Verwendung des Namens und des Logos von "etc" erteilte¹⁶. Im Bereich des Schweizer Frankens hat der SBTC nach wie vor Priorität, doch beabsichtigen die Schweizer Banken mit dieser Beteiligung am "etc" eine gewisse Gewichtsverlagerung auf dem Reisecheckmarkt in ausländischen Währungen zugunsten ihres Partners Thomas Cook herbeizuführen¹⁷.

b. Die Gesellschaftsform

Die Partnerbanken bilden gemäss Art.1 der Partnervereinbarung eine einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530ff. OR¹⁸ mit dem gemeinsamen Zweck der Schaffung und Förderung eines einheitlichen sFr.-Reisechecks unter der Bezeichnung "SWISS BANKERS' TRAVELLERS CHEQUE". Mitglieder der einfachen Gesellschaft sind die vier Aktiengesellschaften SBG, SBV, SKA und Bank Leu, die SVB, welche als Genossenschaft inkorporiert ist, sowie die beiden Vereine KBV und RBV¹⁹. Die Mitglieder dieser beiden Verbände sind also nicht unmittelbare Gesellschafter; unmittelbar berechtigt und verpflichtet aus der Partnerschaftsvereinbarung sind nur die Vereine als solche.

16 LEHMANN, 106; vgl. auch §2.III.1.

17 R. SOLTERMANN, Vorsitzender der Reisecheck-Kommission, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums, in: SBTC-Aktuell, 3/85, 2.

18 Zur Wahl der Rechtsform einer einfachen Gesellschaft bei Unternehmenskooperationen vgl. auch SCHLUEP, ZSR 1973 II 325ff.

19 Zur Rechtsform der Mitglieder vgl. SNB, Bankenwesen 1985 19ff., und HIRSZOWICZ, 424 und 427.

Die Mitglieder des Vereins (die Mitgliedbanken) bilden lediglich eine interne Gliederung des Verbandes, in welchem ihnen aber Organstellung zukommt²⁰. Auf Grund der Statuten und besonderer Vereinsbeschlüsse anerkennen sie hingegen den Gesellschaftsvertrag, an dem der Verband beteiligt ist, als auch für sie verbindlich²¹. In diesem Sinne sind die Mitglieder der beiden Vereine durch den Gesellschaftsvertrag mittelbar berechtigt und verpflichtet. Das Verhältnis der Vereinsmitglieder zur einfachen Gesellschaft kann somit als organschaftliche Vertretung (Art.55 ZGB) derselben betrachtet werden.

Art.4 Abs.2 des Nachtrags 1 zur Partnervereinbarung sieht eine abgestufte Quotenbeteiligung der Partnerbanken vor: SBG, SBV, SKA und KBV je 20%, SVB 9%, RBV 7% Bank Leu 4%. In diesem Verhältnis teilen sich die Gesellschafter die Beiträge wie auch die Anteile an Gewinn und Verlust²².

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Reisecheck-Kommission gebildet, die sich aus den Vertretern der Partnerbanken zusammensetzt. In Abweichung von Art.534 Abs.2 OR sieht die Partnervereinbarung in Art.5 Abs.3 neu i.V.m. Art.4 Abs.2 neu eine Abstufung des Stimmrechts im Verhältnis der Beteiligung vor²³. Der Vorsitz in der Reisecheck-Kommission ist

20 Vgl. auch EGGER, Art.60 N 19; HEINI, SPR II 568f.

21 Vgl. zu dieser Konstruktion auch E.F. SCHMID, Genossenschaftsverbände, Diss. Zürich 1979, 137ff. i.V.m. 36f. Allgemein zur Zulässigkeit statutarischer Auferlegung von Pflichten im Verein vgl. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §16 N 29ff.; HEINI, SPR II 551; EGGER, Art.71 N 3ff.

22 Vgl. Art.531 Abs.2 und Art.533 Abs.1 OR; Art.6 Abs.4 i.V.m. Art.4 Abs.2 der Partnervereinbarung.

23 Nachtrag 1; zur Zulässigkeit dieser Regelung vgl. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §8 N 40 und VON STEIGER, SPR VIII/1 396.

dem Vertreter der Domizilbank übertragen, wobei diesem bei Stimmengleichheit jeweils der Stichentscheid zukommt²⁴.

Bezüglich der Geschäftsführung und der Vertretung der Gesellschaft wurde eine besondere Regelung getroffen²⁵. Für die administrative Abwicklung des SBTC-Geschäfts haben die Partnerbanken eine Reisecheck-Emissionszentrale, das SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE CENTRE (SBTCC) in Bern geschaffen, welchem auf Grund von Art.535 OR grundsätzlich die Geschäftsführung (im engeren Sinne) übertragen wurde²⁶. Zur Vertretung im Ausenverhältnis sind alle Partnerbanken im Rahmen von Art.543 OR befugt, wobei auch dem Geschäftsführer des SBTCC in gewissen Angelegenheiten die Vertretungsbefugnis zusteht.

Für Gesellschaftsschulden haften die Gesellschafter persönlich, und zwar primär und ausschliesslich, unbeschränkt und solidarisch²⁷. Im Innenverhältnis dagegen erfolgt die Schadensbeteiligung unter Vorbehalt der Verantwortlichkeit einer Partnerbank für den Schaden quotenmässig²⁸.

Aus der Tatsache, dass die Partnerbanken die Form einer einfachen Gesellschaft gewählt haben, folgt das Verbot eines Handelsregistereintrages²⁹. Aus diesem Eintragungsverbot ergeben sich mittelbar auch das Verbot zur Führung eines kauf-

24 Art.4 Abs.1 und 3 der Partnervereinbarung.

25 Art.6 der Partnervereinbarung und Reglement der RCEZ.

26 Vgl. zur Geschäftsführung im allgemeinen MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §8 N 42ff., und VON STEIGER, SPR VIII/1 397f.; zur rechtlichen Stellung des SBTCC vgl. hinten c.

27 MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §8 N 27 und N 55ff.

28 Art.4 der Partnervereinbarung.

29 MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §4 N 58, §8 N 26; vgl. auch BGE 79 I 179ff.

männischen Unternehmens³⁰ und die Tatsache, dass die einfache Gesellschaft keine eigene Firma führen darf³¹.

c. Das Swiss Bankers Travellers Cheque Centre

Gestützt auf Art.6 der Partnervereinbarung ist für die Koordination und Steuerung der Administration eine Zentralstelle, das SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE CENTRE (SBTCC)³² mit Sitz bei der Kantonalbank von Bern in Bern geschaffen worden. Diese Verwaltungszentrale ist weder rechtlich noch wirtschaftlich selbständig³³. In organisatorischer Hinsicht untersteht das SBTCC der Reisecheck-Kommission, administrativ hingegen ist es der Kantonalbank Bern unterstellt. Diese stellt die nötigen Räumlichkeiten und Anlagen sowie das Personal gegen Entschädigung durch die einfache Gesellschaft zur Verfügung. Weil eine rechtlich und/oder wirtschaftlich unabhängige Organisation in der einfachen Gesellschaft zur Verfolgung des Gesellschaftszweckes nicht vorliegt, stellt das SBTCC auch kein kaufmännisches Unternehmen im Sinne von Art.934 Abs.1 OR i.V.m. Art.52ff. HRV³⁴ dar³⁵, sondern eine reine Administrativzentrale. Bei der Bezeichnung "Swiss Bankers Travellers Cheque Centre" handelt es sich folgerichtig nicht um eine

30 MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §4 N 58ff; VON STEIGER, SPR VIII/1 334.

31 Zur Bezeichnung SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE CENTRE vgl. nachfolgend c.

32 Als Synonym wird auch die Bezeichnung Reisecheck-Emissionszentrale (RCEZ) verwendet.

33 Art.5 und 6 der Partnervereinbarung.

34 Verordnung über das Handelsregister, vom 7. Juni 1937, SR 221.441.

35 Vgl. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §4 N 34ff.

Firma im Sinne von Art.944ff. OR, sondern um einen blossen Namen, der als solcher lediglich wettbewerbsrechtlichen (UWG)³⁶ und namensrechtlichen Schutz (Art.29 ZGB) genießt³⁷.

Zu den in Art.6 der Partnervereinbarung und im RCEZ-Reglement statuierten Aufgaben des SBTCC gehört insbesondere die technische Abwicklung des Verfahrens³⁸: Unter Einsatz modernster Technologie werden bei ihm die Verkaufsanzeigen für verkaufte Reisechecks umgehend erfasst und die eingehenden Zahlungen verbucht. Für eingelöste³⁹ Reisechecks übernimmt die Zentralstelle die Checkkontrolle, die Abrechnung und die Überweisung der Gegenwerte an die Einlieferer.

Im Falle eines Verlustes von Reisechecks dient das SBTCC als Evidenz- und Rückerstattungszentrale: Mit einem 24-Stunden-Service das ganze Jahr hindurch garantiert es den Refund durch seine Korrespondenten in aller Welt und entscheidet über die gestellten Ersatzanträge⁴⁰. Dank der voll ausgebauten EDV-mässigen Erfassung aller SBTC⁴¹ kann in der Zentralstelle innert Sekunden festgestellt werden, ob ein Check gestohlen oder gesperrt ist.

Zu den weiteren Aufgaben des SBTCC gehört die Erstellung des Marketingkonzepts, die Verkaufsplanung sowie die Beschaffung der Checkformulare und des Werbematerials. Vor allem aber

36 Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, vom 19. Dezember 1986, SR 241.

37 MEIER-HAYOZ/FORTSMOSER, §5 N 152 und §8 N 58.

38 Vgl. auch FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 382.

39 Vgl. genauer zum Begriff der Einlösung hinten II.5.a.

40 Vgl. genauer dazu hinten IV.4.

41 Der SBTC weist eine Codierzeile auf, vgl. hinten III.1.

besorgt das SBTC auch die Anlage des Float gemäss den Anweisungen der Reisecheckkommission⁴².

2. Der Zusammenarbeitsvertrag mit Thomas Cook

Eines der Hauptprobleme, die sich bei der Schaffung des SBTC stellten, war das für eine erfolgreiche Abwicklung des Reisecheckgeschäftes ungenügende Netz von Verkaufs-, Auszahlungs- und Einlöse-, vor allem aber von Rückerstattungsstellen der Partnerbanken im Ausland. Die Ausschau nach einem geeigneten Partner führte 1975 zum Zusammenarbeitsvertrag mit der Thomas-Cook-Gruppe "...to facilitate and expedite the distribution, promotion, servicing and administrative handling of the SBTC."⁴³ Thomas Cook, der älteste Reisecheckemittent Europas⁴⁴, verfügt über ein weltweites System von Distribution Centres und Vertretungen, das einen reibungslosen Ablauf des Reisecheckverkehrs gewährleistet. Dank dieser Kooperation erreichte der SBTC innert kurzer Zeit eine hohe Fungibilität in allen Erdteilen.

Die Thomas-Cook-Travellers-Cheques-Limited (TCTC) übernahm gemäss dem Zusammenarbeitsvertrag von 1975 die Distributionsfunktion, d.h. den Versand und Verkauf der Checkformulare sowie den Versand von entsprechendem Verkaufs- und Werbematerial, ausserhalb Kontinentaleuropas. Nach einer versuchsweisen Erweiterung im Jahre 1985 auf die skandinavischen Länder und Frankreich wurde am 26. Februar 1986 der Thomas-Cook-Gruppe die Distributionsfunktion für die ganze Welt exkl.

42 Zum Begriff des Float vgl. §1.II.3.

43 Agreement by and between Thomas Cook & Son (Bankers) Ltd., London, and the Swiss Banks 1975.

44 Vgl. §1.III.2.a.

Schweiz übertragen⁴⁵. Im Gegenzug übernahm das SBTCC dieselbe Funktion für Thomas Cook in der Schweiz. Thomas Cook unterhält weltweit über 20 Bulk Stock Centres, welche die Depotstellen⁴⁶ mit Checkformularen und anderen Unterlagen versorgen. Die lokalen Vertretungen schaffen zudem gute Kontakte zu Banken und bankähnlichen Instituten, was von der Schweiz aus nur mit erheblichem Aufwand zu erreichen wäre.

Eine besonders wichtige Funktion erfüllt die TCTC im Refundwesen: Neben dem SBTCC als Evidenzzentrale dienen alle Thomas-Cook- und Wagons-Lits-Büros als lokale Refundstellen. Dieses weitverzweigte Netz von Rückerstattungsstellen verleiht dem SBTC ausgezeichnete Ersatzmöglichkeiten in allen Teilen der Welt innerhalb von 24 Stunden⁴⁷.

3. Die Verkaufs- und Depotstellen

Der SBTC wird heute rund um den Globus in mehr als 120 Ländern durch über 10'000 Verkaufsstellen verkauft. 1985 betrug der Auslandanteil der Verkäufe bei einem gesamten Volumen von rund 900 Millionen Franken ca. 18%⁴⁸. Die überaus starke Stellung der Schweiz als Verkaufsland ist vor allem auf den starken Outgoing-Tourismus zurückzuführen.

In der Schweiz ist der SBTC bei allen Filialen der Partnerbanken zu erwerben, daneben aber auch bei den meisten anderen Banken, bei vielen Reisebüros, bei Transportunternehmen und Verbänden (SBB, Swissair, TCS) sowie allen Thomas-Cook-Agen-

45 Agreement vom 26. Februar 1986, Art.1.

46 Vgl. hinten II.3.

47 Zum Refund vgl. hinten IV.4.

48 Vgl. SBTCC, Geschäftsbericht 1985 12.

turen. Im Ausland wird der SBTC ebenfalls bei allen Niederlassungen der Partnerbanken verkauft, vor allem aber bei allen Thomas-Cook-Büros, deren Vertretungen sowie verschiedenen Reisebüros und Wechselstuben. Das SBTCC und Thomas Cook sind zudem ständig darum bemüht, weitere Korrespondenzbanken als Verkaufsstellen zu gewinnen.

Viele dieser Verkaufsstellen dienen als sog. Depotstellen. Als solche werden all jene Banken, Wechselstuben usw. bezeichnet, die immer SBTC an Lager haben, zugleich Verkaufs- und Refundstellen für den SBTC sind und der Kontrolle und Überwachung durch das SBTCC unterstellt sind. Diese Depotstellen beziehen von den jeweiligen Bulk Stock Centres oder vom SBTCC grössere Mengen von SBTC⁴⁹. Sie versorgen im weiteren alle anderen Verkaufsstellen, die nicht als Depostelle fungieren und nicht unter der Oberaufsicht des SBTCC stehen.

Beim Verkauf von SBTC wird eine Kommission von 1% des Nominalwertes erhoben, wovon allen schweizerischen Verkaufsstellen die volle Kommission, den meisten anderen 3/4 der Kommission zukommt; eine Minimumkommission ist nicht festgelegt⁵⁰. Verschiedene Verkaufsstellen von Thomas Cook erhalten zudem ein Incentiv, d.h. eine besondere, umsatzabhängige Verkaufsprovision.

4. Der Berechtigte

Als Berechtigter tritt normalerweise der Ersterwerber des Reisechecks auf, d.h. derjenige, der den SBTC bei einer Ver-

49 Der gesamte Nominalwert der sich an Lager befindlichen SBTC wird als Dotation bezeichnet.

50 Ziff.2.1 der Verkaufsinstruktionen.

kaufsstelle erworben hat. Infolge der Übertragbarkeit⁵¹ des SBTC kommen aber auch Dritterwerber als Berechtigte in Betracht. Je besser die Akzeptanz des Reisechecks ist, desto eher dürfte dies der Fall sein. Bei diesen Dritterwerbern handelt es sich regelmässig um Hotels (auch Jugendherbergen), Restaurants, Reisebüros und Transportunternehmen (insb. Fluggesellschaften, in der Schweiz auch SBB und viele Privatbahnen, zahlreiche Schifffahrtsgesellschaften und Bergbahnen). Sodann können aber auch - je nach Akzeptanz im betreffenden Gebiet - Verkaufsläden, Boutiquen usw. als berechtigte Dritterwerber auftreten. Seltener wird eine private Einzelperson einen gegengezeichneten Reisecheck entgegennehmen, obschon auch dies absolut zulässig ist⁵².

51 Vgl. §6.II.

52 Vgl. Ziff.2.7 der Einlöseinstruktionen.

5. Die Einlösungs- und Auszahlungsstellen

a. Der Begriff der Einlösung⁵³

Im Zusammenhang mit der Auszahlung des Gegenwertes eines Reisechecks resp. der Entgegennahme an Erfüllungs Statt⁵⁴ wird immer von "Einlösung" gesprochen⁵⁵. In der Umgangssprache und aus der Sicht des Reisecheckbenützers mag diese Umschreibung zutreffen, denn mit der Auszahlung hat der Reisecheck für diesen seine Aufgabe erfüllt; der weitere Weg der Urkunde interessiert ihn nicht mehr, denn er hat die Befriedigung aus ihr erhalten. Die Verwendung des Ausdrucks "Einlösung" für alle Auszahlungen ist indessen aus juristischer Sicht unkorrekt, da mit diesem terminus technicus die Erfüllung, d.h. die Bewirkung der in einer Urkunde verbrieften geschuldeten Leistung durch den in der Urkunde genannten Schuldner oder dessen Vertreter bezeichnet wird⁵⁶. Bei den meisten auszah-

53 Vgl. zur Terminologie auch sehr eingehend ODEFEY, 53f., 201f., 259; kaum differenzierend HEINICHEN, 224ff., 96ff., und CANARIS, Rdn.860ff.

54 Ob der SBTC erfüllungshalber oder an Erfüllungs Statt entgegengenommen wird, ist durch Auslegung zu ermitteln, wobei im Zweifel Leistung erfüllungshalber zu vermuten ist (vgl. WEBER, Vorbemerkungen zu den Art.68ff. N 126ff.; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.1392ff.). Weil aber der SBTC im Gegensatz zum Check (dieser wird grundsätzlich zahlungshalber weitergegeben, VON DER CRONE-SCHMOCKER, 7 Anm.14) besondere Sicherheiten aufweist und eine unbedingte, vom Schuldner anerkannte Forderung verbrieft, dürfte im SBTC-Verkehr wohl eher die Entgegennahme an Erfüllungs Statt angenommen werden. Im Folgenden wird, wo ein spezieller Hinweis fehlt, dieser Tatbestand unter den Begriff Auszahlung subsumiert.

55 Vgl. z.B. die "Einlöseinstruktionen" des SBTC; vgl. auch ODEFEY, 53f., bezüglich des einheitlichen DM-Reisechecks.

56 JÄGGI, Art.966 N 5; ODEFEY, 53f. i.V.m. 201f.; HAMMER, 14f. und 73; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 74ff., VON DER CRONE-SCHMOCKER, 7ff., und JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 291ff., betreffend den Check.

lenden Stellen handelt es sich aber weder um den Schuldner resp. dessen Niederlassungen noch um Vertreter desselben. Demzufolge kann die Auszahlung durch solche Institute und Personen nicht als Einlösung bezeichnet werden; es handelt sich vielmehr um eine entgeltliche Übertragung des Reisechecks.

b. Die Einlösungsstellen

Gemäss der Partnervereinbarung⁵⁷ und des Formulartextes⁵⁸ sind alle Partnerbanken solidarisch aus dem SBTC verpflichtet: Alle Niederlassungen derselben fungieren als Einlösungsstellen (Zahlstellen)⁵⁹. Zudem können alle SBTC, die bereits von einem Dritten gegen Auszahlung des Gegenwertes entgegengenommen worden sind, direkt dem SBTC in Bern zur Einlösung eingereicht werden, weil dieses die Administrativzentrale der Partnerbanken, gleichsam also die zentrale Zahlstelle bildet⁶⁰.

Auf Grund des Zusammenarbeitsvertrages mit Thomas Cook treten alle dessen Niederlassungen und alle Wagons-Lits-Büros als Vertreter der Partnerbanken auf⁶¹ und erfüllen demzufolge zumindest teilweise ebenfalls die Funktion von Einlösungsstellen. Einlösungsstellen sind auch die von den Partnerbanken direkt beauftragten Korrespondenzbanken, wenn diese als Ver-

57 Art.4

58 "Die ausgebenden Schweizer Banken zahlen ...", vgl. auch JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 339f.

59 Zum Begriff der Einlösungs- bzw. Zahlstelle vgl. HANDBUCH GBB, 702f.

60 Vgl. Ziff.2.7 der Einlöseinstruktionen.

61 Agreement vom 26. Februar 1986, Art.1.

treter und namens der Partnerbanken einen SBTC entgegennehmen⁶².

Nur wenn eines der vorstehend aufgezählten Institute den SBTC namens und auf Rechnung der Partnerbanken ausbezahlt, kann von einer Einlösung im technischen Sinn gesprochen werden⁶³.

c. Die Auszahlungsstellen

Neben den Zahlstellen gibt es eine Vielzahl von anderen Rechtssubjekten, die den SBTC gegen Auszahlung des Gegenwertes entgegennehmen: Primär kommen Banken oder bankähnliche Institute (z.B. Wechselstuben) in Betracht, daneben aber auch Auszahlungsstellen im Nichtbankenbereich wie Hotels, Restaurants, Reisebüros, Einzelhandelsgeschäfte usw. Diesen Instituten oder Personen liegen entweder die Einlöseinstruktionen für den SBTC vor oder sie haben Kenntnis von den internationalen Reisecheckgepflogenheiten⁶⁴. Die Begleichung des Gegenwertes durch eine dieser Auszahlungsstellen, sei es durch Barauszahlung, Verrechnung oder Entgegennahme erfüllungshalber bzw. an Erfüllungs Statt, kann jedoch nicht als "Erfüllung" bezeichnet werden, da die verbriefte Schuld noch nicht getilgt ist; sie besteht zu Lasten der Partnerbanken weiter. Es handelt sich streng rechtlich betrachtet lediglich um eine Übertragung des Reisechecks an einen neuen Berechtigten, ver-

62 Vgl. die Darstellung der in der deutschen Literatur vorhandenen Kontroverse um das Auftreten als Vertreter bei ODEFY, 201f. und dort Zitierten; vgl. auch die Konkretisierung in §9.IV.

63 Vgl. eingehend dazu §9.IV.; vgl. aber auch §5.III.4.b.bb. betreffend der Konkretisierung des Einlösungsortes.

64 ODEFY, 54.

bunden mit der Auszahlung des Gegenwertes durch diesen⁶⁵. Erst wenn der Dritterwerber oder ein Rechtsnachfolger desselben den SBTC beim SBTC oder einer Partnerbank bzw. bei einem ihrer Vertreter zur Zahlung vorlegt und Befriedigung erhält, kann von Einlösung gesprochen werden.

d. Die Frage einer Einlösekommission⁶⁶

Der SBTC ist in der Schweiz spesenfrei zahlbar, d.h. der auf dem Formular aufgedruckte Nominalwert muss ohne Abzug ausbezahlt werden. Die Auszahlungs- oder Einlösungsstelle darf also für in der Schweiz ausbezahlte SBTC keine Einlösekommission erheben⁶⁷. Ausserhalb der Schweiz ist der Gegenwert zum jeweiligen Tageskurs zu vergüten, wobei oft Stempel- oder Auszahlungsgebühren zu Lasten des Einreichers erhoben werden⁶⁸. Immerhin erhält der Einreicher zumeist einen besseren Wechselkurs als beim Umtausch von Bargeld; er liegt i.d.R. zwischen dem Devisen- und dem Bargeldwechselkurs. Auf diese Weise können einerseits die Kosten der einlösenden Bank beglichen werden, andererseits wird dem Kunden meistens der Nachteil der Auszahlungsgebühren ausgeglichen⁶⁹.

65 Zur Frage, ob es sich dabei um einen Kauf oder um ein Inkassomandat handelt, vgl. §11.

66 Bzw. Auszahlungskommission.

67 Ziff.2.2 der Einlöseinstruktionen.

68 Vgl. Ziff.2.3 der Einlöseinstruktionen und SBTC-Aktuell, 2/86, 2.

69 Vgl. für den umgekehrten Fall der Auszahlung eines Reisechecks in fremder Währung in der Schweiz Art.3 Ziff.2 der Konvention VI der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 1. Oktober 1977.

Allgemein muss festgehalten werden, dass eine Einlösekommission auf dem SBTC zu Lasten des Berechtigten nicht institutionalisiert ist: Während eine solche für die Schweiz gänzlich untersagt ist, gehört es zur Geschäftspolitik der Partnerbanken und von Thomas Cook, weltweit für eine Verminderung oder Aufhebung der Auszahlungsgebühren auf dem SBTC einzutreten⁷⁰.

Immerhin gilt auf Grund von Art.4 Abs.1 des RCEZ-Reglementes in Verbindung mit der Konvention VI der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 1. Oktober 1977 in der Schweiz eine besondere Regelung in bezug auf Einlösekommissionen: Allen "ersteinlösenden" Banken in der Schweiz, den Reise- und Verkehrsbüros in der Schweiz sowie den Wechselstuben der SBB und der Swissair wird eine Kommissionsrückvergütung von 1/4% des ausbezahlten Nominalbetrages gewährt. Diese Regelung gilt nur für die erwähnten Institute, nicht aber für Hotels, Restaurants, Geschäfte usw.⁷¹. Zudem wird diese Kommission nicht zu Lasten des Kunden, sondern auf Kosten des Emittenten vergütet.

70 Unter Umständen erstattet das SBTC dem Kunden zuviel bezahlte Auszahlungsgebühren; vgl. SBTC-Aktuell, 2/86, 2.

71 Art.3 Ziff.1 und 3 der Konvention.

III. Die SBTC-Urkunde

1. Die graphische Gestaltung

Die SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUES werden in vier Nominalwerten ausgegeben, wobei mit Ausnahme des 200-Franken-Checks die jeweiligen Grundfarben der verschiedenen Nennwerte denjenigen der Schweizerischen Banknoten entsprechen:

Fr. 50.-	Grundfarbe grün	Serie A
Fr. 100.-	Grundfarbe blau	Serie C
Fr. 200.-	Grundfarbe rot	Serie E
Fr. 500.-	Grundfarbe braun	Serie G

Die Gestaltung der SBTC wird beherrscht durch die Gravuren feiner Linienwerke (Guillochen⁷²), welche aus Gründen der Fälschungssicherheit in ständig wechselnden Kompositionen zusammengesetzt sind.

72 Vgl. zum Begriff und Wesen der Guilloche HANDBUCH GBB, 693.

SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE

100

Sfr.

C 25 346 369

Signature / Unterschrift / Gegenzeichnung / Contresignature

Date/Datum

The issuing Swiss Banks will pay
Die ausgebenden Schweizer Banken zahlen
Les banques suisses émettrices payent

REISECHECK
CHEQUE DE VOYAGEto
an

or order/oder Order/ou à l'ordre
in Switzerland one hundred Swiss Francs
in der Schweiz einhundert Schweizer Franken
en Suisse cent francs suisses

in all other countries the equivalent at current
rate of exchange.
in allen übrigen Ländern den Gegenwert
zum Tageskurs.
dans tous les autres pays la contre-valeur
au cours du jour.



Sfr.

Willi Schenk
Signature/Unterschrift

Reimbursing Agent
Remboursstelle
Office de remboursement

Lucius Schenker
Cantonal Bank of Bern, Bern/Switzerland



<890> 325346369 7>

<890> 325346369 7>

No writing or stamping in this space / Dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln / Laisser cette partie en blanc

REISECHECK CHEQUE DE VOYAGE

SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE



euro
travellers
cheque

The issuing Swiss Banks
Swiss Bank Corporation
Credit Suisse
Union Bank of Switzerland
Suissevision
Bank Leu AG
Swiss Regional Banks
Swiss Cantonal Banks

Die ausgebenden Schweizer Banken
Schweizerischer Bankverein
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerische Volksbank
Bank Leu AG
Schweizer Regionalbanken
Schweizer Kantonalbanken

Les banques suisses émettrices
Banque de Banque Suisse
Credit Suisse
Union de Banques Suisses
Banque Populaire Suisse
Banque Leu SA
Banques Régionales Suisses
Banques Cantonales Suisses

No writing or stamping in this space / Dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln / Laisser cette partie en blanc

Auf der Vorderseite sticht als Sujet vor allem der seitenverkehrt von der 5-Franken-Münze übernommene Äpler hervor⁷³. In seiner rechten Ecke ist zudem das Schweizerkreuz, umgeben von einem roten Guillochenkranz abgebildet. In der obersten Zeile ist die Bezeichnung als SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE im Negativdruck wiedergegeben. Unter der Zeile für Unterschrift und Datum der Gegenzeichnung findet sich der als Zahlungsverprechen formulierte dreisprachige Text, der von zwei Vertretern der Remboursstelle, der Kantonalbank von Bern, mittels Faksimile-Unterschrift unterzeichnet ist. Der Nominalwert wird sowohl in Zahlen als auch in Worten bezeichnet. Unter der Zeile für die erste Unterschrift ist ein weisses Feld angebracht, worauf sich eine mit OCR-B-Schrift⁷⁴ bedruckte Codierzeile befindet, mittels der für jeden SBTC alle check- und kundenspezifischen Angaben datenmässig erfasst werden können und somit die EDV-mässige Checkverarbeitung ermöglicht.

Die Rückseite wird geprägt durch eine Skizze des Matterhorns, das von Strahlen umgeben ist, welche von einem Guillochenkranz ausgehen. Darunter sind die Banken unter ihrer dreisprachigen Bezeichnung angeführt⁷⁵. Seit Juni 1985 weisen die SBTC zudem auf der Rückseite den Schriftzug "euro travellers

73 Vgl. auch FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380.

74 OCR = Optical Character Recognition; B = Schrifttyp, vgl. auch den Schrifttyp A bei den US-Emittenten. Vgl. dazu auch VON DER CRONE-SCHMOCKER, 97f.

75 Aus den ersten SBTC-Auflagen sind noch Reisechecks im Umlauf, bei denen die Nennung der Bank Leu AG und des Verbandes Schweizer Regionalbanken und Sparkassen fehlt (vgl. zu den Gründen vorn II.1.a.); diese Reisechecks sind jedoch weiterhin gültig; vgl. Ziff.1.3 der Verkaufsinstruktionen.

cheque" und das etc-Logo in den fluoreszierenden Farben Rot/Blau auf.

2. Drucktechnische Besonderheiten

Der SBTC ist nicht nur graphisch, sondern auch sicherheitstechnisch ausgezeichnet gestaltet⁷⁶. Sowohl die Verwendung von Sicherheitsreagenzpapier, das mit mehrstufigen Wasserzeichen versehen ist, als auch die Kombination von dreifarbigem Stahltiefdruck und Irisdruck gewährleisten besten Schutz gegen Fälschungen und Verfälschungen. Durch dieses drucktechnisch aufwendige Verfahren sind die SBTC an ihrem spürbaren Relief zu erkennen⁷⁷.

Zwecks Kostenminimierung werden die SBTC in grossen Serien gedruckt. Gemäss Art.6 des RCEZ-Reglements haben Checkbestellungen den Bedarf von zwei bis drei Jahren zu decken. Aus Gründen der Sicherheit werden die Checkformulare kurz nach dem Druck auf die verschiedenen Hauptlager verteilt⁷⁸.

IV. Die Abwicklung des SBTC-Verkehrs

Vgl. zum Ganzen die Graphik in Anhang 1

76 FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380.

77 HANDBUCH GBB, 625; zum Wertpapierdruck im Allgemeinen vgl. HANDBUCH GBB, 615ff.

78 Vgl. hinten IV.1.

1. Herstellung und Versand

Alle zwei bis drei Jahre erteilt das SBTCC einer auf Wertpapierherstellung spezialisierten Druckerei den Auftrag zum Druck von SBTC-Formularen in grösserer Auflage. Aus dem Zwischenlager der Druckerei werden die SBTC-Formulare gemäss den Marketingplänen an das SBTCC in Bern und an die Bulk Stock Centres der TCTC versendet, welche ihrerseits wiederum die verschiedenen Depotstellen und indirekt auch alle anderen Verkaufsstellen (Unterdepots) mit den Checkformularen beliefern⁷⁹. Weltweit stehen alle Depotstellen unter der Oberaufsicht und der Kontrolle des SBTCC, so dass dieses immer über die aktuelle Dotation jeder Depotstelle informiert ist.

Die Depot- und Verkaufsstellen werden entweder auf Grund einer Bestellung oder auf Grund des automatischen Checknachlieferungssystems⁸⁰ mit Checkformularen versorgt. Letzteres ist schon 1975 für die Verkaufsstellen in der Schweiz eingeführt worden. Dieses System basiert auf einer systematischen Erfassung der Verkaufsumsätze einer jeden Verkaufsstelle, worauf die Minimalbestände für jeden Nennwert ermittelt werden. Fällt der effektive Checkbestand unter das für die jeweilige Kategorie festgelegte Minimum, so wird eine Computerliste ausgedruckt, die aufzeigt, welche Nachlieferungsbedürfnisse bestehen. Natürlich hat jede Verkaufsstelle, die diesem automatischen Checknachlieferungssystem angeschlossen ist, auch jederzeit die Möglichkeit, bei Bedarf Zusatzbestellungen aufzugeben.

Die Checkformulare werden den Verkaufsstellen gemäss den Bestellungsmodalitäten an Lager geliefert, verbunden mit einer Versandanzeige sowie einer vom Empfänger auszustellenden Em-

⁷⁹ Vgl. auch vorn II.3.

⁸⁰ Vgl. zum Ganzen SBTC-Aktuell, 2/85, 3.

pfangsbestätigung. Die SBTC-Formulare werden nicht an die Verkaufsstellen verkauft, sondern nur dort ins Lager gelegt; das Eigentum verbleibt bis zum Zeitpunkt des Verkaufes bei den Partnerbanken⁸¹. Immerhin übernehmen die Empfänger gemäss der Empfangsbestätigung die Pflicht zur sorgfältigen Aufbewahrung und Verwaltung. Die Entrichtung des Gegenwertes inkl. des Kommissionsanteils des SBTC hat in aller Regel erst nach dem Verkauf von SBTC zu erfolgen; nur ganz selten werden Checkformulare auf Prepaid-Basis ausgeliefert.

2. Verkauf der SBTC

a. Verkauf⁸²

Der SBTC kann weltweit bei über 10'000 Verkaufsstellen erworben werden, ohne dass es hierzu besonderer Voraussetzungen bedarf. Auch urteilsfähige Jugendliche können den SBTC ohne weitere Bedingungen erwerben⁸³.

Die Modalitäten des Erwerbs bzw. des Verkaufs sind in den "Verkaufsinstruktionen" niedergelegt: Die Verkaufsstelle hat eine datierte Verkaufsanzeige zu verwenden, den Namen, Adresse und Unterschrift des Erwerbers sowie Anzahl, Nummern und Nennwert der zu verkaufenden Reisechecks enthält. Die Reisechecks sind sofort nach Erhalt, d.h. noch am Schalter der Verkaufsstelle, unter der Rubrik "Unterschrift" mit dokumentenechter Schreibflüssigkeit zu unterzeichnen, da sonst im Verlustfalle keine Rückerstattung möglich ist. Ebenso hat der Erwerber den Nominalbetrag der Reisechecks zuzüglich 1% Kom-

81 Vgl. Ziff.1.4 der Verkaufsinstruktionen.

82 Zur Rechtsnatur des "Kaufs" von SBTC vgl. §8.

83 Vgl. ausführlich dazu §8.I.2.

mission⁸⁴ unmittelbar beim "Kauf" zu bezahlen, sei es in bar oder durch Belastung seines Kontos.

Mit den in einem Etui eingeklebeten Checkformularen erhält der Erwerber eine Kopie der Verkaufsanzeige, die einerseits als Legitimationsausweis im Rückerstattungsfall dient⁸⁵ und andererseits wichtige Hinweise für die Benutzung der Reisechecks sowie für das Verhalten im Verlustfall enthält. Aus diesem Grund sollte die Verkaufsanzeige immer gesondert von den Reisechecks aufbewahrt werden.

b. Abrechnung mit der Zentralstelle

Die Verkaufsstelle hat die Verkäufe täglich zusammenzufassen, ein Sammelborderau auszufüllen und dieses mit allen Originalen der Verkaufsanzeigen umgehend an das SBTCC zu senden. Zudem hat sie den gesamten Nominalwert der verkauften SBTC, allenfalls zuzüglich 1/4 der Kommission an das SBTCC zu überweisen⁸⁶, wobei sich die Zahlungsart je nach Land der Verkaufsstelle und nach Vereinbarung bestimmt.

Die Verkaufsstellen in der Schweiz rechnen via Bankenclearing ab. Die 1949 als einfache Gesellschaft konstituierte Giro-Organisation "Bankenclearing", die die Vereinfachung und Beschleunigung des Überweisungsverkehrs in sFr. unter Ausschal-

⁸⁴ Für die bei der Verkaufsstelle und den Partnerbanken angestellten Mitarbeiter ist der Erwerb kommissionsfrei.

⁸⁵ Vgl. hinten IV.4.

⁸⁶ Gemäss Art.6.2 des Agreements vom 26. Februar 1986 haben die Thomas-Cook- und die Wagons-Lits-Büros keinen Kommissionsanteil abzuliefern; seit 1. Januar 1987 gilt eine entsprechende Regelung auch für alle schweizer Verkaufsstellen.

tung der gegenseitigen Kontenführung bezweckt⁸⁷, wurde 1981 wieder aufgelöst und ihre Aufgaben, die administrative und technische Betreuung des Bankenclearings, der Telekurs AG in Zürich übertragen⁸⁸. Die Abwicklung⁸⁹ des dreistufig aufgebauten Bankenclearings erfolgt über acht sog. Zentralstellen, zu denen auch die SBTC-Domizilbank, die Kantonalbank Bern, zählt. Die Verarbeitung aller Transaktionen erfolgt mit Hilfe von Datenträgern durch das von der Telekurs AG betriebene zentrale Rechenzentrum der Banken⁹⁰. Für das Banken-Clearing im Falle des SBTC wird der sog. indirekte Leitweg beschritten, was bedeutet, dass die Weiterleitung des speziellen Bankgiroformulars an die Bank des Begünstigten unter Einschaltung der für die Verkaufsstelle zuständigen Zentralstelle erfolgt⁹¹.

Die Abrechnungsart für die Verkaufsstellen im Ausland erfolgt nach besonderen Absprachen. Denkbar sind die einfache Kontobelastung, die Ausstellung eines Bankchecks, vor allem aber die Benutzung des rationellen und effizienten SWIFT-Systems⁹². Bei diesem handelt es sich um ein computergesteuertes internationales Kommunikationsnetz von über 1000 Mitgliedbanken, welches die schnelle, beleglose und sichere

87 HANDBUCH GBB, 82f.; EMCH/RENTZ, 322f.; GUGGENHEIM, 239.

88 LEHMANN, 38.

89 Vgl. zum ganzen Ablauf des Banken-Clearings die umfassenden, mit Ablaufdiagrammen versehenen Darstellungen bei LEHMANN, 38ff., und MARBACHER, 219ff..

90 LEHMANN, 43. Vgl. auch die eingehende rechtliche Analyse bei VON DER CRÖNE-SCHMOCKER, 96ff., wobei anzumerken ist, dass die Verarbeitung der SBTC-Formulare nicht von der Telekurs AG sondern vom SBTC vorgenommen wird.

91 Vgl. MARBACHER, 227ff., und LEHMANN, 45f.

92 SWIFT = Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication.

Übermittlung von Meldungen über internationale Bankgeschäfte ermöglicht⁹³. Es hat jedoch keine Clearing-Funktion: Das Kommunikationsnetz erlaubt lediglich einen gegenüber dem konventionellen brieflichen Geschäftsverkehr wesentlich rationelleren sowie speditiveren Verbuchung und Verrechnung der über die diversen Korrespondenten geführten Geschäfte⁹⁴.

3. Auszahlung und Einlösung

a. Allgemeines

Wie bereits dargelegt⁹⁵ wird im Reisecheckverkehr jede Art der ersten Auszahlung des Gegenwertes - verbunden mit der Gegenzeichnung - untechnisch als "Einlösung" bezeichnet. Die rechtliche Bedeutung des Vorganges der Erstauszahlung ergibt sich jedoch erst aus der Stellung des Auszahlenden. Handelt es sich bei diesem um eine Partnerbank oder um einen Vertreter derselben, so liegt eine Einlösung im technischen Sinne vor. Andernfalls aber findet eine blossige Auszahlung statt, die mit der Übertragung der Urkunde verbunden ist. Die Einlösungswege des SBTC sind also zu differenzieren⁹⁶.

1. Weg: Der SBTC wird bei einer Partnerbank oder einem Vertreter derselben eingelöst, welche den Reisecheck direkt dem SBTC in Bern zur Abrechnung weiterleitet.

93 LEHMANN, 147; GODSCHALK, 103ff.

94 OBST/HINTNER, 462; HANDBUCH GBB, 624f.; EMCH/RENZ, 326f.; LEHMANN, 147ff.; GODSCHALK, 103ff.

95 Vorn II.5.a.

96 Vgl. MÜLLER, 31.

2. Weg: Ein Hotel, Restaurant, Geschäft usw. in der Schweiz nimmt den SBTC vom Ersterwerber gegen Auszahlung des Gegenwertes entgegen; die auszahlende Stelle bringt diesen Reisecheck zu ihrer Bank und versieht ihn mit einem Indossament⁹⁷. Handelt es sich um eine Partnerbank, so löst diese den SBTC ein. Andernfalls leitet die auszahlende Bank den Reisecheck zur Einlösung weiter an eine Partnerbank oder an das SBTC. Fortsetzung gemäss Weg 1.

3. Weg: Der SBTC wird durch eine Bank im Ausland ausbezahlt; diese legt den Reisecheck einer Schweizer Korrespondenzbank⁹⁸ zur Einlösung vor. Oftmals werden die Reisechecks allerdings zuerst an die Zentralstelle der ausländischen Bank weitergeleitet, wenn nur diese eine Bankverbindung mit einer Partnerbank unterhält. Fortsetzung gemäss Weg 1.

4. Weg: Ein Hotel, Restaurant, Geschäft usw. im Ausland nimmt den SBTC vom Ersterwerber entgegen; diese Auszahlungsstelle reicht den Reisecheck ihrer ausländischen Bank zum Indossament ein. Fortsetzung gemäss Weg 3.

Diese verschiedenen Einlösungswege sind geprägt durch die Tatsache, dass die letzte Stelle vor der Weiterleitung an das SBTC eine Clearing-Bank ist, somit die Abrechnung vereinfacht wird. Nur ganz selten werden ausbezahlte Reisechecks vom Dritterwerber direkt beim SBTC in Bern zur Zahlung eingereicht.

97 Ziff.2.7 der Einlöseinstruktionen.

98 Es wird sich dabei regelmässig um eine Partnerbank handeln.

b. Der "Einlösungs"-Vorgang

aa. Vorlage durch den Ersterwerber⁹⁹

Legt der Ersterwerber den SBTC zur Zahlung vor, so hat er diesen oben links an der mit "Gegenzeichnung" angegebenen Stelle in Gegenwart des Schalterbeamten bzw. der auszahlenden Person mit Kugelschreiber zu unterschreiben und zu datieren. Die den SBTC entgegennehmende Person hat die beiden Unterschriften (Erstunterschrift und Gegenzeichnung) auf ihre Übereinstimmung zu prüfen. Bestehen Zweifel an der Echtheit der Unterschrift oder ist die Gegenzeichnung bereits vorher erfolgt, so ist eine weitere Unterschriftenprobe auf der Rückseite vorzunehmen. Die Ordrezeile des SBTC wird i.d.R. nicht ausgefüllt¹⁰⁰. Viele Auszahlungsstellen, vor allem solche im Ausland, überprüfen zudem die Identität des Vorweisers anhand des Reisepasses oder eines anderen Ausweises¹⁰¹, worauf der Ersterwerber auch in der Verkaufsanzeige aufmerksam gemacht wird.

Die Auszahlung erfolgt in der Schweiz spesenfrei. Im Ausland wird oft eine Auszahlungsgebühr erhoben¹⁰². Bestehen begründete Zweifel über die Berechtigung des Vorlegers oder die Echtheit des Reisechecks (z.B. Vorhandensein von Rasuren oder Verfärbungen), so sollte, soweit ein Originalmuster vorliegt, durch einen Vergleich mit dem vorgelegten Papier die Echtheit desselben untersucht werden und eventuell zwecks Abklärung der Lage mit dem SBTC in Bern Verbindung aufgenommen werden. Gegebenenfalls sind solche Reisechecks nur zum Inkasso oder

99 Vgl. zum Ganzen Ziff.2.1 bis 2.6 der Einlöseinstruktionen.

100 Vgl. auch HEINICHEN, 24, für den DM-Reisescheck.

101 Vgl. auch ODEFEY, 56.

102 Vgl. vorn II.5.d.

in krassen Fällen gar nicht entgegenzunehmen. Wird der Reisecheck nur zum Inkasso "nach Eingang"¹⁰³ entgegengenommen, so kann er seine Aufgabe der sofortigen Bargeldebeschaffung nicht erfüllen, da die Auszahlung des Gegenwertes eine zeitliche Verzögerung erfährt¹⁰⁴.

Dieser hier geschilderte Vorgang entspricht den internationalen Reisecheckgepflogenheiten¹⁰⁵, weshalb die auszahlende Stelle nicht unbedingt im Besitze der SBTC-Einlöseinstruktionen sein muss.

bb. Vorlage durch den Dritterwerber

Der SBTC wird nicht nur von Banken, sondern auch von Hotels, Geschäften usw. entgegengenommen. Für die Übertragung vom Ersterwerber auf den Dritten ist die auf dem SBTC angebrachte Ordrezeile zu verwenden, indem der Ersterwerber dort den Namen und den Wohnort (Sitz) des Dritten einträgt. Davon wird in der Praxis aber selten Gebrauch gemacht; oft wird ein Übertragungsvermerk nicht angebracht, der Reisecheck also blanco übertragen.

Will sich der Dritte einen solchen Reisecheck bei einer Bank auszahlen lassen, so stimmen naturgemäss die beiden Unterschriften auf der Urkunde nicht mehr mit dem Berechtigten überein und die Einlösungs- bzw. die Auszahlungsstelle hat nicht mehr die Möglichkeit, die Legitimation des Vorweisers anhand der Unterschriften zu prüfen. Die Entgegennahme eines solchen von einem Dritten präsentierten Reisechecks hat des-

¹⁰³ Vgl. dazu nachfolgend bb.

¹⁰⁴ JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 156; HEINICHEN, 25; vgl. zum Inkasso auch nachfolgend bb.

¹⁰⁵ ODEFÉY, 56.

halb nur unter Beachtung der üblichen bankenmässigen Vorsicht und unter dem Vorbehalt der Rückgriffsmöglichkeit zu erfolgen. Aus diesem Grunde sind solche Reisechecks immer zu indossieren¹⁰⁶. Dabei ist jedoch zu unterscheiden:

- Nimmt die Bank diesen SBTC durch einen Kaufvertrag entgegen, so ist ein Vollindossament¹⁰⁷ anzubringen. Der Einreichende erhält den Gegenwert sofort und unbedingt¹⁰⁸.

- Häufiger wird die Bank einen bereits gegengezeichneten, aber von einem Dritten präsentierten SBTC nur zum Inkasso entgegennehmen¹⁰⁹. In diesem Falle wäre ein offenes Vollmachts-(Inkasso-)Indossament anzubringen. In der Praxis wird die Übertragung jedoch meist mittels eines verdeckten Vollmachtsindossaments vollzogen¹¹⁰; aus dem Papier materiell berechtigt bleibt in beiden Fällen weiterhin der einreichende Dritte¹¹¹. Die Befriedigung des Einreichers durch die Inkassobank kann entweder durch eine bedingte Gutschrift vor der Einlösung, verbunden mit der auf der Gutschrift angebrachten Klausel "Eingang vorbehalten" ("E.v.")

106 Ziff.2.7 der Einlöseinstruktionen. Ob das Indossament beim SBTC die Rückgriffsmöglichkeit auch wirklich gewährt, wird in §6.II.4. zu prüfen sein.

107 Vgl.dazu MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 26f.; vgl. allgemein zur Form des Indossaments beim SBTC §6.II.3.

108 Vgl. zu den Wirkungen des Indossaments §6.II.4.

109 G.M. HEINICHEN, 26, für den DM-Reisescheck.

110 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 87 i.V.m. §11 N 29ff.

111 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 31 und 34.

oder durch Gutschrift erst nach Einlösung durch den Schuldner ("nach Eingang") erfolgen¹¹².

c. Abrechnung mit der Zentralstelle

Die auszahlende Stelle kann die SBTC-Formulare entweder - was selten vorkommt - direkt an das SBTCC in Bern zur Einlösung bzw. zur Gutschrift einreichen oder eine weitere Bank einschalten, welche die Reisechecks ihrerseits einer Geschäftsstelle der Partnerbanken weiterleitet¹¹³. Diese Weiterleitung des SBTC erfolgt regelmässig auf dem Wege des Inkassos, wobei das Vollmachtsindossament durch den Stempelvermerk der einreichenden Bank bzw. Drittperson ersetzt wird¹¹⁴.

Weil es sich bei der entgegennehmenden Schweizer Bank i.d.R. um eine Partnerbank handelt, fungiert diese als Einlöser gegenüber den einreichenden Stellen und vergütet ihnen den Nennwert der eingereichten Reisechecks, wobei sich die Zahlungsart nach besonderen Abreden bestimmt. Die einlösende Partnerbank leitet ihrerseits die Reisechecks weiter an das SBTCC zwecks Verarbeitung und Vergütung. Dort werden die SBTC-Formulare mittels der Codierzeile EDV-mässig erfasst und dahingehend kontrolliert, ob ein eingelöster Reisecheck gesperrt war und demzufolge weitere Abklärungen notwendig sind. Danach werden sie entwertet und via Mikroverfilmung archi-

112 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE , §19 N 85f; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 285f.; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 14f.; vgl. auch HEINICHEN, 26.

113 Vgl. zu den Einlösungswegen vorn IV.3.a.

114 Ziff.3 der Einlöseinstruktionen; vgl. im Einzelnen dazu §11.III.

viert. Der Gegenwert der eingereichten Reisechecks wird den einlösenden Banken mittels des Banken-Clearings¹¹⁵ vergütet.

4. Verfahren bei Verlust der Reisechecks (Refund)

a. Allgemeines

Das typische, den Reisecheck gegenüber allen anderen Reisezahlungsmitteln auszeichnend¹¹⁶ Merkmal ist die schnelle und umfassende Rückerstattung (Refund) im Falle von Diebstahl oder Verlust. Seit der Erfindung des Reisechecks im Jahre 1891¹¹⁷ haben alle Reisecheckemittenten diese Produkteigenschaft¹¹⁸ stets in den Vordergrund gestellt und erhebliche Anstrengungen unternommen, ein weitverzweigtes, gut funktionierendes Rückerstattungsstellensystem aufzubauen. Der Verfahrensablauf der verschiedenen Refundsysteme ist in grossen Zügen identisch, wogegen beim System der Refundstellen sowie beim Emergency-Refund gewisse Unterschiede bestehen.

b. Das SBTC-Refund-System

Dank der Zusammenarbeit mit der Thomas-Cook-Gruppe weist der SBTC ein sehr effizientes, weltumspannendes Refund-System auf, das dreifach (bzw. in einem weiteren Sinne vierfach) gegliedert ist:

¹¹⁵ Vgl. dazu vorn IV.2.b.

¹¹⁶ Vgl. §1.III.2.b.

¹¹⁷ Vgl. §2.II.2.

¹¹⁸ Zur Rechtsnatur des Refunds vgl. §5.III.5.b., §8.III.4. und §13.I.

- Das SBTCC in Bern fungiert als Evidenzzentrale für das ganze Refund-System. Mit einem 24-Stunden-Service übernimmt die Refundabteilung für die ganze Welt die Organisation und die administrative Überwachung der Rückerstattung. Dank der elektronischen Checkverarbeitung kann sofort festgestellt werden, ob ein SBTC gestohlen oder gesperrt ist¹¹⁹.
- Alle Partnerbanken sowie einige ausländische Banken, die Wagons-Lits-Büros und die Thomas-Cook-Niederlassungen dienen als Emergency-Refund-Stellen, die einem sich in einer ausgesprochenen Notlage befindlichen Kunden in eigener Verantwortung bis zu Fr.1000.- umgehend Ersatz aushändigen können¹²⁰.
- Basis des SBTC-Refund-Systems bilden die Depot- und Verkaufsstellen, die nach Rücksprache mit der Evidenzzentrale Sofort- oder Standard-Ersatz leisten können.
- Der SBTC-Benützer kann sich aber auch an die nächstfolgende Bank, welche nicht in Geschäftsverbindung mit den Partnerbanken stehen muss, wenden. Diese wird i.d.R. den Kontakt zu einer Partnerbank, zu Thomas-Cook-Büros oder zum SBTCC herstellen und das Nötige veranlassen.

Dieses weitverzweigte System von Refund- und Kontaktstellen garantiert dem SBTC-Benützer einen hundertprozentigen Ersatz innert 24 Stunden. Der Ersatz erfolgt wenn immer möglich in der kommissionsfreien Abgabe von SBTC; sollte dies nicht möglich sein, so wird die Abgabe von Thomas-Cook-Travellers-Cheques angestrebt. Nur in seltenen Notfällen erfolgt der Ersatz in bar oder durch die Ausstellung von Korrespondenzchecks.

¹¹⁹ Zur Checksperre vgl. insbesondere §13.II.

¹²⁰ Vgl. hinten IV.4.e.cc.

1985 bearbeitete das SBTC bei einem Total von rund 700'000 SBTC-Käufern über 3000 Refundfälle. Nur wenn nach erfolgter Ersatzcheckabgabe ein als verloren oder gestohlen gemeldeter Reisecheck eingelöst wird, führt das zu einem effektiven Verlust¹²¹. 1985 betrugen die effektiven Refundverluste des SBTC über 1 Mio Franken¹²².

c. Der Refund-Berechtigte

Der Refund-Anspruch ist eine spezifische Produkteigenschaft des Reisechecks, welche untrennbar mit dem besonderen Legitimationserfordernis der Gegenzeichnung verbunden ist. Der Zweck des Reisechecks¹²³ würde einen allgemeinen Schutz eines jeden berechtigten Dritterwerbers vor den widrigen Folgen eines Urkundenverlustes durch die Rückerstattung nicht rechtfertigen. Vielmehr soll nur der sich korrekt verhaltende Erstbenützer den Vorteil des Refunds erhalten.

Die "Richtlinien für Rückerstattungsanträge" des SBTC sowie eine Klausel auf der Rückseite des Verkaufsavis bestimmen denn auch, dass ein Refund nur gewährt wird, wenn das SBTC-Formular nur einmal unterzeichnet wurde und die Gegenzeichnung noch nicht aufweist. Anspruchsberechtigter für den Refund kann demzufolge nur der erste Erwerber des SBTC sein; ein Übergang dieser Berechtigung kann infolge der Gegenzeichnung bei der Übertragung des Papiers nicht erfolgen. Aber auch der Ersterwerber ist nur dann berechtigt, wenn er die

121 Vgl. dazu §6.V.2.b. und §13.I.2.

122 Vgl. zum Ganzen SBTC, Geschäftsbericht 1985 16.

123 Vgl. §1.II.

Gegenzeichnung noch nicht geleistet hat, den SBTC jedoch sofort beim Erwerb unterschrieben hat¹²⁴.

d. Verhalten bei Verlust

Bemerkt ein SBTC-Ersterwerber den Verlust bzw. Diebstahl von Reisechecks, so hat er sich unverzüglich an eine der im Verkaufsavis genannten Stellen zu wenden (Partnerbank, nächste grössere Bank, Thomas-Cook- oder Wagons-Lits-Büros, SBTCC), sei es persönlich, telefonisch oder per Telegramm. Diese Kontaktstelle kann das Refund-Verfahren entweder selbst durchführen oder ihrerseits eine Refundstelle bzw. das SBTCC benachrichtigen. Die Avisierung der Polizei ist nicht notwendigerweise erforderlich, empfiehlt sich jedoch besonders bei grösseren Verlusten und kann zudem von der Refundstelle verlangt werden.

Da der Verkaufsavis die Berechtigung des Ansprechers nachweist, muss er immer von den SBTC-Formularen getrennt aufbewahrt werden. Im Verlustfall muss die Verkaufsanzeige der Refundstelle vorgelegt werden, ansonsten grundsätzlich weder Emergency-Refund noch Sofort-Ersatz gewährt werden kann. Dannzumal verbleibt lediglich die Möglichkeit des Standard-Ersatzes.

e. Refund-Form

Der SBTC-Kunde hat bei der Refundstelle primär einen Rückerstattungsantrag auszufüllen und zu unterschreiben, worauf die Refundstelle die Übereinstimmung dieser Angaben mit denjenigen in Pass/Identitätskarte und Verkaufsavis überprüft. Ent-

¹²⁴ Vgl. zum Rückerstattungsanspruch als Bestandteil des Reisecheckvertrages §8.III.4.

gegen der Bezeichnung Standard-Ersatz ist die übliche Rückerstattungsform der Sofort-Ersatz.

aa. Standard-Ersatz

Bedarf der SBTC-Kunde nicht des sofortigen Ersatzes¹²⁵, so kann er Standard-Ersatz beantragen. Ist er nicht in der Lage, den Verkaufsavis vorzulegen, so kommt i.d.R. nur diese Ersatzform in Frage. In diesen Fällen sendet die Refundstelle den Rückerstattungsantrag noch gleichentags per Luftpost an das SBTCC in Bern, welches den Antrag weiter behandelt. Erbringen die Abklärungen und Nachforschungen der Zentralstelle keine eindeutigen Hinweise auf Betrug, so erhält der Kunde direkt vom SBTCC Ersatz.

bb. Sofort-Ersatz

Für den Normalfall des Sofort-Ersatzes muss der SBTC-Benützer den Verkaufsavis vorlegen und zudem gleich wie beim Standard-Ersatz einen Rückerstattungsantrag ausfüllen, in dem er bestätigt, dass er die Reisechecks nur - aber immerhin - einmal unterzeichnet, nicht aber gegengezeichnet hat. Die Refundstelle nimmt sofort per Telefon, Telex oder Telegramm mit dem SBTCC Kontakt auf zwecks umgehender Abklärung der Situation.

Erteilt die Zentralstelle der Refundstelle die Ermächtigung zum Ersatz, so gibt letztere dem SBTC-Kunden umgehend kommissions- und spesenfrei neue Reisechecks im gleichen Werte ohne Bezahlung ab. Der SBTC-Benützer erhält so innert höchstens 24 Stunden 100% Ersatz für seine abhandengekommenen Reisechecks.

¹²⁵ Z.B weil er noch genügend Reisezahlungsmittel hat, weil seine Reise ohnehin zu Ende ist oder weil die Reisechecks an seinem Wohnort verloren gegangen sind.

Sollte es der Kunde wünschen oder ist es ihm nicht möglich, am Ort der Antragsstellung die Ersatz-Reisechecks entgegenzunehmen¹²⁶, so bezeichnet das SBTCC eine Refundstelle an einem anderen Ort, die die Rückerstattung ausführen wird.

Die Refundstelle sendet der Zentralstelle das Original der neuen Verkaufsanzeige zusammen mit dem Rückerstattungsantrag zur Abrechnung. Zudem erhält sie vollen Spesenersatz und den Kommissionsanteil, den sie im Falle eines regulären Verkaufes bekommen hätte.

cc. Emergency-Refund

Befindet sich ein SBTC-Benützer infolge des Verlustes seiner Reisechecks in einer ausgesprochenen Notlage¹²⁷, so dass ihm auch mit dem Sofort-Ersatz nicht gedient wäre, können bestimmte Refundstellen¹²⁸ den sog. Emergency-Refund gewähren. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist jedoch die Vorlage der Verkaufsanzeige. Die autorisierte Refundstelle kann, sofern die Bedingungen¹²⁹ erfüllt sind, ohne vorgängig die Bewilligung des SBTCC einzuholen, Ersatz-Reisechecks bis zum Betrage von Fr.1000.- abgeben. In besonderen Fällen dürfen die Partnerbanken Ersatz bis zu Fr.5000.- gewähren. Auch dieser Emergency-Refund erfolgt kommissions- und spesenfrei.

126 Z.B. aus Gründen der Reiseplanung (Pauschalreisen!).

127 Z.B. Verlust aller Reisezahlungsmittel vor Feiertagen, an denen alle Banken geschlossen sind.

128 Vgl. vorn IV.4.d.

129 Ausgesprochene Notlage, Aushändigung der Verkaufsanzeige, unterschriebener Rückerstattungsantrag, evtl. Avisierung der Polizei.

Die Gewährung des Emergency-Refunds ist der Zentralstelle unverzüglich zu melden (Checksperre¹³⁰). Im übrigen erfolgt die Abrechnung gleich wie beim Sofort-Refund.

130 Zur Bedeutung der Checksperre vgl. §13.II.

1. ABSCHNITT: DER SBTC ALS WERTPAPIER

§5 RECHTSNATUR

I. Einleitung

1. Problemanalyse

Der Reisecheck ist ein von der Praxis entwickeltes Instrument, dessen typenspezifische Merkmale im Erfordernis der Gegenzeichnung und im Refund bestehen. Weil besondere gesetzliche Vorschriften für den Reisecheck und namentlich für den SBTC fehlen, ist es der Judikatur und der Literatur überlassen, eine rechtliche Qualifizierung dieser besonders ausgestalteten Schuldurkunde vorzunehmen.

Die Frage der Rechtsnatur des SBTC ist in der Rechtsprechung bisher - soweit ersichtlich - nicht erörtert worden. Dies mag angesichts seiner noch jungen Geschichte kaum überraschen. Es ist jedoch erstaunlich, dass sich die Gerichte in der Schweiz auch kaum je mit grundlegenden Fragen des Reisecheckverkehrs auseinanderzusetzen hatten¹. Die wenigen Urteile betreffen nämlich vorwiegend strafrechtliche Aspekte². Bemerkenswert ist immerhin, dass das Zürcher Obergericht in zwei Fällen die grundsätzliche Ordrepapierqualität von Reisechecks bejaht hat³.

1 Vgl. immerhin BJM 1971 178ff., wo sich das Basler Obergericht zur Bedeutung der zweiten Unterschrift bei einem US-Travelers-Checks zu äussern hatte.

2 Vgl. SCHMID, 54f.; allgemein dazu §14.

3 SJZ 1963 311; im unveröffentlichten Entscheid OGZ 1.StrK vom 28. August 1979 i.S. R.M. handelte es sich allerdings um einen amerikanischen Reisecheck.

Auch die - spärlich vorhandenen - Stellungnahmen in der schweizerischen Literatur zum Problem der rechtlichen Erfassung von Reisechecks bringen keine Klärung. Zumeist begnügen sie sich mit einer Darstellung der tatsächlichen Grundlagen des Reisecheckverkehrs und mit einem allgemeinen Hinweis auf die Problematik bei der Qualifizierung des SBTC⁴. Soweit aber Lösungsvorschläge vorliegen, ist mangels ausführlicher Begründung meistens nicht ersichtlich, welche Erwägungen der geäußerten Ansicht zugrunde liegen. Diese einzelnen Lösungsversuche selbst reichen von der Qualifizierung des SBTC als Ordrepapier⁵ bis hin zur Ablehnung jeglicher Wertpapiernatur, weil für die Ordrepapiere ein *numerus clausus* gelte⁶. Übereinstimmung besteht lediglich in der Feststellung, dass der SBTC kein Check im Sinne von Art.1100 OR sei⁷.

Im Gegensatz zur Schweiz hat sich im Ausland, insbesondere in Deutschland⁸, eine angeregte Diskussion über die Rechtsnatur von Reisechecks entwickelt. Aber auch die in der ausländischen Literatur vertretenen Ansichten vermögen häufig nicht zu befriedigen. Oftmals haben diese Lösungsversuche nämlich ihre Grundlage in sogenannten subjektiven Auslegungsmethoden⁹. So wird zum Teil beinahe sklavisch am Wort "Check"

4 BORKOWSKI/MOOSMANN, 251; BOEMLE, Wertpapiere 39; HANDBUCH GBB, 625f.; EMCH/RENZ, 335; FRIEDMANN, Bank-Betrieb 1975 380ff.; LEHMANN, 105ff.

5 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §20 N 1; HAMMER, 62 Anm.239.

6 JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 339ff.; JÄGGI, Art.976 N 57, Art.1151 N 12 i.V.m. Art.1145 N 29ff.

7 Vgl. statt vieler MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §20 N 1.

8 Vgl. z.B. die umfassenden Darstellungen von HEINICHEN und ODEFEY, im weiteren KÄSER, ZKW 1962 399ff.; CANARIS, Rdn.858ff.; JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 155ff. usw.

9 Zur Ablehnung dieser Methoden und zur Auslegung nach der objektiven Methode vgl. MEIER-HAYOZ, Art.1 N 140ff.

festgehalten und der Reisecheck ohne weiteres als eine besondere Form des gewöhnlichen Checks betrachtet¹⁰. Bei anderen Lösungsvorschlägen wird demgegenüber die Bedeutung der Auslegung von Gesetzesvorschriften infolge der Subsumtionsprobleme missachtet und schlicht eine Gesetzeslücke angenommen. Dieses Vorgehen ermöglicht dann, im Reisecheck eine "Urkunde sui generis" zu erblicken¹¹. Besonders unbefriedigend ist die Situation dort, wo auf die Qualifizierung des Reisechecks überhaupt verzichtet und stattdessen auf die schuldrechtlichen Beziehungen verwiesen wird¹². Die Kenntnis der Rechtsnatur eines Reisechecks ist jedoch nicht nur von rechtstheoretischem Interesse. Sie hat insbesondere auch grundlegende Bedeutung für die Beurteilung der Rechtsbeziehungen zwischen den am Reisecheckverkehr Beteiligten, somit also auch für die Praxis¹³.

Diese Rechtsunsicherheit bei der Qualifizierung der Reisechecks im allgemeinen und des SBTC im besonderen ruft nach einer gründlichen Untersuchung. Dabei ist es notwendig, sich auf die allgemeinen Grundlagen des Schuldurkundenrechts zu besinnen. Im Folgenden soll deshalb der Versuch unternommen werden, aufbauend auf dem allgemeinen Schuldurkundenrecht einen praktikablen und gesetzeskonformen Lösungsvorschlag hinsichtlich der Rechtsnatur des SBTC zu erarbeiten. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob dieser schweizerische

10 G.M. DESPAX, 329, mit ausführlicher Kritik an der französischen Lehre; vgl. auch §16 zur Diskussion über den DM-Reisescheck, der überwiegend als Scheck im juristisch-technischen Sinne betrachtet wird, obschon eine gesetzeskonforme Subsumtion kaum möglich zu sein scheint.

11 So teilweise ODEFÉY, 167f., und DESPAX, 328ff.

12 Vgl. etwa KOLLER, Gutachten 1486ff.

13 G.M. ODEFÉY, 72. Vgl. insbesondere zu den Auswirkungen der Qualifizierung des SBTC die §§8-11.

Reisecheck einem der gesetzlich normierten Bereiche zugeordnet werden kann.

2. Grundlagen der rechtlichen Untersuchung

Ausgangspunkt zur Ermittlung der Rechtsnatur einer Schuldurkunde¹⁴ ist die auf HEINRICH BRUNNER zurückgehende Legaldefinition des Wertpapiers von Art.965 OR¹⁵, wonach der Grad der Verknüpfung von Recht und Papier massgebend ist¹⁶. Diese gesetzliche Begriffsbestimmung bedarf jedoch in verschiedener Hinsicht der Präzisierung. Nach der vervollständigten und präzisierten Definition von MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE¹⁷ ist unter Wertpapier jede Urkunde zu verstehen, "in der eine private Rechtsstellung derart verbrieft ist, dass sie ohne die Urkunde nicht übertragen werden kann und dass - unter Vorbehalt der Kraftloserklärung - weder der Berechtigte Leistung verlangen noch der Verpflichtete mit befreiender Wirkung erfüllen kann".

Die Bedeutung des Papiers für die Geltendmachung, für die Erfüllung mit befreiender Wirkung und für die Übertragung des

14 Vgl. zum Grundsatz der individuellen Bestimmung der Rechtsnatur von Urkunden JÄGGI, Art.965 N 247; WEBER, Art.90 N 10f.; BGE 43 II 801, 812; BGE 50 II 531.

15 Vgl. allgemein zur Begriffsbildung MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §3 N 1ff.; BÄR, 189ff.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 6ff., jeweils mit weiteren Verweisen. Für das deutsche Recht, welchem eine Legaldefinition fehlt, vgl. HUECK/CANARIS, 1ff., und ZÖLLNER, 14ff., jeweils mit weiteren Verweisen.

16 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 1f. und §3 N 1ff.

17 §3 N 17.

Rechts wird durch die Urkundenklauseln bestimmt¹⁸. Auf Grund der Tatsache, dass die Urkundenklausel eine Willenserklärung des Schuldners darstellt, der der erste Nehmer bei der Begebung¹⁹ zustimmt, ist deren Bedeutung aus dem mittels des Vertrauensprinzips interpretierten Wortlaut zu ermitteln²⁰, wobei die Verkehrssitte als objektivierender Massstab des Vertrauensprinzips²¹ in der wertpapierrechtlichen Auslegungslehre besonders wichtig ist²². In diesem Sinne hängt die Rechtsnatur nicht bloss vom Parteiwillen ab, sondern vor allem von der objektivierten Qualifikation der konkreten Urkunde²³.

Eng verbunden mit der Auslegungsfrage ist das wertpapierrechtliche Formproblem, nämlich die Frage, ob ein durch Auslegung ermittelter Wertpapiertypus besonderen, durch das Gesetz im Interesse der Verkehrssicherheit aufgestellten Formvorschriften unterliege und ob diese im konkreten Fall erfüllt wurden²⁴. Der intensive Zusammenhang zwischen Gegenstand und Form birgt aber die Gefahr einer Überbewertung des Formzwecks, der "Skripturrechtlichkeit" in sich²⁵ und könnte zur Annahme führen, dass auf Grund der gesetzlichen Formvorschriften in bestimmtem Masse eine wertpapierrechtliche Ty-

18 Zur daraus resultierenden Stufenfolge der Urkunden vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 1ff.

19 Vgl. dazu §6.I.2.

20 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §1 N 38ff.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 36; BÄR, 201; JÄGGI, Art.965 N 256f.

21 MERZ, Art.2 N 141.

22 BÄR, 201; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §1 N 43f; vgl. auch JÄGGI, Art.965 N 256; WEBER, Art.90 N 10f.

23 Vgl. auch JÄGGI, Art.965 N 255ff.

24 BÄR, 201; DÖRIG, 19ff.

25 G.M. BÄR, 201.

pengebundenheit (numerus clausus) vorliege. Form und Inhalt bzw. Gegenstand sind indessen streng voneinander zu trennen²⁶.

II. Die Ausgestaltung des SBTC

1. Das verurkundete Recht

Das im SBTC verurkundete Recht stellt ein Zahlungsversprechen bzw. eine Zahlungsverpflichtung der ausgebenden Schweizer Banken zugunsten des Berechtigten in der Höhe des vorgedruckten Nominalwertes von sFr. 50.-, 100.-, 200.- oder 500.- bzw., im Ausland, des Gegenwertes dar. Der Refundanspruch des Käufers eines SBTC²⁷ stellt kein im SBTC-Formular verurkundetes Recht dar, sondern ergibt sich nur auf Grund des Reisecheckvertrages²⁸. Es handelt sich also um eine ziffernmässig bestimmte Geldschuld.

Durch die Nennung der Remboursstelle, welche sich bei der Kantonalbank Bern in Bern befindet, ist im weiteren der zentrale Zahlungsort genannt. Aus der solidarischen Verpflichtung der ausgebenden Partnerbanken ergibt sich konkludent, dass auch alle Niederlassungen derselben im In- und Ausland als Zahlstellen fungieren²⁹. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Einlösung enthält der Wortlaut des SBTC-Formulars keine Angaben. Durch das konkludente Verhalten der Parteien und durch die Verkehrssitte ist aber dieser Zeitpunkt insoweit be-

26 G.M. DÖRIG, 19ff., 73f.; vgl. ausführlich dazu hinten III.3.

27 Vgl. §4.IV.4.c.

28 Vgl. hinten III.5.a. und insb. §8.III.4.

29 Vgl. §4.II.5.b.

stimmt, als der Verpflichtete bei ordnungsgemässer Präsentation durch den Berechtigten, bei Sicht also, erfüllen muss.

2. Die Ausgestaltung der Urkunde

a. Die Urkunde³⁰

Der Begriff der Schuldurkunde und jener des Wertpapiers setzen das Vorliegen einer Urkunde, d.h. eines Schriftstücks, welches eine privatrechtlich relevante Erklärung enthält, voraus. Es sind also zwei Elemente zu unterscheiden: Einerseits der Erklärungsträger (=Schriftstück), andererseits die damit verbundene Willensäußerung³¹.

Den Schriftträger bildet beim SBTC ein besonders fälschungssicheres Papier³². Die dreifarbige Beschriftung, verstanden als "Aufzeichnung in besonderer Form"³³, besteht einerseits in der künstlerisch-sicherheitstechnischen graphischen Gestaltung des Papiers (Sujets, Guillochen) und andererseits im dreisprachig abgefassten Wortlaut, der eine privatrechtlich relevante Willenserklärung zum Ausdruck bringt.

b. Die einzelnen Bestandteile

Die formelle Ausgestaltung der Urkunde weist die folgenden Bestandteile auf:

30 Vgl. auch §4.III.

31 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §1 N 5ff.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 12ff.

32 Vgl. §4.III.

33 JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 13.

aa. Angabe des Verpflichteten

Durch die Formulierung "Die ausgebenden Schweizer Banken zahlen..." in Verbindung mit deren namentlicher Enumeration auf der Rückseite ist der aus dem Papier Verpflichtete ausdrücklich bezeichnet.

bb. Angabe des Berechtigten

Die Angabe des Berechtigten erfolgt auf spezielle Art und Weise: Primär ist der erste Nehmer durch die Unterschrift bezeichnet, daneben weist der SBTC aber noch eine gesonderte Ordreklausel auf. Dieser Dualismus der Nennung des Berechtigten ist folgendermassen zu verstehen³⁴:

- Der durch die eigenhändige Unterschrift bei der hierfür vorgesehenen Zeile Ausgewiesene ist als erster Nehmer zu betrachten, der für die Einlösung eine beschränkte Legitimationsführung mittels der Gegenzeichnung vorzunehmen hat.
- Bei der Übertragung des SBTC gewinnt die Gegenzeichnung die Funktion eines Indossaments. Der Dritte ist nun durch die Ordreklausel legitimiert, sei es, dass der erste Nehmer dessen Namen dort eingetragen hat, sei es, dass er den SBTC mittels Blankoindossament übertragen hat und das Papier somit als Inhaberpapier wirkt.

³⁴ Vgl. die ausführliche Begründung hierzu in §6.I.2.c.; vom System her gleich, aber in Bezug auf den DM-Reisescheck, HEINICHEN, 52f.; grundsätzlich a.A. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341f., die die Meinung vertreten, der Käufer des SBTC habe keine Funktion im Umlauf des Papiers.

cc. Unbedingtes Versprechen, eine bestimmte Geldsumme zu bezahlen

Der SBTC enthält ein unbedingtes³⁵ Versprechen der Partnerbanken, dem berechtigten Vorweiser der Urkunde den auf dem Papier vorgedruckten Nominalwert oder dessen Gegenwert zum Tageskurs zu zahlen. Letztere Bestimmung hat den Sinn einer dispositiven Feststellung des allgemeinen Grundsatzes, dass der Schuldner berechtigt ist, den Gegenwert in der am Zahlungsort geltenden Währung auszubezahlen³⁶. Dies ist dann der Fall, wenn der SBTC bei einer ausländischen Niederlassung einer Partnerbank eingelöst wird.

dd. Angabe des Zahlungsortes³⁷

Als Zahlungsort ist die Remboursstelle genannt, welche sich in Bern bei der Kantonalbank Bern befindet. Dort hat auch das SBTCC seinen Sitz.

ee. Faksimilierte Unterschrift

Bei der Angabe der Remboursstelle sind auch die faksimilierten Unterschriften zweier Vertreter der ausgebenden Banken angebracht. Weil es sich beim SBTC um ein Massenpapier

35 Der Gegenzeichnung kann nicht die Bedeutung einer Bedingung beigemessen werden, ODEFÉY, 100 und HEINICHEN, 56 für den DM-Reisescheck; vgl. auch vorn II.2.b.cc. und hinten III.5.a. sowie §17.II. für die amerikanischen Travelers Cheques. A.A. dagegen die scheinbar herrschende englische Lehre, §18.II.

36 Vgl. Art.84 OR, Art.1031 OR und Art.1122 OR; vgl. GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.1431; vgl. auch hinten III.4.b.aa.

37 Vgl. auch vorn II.1.

handelt, ist die mechanische Nachbildung der eigenhändigen Unterschrift grundsätzlich zulässig (Art.14 Abs.2 OR)³⁸.

c. Die Verknüpfung von Urkunde und Recht: Die Urkundenklauseln

Die SBTC-Urkunde weist - zentral angeordnet - eine formelle Ordreklausel auf. Damit verbunden ist eine, zwar nicht im Wortlaut, so doch aus der Gestaltung des Papiers (Zeile für die Gegenzeichnung) und aus der Verkehrssitte hervorgehende spezielle Identitätsprüfungsklausel für den ersten Nehmer. Es ist nun nach dem materiellen, d.h. dem durch das Vertrauensprinzip mittels der Verkehrssitte zu ermittelnden Sinn dieser Klauseln zu fragen, welcher allein für die Intensität der Verknüpfung von Urkunde und Recht massgebend ist.

Unzweifelhaft messen die Parteien der Präsentation der SBTC-Urkunde für die Geltendmachung des Rechts bzw. für die Erfüllung mit befreiender Wirkung die Bedeutung einer absolut notwendigen Voraussetzung bei, was auch der Verkehrsübung im Reisecheckverkehr entspricht. Daran vermag auch der Refundanspruch des Käufers nichts zu ändern, denn dieser besteht nur auf Grund einer zivilrechtlichen, nicht aber auf einer urkundenrechtlichen Zusage des Emittenten³⁹. Der Urkunde wird jedoch mittels der Ordreklausel noch eine weitere Bedeutung beigemessen: Jeder durch eine ordnungsgemässe Indossamentenkette ausgewiesene Papierinhaber soll Erfüllung verlangen können und der Verpflichtete soll dann mit befreiender Wirkung leisten dürfen. Dies ist auch die Wirkung, die der Urkunde nach objektiven Gesichtspunkten, d.h. nach Treu und

38 Zur Frage, ob allenfalls besondere wertpapierrechtliche Vorschriften entgegenstünden, vgl. hinten III.4.b.ff.

39 G.M. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341 Anm.7; a.A. JÄGGI, Art. 1151 N 9; vgl. auch hinten III.5.b. und §8.III.4.

Glauben beigemessen werden muss. Ein Dritterwerber muss sich darauf verlassen können, dass er bei der Übertragung des SBTC durch die Gegenzeichnung, welche die Wirkung eines ersten Indossaments hat⁴⁰, formell aus der Urkunde Berechtigter wird.

Diese Bedeutung, die der SBTC-Urkunde im Verkehr beigemessen wird, widerspiegelt die Interessenlage sowohl des Emittenten als auch des Käufers und des Dritten: Der Emittent möchte nicht zuletzt aus Gründen des Prestiges eine weltweite Negotzierbarkeit des SBTC erreichen⁴¹, was ebenfalls ganz im Interesse des ersten Nehmers ist. Ein Dritter, der den SBTC durch Übertragung vom ersten Nehmer erwirbt, ist vor allem daran interessiert, einen unbedingten und einredefreien Zahlungsanspruch gegenüber dem Emittenten zu erwerben. Diese Interessenkoinzidenz im Reisecheckverkehr war auch das erklärte Ziel der Amexco bei der Schaffung des Reisechecks im Jahre 1891⁴².

Immerhin erfährt die eben dargestellte legitimationsrechtliche Lage eine gewisse Modifikation durch eine besondere zusätzliche Klausel. Der erste Nehmer muss zur Legitimationsführung bei der Einlösung eine zweite Unterschrift am in der Urkunde bezeichneten Ort anbringen. Diese sowohl aus der Urkunde als auch aus dem Wortlaut der dem Käufer ausgehändigten Verkaufsanzeige hervorgehende Urkundenklausel hat lediglich die Funktion einer Kontrollunterschrift zur erhöhten Verkehrssicherheit⁴³. Im Falle der Einlösung dient sie aber zu-

40 Vgl. vorn II.2.b.bb. und §6.II.3.b.

41 Art.3 der Partnervereinbarung; vgl. auch KÄSER, ZKW 1962 399.

42 Vgl. §2.II.2.

43 KÄSER; ZKW 1962 400; HEINICHEN, 53; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 339; JÄGGI, Art.976 N 56f.; kritisch zum Vergleich der Unterschriften für die Legitimationsprüfung KLEINER, SJZ 1973 146ff.

gleich als Quittung dafür, dass der Emittent dem SBTC-Käufer die von letzterem erbrachte Vorleistung zurückbezahlt hat, und bei der Übertragung als besonderes Indossament⁴⁴.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Parteien des Begebungsvertrages⁴⁵ wie auch Dritte dem SBTC die Bedeutung eines Ordrepapieres beimessen. Dies ergibt sich einerseits aus dem inneren Willen der Parteien und andererseits, was für die Ermittlung der Urkundenqualität massgeblich ist, aus dem Vertrauensprinzip und aus der Verkehrssitte.

3. Folgerungen

Aus der Darstellung des verkündeten Rechts sowie der Ausgestaltung der SBTC-Urkunde können an dieser Stelle schon gewisse Schlüsse gezogen werden, dies jedoch nur im negativen Sinne. Zur endgültigen Qualifizierung der Rechtsnatur des SBTC wird es noch weiterer Untersuchungen bedürfen.

a. Unmöglichkeit der Wechselnatur und der Natur eines wechselähnlichen Papiers

Weil der SBTC weder eine Anweisung enthält noch sonst die Formerfordernisse von Art.991 OR erfüllt, kann er nicht als Wechsel (Art.990ff. OR) oder als wechselähnliches Papier (Art.1147ff. OR) qualifiziert werden.

⁴⁴ KÄSER, ZKW 1962 400; HEINICHEN, 53; vgl. ausführlicher dazu hinten III.5.a. und §6.II.3.b.

⁴⁵ Dazu §6.I.2.b.

b. Unmöglichkeit der Checknatur

Der SBTC kann trotz seiner Bezeichnung als Check die Erfordernisse von Art.1100 OR in verschiedener Hinsicht nicht erfüllen⁴⁶: Weder liegt eine Anweisung vor, noch ist ein Ausstellungsdatum angegeben. Zudem müsste die Unterschrift des Ausstellers eigenhändig erfolgen, die Faksimile-Unterschrift genügt nicht⁴⁷.

c. Unmöglichkeit eines Zahlungsversprechens an Ordre

Der SBTC kann auch nicht als Zahlungsversprechen an Ordre gemäss Art.1151 OR qualifiziert werden, weil die Erfordernisse des Wechsels (Ausstellungstag, eigenhändige Unterschrift des Ausstellers) nicht erfüllt sind⁴⁸.

d. Der SBTC als Ordrepapier?

Diese Negativenumeration lässt angesichts der vorhandenen Ordreklausel die Frage auftauchen, ob der SBTC überhaupt ein Ordrepapier gemäss unserem Wertpapierrecht ist. Wie bereits nachgewiesen wurde⁴⁹, ergibt die Auslegung der SBTC-Urkunde, dass dieser die Bedeutung eines Ordrepapiers beigemessen wird. Es wird im Folgenden zu prüfen sein, ob ein derartiges Ordrepapier nach dem schweizerischen Recht überhaupt zulässig ist (Frage eines *numerus clausus* für Ordrepapiere) oder ob

46 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §20 N 1; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 339ff.; HAMMER, 62; BORKOWSKI/MOOSMANN, 251.

47 Art.1085 OR i.V.m. Art.1143 Abs.1 Ziff.20 OR.

48 JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341; unklar HAMMER, 62 Anm.239.

49 Vorn II.2.c.

allfällige Formvorschriften missachtet wurden (Frage des Formenzwangs).

III. Die Zulässigkeit der Ausgestaltung des SBTC als Ordrepapier

1. Allgemeines

Wie vorstehend dargelegt wurde, wird dem SBTC die Bedeutung eines Ordrepapieres beigemessen. Durch seine konkrete Ausgestaltung sind aber die Erfordernisse der im Gesetz besonders geregelten Ordrepapiere nicht erfüllt. Die Problematik der Qualifikation konzentriert sich deshalb auf die Frage, ob der SBTC ein gewillkürtes Ordrepapier⁵⁰ im Sinne von Art.1152 OR sei oder ob auch nur durch die Beachtung der grundlegenden Normen von Art.1145 OR i.V.m. Art.967-969 OR der Qualifizierung als Ordrepapier Genüge getan sei. Diese Fragestellung führt zwangsläufig zur in der Literatur aufgeworfenen Diskussion um einen *numerus clausus* für Ordrepapiere⁵¹.

Bei der Untersuchung der für den SBTC massgebenden ordrepapierrechtlichen Normen, mithin auch bei der Untersuchung um das allfällige Vorliegen eines *numerus clausus*, ist von der aus der Privatautonomie fliessenden grundsätzlichen Freiheit der Wertpapieraussgabe auszugehen⁵² und nach deren im Interesse der Verkehrssicherheit aufgestellten Schranken zu for-

50 Vgl. zum Begriff des gewillkürten Ordrepapiers MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 206.

51 Vgl. JÄGGI, Art.1145 N 29ff.

52 Vgl. auch MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 11, mit Verweis auf einen in diese Richtung gehenden Normierungsvorschlag von EGGER in der Expertenkommission, ProtExp. 1928 767f.

schen⁵³. Letztere können sich in formeller⁵⁴, persönlicher⁵⁵ und gegenständlicher⁵⁶ Hinsicht manifestieren. Erschwert wird diese Analyse durch die gesetzgebungstechnisch unglückliche Ordnung der Ordrepapiere.

2. Die Grundlagen des Rechts der Ordrepapiere

a. Die unklare Gesetzssystematik

Die gesetzliche Regelung der Ordrepapiere ist im Gegensatz zu derjenigen der Namen- und Inhaberpapiere stark verstreut. Während in ersten Entwürfen ein dritter, allgemeiner Abschnitt unter dem Titel "Die Ordrepapiere" vorgesehen war⁵⁷, wurden diese beiden Artikel schon mit der Botschaft von 1928⁵⁸ und nun auch im geltenden Recht dem sechsten Abschnitt des dreiunddreissigsten Titels mit der Überschrift "Wechsel-ähnliche und andere Ordrepapiere" als Art.1145f. OR zugewiesen. Daran anschliessend findet sich die Regelung der wech-

53 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §1 N 11, bezüglich der grundsätzlichen Formfreiheit für Wertpapiere; vgl. auch DÖRIG, 25f., und FLATTET, 120f.

54 Z.B. die qualifizierten Formerfordernisse für Wechsel (Art.991 OR) und Check (Art.1100 OR); vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §1 N 11, §9 N 5 und §19 N 23ff.

55 Insbesondere durch die Monopolisierung der Wertpapieraussgabe, z.B. die für die Ausgabe von Pfandbriefen, Art.1 Abs.2 PfG; vgl. dazu L. HUNZIKER, Der schweizerische Pfandbrief, Diss. Zürich 1986, 31ff. und 70ff.

56 Z.B. Verbot der Ausgabe von GmbH- und Genossenschaftsanteilscheinen in der Form von Wertpapieren, Art.789 Abs.3 OR und Art.853 Abs.3 OR; vgl. JÄGGI, Art.1145 N 30; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §1 N 22.

57 ProtExp. 1928 782-786; vgl. auch AEBY, StenBullNR 1934 830.

58 BB1 1928 I 205ff., insb. 343ff.

selähnlichen Papiere (Art.1147-1150 OR), des Zahlungsversprechens an Ordre (Art.1151 OR) und jene der anderen indossierbaren Papiere (Art.1152 OR). Im 4. und 5. Abschnitt sind der Wechsel (Art.990ff. OR) und der Check (Art.1100ff. OR) als gesetzliche Ordrepapiere geregelt. Zudem finden sich im ersten Abschnitt des 33. Titels noch allgemeine Bestimmungen zur Übertragung von Ordrepapieren (Art.967-969 OR).

Es fällt auf, dass das Gesetz nur zwei sich allgemein auf Ordrepapiere beziehende Vorschriften aufweist (Art.1145f. OR), im übrigen aber eine Anzahl bestimmter Ordrepapiere relativ eingehend regelt, wovon Wechsel und Check im Vordergrund stehen.

b. Die Stellung des Wechsel- und Checkrechts im Recht der Ordrepapiere

Die wechsel- und checkrechtlichen Normen sind in weiten Teilen Anwendungsfälle allgemeiner ordrepapierrechtlicher Grundsätze. Dadurch und mittels ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung in Art.1152 Abs.2 OR sind sie weitgehend der Verallgemeinerung fähig⁵⁹. Die Tragweite dieser Verweisung ist indes auf Grund des ungeklärten Verhältnisses von Art.1152 Abs. 2 OR und Art.1145 OR nicht ganz klar, was eine gewisse Unsicherheit bewirkt, die nicht leicht zu beheben ist⁶⁰.

59 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 213.

60 JÄGGI, Art.1152 N 2, N 22ff.; DÖRIG, 89ff., 103f.; vgl. dazu auch hinten III.4.b.

c. Fehlende Klärung durch die Gesetzesmaterialien

Der Gesetzgeber scheint sich der Bedeutung von Art.1152 Abs.2 OR, welcher dem Art.844 Abs.1 aOR entspricht⁶¹, nicht hinreichend bewusst gewesen zu sein⁶². Die Gesetzesmaterialien geben überhaupt keine Aufschlüsse, sondern wirken verwirrend⁶³. Die Erklärung dieses Phänomens wird einerseits im geringen Interesse der Wirtschaft jener Zeit an wechselähnlichen und anderen Ordrepapieren und somit auch am geringen Interesse der gesetzlichen Neuregelung, andererseits in der kritiklosen Übernahme derselben gesehen⁶⁴.

Dass zum Beispiel gerade der Reisecheck nicht als möglicher Anwendungsfall dieser Normen in Betracht gezogen wurde, hat aber andere Gründe: Der damals bekannte Reisepostcheck hatte seine gesetzliche Grundlage im PVG und in der PVV⁶⁵; der erste privatrechliche schweizerische Reisecheck, der Verbandsreisecheck der Kantonalbanken, wurde dagegen erst im Jahre 1938 eingeführt⁶⁶.

61 StenBullNR 1934 830; ProtExp. 1928 784ff.

62 JÄGGI, Art.1152 N 2; DÖRIG, 104f; SAXER, 77.

63 Vgl. z.B. die Botschaft von 1928, BBl 1928 I 345, wo sogar die Ordrepapierqualität einzelner "indossabler" Papiere verneint wird.

64 DÖRIG, 104; SAXER, 77; vgl. dazu etwa auch ProtExp. 1928 784ff. und StenBullNR 1934 829f.

65 Vgl. §2.III.2.a.

66 Vgl. §2.III.2.b.

d. Problemstellung

Die unklaren Verhältnisse bei der Revision des Wertpapierrechts haben zu einem *circulus vitiosus* geführt: Einerseits wartet der Gesetzgeber auf Anstösse aus der Praxis, während die Praxis ihrerseits neue Institute erst nach gesetzlicher Neuregelung zulassen will, andererseits wird bei der versuchten Behebung der Mängel durch Auslegung bereits das vorausgesetzt, was erst noch durch Auslegung zu ermitteln ist⁶⁷. Die Problematik der Bemühungen um eine einheitliche Sinnggebung für das Institut des Ordrepapiers liegt also im Fehlen der Ausrichtung des Gesetzgebers und der Praxis auf gefestigte Zweckvorstellungen und auf eine Hierarchie der Werte⁶⁸.

Dies hat zu einer völlig unsicheren Rechtsprechung⁶⁹ und zu einer in verschiedenste Richtungen tendierende Lehre geführt. Die Behebung dieses Zustandes bedarf der Konzentration auf den Typus Ordrepapier, verstanden als vermittelnder Komplex von Ordnungsgesichtspunkten, in welchem sich gleichsam Fixpunkte bilden⁷⁰. Konkret stellt sich die Frage, in welchem Lichte die fraglichen Normen auszulegen sind, ob ein *numerus clausus* für Ordrepapiere bestehe oder ob nur - aber immerhin - gewisse Formerfordernisse zu erfüllen sind, damit der SBTC als Or-

67 FLATTET, 114ff.; SAXER, 77; vgl. auch MEIER-HAYOZ/SCHLUEP/OTT, ZSR 1971 I 325, betreffend der typengerechten Auslegung im Gesellschaftsrecht.

68 Vgl. auch MEIER-HAYOZ/SCHLUEP/OTT, ZSR 1971 I 327.

69 Vgl. z.B. die schwankende bundesgerichtliche Rechtsprechung: In BGE 65 II 66ff. wollte das Bundesgericht nur solchen Urkunden die Ordrepapierqualität zubilligen, die den besonderen Normen des Gesetzes entsprechen und tendierte zu einem *numerus clausus*, während es in BGE 67 II 30ff. die Absicht äusserte, dass die Wertpapiernatur denjenigen Urkunden zugesprochen werden soll, die den Legaldefinitionen entsprechen; vgl. die Kritik hierzu von FLATTET, 111ff., und BOEMLE, Diss. 39f.

70 Vgl. MEIER-HAYOZ/SCHLUEP/OTT, ZSR 1971 I 327.

drempapier im Sinne des Gesetzes zu qualifizieren ist. Bei einer Bejahung des numerus clausus bzw. bei Nichterfüllen der Formerfordernisse müsste er trotz der Absicht der Partnerbanken, den SBTC als Ordrepapier auszugestalten, allenfalls als gewöhnliche Schuldurkunde betrachtet werden.

3. Die grundsätzliche Freiheit zur Ausgestaltung von Ordrepapieren und ihre Schranken

a. Das Postulat eines numerus clausus

Das Verhältnis von Art.1152 OR zu den übrigen ordrepapierbezogenen Normen, insbesondere zu Art.1145 OR, wurde von JÄGGI dahingehend interpretiert, dass es neben den gesetzlichen und den gesetzlich gewillkürten Ordrepapieren frei gewillkürte Ordrepapiere⁷¹ nur im Rahmen von Art.1152 Abs.1 OR gebe⁷². Den in diesem Sinne verstandenen numerus clausus begründet er vor allem auch mit einem Vergleich zum deutschen Recht: Art. 1152 Abs.1 OR habe eine analoge Stellung wie §363 HBG, welcher nur die dort enumerierten Papiere als technische (kaufmännische) Ordrepapiere bezeichnet; alle anderen sind nach deutscher Rechtsauffassung sogenannte "zivile Ordrepapiere", denen die Wertpapiernatur fehlt⁷³. Immerhin hat bereits JACOBI⁷⁴ zu bedenken gegeben, dass "die für Nichtgeldleistungen geltende Beschränkung der technischen Ordrepapiere ein nicht mehr erklärlicher Rest überkommenen Rechts" sei.

71 Vgl. zu dieser begrifflichen Unterscheidung JÄGGI, Art. 1145 N 19ff., und DÖRIG, 19ff., der letztere allerdings missverständlich als "unbenannte" Ordrepapiere bezeichnet.

72 JÄGGI, Art.1145 N 33f.; neuerdings auch JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341.

73 Vgl. dazu JACOBI, 474ff.; HUECK/CANARIS, 23f.; ULMER, 24ff.; ZÖLLNER, 142ff.

74 280f.

Der Ansicht JÄGGIs scheint soweit ersichtlich nur GUHL⁷⁵ gefolgt zu sein. Das Bundesgericht hat in BGE 65 II 77f. und 80 II 86f. diese Frage offen gelassen, scheint aber eher zur Annahme eines *numerus clausus* geneigt zu sein. Der überwiegende Teil der schweizerischen Lehre tritt jedoch für eine Ablehnung eines *numerus clausus* ein, wenn auch mit teilweise unterschiedlichen Begründungen und Folgerungen⁷⁶.

b. Die Ablehnung eines *numerus clausus*

Der Ansicht, dass ein *numerus clausus* für Ordrepapiere im schweizerischen Wertpapierrecht bestehe, kann aus verschiedenen Gründen nicht gefolgt werden.

aa. Überbewertung des Formzwecks im Wertpapierrecht

Die Annahme eines *numerus clausus* geht m.E. von einer Vermischung von Gegenstands- und Formproblematik aus und misst letzterer eine überhöhte Bedeutung zu⁷⁷. Es ist streng zu trennen zwischen Gegenstands- und Formfrage: Diejenige nach dem Gegenstand betrifft das Problem eines *numerus clausus* der zur Verfügung stehenden Institute (Typengebundenheit), diejenige nach der Form aber die formelle Ausgestaltungsfreiheit

75 THEO GUHL, Das Schweizerische Obligationenrecht, 5.A., Zürich 1956, 769. Vgl. nun aber GUHL/MERZ/KUMMER, 810ff., wo keine diesbezüglichen Äusserungen mehr zu finden sind; der Satz "Indossabilität macht das Wertpapier zum Ordrepapier" (811) deutet eher auf das Gegenteil hin.

76 Grundlegend DÖRIG, 17ff.; vgl. auch SAXER, 49f.; BEELER, 24; BOEMLE, Diss. 39f.; FLATTET, 121f.; auch MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE scheinen, wenn auch nicht *expressis verbis*, so doch dem Sinne nach einen *numerus clausus* für Ordrepapiere abzulehnen, vgl. §4 N 12 und N 14.

77 G.M. DÖRIG, 19f.

(Frage des Formzwangs)⁷⁸. Aus der Tatsache, dass das Gesetz für verschiedene Arten von Ordrepapieren Formvorschriften vorsieht⁷⁹, darf noch nicht auf das Vorliegen einer gegenständlichen Beschränkung der Ordrepapiere geschlossen werden. Die Beantwortung einer Inhaltsfrage durch jene einer Formfrage stellt eine Überbewertung der Vorstellung "Formvorschrift" dar⁸⁰ und missachtet damit das Wesen der Privatautonomie im Schuldurkundenrecht⁸¹.

Richtigerweise muss die Frage lauten: Welche Institute lässt die Privatrechtsordnung überhaupt zu und welche bedürfen bei ihrer grundsätzlichen Zulässigkeit einer besonderen Form⁸²? Dies muss umso mehr Geltung haben, als das Gesetz in Art.1145 OR eine Legaldefinition für Ordrepapiere aufstellt, welche den Fixpunkt für den Typus Ordrepapiere darstellt.

bb. Die Bedeutung von Art.1145 OR

Aus der Vermischung von Form- und Gegenstandsfrage resultiert auch die systematisch fragliche Begründung des numerus clausus als in Art.1152 Abs.1 i.V.m. Abs.2 OR enthaltener Grundsatz⁸³. Dieses Vorgehen verkennt das Wesen der systematischen Auslegung bzw. der typologischen Betrachtungsweise, wonach

78 Vgl. dazu auch MEIER-HAYOZ, Syst. Teil N 77ff.

79 Wechsel: Art.991 OR; Check: Art.1100 OR; Wechselähnliche Papiere: Art.1147 OR usw.

80 Vgl. auch BÄR, 202.

81 Vgl. vorn III.1.

82 G.M. DÖRIG, 19f.

83 So aber JÄGGI, Art.1145 N 32ff. und Art.1152 N 3ff., sowie BGE 65 II 77.

eine Norm nicht als Einzelerrscheinung, sondern als Teil eines ganzen Komplexes von Ordnungsgesichtspunkten zu verstehen ist⁸⁴. Auszugehen ist deshalb vom Fixpunkt eines Normenkomplexes, welcher - soweit vorhanden - in der Legaldefinition eines Instituts oder eines Typus zu finden ist.

Art.1145 OR hat unbestrittenermassen den Sinn einer Legaldefinition⁸⁵: In Verbindung mit Art.965 OR werden darin die für die Ordrepapiere geltenden Minimalanforderungen festgelegt⁸⁶. Legaldefinition und numerus clausus schliessen sich aber gegenseitig aus, was zum zwingenden Schluss führt, dass keine allgemeine gegenständliche Beschränkung für Ordrepapiere besteht⁸⁷.

Eine Korrektur dieses Auslegungsergebnisses durch Verweis auf die Verkehrssicherheit oder auf ein mangelndes wirtschaftliches Bedürfnis, wie es die Absicht des Bundesgerichtes in BGE 65 II 77f. gewesen zu sein scheint, ist unzulässig: Diese Argumentation würde nicht nur wieder den circulus vitiosus bewirken⁸⁸, sondern überhaupt dem Sinn unserer liberalen Privatrechtsordnung widersprechen⁸⁹. Dem Argument, die grundsätzliche Freiheit zur Ausgestaltung von Ordrepapieren ge-

84 Vgl. MEIER-HAYOZ/SCHLUEP/OTT, ZSR 1971 I 325.

85 StenBullNR 1934 829; JÄGGI, Art.1145 N 2; DÖRIG, 17; SAXER, 50.

86 BEELE, 23; DÖRIG, 94f.; vgl. auch vorn I.4. zum Begriff des Wertpapiers.

87 FLATTET, 122; DÖRIG, 20, 94f.; BOEMLE, Diss. 40; SAXER, 50.

88 Vgl. vorn III.2.c.

89 G.M. DÖRIG, 20; BOEMLE, Diss. 39f.; SAXER, 50.

fährde die Verkehrssicherheit⁹⁰, muss folgendes entgegengehalten werden:

- Insbesondere bei Urkunden mit weltweiter Zirkulationsfähigkeit, verbunden mit einer gewissen Anonymisierung zwischen Schuldner und Berechtigtem, in denen auf Grund einer Vorleistung des ersten Nehmers ein Rückerstattungsanspruch gegen den Schuldner verbrieft ist, verlangt das Verkehrsinteresse geradezu, dass sich sowohl der Schuldner als auch der aus dem Papier Berechtigte auf den Wortlaut bzw. auf die durch objektivierte Auslegung erkennbare Bedeutung der Urkunde verlassen können⁹¹. Zudem ist zu beachten, dass anstelle eines "verbotenen" Ordrepapiers ein Inhaberpapier ausgestellt werden könnte, was eine noch erhöhte Zirkulationsfähigkeit zur Folge hätte; von einer Beschränkung der Inhaberpapiere im Sinne eines *numerus clausus* war und ist aber nirgends die Rede⁹².
- Zum anderen stellt die Legaldefinition von Art.1145 OR lediglich Minimalanforderungen für alle Arten von Ordrepapieren auf. Für bestimmte Arten von Ordrepapieren bestehen hingegen im Interesse der Umlaufsicherheit besondere gesetzliche Formvorschriften⁹³. Ein aus Art.1152 OR hergeleiteter *numerus clausus* würde die Legaldefinition von Art. 1145 OR grundsätzlich in Frage stellen und deren Sinn und Bedeutung jeglichen Inhalts entleeren⁹⁴.

90 BGE 65 II 78.

91 G.M. SAXER, 33; ULMER, 51; CANARIS, Rdn.859; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N lff.

92 G.M. DÖRIG, 22. Vgl. aber auch §16.II.2.a. und dort FN 14 für die Situation in Deutschland.

93 Vgl. auch den Vorbehalt von Art.973 OR.

94 G.M. DÖRIG, 94f.

Die vorstehenden Erläuterungen zeigen auch auf, dass der Verweis JÄGGIs⁹⁵ auf §363 HGB zur Begründung eines *numerus clausus* für Ordrepapiere im schweizerischen Recht fehl geht: Einerseits kennt das deutsche Recht weder eine Legaldefinition des Wertpapiers noch eine solche für Ordrepapiere, wodurch §363 HGB eine ganz andere Bedeutung erlangt als Art. 1152 OR, andererseits beschränkt §363 HGB sowohl in Bezug auf den Gegenstand als auch auf den Inhalt⁹⁶.

cc. Zusammenfassung

Das Bestehen eines *numerus clausus* für gewillkürte Ordrepapiere muss aus terminologischen, systematischen und teleologischen Gründen abgelehnt werden. Weder im Gesetz selbst noch in den Materialien finden sich hinreichende Anhaltspunkte für das Vorhandensein gegenständlicher bzw. inhaltlicher Beschränkungen für Ordrepapiere.

c. Die Bedeutung von Art.1152 Abs.1 OR

Aus Art.1152 Abs.1 i.V.m. Abs.2 OR lässt sich, wie vorstehend nachgewiesen wurde, keine gegenständliche Beschränkung des Rechts auf die Ausstellung von Ordrepapieren herleiten. Immerhin ist damit die Bedeutung von Art.1152 OR, besonders im Verhältnis zu Art.1145 OR, noch nicht hinreichend geklärt. Ausgangspunkt zur Beantwortung dieser Frage muss wiederum Art.1145 OR sein⁹⁷. Die in der Legaldefinition enthaltenen minimalen Formerfordernisse gelten für alle Ordrepapiere. Es sind dies die Nennung des Berechtigten i.V.m. der Ordrekla-

95 Art.1145 N 34.

96 DÖRIG, 19f. und dort Anm.8.

97 Vgl. vorn III.3.b.aa. und bb.

sel⁹⁸ sowie die Angabe des Schuldners und des verurkundeten Rechts⁹⁹. Hingegen stellt die Unterschrift grundsätzlich kein allgemeines Formerfordernis dar¹⁰⁰.

Das Gesetz stellt aber, entsprechend dem allgemeinen Vorbehalt von Art.973 OR, für verschiedene Arten von Ordrepapieren mit Rücksicht auf den Verkehrsschutz erhöhte Formvorschriften auf. Dies gilt besonders für auf eine bestimmte Geldsumme lautende Forderungsrechte, seien sie in die Form einer Anweisung gekleidet¹⁰¹ oder als Geldsummenversprechen ausgestaltet¹⁰². In diesem systematischen und teleologischen Zusammenhang muss auch die Bedeutung von Art.1152 Abs.1 OR erblickt werden. Die Formvorschriften von Art.1152 Abs.1 OR haben für alle Geldsummenversprechen in der Form eines Ordrepapiers Geltung, soweit diese nicht besondere Formvorschriften erfüllen wie z.B. Art.1151 OR¹⁰³. Dies bedarf der Präzisierung:

- Art.1152 Abs.1 OR beschränkt die Ausgestaltungsfreiheit nicht in gegenständlicher Hinsicht, sondern nur bezüglich der Form von Ordrepapieren, die ein Geldsummenversprechen

98 Bei den gesetzlichen Ordrepapieren ist das Anbringen einer ausdrücklichen Ordreklausel nicht notwendig; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 20; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 43.

99 Vgl. auch BEELER, 23; JÄGGI, Art.1145 N 3ff.; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 207ff.

100 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §1 N 11; JÄGGI, Art.965 N 252, Art.1145 N 6; a.A. BEELER, 15 und 25; DÖRIG, 76 und 115f.; SAXER, 33f.

101 Wechsel: Art.991 OR; Check: Art.1100 OR; Wechselähnliche Papiere: Art.1147 OR.

102 Zahlungsverpflichtung an Ordre: Art.1151 OR.

103 G.M. JÄGGI, Art.1152 N 16; DÖRIG, 99; SAXER, 89f.; scheinbar a.A. BEELER, 24.

(oder den Anspruch auf eine bestimmte Menge vertretbarer Sachen) verurkunden¹⁰⁴.

- Der subsidiäre Charakter von Art.1152 Abs.1 OR äussert sich in der Auffangfunktion dieser Norm: Nur - aber immerhin - soweit ein Ordrepapier, das ein Geldsummenversprechen enthält, nicht besondere Formvorschriften erfüllt (vgl. Art. 1151 OR), muss es den Anforderungen von Art.1152 Abs.1 OR genügen, sonst kann es nicht mehr als Ordrepapier im Sinne des Gesetzes qualifiziert werden¹⁰⁵.
- Frei gewillkürte Ordrepapiere, die kein Geldsummenversprechen (bzw. keinen Anspruch auf eine bestimmte Menge vertretbarer Sachen) verbriefen, können auch lediglich den Anforderungen von Art.1145 OR entsprechen, um als Ordrepapiere im Sinne des Gesetzes zu gelten¹⁰⁶.

Die Bedeutung von Art.1152 Abs.1 OR im Verhältnis zu Art.1145 OR ist also diejenige, dass alle frei gewillkürten Ordrepapiere zumindest den Anforderungen von Art.1145 OR entsprechen müssen, während all diejenigen frei gewillkürten Ordrepapiere, die ein Geldsummenversprechen verurkunden, mindestens den weiteren Formvorschriften von Art.1152 Abs. 1 OR genügen müssen.

¹⁰⁴ G.M. DÖRIG, 103; zu letzteren, die streng von den Warenpapieren zu trennen sind (MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §27 N 19), soll hier mangels Interesse für den SBTC nicht Stellung genommen werden.

¹⁰⁵ DÖRIG, 99 und 103; scheinbar a.M. BEELER, 24; vgl. zur Subsidiarität auch JÄGGI, Art.1152 N 16ff.

¹⁰⁶ Z.B. Trustzertifikate, die weder reine Forderungs- noch reine Warenpapiere sind, DÖRIG, 94f.; a.A. JÄGGI, Art. 1145 N 33.

4. Der SBTC als Ordrepapier gemäss Art.1152

a. Allgemeines

Der SBTC verurkundet ein Geldsummenversprechen¹⁰⁷, erfüllt aber die Erfordernisse von Art.1151 OR nicht. Als Ordrepapier kann er nach dem Hergeleiteten nur dann qualifiziert werden, wenn er den Formvorschriften von Art.1152 Abs.1 OR zu genügen vermag. Dies gilt es abschliessend zu klären.

b. Die einzelnen Erfordernisse

Die von Art.1152 Abs.1 OR aufgestellten Erfordernisse sind: Bestimmtheit von Ort, Zeit und Summe des Geldsummenversprechens, Angabe des ersten Nehmers, ausdrückliche Ordreklausel und Unterzeichnung der Urkunde¹⁰⁸. Nicht erforderlich ist hingegen die Angabe des Ausstellungsortes und des Ausstellungsdatums¹⁰⁹, die Verwendung bestimmter Worte, eine bestimmte Bezeichnung der Urkunde oder die Angabe des Verpflichtungsgrundes¹¹⁰.

aa. Bestimmtheit der Summe

Durch die wörtliche und zahlenmässige Angabe des Nominalwertes in Schweizer Franken ist die Summe ausdrücklich bestimmt. Der Zusatz, dass in allen anderen Ländern der Gegenwert zum

¹⁰⁷ Vgl. vorn II.1.

¹⁰⁸ JÄGGI, Art.1152 N 4ff.; DÖRIG, 98ff.; SAXER, 91ff.; BOEMLE, Diss. 133ff.

¹⁰⁹ JÄGGI, Art.1152 N 10; DÖRIG, 123; unrichtig SAXER, 93.

¹¹⁰ JÄGGI, Art.1152 N 10.

Tageskurs zu berechnen sei, schadet der Bestimmtheit nicht¹¹¹.

bb. Bestimmtheit des Erfüllungsortes

Mit der Angabe der Remboursstelle ist der zentrale Ort der Erfüllung hinreichend bestimmt¹¹²: Es ist die Administrativzentrale der Partnerbanken, das SBTC, das seinen Sitz bei der Kantonalbank Bern in Bern hat¹¹³.

Die aus der solidarischen Verpflichtung der Partnerbanken abzuleitende Tatsache, dass auch alle Niederlassungen dieser Banken als Einlösungsstellen im technischen Sinne fungieren¹¹⁴, schadet der Bestimmtheit in keiner Weise. Einerseits handeln die Banken (technisch gesehen) als Vertreter der einfachen Gesellschaft, welche für die Abwicklung des SBTC-Verkehrs unter den Gesellschaftern wie auch allen anderen Vertretern der Partnerbanken das SBTC als zentrale Abrechnungsstelle geschaffen haben; immer also ist die Reboursstelle für die Vergütung der SBTC zuständig¹¹⁵. Andererseits ist auch die Angabe mehrerer Zahlungsorte, wie sie sich durch Ausle-

111 Vgl. dazu auch vorn II.2.b.cc.

112 Vgl. dazu auch vorn II.1.

113 Vgl. §4.II.1.c.

114 Vgl. §4.II.5.b.; dies betrifft auch die Vertreter der Partnerbanken wie z.B. Thomas Cook.

115 Vgl. §4.IV.3.c.

gung des SBTC-Formulars ergibt¹¹⁶, anders als etwa beim Wechsel, durchaus zulässig¹¹⁷.

cc. Bestimmtheit der Erfüllungszeit

Bezüglich des Zeitpunkts der Erfüllung enthält der Wortlaut des SBTC keine Angaben. Hingegen ist aus der Verkehrssitte und aus dem konkludenten Verhalten der Parteien klar ersichtlich, dass bei ordnungsgemässer Präsentation des SBTC, bei Sicht also, erfüllt werden muss¹¹⁸. Die Frage, ob damit das Erfordernis der Bestimmtheit des Erfüllungszeitpunktes hinreichend erfüllt sei, ist vor allem auf Grund des ungeklärten Verweisungsinhaltes von Art.1152 Abs.2 OR umstritten: Soll Art.1097 Abs.2 OR auch für Ordrepapiere gemäss Art.1152 Abs.1 OR Anwendung finden¹¹⁹?

Diese Frage ist aus den folgenden Überlegungen heraus zu bejahen:

- Der Verweisungsinhalt von Art.1152 Abs.2 OR ist in Anbetracht des Verzichts auf einen allgemeinen Teil für Ordrepapiere nicht in seiner vollen Konsequenz bedacht worden. Gerade weil ein solcher allgemeiner Teil fehlt und nicht alle Fragen mittels des Verweises beantwortet werden können, müssen die Grundsätze des Wechselrechts weitgehend

¹¹⁶ Vgl. vorn II.1.

¹¹⁷ JÄGGI, Art.1152 N 8.

¹¹⁸ Vgl. vorn II.1.

¹¹⁹ Verneinend: JÄGGI, Art.1152 N 7, und wohl auch BGE 65 II 77; bejahend: BOEMLE, Diss. 136; DÖRIG, 100f.; SAXER, 92. Diese Frage stellt sich im Grundsätze gleich für die Bestimmtheit des Zahlungsortes, ist aber hier nicht relevant.

verallgemeinert werden¹²⁰. Der Verweisungsinhalt ist also weit auszulegen und vor allem teleologisch zu würdigen, d.h. unter Berücksichtigung sowohl der Verkehrssicherheit als auch der Umlauffähigkeit. Der Vorbehalt von Art.973 OR steht dem nicht im Wege¹²¹. Die Aufzählung von Art.1152 Abs.2 OR ist als redaktionelle Unsorgfältigkeit und somit als eine nicht abschliessende Enumeration zu betrachten¹²².

- Innerhalb derjenigen Ordrepapiere, die auf eine bestimmte Geldsumme lauten, erfüllen jene nach Art.1152 Abs.1 OR die Funktion einer Subsidiärform, einer Grundlage. Man könnte auch von einer auf dem Kriterium des Formzwangs aufbauenden Stufenfolge von auf Geldsummen lautenden Ordrepapieren sprechen, bei der die Urkunden gemäss Art.1152 Art.1 OR die einfachste Form darstellen¹²³. Keine der in dieser Stufenfolge höher stehenden Urkundenarten kennt aber die unabdingbare Pflicht zur Angabe der Verfallzeit, immer gilt bei deren Fehlen der Grundsatz der Erfüllung bei Sicht¹²⁴. Es dürfte wohl kaum die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, die Verpflichtungspapiere an Ordre gemäss Art.1152 Abs.1 OR gerade in diesem Bereich einem höheren Formenzwang zu un-

120 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 213; vgl. auch vorn III.2.b.

121 G.M. DÖRIG, 100.

122 G.M. DÖRIG, 100; SAXER, 92; BOEMLE, Diss. 136; wohl auch MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 213; a.A. JÄGGI, Art.1152 N 29; BGE 65 II 77.

123 Ähnlich DÖRIG, 98f.; vgl. zur Bedeutung von Art.1152 Abs. 1 OR vorn III.3.c.

124 Gezogener Wechsel: Art.992 Abs.2 OR; Eigenwechsel: Art. 1097 Abs.2 OR; Check: zwingend auf Sicht, Art.1115 Abs.1 OR; Wechselähnliche Papiere: Art.992 Abs.2 OR i.V.m. Art. 1147 OR; Zahlungsverprechen an Ordre: Art.1097 Abs.2 OR i.V.m. Art.1151 OR. Zu beachten ist auch noch, dass für Warenpapiere ebenfalls keine Angabe der Verfallzeit erforderlich ist, Art.1153 OR.

terwerfen als z.B. den Wechsel¹²⁵. Dies würde m.E. eine Überbewertung der Vorstellung "Formvorschrift" bedeuten¹²⁶.

- Dem Argument JÄGGI¹²⁷, die zwingende Angabe des Erfüllungszeitpunktes, wenn auch nur im Sinne einer auslegungsbedürftigen Angabe, müsse gerade als Unterscheidungsmerkmal gegenüber den anderen Ordrepapieren dienen, kann nach dem vorstehend Gesagten mit dem Verweis auf die Subsidiarität der Urkunden gemäss Art.1152 Abs.1 OR ebenfalls nicht gefolgt werden.
- Im Wertpapierrecht gilt der Formzweck der Klarheit im Interesse der Umlaufsicherheit¹²⁸. Dadurch, dass man Art.1097 Abs.2 OR als anwendbar erklärt, wird dieses Interesse aber in keiner Art und Weise verletzt, im Gegenteil: Sind alle anderen Geldsummenversprechen oder Anweisungen mangels besonderer ausdrücklicher Angabe der Erfüllungszeit auf Sicht gestellt, so muss das umso mehr für die Grundform dieser Ordrepapiere gelten. Dass die Erfüllung auf Sicht besonders für Papiere des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, also auch für den Reisecheck, sehr wichtig ist, zeigt auch die Tatsache, dass der Check gemäss Art.1115 Abs.1 OR zwingend auf Sicht gestellt ist.

Das Erfordernis der Bestimmtheit der Erfüllungszeit ist also auch beim Fehlen einer Angabe eines Zeitpunktes auf der Urkunde kraft des Verweises von Art.1152 Abs.2 OR auf Art.1097

125 G.M. DÖRIG, 100f.; SAXER, 92; a.A. JÄGGI, Art.1152 N 7.

126 Ebenfalls kritisch zur Überbewertung des Formzwecks BÄR, 201f.; vgl. auch vorn III.3.b.aa.

127 Art.1152 N 7.

128 BÄR, 201.

Abs.2 OR erfüllt, weil das Papier, hier der SBTC, infolge gesetzlicher Anordnung auf Sicht gestellt ist¹²⁹.

dd. Angabe des ersten Nehmers

Beim SBTC ist der erste Nehmer durch seine Unterschrift ausreichend bestimmt¹³⁰.

ee. Ausdrückliche Ordreklausel

Der SBTC weist eine formelle Ordreklausel auf, welcher die am SBTC-Verkehr beteiligten Parteien auch den materiellen Sinn beimessen; diese Interpretation entspricht ganz allgemein der Verkehrsübung¹³¹.

¹²⁹ G.M. BOEMLE, Diss. 136; DÖRIG, 101; SAXER, 92; a.A. JÄGGI, Art.1152 N 7f. und JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341.

¹³⁰ Vgl. vorn II.2.b.bb.

¹³¹ Vgl. vorn II.2.c.; vgl. zum Erfordernis des Vorliegens der materiellen Ordreklausel JÄGGI, Art.1152 N 12ff. und Art.1145 N 15f.

ff. Unterschrift

Das Erfordernis der Unterschrift ergibt sich nicht schon aus der Wertpapier- bzw. Ordrepapiernatur, sondern ist aus dem Wort "Zeichner" abzuleiten¹³². Da den Papieren gemäss Art. 1152 Abs.1 OR nicht die gleiche Formstrenge beigemessen werden kann wie den anderen auf eine Geldsumme lautenden Ordrepapieren¹³³ und weil Art.1152 Abs.1 OR eine Auffangfunktion zukommt¹³⁴, kann Art.1152 Abs.2 OR nicht der Sinn eines Verweises auf Art.1085 OR entnommen werden. Andernfalls wären auf Geldsummen lautende Massenzettel in der Form von Ordrepapieren gar nicht möglich. Für die Form der Unterschrift gelten demnach Art.14 und Art.15 OR¹³⁵. Beim SBTC handelt es sich um ein Massenzettel, weshalb die faksimilierten Unterschriften zweier Vertreter der Partnerbanken gemäss Art.14 Abs.2 OR rechtsgenügend sind.

c. Zusammenfassung

Bei objektiver Auslegung von Art.1152 Abs.1 i.V.m. Abs.2 OR unter Beachtung historischer, systematischer und teleologischer Elemente kann und muss der SBTC als Ordrepapier im Sinne von Art.1152 Abs.1 OR qualifiziert werden. Dieses Resultat entspricht auch der Bedeutung, welche die am SBTC-Verkehr beteiligten Parteien dem SBTC beimessen¹³⁶.

132 JÄGGI, Art.1152 N 11.

133 Vgl. vorn III.4.b.cc.

134 Vgl. vorn III.3.c.

135 JÄGGI, Art.1152 N 11; DÖRIG, 115f.; a.A. SAXER, 93, der nur die eigenhändige Unterschrift zulassen will.

136 Vgl. vorn II.2.c.

5. Die Ordrepapierqualität des SBTC und reisecheckspezifische Besonderheiten

Im Sinne einer abschliessenden Verifikation des bisher ermittelten Resultats ist noch kurz zu prüfen, ob das Erfordernis der doppelten Unterschrift und der Refundanspruch des ersten Nehmers Einfluss auf die Qualifizierung des SBTC als Ordrepapier haben.

a. Das Erfordernis der doppelten Unterschrift

Folgt man der in dieser Arbeit vertretenen, der herrschenden deutschen Lehre entsprechenden¹³⁷ Auffassung, dass der SBTC durch die Partnerbanken als Blankett ausgestellt und begeben wird und die erste Käuferunterschrift als Angabe des ersten Nehmers und die Gegenzeichnung der Identitätsfeststellung des Vorweisers dient¹³⁸, so ergeben sich hinsichtlich der Ordrepapierqualität des SBTC keine Probleme. Der Vergleich der beiden Unterschriften dient vorab der beschränkten Identitätsprüfung des Vorweisers des SBTC¹³⁹, welche aber - in Analogie zu Art.1121 OR - nur eine summarische sein kann¹⁴⁰. Bei der Einlösung dient die Gegenzeichnung dem Emittenten zusätzlich als Quittung für die Erfüllung der aus der Vorleistung des SBTC-Käufers entstandenen Rückerstattungspflicht¹⁴¹. Bei

137 HEINICHEN, 52f.; KÄSER, ZKW 1962 400; CANARIS, Rdn.859f.; vgl. eingehend dazu §16.

138 Vgl. vorn II.2.c. und ausführlich §6.I.2.c.

139 Vgl. auch JÄGGI, Art.976 N 56.

140 G.M. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341f., insb. Anm.9; vgl. auch KLEINER, SJZ 1973 146ff.; vgl. genauer dazu §6.III.1.a.E.

141 Ebenso HEINICHEN, 53, und JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 157.

der Übertragung der Einziehungsbefugnis auf einen Dritten hat die Gegenzeichnung vor allem die Funktion eines Indossaments¹⁴².

Die durch die Ordreklausel geschaffene urkundenrechtliche Lage wird somit nicht geschwächt, sondern in der Weise konkretisiert, dass ein SBTC - wie jeder andere Reisecheck - bei der Geltendmachung des verbrieften Rechts immer eine zweite Unterschrift des ersten Nehmers tragen muss und dass der Verpflichtete nur beim Vorhandensein derselben mit befreiender Wirkung leisten darf. Die Bedeutung der zweiten Unterschrift als Quittung bei der Einlösung entspricht ebenso dem allgemeinen Schuldurkundenrecht (Art.88 OR)¹⁴³ wie die Wirkung als Indossament bei der Übertragung dem Ordrepapierrecht (Art.967 Abs.2 OR, Art.968f. i.V.m. Art.1145 OR).

Weil diese besondere Modifizierung lediglich der einfacheren und sichereren Identitätsfeststellung dient und nicht die materielle Bedeutung einer Legitimationsklausel aufweist¹⁴⁴, wird das Wesen des Ordrepapiers nicht beeinträchtigt. Darum ist auch nicht auf die von DÖRIG¹⁴⁵ aufgeworfene Frage einzutreten, ob die Verbindung von Legitimations- und Ordreklausel im Sinne eines "hinkenden Ordrepapiers" zulässig sei.

142 So auch HEINICHEN, 53; vgl. ausführlich dazu §6.II.3.b.

143 Das in Art.88 OR statuierte Recht, eine Quittung zu verlangen, besteht auch für den Wertpapierschuldner; JÄGGI, Art.966 N 117; BEELER, 151.

144 Vgl. zur Legitimationsklausel MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 61ff.

145 104ff.; vgl. auch BOEMLE, Diss. 137ff.

b. Der Refund

Die besondere Produkteigenschaft aller Reisechecks, der Refund, besteht in einem Versprechen des Emittenten an den ersten Nehmer und nur an diesen, bei Verlust der Urkunde umgehend Ersatz zu gewähren¹⁴⁶. Dieser Refundanspruch ist aber nicht als wertpapierfeindliche Klausel aufzufassen, also als Leistung aus der Urkunde, sondern als zivilrechtliche Rückerstattungszusage ausserhalb des Reisechecks¹⁴⁷, welche der Qualifizierung des SBTC als Ordrepapier keineswegs schadet. Auch ein bereits erteilter Refund hat keine Amortisation des SBTC zur Folge. Damit ist also das formelle Amortisationsverfahren, welches allgemein Merkmal der Wertpapiere ist, nicht durch eine besondere Urkundenklausel ersetzt worden¹⁴⁸.

IV. Abschliessende Würdigung

Mit den vorstehenden Erläuterungen wurde versucht, die Probleme bei der Qualifizierung des SBTC aufzuzeigen und einen Beurteilungsmassstab zu erstellen, mit dessen Hilfe die dogmatische Durchdringung der Rechtsnatur des SBTC zu einem vernünftigen und der Verkehrssicherheit entsprechenden Ergebnis führt. Es darf wohl behauptet werden, dass die Lösung, den SBTC als ein Ordrepapier im Sinne von Art.1152 Abs.1 OR zu qualifizieren, sowohl dem Willen der Parteien als auch dem Verkehrsschutzinteresse entspricht.

146 Vgl. zu den Grundlagen §4.IV.4.

147 JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341 Anm.7; a.A. JÄGGI, Art.1151 N 9 i.V.m. Art.965 N 265.; vgl. auch ZBJV 1977 359. Ausführlich dazu §8.III.4.

148 G.M. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341 Anm.7; vgl. auch §13.

Die Untersuchungen betreffend das allgemeine Recht der Ordre-papiere und insbesondere das Verhältnis von Art.1145 OR zu Art.1152 OR haben zur Erkenntnis geführt, dass der SBTC nicht eine "Urkunde sui generis" darstellt, sondern eine ausreichende Grundlage im System des schweizerischen Rechts hat. Bezweckt wurde auch der Nachweis, dass das Gesetz neben den idealtypischen Wertpapieren in gewissen Grenzen auch für die Gestaltung von weniger typischen Urkunden Raum lässt.

V. Exkurs: Abgrenzungen

Zu den wirtschaftlichen Abgrenzungen vgl. im Einzelnen §1. III.2.b.

1. Zum Check

Die Gemeinsamkeiten von Reisecheck und Check beschränken sich auf die formelle Bezeichnung als Check und auf die Tatsache, dass beide - allerdings mit Ausnahme des Postcheques - Ordre-papiere sind. Im Übrigen aber sind sie streng voneinander zu trennen.

a. Gewöhnlicher Check

Während der SBTC nur den relativ geringen Formerfordernissen von Art.1152 Abs.1 OR unterliegt, stellt Art.1100 OR strenge Anforderungen an die Form eines Checks auf. Bezüglich der Ausgestaltung der Urkunde liegt der wichtigste Unterschied in der Art der Verbriefung der Geldsumme: Der SBTC verbrieft ein Zahlungsversprechen mit direktem Forderungsrecht gegen den Aussteller, beim Check hingegen ist die Geldsumme in der Form einer Anweisung verkündet, wobei dem Anweisungsempfänger infolge des Annahmeverbotes von Art.1104 OR kein Einlösungs-

anspruch gegen den Bezogenen zusteht¹⁴⁹. In den Wirkungen unterscheiden sich SBTC und Check vor allem dadurch, dass beim SBTC keine Garantiehaftung aus der Übertragung mittels Indossament eintritt (Art.1152 Abs.3 OR)¹⁵⁰.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich der gewöhnliche Check und der SBTC hauptsächlich dadurch unterscheiden, dass der Check einem erhöhten Formzwang unterliegt und dass bei dessen Indossierung die Garantiehaftung eintritt, der SBTC hingegen einen urkundenrechtlichen Einlösungsanspruch verbrieft.

b. Trassiert-eigener Bankcheck

Der gegenüber dem SBTC bestehende Nachteil des gewöhnlichen Checks, die fehlende Einlösungszusage und das damit verbundene Risiko der Nichteinlösung, kann durch die Ausstellung eines trassiert-eigenen Bankchecks weitgehend aufgehoben werden. Der Aussteller kann sich selbst als Bezogenen einsetzen (Art.993 Abs.2 OR i.V.m. Art.1143 Abs.1 Ziff.2 OR)¹⁵¹. Diese formelle Eigenanweisung trägt materiell ebenso die Deckungsbeweiseigenschaft in sich wie der SBTC¹⁵², aber für den trassiert-eigenen Bankcheck gelten wiederum die erhöhten Formvorschriften von Art.1100 OR.

149 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 20f.

150 Vgl. ausführlich dazu §6.II.4.

151 HAMMER, 11f. und 22ff.; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 21 und N 28.

152 HAMMER, 27f. und 72f.; vgl. §3.II.2.c.aa.

Weil der trassiert-eigene Bankcheck den relativ kurzen Vorlegungsfristen von Art.1116 OR unterliegt¹⁵³, eignet er sich weit weniger gut zur Zirkulation im Ausland als der nicht an Präsentationsfristen gebundene SBTC¹⁵⁴. Auf Grund des Erfordernisses der eigenhändigen Unterschrift (Art.1100 Ziff.6 OR, Art.1085 OR i.V.m. Art.1143 Abs.1 Ziff. 20 OR) eignet er sich zudem nicht als Massenpapier; er wird denn auch - im Unterschied zum SBTC - nur einzeln und in der Regel auf sehr hohe Geldbeträge lautend ausgestellt¹⁵⁵.

c. eurocheque

Der eurocheque ist als Check gemäss Art.1100ff. OR - im Gegensatz zum SBTC - den erhöhten Formerfordernissen unterworfen und weist Garantiewirkung bei der Indossierung auf. Das Nichteinlösungsrisiko wird dabei durch eine spezifische Checkkartenabrede eliminiert: Die bezogene Bank gibt eine Zahlungszusicherung für den Maximalbetrag von sFr.300.- pro Check ab, sofern der Präsentant die auf der zusätzlich abgegebenen Checkkarte angegebene Kartenummer auf die Rückseite des eurocheques gesetzt hat¹⁵⁶. Diese Checkkartenabrede ist nicht wertpapierrechtlicher, sondern rein zivilrechtlicher

153 Das gilt ebenso für den gewöhnlichen Check, der aber erst unmittelbar vor der Präsentation ausgestellt werden kann; vgl. z.B. auch das Modell des eurocheques (nachfolgend c.) und jenes des DM-Reiseschecks (§16).

154 HAMMER, 73.

155 HAMMER, 32.

156 Vgl. im Einzelnen MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §20 N 20ff.; vgl. auch §1.III.1.b.cc.

Natur¹⁵⁷. Materiell trägt also auch der eurocheque die Dekungsbeweiseigenschaft in sich.

d. Postcheque

Der Postcheque, sei es der gewöhnliche oder der kartengarantierte¹⁵⁸, verbrieft einen öffentlich-rechtlichen Anspruch und ist somit kein Wertpapier im Sinne des Art.965 OR¹⁵⁹.

2. Zur Banknote

Der SBTC kann überhaupt nicht mit der Banknote verglichen werden. Zum einen hat die Banknote öffentlich-rechtlichen Charakter, zum anderen ist sie gemäss Art.1 des Bundesratsbeschlusses vom 29. Juni 1956¹⁶⁰ selbst Geld. Aus diesem Grunde kann sie kein Wertpapier sein¹⁶¹. Immerhin ist zu beachten, dass zahlreiche Rechtssätze, die sich auf die Inhaberpapiere beziehen, auch für Banknoten gelten¹⁶².

Aber auch wirtschaftlich betrachtet besteht ein grundlegender und für die Existenz des SBTC bedeutender Unterschied: Die Banknote ist selbst Geld, während der Zweck des SBTC in der

157 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §20 N 32f.; SCHLUEP, SPR VII/2 889.

158 Vgl. dazu LEHMANN, 33.

159 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §3 N 10; unklar JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 343f.

160 SR 951.171

161 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §3 N 10ff.

162 Z.B. Art.998 OR und Art.935 ZGB.

Beschaffung von Bargeld am jeweiligen Aufenthaltsort oder in der bargeldlosen Bezahlung von Leistungen und Gütern liegt¹⁶³. Durch diese Zweckbestimmung des SBTC wird das Banknotenmonopol des Bundes gemäss Art.39 Abs.1 BV, das auch die "ändern gleichartigen Geldzeichen" umfasst, nicht verletzt. Als andere gleichartige Geldzeichen sind nur jene Urkunden zu verstehen, die unverzinslich und unbefristet sind, auf runde Beträge lauten, wie Geld zirkulieren können und deren Wert auf dem Kredit des Ausstellers beruht, kurz: Urkunden, die "geeignet sind, im Verkehr das gesetzliche Zahlungsmittel zu vertreten"¹⁶⁴. Der SBTC kann aber nicht wie Geld zirkulieren, denn nach Erfüllung seiner Aufgabe als Geldtransportmittel strebt er seiner baldigen Entwertung zu¹⁶⁵. Zudem kann die Hingabe des SBTC auch erfüllungshalber erfolgen¹⁶⁶. Ihm fehlt auch das Erfordernis der formlosen Übertragbarkeit¹⁶⁷. Im Übrigen beruht die Forderung des SBTC nicht auf einem Kredit des Ausgebers, sondern auf einer Vorleistung des ersten Nehmers. Der SBTC ist also kein umlauffähiges Geldzeichen im Sinne von Art.39 Abs.1 BV¹⁶⁸.

163 Vgl. §1.II.

164 BURCKHARDT, 332; HEINRICH, 198f.

165 Vgl. auch HEINICHEN, 78.

166 Vgl. §4.II.5.a.; vgl. aber zum Erfordernis der Hingabe an Zahlungs Statt für Zahlungsmittel gemäss Art.39 Abs.1 BV BURCKHARDT, 332, und HEINRICH, 198f.

167 Vgl. auch HEINRICH, 204.

168 G.M. HEINRICH, 204.

3. Zum Kreditbrief

Kreditbrief und Reisecheck haben eine enge, vor allem historisch begründete Verwandtschaft¹⁶⁹. Teilweise wird der Reisecheck in der älteren ausländischen Literatur noch als Abart des Kreditbriefs betrachtet¹⁷⁰. Auf der Haager Checkrechtskonferenz im Jahre 1912 wurde sogar die Ansicht vertreten, der Reisecheck sei dem Kreditbrief gleichzusetzen¹⁷¹. Bei näherer Betrachtung ist jedoch festzustellen, dass sich diese Verwandtschaft lediglich noch auf den gleichen wirtschaftlichen Zweck konzentriert: den sicheren Geldtransport. Aus rechtlicher Sicht bestehen indessen wesentliche Unterschiede.

SBTC und Kreditbrief unterscheiden sich vor allem durch das verbriefte Recht und durch die Verbriefung als solche. Der SBTC enthält ein Rückzahlungsversprechen des Emittenten an den ersten Nehmer oder an dessen Rechtsnachfolger. Demgegenüber kann der gemäss Art.407 OR in der Form einer Anweisung im Kreditbrief verurkundete Auftrag zur Kreditgewährung nur eine bestimmte, namentlich bezeichnete Person als Ansprechere berechtigen. Der Kreditbrief enthält zwar regelmässig eine einfache Präsentations- und eine Legitimationklausel, kann aber weder auf den Inhaber noch an Ordre lauten¹⁷². Zudem ist auf Grund der persönlichen Natur des Rechtsverhältnisses die Abtretung des Kreditgewährungsanspruches ausgeschlossen¹⁷³.

169 HEINICHEN, 76; vgl. §2.II.1.

170 WILLISTON, 287; YALE L.J. 1938 472; DYCKERHOFF, Bank-Archiv 1927 269ff.; DESPAX, 327.

171 Vgl. HEINICHEN, 76.

172 OSER/SCHÖNENBERGER, Art.407 N 4; GAUTSCHI, Art.407 N 14b.

173 GAUTSCHI, Art.407 N 14b.

Der Kreditbrief ist also im Gegensatz zum SBTC kein Wertpapier¹⁷⁴.

4. Zur Kreditkarte

Die Kreditkarte¹⁷⁵ unterscheidet sich vom SBTC nicht nur durch die Verschiedenheit des Urkundenstoffes, sondern auch durch ihre urkundenrechtliche Ausgestaltung. Verkörpert sie einen direkten Anspruch gegen den Emittenten, so stellt sie lediglich den Beweis für den Abschluss eines entsprechenden Kreditkartenvertrags mit diesem dar, ist also lediglich ein einfacher Schuldschein¹⁷⁶. Verbrieft sie hingegen eine Anweisung, so enthält sie eine einfache Präsentationsklausel und zusätzlich eine Legitimationsklausel, ist demgemäss ein Legitimationspapier¹⁷⁷. Zudem ist die Kreditkarte nicht übertragbar. Aus diesen Gründen sind die Kreditkarten nicht als Wertpapiere zu qualifizieren¹⁷⁸.

174 GAUTSCHI, Art.407 N 14b.

175 Einfache und qualifizierte, vgl. §1.III.1.b.aa.

176 GIGER, Kreditkartensysteme 159; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 83; WÜRSCH, 226.

177 GIGER, Kreditkartensysteme 159f.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 84.

178 GIGER, Kreditkartensysteme 160; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 84; WÜRSCH, 236ff.

§6 DER SBTC-VERKEHR AUS WERTPAPIERRECHTLICHER SICHT

I. Die Entstehung des SBTC und des in ihm verbrieften Rechts

Der SBTC ist ein Ordrepapier und somit ein Wertpapier öffentlichen Glaubens¹, dessen Rechte durch die formell einwandfreie Ausstellung der Urkunde verbunden mit deren Inverkehrsetzung durch einen gültigen Begebungsvertrag entstehen².

1. Die Ausstellung des SBTC als Blankett

Der SBTC wird durch den Emittenten, die Partnerbanken, ausgestellt³. Durch den für Massenspapiere charakteristischen Druck der SBTC-Formulare wird die allgemein für Schuldurkunden erforderliche Verbindung von Willenserklärung und Erklärungsträger hergestellt⁴. Die ausgestellte Urkunde bezeichnet den Verpflichteten (die Partnerbanken), den Inhalt der Leistung (bestimmtes Geldsummenversprechen), enthält eine ausdrückliche Ordreklausel, die Angabe des Zahlungsortes (Remboursstelle) und die faksimilierten Unterschriften zweier Vertreter des Verpflichteten⁵. Es fehlt hingegen die Bezeichnung des

1 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, N 3 vor §4.

2 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 3; vgl. hinten I.2.a.aa.

3 Vgl. dagegen den DM-Reisescheck, der gemäss herrschender deutscher Lehre durch den Käufer ausgestellt wird; ausführlich dazu §15.

4 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 5; vgl. auch §5.II.2.a.

5 Vgl. zu diesen Elementen §5.II.2.b.

ersten Nehmers, welche Erfordernis für die Entstehung eines Ordrepapieres gemäss Art.1152 Abs.1 OR ist⁶.

Weil es sich somit nicht um ein gemäss den gesetzlichen Erfordernissen vollständig ausgestelltes Papier handelt, liegt ein Blankett vor, für welches die Minimalanforderung lediglich in der Unterschrift des Verpflichteten besteht⁷. Verbunden mit der bewussten Ausstellung einer Blankourkunde ist immer auch die mit der Begebung dem ersten Nehmer erteilte Blankettausfüllungsermächtigung⁸. Zu beachten gilt aber, dass der Aussteller damit bewusst ein erhöhtes Risiko schafft, welches er auch zu verantworten hat⁹.

Die Ausstellung des SBTC bewirkt aber noch nicht die Entstehung eines Wertpapierrechts; sie ist lediglich blosser Vorbereitungshandlung im Hinblick auf die ordnungsgemässe Begebung¹⁰.

6 Vgl. §5.III.4.dd.

7 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 100; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 160f.; HUECK/CANARIS, 118ff.; vgl. zur Zulässigkeit der Begebung von Blankourkunden hinten I.2.b.bb.

8 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 98f.; vgl. dazu hinten I.3.

9 Zur Einredebeschränkung vgl. hinten III.

10 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 31.

2. Die Begebung

a. Die Lehre vom Begebungsvertrag

aa. Der Begebungsvertrag als Voraussetzung der Rechtsentstehung

Nach der von der herrschenden schweizerischen Wertpapierrechtslehre¹¹ und auch in dieser Arbeit vertretenen modifizierten Vertragstheorie¹² setzt die Entstehung des Wertpapierrechts neben der formell einwandfreien Ausgestaltung der Urkunde grundsätzlich auch den Abschluss eines rechtsgültigen Begebungsvertrages, einer im Gesetz nicht näher geregelten obligatorischen Übereinkunft, voraus¹³. Formell entstehen die verbrieften Rechte zwar schon mit der korrekten Errichtung der Urkunde, materiell hingegen erst mit der Begebung. Der Abschluss des Begebungsvertrages bewirkt, dass der Inhalt des verbrieften Rechts fortan nach den Regeln über die Einredebeschränkung bestimmt wird¹⁴.

bb. Rechtslage bei fehlendem oder mangelhaftem Begebungsvertrag

Der Akt der Ausstellung einer Urkunde ist, obschon als solcher allein noch nicht rechtsbegründend, rechtlich relevant als erwartungsbegründender Sachverhalt. Gelangt das formell einwandfrei ausgestellte Wertpapier öffentlichen Glaubens

11 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 64ff., N 72ff.; OTT, SJZ 1979 156; BEELER, 47; im Grundsatz auch JÄGGI, Art. 979 N 97.

12 Vgl. die Übersicht über die einzelnen Wertpapierrechtstheorien bei MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 43ff.

13 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 15f.

14 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 10ff. und N 40f.

trotz mangelhaftem oder fehlendem Begebungsvertrag in den Verkehr, so hat der Aussteller für den von ihm erweckten Eindruck der mängelfreien Begebung gemäss den Regeln über die Einredebeschränkung einzustehen. Hat ein Dritter beim Erwerb des Ordrepapieres nicht bewusst zum Nachteil des Verpflichteten gehandelt, so ist letzterem die Einrede des mangelhaften oder fehlenden Begebungsvertrags verwehrt¹⁵.

Eine Heilung des fehlenden oder mangelhaften Begebungsvertrages tritt jedoch durch die Rechtsscheinhaftung nicht ein: Ein derivativer Erwerb findet nicht statt, hingegen ein Erwerb kraft berechtigter Erwartung¹⁶.

cc. Anwendbarkeit der modifizierten Vertragstheorie auf den SBTC

Die für die Begründung der modifizierten Vertragstheorie massgeblichen Überlegungen beziehen sich auf das Wechsel- und Checkrecht¹⁷. Auf Grund der inhaltlichen Übereinstimmung von Art.1007 OR und Art.1146 OR gelten sie auch für die anderen Ordrepapiere¹⁸ und mithin auch für den SBTC, da dieser ein Ordrepapier im Sinne von Art.1152 Abs.1 OR ist¹⁹.

15 Art.1007 OR, Art.1146 OR; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 32ff., N 73f. und §5 N 37ff.; vgl. genauer dazu hinten III.1.

16 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 65f.

17 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 72ff.; OTT, SJZ 1979 153ff.

18 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 246 und §4 N 110.

19 Infolge Verneinung der Ordrepapierqualität des SBTC a.A. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 342.

b. Der Begebungsvertrag beim SBTC

aa. Die konstitutive Natur des Begebungsvertrages

Mit der Begebung des SBTC entsteht das Wertpapierrecht. Die Parteien des Begebungsvertrages, die Partnerbanken einerseits, vertreten durch die Verkaufsstelle²⁰, und der Käufer andererseits, begründen mit der Begebung ein neues, dem Text der Urkunde entsprechendes Recht (Zahlungsverpflichtung der Partnerbanken), welches bis anhin noch nicht bestanden hat. Der Begebungsvertrag wirkt also rechtsbegründend, d.h. konstitutiv²¹.

Abgeschlossen wird der konstitutive Begebungsvertrag mit dem Realakt der Übergabe des Papiers an den ersten Nehmer²². Grundlage des Begebungsvertrages ist eine kurz vor oder mit der Begebung abgeschlossene Vereinbarung zwischen dem Emittenten und dem Käufer. Der Inhalt dieser Vereinbarung²³ besteht darin, dass der Käufer dem Emittenten eine bestimmte Geldsumme gibt, im Gegenzug hierfür den SBTC ausgehändigt erhält, und dass der erste Nehmer im Falle des Verlustes des SBTC vom Emittenten Ersatz erhält. Im Verhältnis zum Begebungsvertrag hat diese Vereinbarung den Charakter eines Vorvertrags, welcher die Pflicht zur Aushändigung der Urkunde begründet. Der Begebungsvertrag wird also in Erfüllung dieser

20 Vgl. zu diesem Rechtsverhältnis §8.

21 Vgl. zum konstitutiven Begebungsvertrag MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 21ff.

22 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 22.

23 Vgl. dazu auch §8.III.

Pflicht durch den Formalakt der Urkundenübergabe geschlossen²⁴.

bb. Die Begebung des SBTC als Blankett

Der SBTC ist als Blankett ausgestellt und wird auch als solches begeben. Neben dem gewöhnlichen Inhalt enthält der Begebungsvertrag zusätzlich die Übereinkunft über die Blankettausfüllungsermächtigung bzw. -pflicht. Der Käufer muss sich unmittelbar nach Übergabe der Urkunde mittels seiner ersten Unterschrift als erster Nehmer bezeichnen²⁵.

Die Frage, ob ein gewillkürtes Ordrepapier als Blankett begeben werden kann und wenn ja, in welchem Zeitpunkt es entsteht, ist im Gesetz nicht geregelt. Die Zulässigkeit von Blankowechsel (Art.1000 OR) und Blankocheck (Art.1143 Abs.1 Ziff.3 OR i.V.m. Art.1000 OR) ist demgegenüber nicht bestritten; für den Check gilt zudem die Besonderheit, dass er beim Fehlen der Angabe des ersten Nehmers als gesetzliches Inhaberpapier gilt (Art.1105 Abs.3 OR)²⁶. Eine dieser Regelung entsprechende Behandlung des SBTC als Inhaberpapier ist aber abzulehnen, weil Art.1105 Abs.3 OR checkspezifischen Charakter hat. Demgegenüber ergibt sich aus den Materialien²⁷ und aus der funk-

24 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 26f.; VON TUHR/PETER, 276f.; vgl. auch BECKER, Art.22 N 9; a.A. VON BÜREN, I, 214.

25 Ziff.2.2.5 der Verkaufsinstruktionen; AGB auf der Rückseite des Verkaufsavis.

26 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 65; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 255.

27 Vgl. z.B. SCHERRER, StenBullNR 1934 829f.

tionalen Auslegung des Gesetzes²⁸, dass die wechselrechtlichen Normen weitgehend der Verallgemeinerung fähig sind. Es drängt sich somit eine analoge Anwendung von Art.1000 OR auf gewillkürte Ordrepapiere auf²⁹ und zwar sowohl hinsichtlich der Zulässigkeit als auch in bezug auf die Einredeordnung. Die Zulässigkeit der Ausstellung eines Blanketts ergibt sich auch aus den allgemeinen Regeln über die Willenserklärung³⁰.

Wie ein vollständig ausgefülltes Wertpapier entsteht das in einer Blankourkunde verbriefte Recht bereits mit der Begebung³¹. Die vom Gesetz, in concreto für den SBTC von Art.1152 Abs.1 OR vorgeschriebenen Anforderungen müssen erst zu dem Zeitpunkt erfüllt sein, da die Ansprüche aus der Urkunde geltend gemacht werden³². Die Besonderheit der Begebung des SBTC liegt in der zusätzlichen Übereinkunft im Rahmen des Begebungsvertrages³³, dass der erste Nehmer das Papier zweimal zu unterschreiben hat: Das erste Mal bei oder kurz nach der Begebung, ein weiteres Mal bei der Einlösung. Diese Blankettausfüllungsermächtigung kann angesichts der Notwendigkeit der beiden Unterschriften für die Geltendmachung und der besonde-

28 §5.III.1.-3.; vgl. auch §5.III.4.b.cc. bezüglich des Verweisungsinhaltes von Art.1152 Abs.2 OR.

29 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 110.

30 DÖRIG, 128; VON TUHR/PETER, 161f.

31 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 99; vgl. auch hinten I.2.d.

32 JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 160; GUHL/MERZ/KUMMER, 834; BGE 89 II 343 und BGE 91 II 110.

33 Vgl. zur Stellung der Blankettausfüllungsermächtigung als Nebenrecht aus dem Begebungsvertrag MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 99.

ren Bedeutung für den Refund auch als Blankettausfüllungspflicht bezeichnet werden³⁴.

c. Konkretisierung: Die Bedeutung der beiden Unterschriften für die Entstehung des SBTC

Aus den vorstehenden Erläuterungen ist ersichtlich, dass der SBTC auch als Blankett begeben werden kann. Auf Grund der besonderen Natur der beiden Unterschriften des SBTC-Käufers ist deren Bedeutung für die Entstehung des Wertpapierrechts bzw. für die Geltendmachung aber noch zu konkretisieren.

aa. Die in der Literatur und Judikatur vertretenen Meinungen

Über die Bedeutung der beiden Käuferunterschriften beim Reisecheck herrscht im Schrifttum weitgehend Uneinigkeit. Erschwert wird die Situation durch die unterschiedlichen Reisecheckmodelle, die den Betrachtungen zugrunde liegen.

Bezüglich des SBTC äussern sich - soweit ersichtlich - nur JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, wenn auch nicht sehr detailliert: Gemäss ihrer Ansicht hat der Käufer des SBTC keine Funktion im Umlauf des SBTC; demgemäss hätten die beiden Unterschriften auch lediglich die Bedeutung eines Legitimationserfordernisses³⁵.

Die herrschende deutsche Lehre, so vor allem HEINICHEN und KÄSER, welche den DM-Reisescheck dahingehend qualifiziert, dass er ein echter Scheck im Sinne des Scheckgesetzes sei,

34 Zur Zulässigkeit der Blankettausfüllungspflicht vgl. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 162 Anm.39.

35 JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341f.

betrachtet die erste Unterschrift als Aussteller-Unterschrift und die Gegenzeichnung als Legitimationsnachweis bzw. im Falle der Übertragung als besonderes Indossament³⁶. JUSTAT/MAUER³⁷ und CANARIS³⁸ hingegen vertreten die Ansicht, erst die Gegenzeichnung stelle den DM-Reisescheck aus. ODEFEY, der die Scheckkonstruktion gänzlich ablehnt, vertritt eine ähnliche Meinung wie JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ³⁹.

Vor der Einführung des UCC war diese Frage auch in der amerikanischen Literatur und Rechtsprechung umstritten⁴⁰. Durch den UCC erfolgte indessen eine Klärung in dem Sinne, dass gemäss §3-104 der Travelers-Check erst durch die Gegenzeichnung des ersten Nehmers zum rechtsgültigen Papier wird⁴¹.

bb. Die eigene Ansicht

Unter Berücksichtigung der Ordrepapiernatur des SBTC, der modifizierten Vertragstheorie⁴² und des Verkehrsschutzinteresses drängt sich eine Anlehnung an die von der wohl herrschen-

36 HEINICHEN, 52f.; KÄSER, ZKW 1962 400.

37 ZKW 1956 158.

38 Rdn.864.

39 100ff., insb. 114-117.

40 Vgl. HEINICHEN, 113f. und 124f.; ZIMMERMANN, Anh. zu Art. 1105 OR N 41ff.

41 Vgl. HAMMER, 69, und auch das Basler Obergericht in BJM 1971 181.

42 Vgl. vorn I.2.a.

den deutschen Lehre vertretenen Konstruktion auf, obwohl die unterschiedlichen Reisecheckmodelle zu beachten sind⁴³.

Beim SBTC hat die erste Unterschrift des Käufers die Bedeutung einer Blankettausfüllungsermächtigung bzw. -pflicht, welche durch den Begebungsvertrag statuiert wird⁴⁴. Der Käufer hat die Pflicht, unmittelbar beim Erwerb des als Blankett ausgestellten SBTC sich selbst mittels der Unterschrift als ersten Nehmer zu bezeichnen. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, so hat dies verschiedene Auswirkungen: Einerseits steht dem Käufer der Anspruch auf Refund bei Verlust der nicht unterschriebenen Urkunde nicht zu⁴⁵, andererseits können weder der Emittent noch der erste Erwerber einem gutgläubigen Dritterwerber, welcher einen von einer unbefugten Person unterschriebenen und gegengezeichneten SBTC gutgläubig erwirbt, nicht die Einrede der fehlenden Zurechenbarkeit entgegenhalten⁴⁶. Weil also der Emittent als Aussteller (allenfalls auch der erste Nehmer bei Nichtleistung der ersten Unterschrift) durch die Blankettbegebung ein erhöhtes Risiko geschaffen hat, muss er bzw. müssen sie auch die Verantwortung hierfür übernehmen⁴⁷. Diese Lösung bezüglich der ersten Unterschrift trägt dem für den Reisecheckverkehr äusserst wichtigen Verkehrsschutzinteresse im erforderlichen Masse Rechnung⁴⁸.

43 Beim DM-Reisescheck ist der erste Nehmer der Aussteller, beim SBTC der Emittent; vgl. vorn I.1. Ausführlich dazu §15.

44 Vgl. vorn I.2.b.cc.

45 Vgl. §4.IV.4. und §8.III.4.

46 Ausführlich dazu hinten III.2.b.aa.

47 Vgl. allgemein zur Risikotragung bei Blankourkunden KOLLER, WM 1981 213, 219f.

48 G.M. HEINICHEN, 52f.

Aus dem eben Dargelegten ergibt sich a fortiori auch die Bedeutung der Gegenzeichnung. Sie stellt ein besonderes Instrument zur Identitätsfeststellung des Vorweisers des SBTC dar. Als solche ist sie auch zur vollständigen Ausfüllung des Reisechecks erforderlich⁴⁹, aber nicht in dem Sinne, dass das Wertpapierrecht erst mit der Gegenzeichnung entsteht⁵⁰. Dieses ist nämlich schon mit der Begebung entstanden⁵¹. Vielmehr ist die Gegenzeichnung eine notwendige Kontrollunterschrift zur Identitätsfeststellung des Vorweisers und dient bei der Einlösung zugleich als Quittung⁵². Insofern kann der SBTC bis zur Leistung der zweiten Unterschrift als Blankett bezeichnet werden, weil zur Verwertung ebenso die erste Unterschrift erforderlich ist wie die Gegenzeichnung⁵³. Bei der Übertragung der Einziehungsbefugnis auf einen Dritten dient die Gegenzeichnung neben der Blankettausfüllung zugleich auch als Indossament⁵⁴.

d. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann also festgestellt werden: Mit der Übergabe des Blanketts an den SBTC-Käufer hat der Emittent ein Wertpapier öffentlichen Glaubens begeben, das im SBTC ver-

49 HEINICHEN, 53.

50 So aber gemäss der amerikanischen Rechtsauffassung; vgl. §3-104 UCC und BJM 1971 181 bezüglich eines First National City Bank Travelers Checks. Genauer dazu §17.II.

51 Vgl. vorn I.2.b.bb. und nachfolgend d.

52 HEINICHEN, 53; HAMMER, 76; vgl. konkretisierend dazu hinten IV.

53 So wohl auch HEINICHEN, 53, und HAMMER, 67.

54 HEINICHEN, 53; HAMMER, 67; a.A. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341; vgl. auch hinten II.1.a.

briefte Recht ist entstanden. Durch dessen Vervollständigung (Leistung der beiden Unterschriften) wird die durch den Begebungsvertrag bereits begründete Verpflichtung konkretisiert⁵⁵. In diesem Sinne ist der SBTC bis zur Leistung der Gegenzeichnung unvollständig, die volle Wirkung des Wertpapierrechts tritt erst bei der Vervollständigung des Blanketts ein, jedoch rückwirkend auf den Zeitpunkt der Begebung⁵⁶. Mit der Sonderregelung von Art.1000 OR wird der gutgläubige Dritte wirksam vor den Folgen des Missbrauchs der Blankourkunde geschützt⁵⁷.

II. Die Übertragung des SBTC⁵⁸

1. Allgemeines

Entsprechend der zweiseitigen Grundlage der Rechtszuständigkeit beim SBTC als Ordrepapier (Papier Eigentum und Bezeichnung des Berechtigten auf dem Papier)⁵⁹ ist auch die Verfügungshandlung eine zweiseitige (Art.967 Abs.1 und 2 OR): Erforderlich ist sowohl die Übertragung des Papierbesitzes als auch die Indossierung der SBTC-Urkunde.

Die Verfügungshandlung besteht also im sachenrechtlichen Element der Tradition und im obligationenrechtlichen Element der

55 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 99f.; vgl. auch BAUMBACH/HEFERMEHL, WG Art.10 N 4f.

56 Vgl. dazu BAUMBACH/HEFERMEHL, WG Art.10 N 5; HUECK/CANARIS, 118ff.; ZÖLLNER, 76.

57 Vgl. hinten III.

58 Vgl. zur Unterscheidung von Einlösung und Übertragung §4.II.5.a.

59 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 216ff.

Indossierung⁶⁰. Sowohl die Tradition als auch das Indossament sind vom Bestand eines gültigen Grundgeschäftes abhängig, kausal⁶¹. Bei mangelhafter oder fehlender causa bleibt der Verfügende weiterhin rechtszuständig und kann die SBTC-Urkunde auf Grund seines Eigentumsrechtes vindizieren. Das unwirksame Indossament muss vor einer allfälligen Weiterübertragung gestrichen werden, womit es als nicht geschrieben gilt (Art. 1006 Abs.1 OR i.V.m. Art. 1152 Abs.2 OR)⁶².

Die Übertragung des im SBTC verbrieften Rechts setzt grundsätzlich die Rechtszuständigkeit des Verfügenden voraus. Fehlt diese jedoch, so kann gemäss Art.1006 Abs.2 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR an die Stelle des derivativen Erwerbs der Erwerb kraft berechtigter Erwartung treten, sofern der Erwerber weder bösgläubig war noch grobfahrlässig gehandelt hat⁶³.

2. Tradition des SBTC

Die Übertragung des SBTC zu Eigentum erfordert die Übertragung des Besitzes (Art.967 Abs.1 OR), wobei freilich der Grundsatz gilt, dass das Recht aus dem Papier dem Recht am Papier nur dann folgt, wenn das Papier indossiert ist⁶⁴. Wie der Besitz übertragen wird, bestimmen die Art. 922 bis 924 ZGB. Neben der tatsächlichen Übergabe des SBTC kommt ein Be-

60 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 255f.

61 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 232f.; JÄGGI, Art.967 N 162; RIBI, 83ff.; BEELER, 67.

62 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 234.

63 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 235ff.; vgl. genauer dazu hinten III.1.

64 HAAB/SIMONIUS/SCHERRER/ZOBL, Art.714 N 8.

sitzerwerb mittels Traditionssurrogat⁶⁵ auf Grund seiner besonderen Ausgestaltung und seiner Bestimmung für den Verkehr kaum in Frage.

3. Indossament

a. Allgemeines

Das Indossament ist eine im Gesetz besonders geregelte schriftliche Willenserklärung, die auf die Übertragung des im Ordrepapier verkündeten Rechts gerichtet ist⁶⁶. Kraft der Verweisung von Art.1152 Abs.2 OR bzw. Art.968 Abs.1 OR findet Art.1003 OR für die Form des Indossaments auf alle Ordrepapiere Anwendung.

Gemäss Art.1003 OR muss ein Indossament auf der Urkunde oder einem mit dieser verbundenen Anhang angebracht werden und vom Indossanten eigenhändig⁶⁷ unterschrieben werden. Als Minimalanforderung genügt die bloss auf der Urkunde angebrachte Unterschrift des Verfügenden; die von Art.1003 Abs.2 Satz 2 OR statuierte Einschränkung, wonach ein Blankoindossament nur auf der Rückseite zulässig ist, hat wechsel- bzw. checkspezifischen Charakter und ist deshalb für die anderen Ordrepapiere, also auch für den SBTC, nicht von Bedeutung⁶⁸.

65 Vgl. dazu HAAB/SIMONUIS/SCHERRER/ZOBL, Art.714 N 64; JÄGGI, Art.967 N 38ff.; RIBI, 114ff.

66 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 227 mit weiteren Verweisungen.

67 Art.1003 OR i.V.m. Art.1085 OR.

68 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 230; scheinbar a.A. Ribl, 139.

b. Die Gegenzeichnung als besonderes Indossament

Wie bereits dargelegt wurde⁶⁹, hat die Gegenzeichnung bei der Übertragung des SBTC auf einen Dritten zugleich die Funktion eines Indossaments⁷⁰. Auch in dem Fall, dass der Indossant bloss seine Unterschrift leistet und den Indossatar nicht in der hierfür vorgesehenen Zeile des SBTC bezeichnet, also ein Blankoindossament ausstellt, liegt ein gültiges Indossament vor⁷¹.

c. Die für den SBTC-Verkehr relevanten Arten des Indossaments⁷²

aa. Vollindossament

Durch das Vollindossament überträgt der Indossant alle Rechte aus dem SBTC auf den Indossatar. Nach den im Indossament enthaltenen Merkmalen ist zu unterscheiden:

aaa. Vollständiges Indossament (Namenindossament)

Das vollständige Indossament besteht in der auf dem SBTC angebrachten Angabe des Indossatars und der eigenhändigen Un-

⁶⁹ Vorn I.2.c.bb.

⁷⁰ Ebenso HEINICHEN, 53, und HAMMER, 67.

⁷¹ Zum Blankoindossament vgl. hinten II.3.c.aa.bbb.

⁷² Bei der nachfolgenden Unterscheidung wird vom Kriterium der unterschiedlichen Rechtswirkungen ausgegangen, vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 25; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 28ff.; zu anderen Unterscheidungskriterien vgl. RIBI, 140ff.

terschrift des Indossanten⁷³. Bei der Übertragung vom ersten Nehmer auf einen Dritten ist die Gegenzeichnung - verbunden mit der Angabe des Indossatars in der hierfür vorgesehenen Zeile - als Indossament zu betrachten.

bbb. Blankoindossament

Weit häufiger und bei der Erstübertragung beinahe ausnahmslos wird die Übertragung des SBTC durch Blankoindossament erfolgen: Der Indossant unterschreibt bzw. gegenzeichnet den SBTC lediglich, ohne den Indossatar zu bezeichnen⁷⁴. Ein solches auf der Vorderseite des Reisechecks angebrachtes Blankoindossament ist wirksam, weil für die von Art.1152 Abs.1 OR erfassten Ordrepapiere die Pflicht zur Anbringung eines Blankoindossaments auf der Rückseite der Urkunde nicht besteht⁷⁵.

Ein mit einem Blankoindossament versehener SBTC könnte in der Folge wie ein Inhaberpapier übertragen werden, ohne aber dadurch zu einem solchen zu werden⁷⁶. Auf Grund der Zweckbestimmung des Reisechecks⁷⁷ wird der SBTC aber kaum einer erhöhten Zirkulation unterworfen sein. Der Dritterwerber wird vielfach so direkt als möglich das verurkundete Recht beim

73 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 9f.

74 Vgl. auch KÄSER, ZKW 1962 400; CANARIS, Rdn.863.

75 Vorn II.3.a. Vgl. demgegenüber die Problematik beim DM-Reisescheck, welcher als Scheck im Sinne des Scheckgesetzes der diesbezüglichen Pflicht für Blankoindossamente von Art.16 Abs.2 Satz 2 ScheckG unterliegt; CANARIS, Rdn.863; KÄSER, ZKW 1962 400. Vgl. dazu auch §16.II.2.b.

76 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 23f.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 180; RIBI, 141f.

77 Vgl. §1.II.1 und 2.

Emittenten geltend machen⁷⁸ und dabei das Blankoindossament ausfüllen, indem er sich als Berechtigten in der hierfür vorgesehenen Zeile bezeichnet.

bb. Vollmachtsindossament (Inkassoindossament)

Beim Vollmachts- bzw. Inkassoindossament handelt es sich um ein beschränkt wirksames Indossament: Der SBTC-Berechtigte übergibt den SBTC dem Indossatar mit dem Auftrag, die Geldsumme einzuziehen und sie dann dem Indossanten zur Verfügung zu stellen⁷⁹. Der Indossant bleibt aber weiterhin rechtszuständig, er überträgt lediglich die Einziehungsbefugnis⁸⁰.

Denkbar sind zwei Formen des Vollmachtsindossaments: Das offene (Art.1008 Abs.1 OR) und das verdeckte, das vom Gesetz nicht geregelt wird, obwohl es in der Praxis weit häufiger vorkommt; für letzteres sind die Bestimmungen für das offene Vollmachtsindossament analog anwendbar⁸¹. Die Befriedigung des Indossanten durch den Indossatar kann auf zwei Arten erfolgen⁸²: Entweder durch sofortige Gutschrift unter der Resolutivbedingung, dass der SBTC durch den Schuldner eingelöst

78 Vgl. §4.IV.3.a.

79 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 29; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 183f.; RIBI, 142.

80 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 31 und N 34; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 183.

81 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 34; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 183; Semjud 1978 62f.; unklar RIBI, 142.

82 Vgl. zum Ganzen MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 81ff.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 285f.; HAMMER, 63.

wird ("Eingang vorbehalten", "E.v.") oder erst nach dem Eingang der Deckung ("nach Eingang")⁸³.

d. Anmerkungen zur Praxis bei der Übertragung des SBTC

Wie bereits erwähnt, erfolgt die Übertragung vom ersten Nehmer auf einen Dritten zumeist durch Blankoindossament⁸⁴. Vollständige Indossamente finden sich vor allem bei der weiteren Übertragung, z.B. vom den SBTC auszahlenden Hotel auf dessen Hausbank. Bei dieser Weiterübertragung entfällt die besondere Identitätskontrolle mittels der beiden Unterschriften; sind aber die erste Unterschrift und die Gegenzeichnung identisch, so wird der Indossatar den SBTC entgegennehmen.

Entsprechend den unterschiedlichen Einlösungswegen⁸⁵ sind verschiedene Übertragungsmöglichkeiten gegeben, bei denen differenziert werden muss:

aa. Entgegennahme durch einen Dritten oder einen Korrespondenten

Bereits gegengezeichnete SBTC werden von einer Nicht-Partnerbank verschiedentlich nur zum Inkasso, d.h. durch Vollmachtsindossament entgegengenommen⁸⁶. Ist der einreichende Dritte der Bank bekannt, so wird diese den Reisecheck gegen eine sofortige Gutschrift entgegennehmen, allerdings unter der Be-

83 Vgl. zum Ganzen VON DER CRONE-SCHMOCKER, 28ff., mit weiteren Verweisungen.

84 Vorn II.3.c.aa.bbb.

85 Vgl. §4.IV.3.a.

86 Vgl. Einlösungswege 3 und 4, dargestellt in §4.IV.3.a.

dingung "Eingang vorbehalten". Bei unbekannten oder wenig kreditwürdigen Einreichern dagegen wird die Gutschrift erst nach Eingang der Deckung erfolgen⁸⁷.

Wird der SBTC einem Vertreter der Partnerbanken, d.h. einer Korrespondenzbank oder einem Thomas-Cook-Büro zur Zahlung eingereicht, so ist zu differenzieren⁸⁸: Handelt die entgegennehmende Stelle als Vertreter und im Namen der Partnerbanken, so findet keine rechtsgeschäftliche Übertragung statt, sondern eine Einlösung bzw. Erfüllung, verbunden mit der Aushängung der Urkunde gemäss Art.966 Abs.1 OR. Die Unterschrift des Einreichers hat lediglich Quittungsfunktion (Art. 88 OR)⁸⁹ und dient der Zahlstelle als Legitimationsnachweis für die Geltendmachung des Auslagenersatzes gegenüber dem SBTC als Vertreter der Partnerbanken. Handelt die auszahlende Stelle allerdings in eigenem Namen, so liegt auf der Grundlage eines Ankaufes des SBTC eine rechtsgeschäftliche Übertragung durch Indossament vor⁹⁰.

Ob nun eine Einlösung, ein Ankauf oder lediglich ein Inkassomandat vorliegt, kann m.E. für den SBTC-Verkehr nicht streng typisierend beurteilt werden⁹¹. Obschon die Partnerbanken mit

87 HAMMER, 63; vgl. auch §4.IV.3.b.bb.

88 In der deutschen Literatur herrscht eine Kontroverse über die Frage, ob der DM-Reisescheck von den Korrespondenzbanken eingelöst, gekauft oder nur zum Inkasso entgegengenommen wird; für die Einlösungsvariante HEINICHEN, 97, und JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 155; für die Kauf- bzw. Inkasovariante KÄSER, ZKW 1962 402, und ODEFEY, 202.

89 Vgl. JÄGGI, Art.966 N 117 und Art.1145 N 50; BEELE, 151.

90 Vgl. dazu §9.IV.3.

91 So aber scheinbar die vorn FN 88 zitierte deutsche Literatur für den DM-Reisescheck.

der TCTC einen Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen haben⁹², muss jeder Einzelfall für sich beurteilt werden, wenngleich eine gewisse Tendenz zugunsten des Ankaufs in eigenem Namen durch die Thomas-Cook-Büros und die Korrespondenten nicht zu verkennen ist⁹³.

bb. Entgegennahme durch eine Partnerbank

Nimmt eine Partnerbank einen SBTC entgegen, so erfüllt sie als aus dem Papier solidarisch Verpflichtete die verbriefte Schuld gegenüber dem SBTC-Gläubiger. Dadurch geht die Forderung aber noch nicht unter sondern kraft gesetzlicher Subrogation (Art.149 OR) auf den leistenden Solidarschuldner über⁹⁴. Der Eintritt der Rechtswirkungen - nämlich die Änderung der Rechtsträgerschaft aus dem Papier - richtet sich ausschliesslich und vom Willen der Parteien unabhängig nach Art.149 OR⁹⁵; für die Übertragung der verurkundeten Rechte ist Art.967 OR hier nicht anwendbar⁹⁶. Dennoch bedarf es zur Geltendmachung der subrogierten Forderung⁹⁷ gegenüber dem SBTCC als Abrechnungsstelle für alle solidarisch verpflichte-

92 Vgl. §4.II.2.

93 Ähnlich ODEFEY, 202 und dort Anm.1, für den DM-Reisescheck. Vgl. zum Ganzen auch §9.IV.

94 VON TUHR/ESCHER, 1 Anm.3, 28f. und 316f.; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.1240ff.

95 JÄGGI, Art.967 N 192; VON TUHR/ESCHER, 316f. und dort Anm.150 sowie Anm.158; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.149 N 3.

96 JÄGGI, Art.967 N 192; StenBullNR 1934 863.

97 Zur subrogierten Forderung als mit der Rückgriffsforderung aus Art.148 Abs.1 und 2 OR konkurrierender Anspruch vgl. VON TUHR/ESCHER, 317ff. mit weiteren Verweisungen; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.149 N 2; kritisch zur herrschenden Lehre KELLER/SCHÖBI, IV, 22.

ten Partnerbanken⁹⁸ der Herstellung der Legitimation⁹⁹. Das Gesetz enthält hierfür keine allgemeine Regelung, doch aus den Einzelbestimmungen von Art.869 ZGB, Art.170 Abs.2 OR und Art.503 Abs.3 OR lässt sich ableiten, dass sowohl die Tradition des Papiers als auch dessen Indossierung erforderlich sind¹⁰⁰. Trotz der Anbringung eines Indossaments handelt es sich - was für den Verkehrsschutz bedeutsam ist¹⁰¹ - nicht um einen rechtsgeschäftlichen Erwerb¹⁰².

4. Wirkungen des Indossaments

Die formgerechte und gültige Übertragung des SBTC kann verschiedene Wirkungen entfalten, je nach der Art des Indossaments¹⁰³.

98 Gemäss der Partnervereinbarung und dem gestützt auf dieser erlassenen RCEZ-Reglement ist die gesetzliche Ordnung des Verhältnisses unter den Solidarschuldern von Art.148 OR durch ein Kontokorrentverhältnis ersetzt worden; vgl. zur Zulässigkeit dieser Ordnung OSER/SCHÖNENBERGER, Art. 148 N 5; BECKER, Art.148 N 1f.; VON STEIGER, SPR VIII/1 445.

99 JÄGGI, Art.967 N 193; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.149 N 3; VON TUHR/ESCHER, 317.

100 JÄGGI, Art.967 N 194; vgl. auch VON TUHR/ESCHER, 317.

101 Vgl. hinten II.4.d. und III.

102 Zum Untergang des Rechtes vgl. hinten V.

103 Vgl. für die nachfolgenden Äusserungen die Übersicht bei MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 76.

a. Fehlende Garantiewirkung

Indem Art.1152 Abs.3 OR die Anwendbarkeit der Bestimmungen über den Wechselrückgriff von Art.1033ff. OR für die Ordrepapiere gemäss Art.1152 Abs.1 OR ausschliesst, weist das Indossament beim SBTC nie die für Wechsel und Check charakteristische Garantiewirkung von Art.1005 OR auf¹⁰⁴. Demgemäss haftet kein Indossant seinen Nachmännern für die Zahlung.

Die in Ziff.2.7 der Einlöseinstruktionen festgehaltene Anweisung an die auszahlende Stelle, von Dritten präsentierte SBTC seien "unter Vorbehalt der Rückgriffsmöglichkeiten" anzunehmen, kann deshalb nur als Hinweis auf die Entgegennahme mittels Inkassoindossament betrachtet werden.

b. Übertragungswirkung

Zusammen mit der Tradition bewirkt das Vollindossament den Übergang aller Rechte aus dem SBTC auf den Erwerber (Art.1004 OR, Art.969 OR). Die volle Wirkung der Transportfunktion äussert sich aber erst beim gutgläubigen Erwerb vom Nichtberechtigten oder wenn der verurkundete Inhalt nicht mit der materiellen Rechtlage übereinstimmt: Das Vertrauen des Erwerbers wird geschützt (Art.1004 OR bzw. Art.969 OR i.V.m. Art.1006f. OR)¹⁰⁵.

Die Übertragungswirkung tritt jedoch nicht ein, wenn ein offenes oder verdecktes Vollmachtsindossament vorliegt; rechtszuständig bleibt immer der Indossant¹⁰⁶.

104 JÄGGI, Art.1152 N 31f.; RIBI, 162.

105 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 50; RIBI, 162.

106 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 31 und N 34.

c. Legitimationswirkung

Nur wer sich durch Besitz der Urkunde und eine formell lückenlose Indossamentenkette ausweisen kann, gilt als wertpapierrechtlich legitimiert, selbst wenn der letzte Übertragungsvermerk ein Blankoindossament ist (Art.1006 Abs.1 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR). Die Legitimationswirkung entfaltet sich in zwei Bereichen: Einerseits wird der Erwerber, welcher den SBTC formell korrekt erworben hat, in seinem Vertrauen in die materielle Rechtszuständigkeit seines Rechtsvorgängers auch beim Erwerb von Nichtberechtigten geschützt (Art.1006 Abs.2 OR), andererseits hat die Leistung des Schuldners an den formell Legitimierten befreiende Wirkung (Art.1030 Abs.3 OR)¹⁰⁷.

Beim offenen Vollmachtsindossament ist die Legitimationswirkung nur beschränkt gegeben (nur zum Inkasso), beim verdeckten hingegen ist sie uneingeschränkt vorhanden¹⁰⁸.

d. Einredebeschränkung

Der SBTC ist als Wertpapier öffentlichen Glaubens für den Umlauf bestimmt. Nicht nur werden die berechtigten Erwartungen des SBTC-Erwerbers in die Rechtszuständigkeit seines Vormannes geschützt (Art.1006 OR), sondern auch diejenigen

¹⁰⁷ MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 133f. und §11 N 53ff.; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 30. Art.1030 OR ist als im Verweis von Art.1152 Abs.2 OR mitenthalten zu betrachten; ähnlich JÄGGI, Art.1152 N 29.

¹⁰⁸ MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 30 und N 35.

bezüglich des Urkundeninhalts, d.h. bezüglich Bestand, Inhalt und Modalitäten des verbrieften Rechts (Art.1146 OR)¹⁰⁹.

Beim Vollmachtsindossament ist zu beachten, dass das für die Einredebeschränkung massgebende Verhältnis zwischen dem Indossanten und dem Verpflichteten besteht (Art.1008 Abs.2 OR)¹¹⁰.

5. Nicht-rechtsgeschäftlicher Übergang des SBTC

Vom rechtsgeschäftlichen Erwerb streng zu trennen ist der Übergang des im SBTC verkündeten Rechts kraft Gesetz, für den weder die Art.967ff. OR noch die Art.1001ff. OR anwendbar sind¹¹¹. Beim SBTC sind vor allem die Subrogation¹¹² und der Tod des Berechtigten relevant.

Der uneingeschränkte Übergang des Wertpapierrechts vom Erblasser auf den/die Erben tritt mit dem Tod ein, ohne dass es hierzu bestimmter Handlungen bedarf (Art.560 ZGB). Hingegen fehlt dem Erben regelmässig die Legitimation aus dem Papier, sei es, dass der Besitz fehlt oder sei es, dass der SBTC die Gegenzeichnung bzw. ein Indossament nicht aufweist. Eine Ausnahme besteht lediglich dann, wenn der Erbe den Besitz bereits innehat und die SBTC-Urkunde ein Blankoindossament aufweist¹¹³.

109 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 37ff., §11 N 59.; RIBI, 203ff.; vgl. ausführlich dazu hinten III.

110 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 31 und N 34.

111 JÄGGI, Art.967 N 1 und N 188; StenBullNR 1934 863.

112 Vgl. dazu vorn II.3.d.bb.

113 Vgl. JÄGGI, Art.967 N 198.

Der Erbe, der durch die Skriptur nicht legitimiert ist, kann die fehlende Unterschrift nicht selbst nachholen¹¹⁴. Die Besonderheit beim Fehlen der Gegenzeichnung besteht zudem darin, dass der SBTC noch immer ein Blankett darstellt¹¹⁵. Der Mangel in der Skriptur - die fehlende formelle Legitimation - kann nur durch eine behördliche Bescheinigung behoben werden, die die Erbenqualität des/der Personen bestätigt, die das SBTC-Recht geltend machen oder von denen der Erbenvertreter seine Vollmacht ableitet¹¹⁶. Diese Bescheinigung ist i.d.R. ein Erbschein im Sinne von Art.559 ZGB, welcher zur Legitimation des Erben genügt¹¹⁷, seltener ein behördlicher Ausweis darüber, dass die Ansprechenden die einzigen gesetzlichen Erben sind und dass eine sie ausschliessende Verfügung von Todes wegen nicht eröffnet wurde¹¹⁸.

Im Gegensatz zur rechtsgeschäftlichen Übertragung liegt beim Erwerb ex lege kein Verkehrstatbestand mit dem daraus folgenden Verkehrsschutz (Einredebeschränkung) vor. Den aus dem SBTC verpflichteten Partnerbanken stehen alle Einreden gegenüber dem Rechtsnachfolger zu, die ihnen gegenüber diesem selbst oder gegenüber dessen Rechtsvorgänger zustehen¹¹⁹.

114 Vgl. Basler Obergericht in BJM 1971 181f.

115 Vgl. vorn II.2.b.bb.

116 JÄGGI, Art.966 N 52f. und Art.967 N 199.

117 JÄGGI, Art.966 N 52 und Art.967 N 199; VON TUHR/ESCHER, 85 Anm.76 mit weiteren Verweisungen; BGE 41 II 213.

118 Vgl. JÄGGI, Art.967 N 199.

119 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 90; JÄGGI, Art.967 N 196; vgl. auch VON TUHR/ESCHER, 23.

III. Der Verkehrsschutz

Der SBTC ist ein Ordrepapier und somit ein Wertpapier öffentlichen Glaubens. Dies hat zur Folge, dass der Erwerber sowohl in seinem Vertrauen auf die Rechtszuständigkeit des Rechtsvorgängers als auch im Vertrauen auf Bestand, Inhalt und Modalitäten des verbrieften Rechts weitgehend geschützt wird¹²⁰.

1. Der Verkehrsschutz in bezug auf die Rechtzuständigkeit

Grundsätzlich wird die Rechtszuständigkeit derivativ erworben, d.h. durch Tradition und Indossament¹²¹. Erfolgt jedoch ein Erwerb vom materiell Nichtberechtigten, fehlt diesem also die Verfügungsmacht, so ist ein derivativer Erwerb ausgeschlossen. Unter bestimmten Bedingungen tritt an dessen Stelle jedoch der originäre Erwerb kraft berechtigter Erwartung (Verkehrsschutz in bezug auf die Rechtszuständigkeit)¹²². Damit geht das Bedürfnis des Verkehrs nach Schutz beim SBTC den Interessen des materiell Berechtigten vor.

Für den originären Erwerb bedarf es der berechtigten Erwartungen des Erwerbers sowohl in objektiver als auch in subjektiver Hinsicht¹²³:

- Als objektives Element erforderlich ist der Urkundenbesitz des Veräusserers und das Vorhandensein einer lückenlosen

¹²⁰ Infolge Verneinung der Wertpapiernatur des SBTC grundlegend a.A. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 342.

¹²¹ Vgl. vorn II.

¹²² MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 14.

¹²³ MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 21ff.

Indossamentenkette als Ausweis über den derivativen Erwerb des Veräusserers (Art.1006 Abs.1 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR).

- Subjektiv hinzukommen muss das Fehlen grober Fahrlässigkeit auf seiten des Erwerbers (Art.1006 Abs.2 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR).

Sind beide Elemente erfüllt, so wird der Erwerber in seinen Erwartungen geschützt. An den Sorgfaltsmassstab "fehlende grobe Fahrlässigkeit" dürfen im Zusammenhang mit der Prüfung der Indossamentenkette keine sehr hohen Anforderungen gestellt werden, besteht doch gerade das Wesen des Verkehrsschutzes darin, dass ein Erwerber aus der formellen Legitimation auf die materielle Lückenlosigkeit der Verfügungen zurückschliessen darf¹²⁴.

Besonders relevant ist die Frage des Sorgfaltsmassstabes bei der Prüfung der Identität von erster Unterschrift und Gegenzeichnung im Falle der Erstübertragung¹²⁵. Die Prüfung der beiden Unterschriften darf m.E. in Analogie zu Art.1030 Abs.3 OR und Art.1121 OR eine summarische bleiben¹²⁶. In concreto hat sich der Erwerber zu überzeugen, dass die beiden Unterschriften auf dem SBTC nach ihrem äusseren Erscheinungsbild übereinstimmen und den Eindruck der Echtheit erwecken¹²⁷. Ist

124 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 241 und §5 N 26; scheinbar a.A. CANARIS, Rdn.866.

125 Vgl. auch hinten III.2.b.aa. zur Fälschung und Verfälschung.

126 G.M. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341 Anm.9; vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 26 a.E.; JÄGGI, Art.1145 N 57f.

127 ODEFEY, 233; HEINICHEN, 93ff.; Ziff.2.5 der Einlöseinstruktionen. Vgl. allgemein zur Problematik der Unterschriftenvergleichen im Bankgeschäft KLEINER, SJZ 1973 146ff., und KOLLER, WM 1985 821ff.

der SBTC nicht in Gegenwart des Erwerbers gegengezeichnet worden oder bestehen begründete Zweifel an der Echtheit einer der Unterschriften¹²⁸, so hat der Erwerber das Recht, eine weitere Unterschrift des Veräusserers zu verlangen und/oder die Vorlage eines amtlichen Ausweises mit Lichtbild und Unterschrift zu verlangen¹²⁹. Allenfalls ist für die Bemessung der geforderten Sorgfalt auch Rücksicht auf den Berufsstand des Erwerbers wie des Veräusserers zu nehmen, d.h. darauf, ob dieser sehr oft Reisechecks entgegennimmt bzw. zur Zahlung verwendet und demgemäss mit den Usanzen im Reisecheckverkehr vertraut ist¹³⁰.

Grundsätzlich lässt sich bezüglich der erforderlichen Prüfungsintensität feststellen, dass sie um so intensiver sein muss, je grösser die Schadenswahrscheinlichkeit ist¹³¹. Im gewöhnlichen Umgang mit Reisechecks darf aber an die Sorgfaltspflicht des Entgegennehmenden kein zu strenger Massstab angelegt werden, weil berücksichtigt werden muss, dass der Reisecheckverkehr als Massengeschäft auf ein rasche Abwicklung angelegt ist¹³².

128 Z.B. optische Hinweise auf Rasuren oder Verfärbungen im Feld der Unterschriften.

129 Ziff.2.5 bis Ziff.2.7 der Einlöseinstruktionen. Ebenso die ausländische Literatur: CANARIS, Rdn.866; KÄSER, ZKW 1962 402; ODEFY, 233; DESPAX, 345; restriktiver noch DYCKERHOFF, Bank-Archiv 1927 272; vgl. auch LG Frankfurt in WM 1980 290 und OLG Frankfurt in WM 1980 752.

130 CANARIS, Rdn.866.

131 Vgl. KOLLER, WM 1985 822; REISER, WM 1984 1557ff.

132 Vgl. auch allgemein dazu REISER, WM 1984 1557.

2. Der Verkehrsschutz in bezug auf das verbriefte Recht

a. Grundlagen

Es kann vorkommen, dass der SBTC-Urkundentext und die materielle Rechtslage nicht übereinstimmen, so etwa bei fehlendem bzw. mangelhaftem Begebungsvertrag oder wenn die dem Begebungsvertrag zugrundeliegende Vereinbarung an einem Mangel leidet. Nach den allgemeinen Grundsätzen des OR fehlt in diesem Falle die positive Leistungspflicht des Schuldners¹³³. Für Wertpapiere öffentlichen Glaubens knüpft das Gesetz indessen auf Grund einer Abwägung der Interessen des Verpflichteten, des Erwerbers und des Verkehrs bei der Nichtübereinstimmung von tatsächlicher und verurkundeter Rechtslage an den erwartungsbegründenden Sachverhalt der Urkundenausstellung an. Für den SBTC als Ordrepapier im Sinne von Art.1152 Abs.1 OR bestimmt Art.1146 OR¹³⁴ abschliessend, was der Erwerber aus der Urkunde für seine Rechtslage ableiten darf und muss, d.h. ob und wie weit er sich Einreden des Verpflichteten gegen den Bestand des verbrieften Rechts entgegenhalten lassen muss¹³⁵.

Der Verkehrsschutz besteht in seinem Wesen also darin, dass Einreden gegen das verbriefte Recht dann ausgeschlossen sind, wenn dem Verpflichteten keine Einrede gegen die Haftung für erweckte Erwartungen zusteht¹³⁶. Damit es allerdings zur Einredebeschränkung kommt, müssen die Voraussetzungen der Zurechenbarkeit der Ausstellung, des Verkehrsschutzbedürfnisses

133 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 47ff.

134 Art.1146 OR besagt inhaltlich dasselbe wie Art.1007 OR; JÄGGI, Art.1146 N 1ff.; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 246 und §4 N 110.

135 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 71.

136 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 68.

und der Schutzwürdigkeit des Erwerbers kumulativ erfüllt sein¹³⁷.

Betreffend des für die Einredenlage massgebenden Verhältnisses ist folgendes anzumerken:

- Wird der SBTC von einem Dritten eingelöst, der als Zahlstelle (solutionis causa adjectus) und somit als Vertreter der Partnerbanken fungiert, sind die legitimationsrechtlichen Regeln über das Verhältnis zwischen den Solidarschuldnern (Partnerbanken) und dem Gläubiger anwendbar¹³⁸.
- Auf Grund der inhaltlichen Übereinstimmung von Art.145 OR und Art.1146 OR¹³⁹ gilt bei der Einlösung durch eine Partnerbank ebenfalls die Einredenlage, wie sie zwischen den Solidarschuldern und dem Gläubiger besteht.
- Ist das letzte Indossament ein Vollmachtsindossament, so ist das für die Einredenlage massgebende Verhältnis jenes zwischen Verpflichtetem und Indossant (Art.1008 Abs.2 OR)¹⁴⁰.

137 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 56ff.; vgl. dazu nachfolgend b.

138 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §21 N 59; WEBER, Art.68 N 35ff.; BECKER, Art.68 N 4ff.

139 Vgl. OSER/SCHÖNENBERGER, Art.145 N 1, noch zum Verhältnis zwischen Art.145 OR und Art.843 aOR.

140 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 31 und N 34.

b. Die Voraussetzungen für die Einredebeschränkung

aa. Die Zurechenbarkeit

Die Ausstellung der SBTC-Urkunde muss den Partnerbanken zugerechnet werden können. Regelmässig bestellt das SBTCC als bevollmächtigter Stellvertreter bei einer Druckerei eine Gross-Serie von SBTC-Formularen. SBTCC und Druckerei sind im Verhältnis zu den Partnerbanken also Hilfspersonen, weshalb die Urkunde als durch den in Anspruch Genommenen ausgestellt zu betrachten ist¹⁴¹. Dies ist allerdings dann nicht der Fall, wenn eine gefälschte SBTC-Urkunde in den Verkehr gelangt. Der gutgläubige Erwerber einer solchen Urkunde muss sich gemäss Art.41ff. OR an den Fälscher halten¹⁴².

Bezüglich der Verfälschung ist zu beachten, dass der SBTC als Blankett ausgestellt wird, weil die von Art.1152 Abs.1 OR geforderte Angabe des ersten Nehmers fehlt¹⁴³. In Analogie zu Art.1000 OR muss sich der nicht grobfährlässige Erwerber nicht die Einrede entgegenhalten lassen, das Blankett sei abredewidrig, d.h. in concreto durch einen vom SBTC-Käufer ver-

141 Zum unmittelbaren Eintritt der Vertretungswirkungen beim Vertretenen vgl. VON TUHR/PETER, 396. Vgl. auch MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §21 N 51, zur Anlehensobligation, welche ebenfalls ein Masspapier ist.

142 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 80. Für den Fall, dass die Druckerei in vollmachtloser Stellvertretung SBTC-Urkunden druckt und diese in den Verkehr gelangen, gilt die Regelung von Art.39 OR.

143 Vgl. vorn I.1.

schiedenen Dritten ausgefüllt worden oder die Gegenzeichnung sei gefälscht¹⁴⁴.

Weiter erforderlich ist, dass die handlungsfähigen Gesellschafter (Partnerbanken)¹⁴⁵ die Ausstellung der für den Umlauf bestimmten Urkunde objektiv erkennen können¹⁴⁶.

bb. Das Verkehrsschutzbedürfnis

Die Einredebeschränkung ist nur dann gerechtfertigt, wenn auch ein entsprechendes Verkehrsschutzbedürfnis vorhanden ist¹⁴⁷. Dieses besteht nur, wenn:

144 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 83ff. und N 101ff.; vgl. auch KOLLER, WM 1981 219f., der allerdings dieses Resultat nicht auf Art.10 WG stützen will, sondern es allein aus der Tatsache ableitet, dass der Zeichner bewusst ein Fälschungsrisiko geschaffen hat. Zum Sorgfaltsmassstab bei der Überprüfung der beiden Unterschriften durch den Erwerber vgl. vorn III.1 a.E.

145 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 95; BUCHER, Art.17/18 N 116. Nur die Partnerbanken als Vollmachtgeber müssen handlungsfähig sein, wogegen bei den Bevollmächtigten Urteilsfähigkeit genügt; BECKER, Art.32 N 4; VON TUHR/PETER, 391. Die Partnerbanken sind als juristische Personen handlungsfähig, wenn die notwendigen Organe bestellt sind (Art.54 ZGB). Nach der Realitätstheorie verpflichten die Organe die juristische Person direkt durch ihr Handeln (Art.55 Abs.2 ZGB; vgl. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §2 N 13ff.). Im Einklang mit dem überwiegenden Teil der Lehre genügt für den Eintritt der Vertretungswirkungen gleich wie im Stellvertretungsrecht Urteilsfähigkeit beim Vertretungsorgan; BECKER, Art.32 N 4; VON TUHR/PETER, 391; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.32 N 29; kritisch FORSTMOSER P./MEIER-HAYOZ A., Einführung in das schweizerische Aktienrecht, 3.A., Bern 1983, §22 N 4.

146 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 90.

147 Zum Ganzen vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 114ff.

- Keine Einreden aus dem Text der Urkunde ersichtlich sind (Art.1146 Abs.1 OR). Besteht ein eindeutiger, objektiv erkennbarer Verweis auf das Vorhandensein einer Einrede, so kann diese jederzeit und gegenüber jedermann geltend gemacht werden. Dieser Fall dürfte beim SBTC allerdings kaum vorkommen.

- Die Urkunde in den Verkehr gelangt ist, also übertragen wurde. Dies ergibt sich aus Art.1146 Abs.1 und 2 OR, wonach der Verpflichtete alle Einreden aus seinem unmittelbaren Verhältnis zum jeweiligen Ansprecher uneingeschränkt geltend machen kann¹⁴⁸. Bei der Übertragung mittels offenem oder verdecktem Vollmachtsindossament ist kein Verkehrstatbestand gegeben, weshalb der Verpflichtete alle Einreden, die ihm gegenüber dem Vollmachtgeber zustehen, auch gegenüber dem Inkassobeauftragten geltend machen kann; hingegen stehen ihm keine Einreden aus seinem direkten Verhältnis zu Letzterem zur Verfügung (Art.1008 Abs.2 OR)¹⁴⁹.

- Die Rechtszuständigkeit durch spezifisch wertpapierrechtliche Verfügung, durch Tradition und Indossament also¹⁵⁰, übertragen wurde. Das Verkehrsschutzbedürfnis fehlt bei der Übertragung kraft Gesetz (Subrogation, Erbgang usw.), weil in diesem Fall kein Verkehrstatbestand vorliegt¹⁵¹. Bei einer Weiterübertragung durch Tradition und Indossament kann es allerdings wiederum zur Einredebeschränkung kommen, sofern alle Voraussetzungen erfüllt sind¹⁵².

148 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 124.

149 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 131ff.

150 Vorn II.

151 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 146; JÄGGI, Art.967 N 194 und N 196.

152 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 147.

cc. Die Schutzwürdigkeit des Erwerbers

Der SBTC-Erwerber muss tatsächlich schutzwürdig sein, d.h. er darf beim Erwerb nicht bewusst zum Nachteil des Schuldners gehandelt haben (Art.1146 Abs.2 OR). Die Schutzwürdigkeit des Erwerbers fehlt grundsätzlich nicht schon beim Vorliegen leichter oder auch grober Fahrlässigkeit¹⁵³, sondern nur bei genauer Kenntnis der Einrede gegen das verbriefte Recht, im Wissen um den Weiterbestand der Einrede bis zur Fälligkeit oder im Wissen, dass der Verpflichtete die Einrede geltend machen wird¹⁵⁴. Nur in diesem Zusammenhang ist die sog. "Checksperre" des Emittenten bei der Anzeige des Verlusts eines SBTC durch den SBTC-Benützer¹⁵⁵ von Bedeutung, denn sie ist geeignet, die Stelle, der die Mitteilung des Checkverlustes zugegangen ist, bösgläubig zu machen¹⁵⁶. Zu beachten ist aber auch, dass der Dritte beim Erwerb eines SBTC vom ersten Nehmer gemäss Art.1000 OR dem erhöhten Sorgfaltsmassstab der Nichtgrob-fahrlässigkeit unterworfen ist, da der SBTC bis zur Leistung der Gegenzeichnung ein Blankett ist¹⁵⁷.

c. Ergebnis

Sind alle Voraussetzungen kumulativ erfüllt, so kommt es zur Einredebeschränkung: Die Partnerbanken können keine Einreden

153 Anders hingegen beim Verkehrsschutz in bezug auf die Rechtszuständigkeit, Art.1006 Abs.2 OR; vgl. vorn III.1.

154 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 156ff.

155 Vgl. auch hinten V.2.b.

156 G.M. CANARIS, Rdn.869 a.E.; vgl. auch HEINICHEN, 29; vgl. dazu ausführlich §13.II.

157 Vgl. auch MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 167.

gegen das verbriefte Recht geltend machen, sondern haften für die erweckten Erwartungen. Relevant ist dies für den SBTC vor allem bei der Verfälschung.

IV. Geltendmachung

Für die Geltendmachung des im SBTC verbrieften Rechts bei einer der solidarisch verpflichteten Partnerbanken oder bei einer Zahlstelle bedarf es des Nachweises der Rechtszuständigkeit des Ansprechers. Voraussetzungen dieses Nachweises sind der Papierbesitz und die Bezeichnung als Berechtigter auf dem Papier.

Der leistende Schuldner bzw. dessen Vertreter ist nur gegen Vorweisung und Aushändigung der SBTC-Urkunde zur Leistung verpflichtet (Art.966 Abs.1 OR)¹⁵⁸. Er kann aus dem Papierbesitz des Ansprechers berechtigterweise auf dessen Eigentum schliessen, sofern er nicht arglistig oder grobfahrlässig handelt (Art.966 Abs.2 OR). Insoweit spielt die Eigentumsvermutung von Art.930 ZGB auch für den SBTC als Ordrepapier¹⁵⁹. Hat der Verpflichtete allerdings Kenntnis davon, dass die präsentierte Urkunde einem früheren Berechtigten abhandengekommen ist, so hat er vom Ansprecher weitere Ausweise über seine Vollberechtigung zu verlangen, weil eine Leistung an den Nichtberechtigten in diesem Falle grobfahrlässig wäre und keine Befreiung zur Folge hätte (Art.966 Abs.2 OR)¹⁶⁰. Zu beachten ist allerdings, dass der Ansprecher die Urkunde

158 Zur Rechtslage, wenn der Titel zerstört worden ist, vgl. hinten V.2.b.

159 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 218. Dies gilt auch für den Fiduziar, vgl. BGE 109 II 239ff.

160 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 218.

kraft berechtigter Erwartung originär erwerben kann und dann-
zumal Vollberechtigter ist¹⁶¹.

Ist der Ansprecher nicht selbst erster Nehmer, so hat er die
Zuständigkeit am verurkundeten Recht durch den Nachweis des
derivativen Rechtserwerbes zu erbringen¹⁶². Dieser erfolgt
durch die lückenlose Indossamentenkette. Der Erfüllende hat
die Kette nur äusserlich auf ihre formelle Lückenlosigkeit zu
prüfen, nicht dagegen auf ihre materielle Mängelfreiheit
(Art.1030 Abs.3 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR, Art.1121 OR per
analogiam)¹⁶³.

Die Erfüllung hat befreiende Wirkung, wenn der Leistende
nicht arglistig oder grobfahrlässig gehandelt hat (Art.966
Abs.2 OR). Arglist oder grobe Fahrlässigkeit sind nicht schon
dann erfüllt, wenn eine Echtheitsprüfung unterlassen wurde;
hingegen kann im Einzelfall, z.B. beim Vergleich beider Un-
terschriften, unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Sorg-
faltspflicht eine gewisse Pflicht zur Legitimationsprüfung zu
bejahen sein¹⁶⁴.

Die Vorlage eines blankoindossierten SBTC wirkt zugunsten des
Ansprechers wie die Vorlage eines Inhaberpapiers. Die Präsen-
tation der Urkunde bildet einen ausreichenden Gläubigeraus-
weis für den Ansprecher und bewirkt, dass die Leistung des

161 Vgl. vorn III.1.

162 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 219.

163 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 221; JÄGGI, Art.1145 N
56ff.

164 JÄGGI. Art.1145 N 58; vgl. auch KOLLER, WM 1985 821ff.,
und REISER, WM 1984 1557ff., 1561ff. Vgl. zum Sorgfalts-
massstab auch vorn III.1

Schuldners bei fehlender Arglist und Grobfahrlässigkeit befreiend wirkt¹⁶⁵.

Der Erfüllende kann vom Gläubiger eine Quittung verlangen (Art.88 OR)¹⁶⁶, was beim SBTC regelmässig der Fall ist, indem der Präsentant eine Unterschrift auf der Urkunde leistet. Diese dient der Partnerbank als Legitimationsausweis für die Geltendmachung der subrogierten Forderung¹⁶⁷ bzw. dem Vertreter für die Geltendmachung des Auslagenersatzes¹⁶⁸.

V. Der Untergang des SBTC und des in ihm verbrieften Rechts

1. Der Untergang des im SBTC verbrieften Rechts

Das im Wertpapier verbriefte Recht erlischt aus denselben Gründen, die allgemein ein Recht zum Untergang bringen¹⁶⁹. Für den SBTC relevant ist lediglich die Tilgung der Schuld. Die Konfusion hingegen führt nicht zum Untergang des Rechts und die Verjährung bewirkt lediglich den Verlust der Klagbarkeit.

¹⁶⁵ JÄGGI, Art.1145 N 58 a.E. i.V.m. Art.978 N 58.

¹⁶⁶ JÄGGI, Art.966 N 117 und Art.1145 N 50; BEELE, 151.

¹⁶⁷ Vorn II.3.d.bb. und hinten V.1.a.

¹⁶⁸ Vorn II.3.d.aa. und §9.IV.3.

¹⁶⁹ BEELE, 169; O. MEIER, Abgrenzung 118; ZÖLLNER, 39.

a. Erfüllung

Das in einem Wertpapier verbriefte Recht geht grundsätzlich durch die Bewirkung der geschuldeten Leistung durch den Verpflichteten unter¹⁷⁰. Beim SBTC ist aber zu differenzieren:

- Erfüllt ein Vertreter der Partnerbanken in deren Namen die im SBTC verurkundete Forderung gegenüber dem durch die Urkunde ausgewiesenen Berechtigten, so geht das Recht unter¹⁷¹. Die Befriedigung des Vertreters richtet sich nach dem zwischen ihm und den Partnerbanken bestehenden Rechtsverhältnis¹⁷².
- Leistet eine Partnerbank als aus der Urkunde solidarisch Verpflichtete, so geht das Recht kraft gesetzlicher Anordnung (Art.149 OR) nicht unter, sondern geht durch Subrogation auf den erfüllenden Solidarschuldner über¹⁷³. Es findet also ein gesetzlicher Übergang der Gläubigerrechte aus dem SBTC auf die leistende Partnerbank statt¹⁷⁴. Das Recht geht erst mit der Befriedigung der erfüllenden Partnerbank durch das SBTC unter¹⁷⁵.

170 VON TUHR/ESCHER, 1f.

171 BECKER, Art.68 N 8; VON TUHR/ESCHER, 26f.

172 Vgl. dazu §9.

173 VON TUHR/ESCHER, 1 Anm.3, 28f. und 316f.; JÄGGI, Art.967 N 189; GUHL/MERZ/KUMMER, 247.

174 Vgl. ausführlich dazu vorn II.3.d.bb. und II.5.

175 Vgl. zu der aus dem Gesellschaftsvertrag folgenden besonderen Regelung bezüglich der Befriedigung des leistenden Solidarschuldners vorn II.3.d.bb.; zu beachten ist auch der Vorbehalt bezüglich der Konfusion, nachfolgend b.

b. Konfusion

Erwirbt eine Partnerbank als Gesellschafterin durch Subrogation die gegen alle solidarisch verpflichteten Partnerbanken gerichtete Forderung, tritt keine Konfusion gemäss Art.118 Abs.1 OR ein¹⁷⁶. Überhaupt bewirkt die Vereinigung von Schuldner- und Gläubigereigenschaft bei Wertpapieren keinen Untergang des Rechts. Gemäss dem Verweis von Art.118 Abs.3 OR auf Art.1001 Abs.3 OR, der für alle Ordrepapiere Geltung hat, ruht das Recht lediglich und kann durch eine weitere Übertragung wieder aufleben¹⁷⁷.

c. Verjährung

Die Verjährung der im SBTC verbrieften Forderung bildet keinen eigentlichen Untergangsgrund. Sie bewirkt lediglich den Verlust der Durchsetzbarkeit des Rechts, indem dem Schuldner eine peremptorische Einrede zusteht¹⁷⁸, die er geltend machen kann, aber nicht muss.

Für die Verjährung von in Wertpapieren verbrieften Forderungen gelten die allgemeinen Regeln des OR¹⁷⁹. Gemäss Art.127 OR verjährt die Forderung aus dem SBTC nach 10 Jahren. Der Schuldner wird allerdings - sollte ein Reisecheck tatsächlich

176 GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.1955; VON BÜREN, I, 496.

177 O. MEIER, Abgrenzung 119; BEELER, 170; VON TUHR/ESCHER, 190; BECKER, Art.118 N 13.

178 GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.2118.

179 BEELER, 181, insb. Anm.1.

mehr als 10 Jahre im Umlauf sein - regelmässig auf die Geldtendmachung der Verjährungseinrede verzichten¹⁸⁰.

2. Der Untergang des Papiers

a. Entwertung der SBTC-Urkunde

Die SBTC-Urkunde vermag auch nach dem Untergang des verbrieften Rechts den Rechtsschein zu erwecken und kann deshalb vom gutgläubigen Dritten gültig erworben werden¹⁸¹. Die weiterhin fortbestehenden Verkehrsschutzwirkungen müssen deshalb durch die Entwertung der Urkunde zerstört werden¹⁸². In der Zerstörung der Verkehrsschutzwirkungen liegt denn auch die Bedeutung von Art.966 Abs.1 OR: Es liegt im Interesse des Schuldners, nicht nur gegen die Vorweisung der Urkunde zu leisten, was die einzige von diesem Artikel statuierte Pflicht ist, sondern auch die Aushändigung des Papiers zu verlangen, damit dieses entwertet werden kann. Leistet er ohne Aushändigung des Papiers, so kann er einem gutgläubigen Dritten später gemäss den Regeln über den Verkehrsschutz nicht die Einrede der Tilgung der Schuld entgegenhalten¹⁸³. Ein Anwendungsfall hiervon ergibt sich bei der Leistung des Refunds¹⁸⁴.

Die Entwertung des SBTC erfolgt regelmässig durch das SBTCC in Bern¹⁸⁵, indem entweder ein besonderer Stempelvermerk an-

180 G.M. ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 OR N 50a.

181 Vgl. BEELER, 171; O. MEIER, Abgrenzung 118.

182 BEELER, 171; O. MEIER, Abgrenzung 118; ZÖLLNER, 42.

183 JÄGGI, Art.966 N 97f.

184 Vgl. nachfolgend b. und §13.

185 Vgl. §4.IV.3.c.

gebracht wird oder die Urkunde gelocht bzw. vernichtet wird. Die quittierende Unterschrift des Präsentanten dagegen entwertet den SBTC nicht, da diese auch als Blankoindossament verstanden werden könnte.

b. Die Kraftloserklärung

Kommt dem berechtigten SBTC-Gläubiger ein SBTC abhanden, so kann dieser durch das SBTCC gesperrt werden, was aber lediglich zur Folge hat, dass verschiedene Auszahlungs- und Einlösungsstellen vom Verlust der jeweiligen Urkunden unterrichtet werden. Dies kann jedoch höchstens die Bedeutung haben, dass eine entgegennehmende Stelle, die davon Kenntnis hat, einer erhöhten Sorgfaltspflicht unterworfen ist; einem gutgläubigen Dritten gegenüber sind alle diesbezüglichen Einreden verwehrt¹⁸⁶.

Die einzige rechtlich relevante Sicherungsmöglichkeit gegen die widrigen Folgen eines Urkundenverlustes sowohl für den Schuldner (Gefahr der doppelten Zahlung, einerseits aus Refund, andererseits aus dem Papier) als auch für den materiell Berechtigten (fehlende Legitimation zur Geltendmachung der Forderung) liegt in der richterlichen Kraftloserklärung, für welche Art.1152 Abs.2 OR auf die Vorschriften des Wechselrechts (Art.1072 - 1080 OR) verweist¹⁸⁷. Damit wird dem Wertpapier die Legitimationskraft entzogen und dem Verlierer trotz fehlender Urkunde zur Durchsetzung seines Rechts verhol-

186 G.M. HEINICHEN, 29; vgl. dazu vorn III.2.b.cc.

187 Infolge der mangelnden Bedeutung der Kraftloserklärung für Reisechecks (vgl. dazu auch §13.I.2.) wird für das Verfahren auf die gesetzliche Regelung und auf die Darstellung bei MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §15 N 14ff., verwiesen.

fen¹⁸⁸. Zu beachten aber ist, dass die Partnerbanken als Schuldner nicht aktivlegitimiert sind im Kraftloserklärungsverfahren¹⁸⁹. Mit der Leistung des Refunds nehmen sie also bewusst das Risiko der doppelten Leistung auf sich, wenn der Refundnehmer nicht selbst – was kaum vorkommen wird – ein Kraftloserklärungsverfahren anstrengt. Eine (zumindest) analoge Anwendung von Art.870 Abs.3 ZGB kommt nicht in Frage, weil diese Norm nur den Fall des Urkundenverlusts durch den Schuldner nach erfolgter Tilgung erfasst¹⁹⁰, wogegen die Partnerbanken in vollem Bewusstsein des vorgängigen Verlusts der Urkunde durch den Berechtigten den Refund leisten¹⁹¹.

Ein gutgläubiger Erwerber, der sich während dem Kraftloserklärungsverfahren nicht gemeldet hat, verliert mit dem richterlichen Urteil jedwede Legitimation aus dem Papier. Immerhin hat er die Möglichkeit, gegenüber dem durch das Urteil Legitimierten bezüglich der Ersatzurkunde einen Herausgabeanspruch bzw. einen Bereicherungsanspruch geltend zu machen, weil der Verlierer durch das Kraftloserklärungsverfahren in das Vermögen des gutgläubigen Erwerbers eingegriffen hat¹⁹². Ein nach der Kraftloserklärung erfolgter gutgläubiger Erwerb hat dagegen keine Ansprüche des Erwerbers zur Folge, die kraftlos erklärte Urkunde hat alle Eigenschaften eines Wertpapiers verloren¹⁹³.

188 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 257.

189 Vgl. dazu JÄGGI, Art.971/972 N 114ff.

190 JÄGGI, Art.971/972 N 48; BEELER, 261.

191 Vgl. zum Refundrisiko insb. auch §13.I.2.

192 JÄGGI, Art.971/972 N 227; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 198; vgl. auch ZÖLLNER, 40 und GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr. 1120 i.V.m. Nr.1114.

193 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 198; a.A. JÄGGI, Art.971/972 N 228.

c. Unmassgeblichkeit des Refunds

Der Refundanspruch des ersten Nehmers ist zwar an das Vorhandensein bzw. an den Verlust einer SBTC-Urkunde geknüpft, stellt aber nicht ein verkündetes Recht, sondern eine rein zivilrechtliche, nur aus dem Reisecheckvertrag abzuleitende Ersatzleistungszusage dar, weshalb die Gewährung des Refunds überhaupt keinen Einfluss auf das Wertpapierrecht hat. Er ersetzt das formelle Amortisationsverfahren in keiner Weise und vermag den Verkehrsschutz nicht zu beeinträchtigen¹⁹⁴.

194 Ähnlich JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341 Anm.7; a.A. JÄGGI, Art.965 N 265; vgl. auch §5.III.5.c. Zur Bedeutung der Unwirksamkeit des Refunds für die Kraftloserklärung und zum damit verbundenen Refundrisiko der Partnerbanken vgl. §13.

§7 ERGEBNISSE DES ERSTEN ABSCHNITTS

Gegenstand der Untersuchungen dieses Abschnitts waren die Rechtsnatur des SBTC und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Reisecheckverkehr aus urkundenrechtlicher Sicht.

I. Der SBTC als Ordrepapier

Ausgehend von der konkreten Ausgestaltung der SBTC-Urkunde und den allgemeinen wertpapierrechtlichen Grundsätzen wurde das Recht der Ordrepapiere untersucht. Dabei wurde dargelegt, dass ein von der Literatur und der Judikatur teilweise anerkannter bzw. postulierter *numerus clausus* für gewillkürte Ordrepapiere nicht besteht (§5.III.1. - 3.), hingegen eine von Art.1152 Abs.1 OR statuierte Einschränkung der formellen Ausgestaltungsfreiheit für an Ordre gestellte Geldsummenversprechen (§5.III.3.c.).

Darauffolgend wurde aufgezeigt, dass der SBTC die Erfordernisse von Art.1152 Abs.1 OR erfüllt und demgemäss ein Ordrepapier ist (§5.III.4.). Die reisecheckspezifischen Besonderheiten, das Erfordernis der doppelten Unterschrift und der Refund, ändern an der Ordrepapierqualität des SBTC nichts.

II. Ausstellung und Begebung

Der SBTC wird - im Gegensatz zum DM-Reisescheck - von den solidarisch verpflichteten Partnerbanken ausgestellt, und zwar als Blankett (§6.I.1.). Die beiden Unterschriften des SBTC-Käufers dienen der aus Art.1152 Abs.1 OR fliessenden Pflicht zur Angabe des ersten Nehmers und als Indossament bei der Übertragung bzw. als Quittung bei der Einlösung (§6.I.2.c. und d.).

Das im SBTC verbriefte Recht, ein Geldsummenversprechen, entsteht mit dem konstitutiven Begebungsvertrag zwischen den Partnerbanken und dem Reisecheckerwerber; die volle Wirkung des Wertpapierrechts tritt allerdings erst mit der Blankettausfüllung, d.h. mit der Gegenzeichnung ein (§6.I.2.b. und d.).

III. Übertragung

Der SBTC wird als Ordrepapier mittels Tradition und Indossament übertragen (§6.II.1. - 3.). Die Gegenzeichnung wirkt dabei als Indossament und ist auch als Blankoindossament zulässig (§6.II.3.b.). Allen Indossamentsarten gemeinsam ist die gemäss Art.1152 Abs.3 OR fehlende Garantiewirkung (§6.II.4.a.).

Wird der SBTC an einen Korrespondenten übertragen, so ist zwischen rechtsgeschäftlicher Übertragung und Einlösung zu unterscheiden, je nachdem, ob der Korrespondent als Vertreter der Partnerbanken oder in eigenem Namen handelt (§6.II.3.d.aa.).

Bei der Entgegennahme des SBTC durch eine Partnerbank wird der SBTC zwar eingelöst, das verbriefte Recht geht jedoch nicht unter, sondern kraft gesetzlicher Subrogation auf die einlösende Partnerbank über (§6.II.3.d.bb.; §6.II.5.; §6.V.1.a.). Ebenso wie beim Erbgang findet hier kein rechtsgeschäftlicher sondern ein gesetzlicher Erwerb des SBTC-Rechts statt (§6.II.5.).

IV. Verkehrsschutz

Als Wertpapier öffentlichen Glaubens tritt beim SBTC ein weitgehender Einredenausschluss und somit der Schutz des gutgläubigen Erwerbers ein.

Bezüglich der Rechtszuständigkeit wird ein Erwerber in seinem Vertrauen geschützt, wenn er sich durch Urkundenbesitz und lückenlose Indossamentenkette legitimieren kann und beim Erwerb nicht grobfahrlässig gehandelt hat, wobei an den Sorgfaltsmassstab bei der Prüfung der Übereinstimmung beider Unterschriften keine überhöhten Anforderungen gestellt werden dürfen (§6.III.1.).

Das Vertrauen des Erwerbers in den Bestand, den Inhalt und die Modalitäten des verbrieften Rechts ist dann berechtigt und mittels der Einredebeschränkung zu schützen, wenn die Urkundenausstellung dem Verpflichteten zuzurechnen ist, ein Verkehrsschutzbedürfnis besteht und der Erwerber schutzwürdig ist (§6.III.2.).

V. Geltendmachung und Untergang

Für die Geltendmachung des im SBTC verbrieften Rechts ist der Papierbesitz und die Bezeichnung als Berechtigter auf der Urkunde notwendig und ausreichend (§6.VI.).

Das verbriefte Recht geht entweder mit der Erfüllung durch einen Vertreter oder mit der Befriedigung der einlösenden Partnerbank durch das SBTCC unter (§6.V.1.a.). Eine allfällige Konfusion hingegen stellt ebenso wie die Verjährung der verurkundeten Forderung keinen Untergangsgrund dar (§6.V.1.b. und c.).

Der von der Urkunde auch nach der Erfüllung bzw. dem Untergang des Rechts erweckte Rechtsschein kann nur durch die Entwertung der SBTC-Urkunde durch das SBTCC oder mittels gerichtlicher Kraftloserklärung erfolgen (§6.V.2.a. und b.). Die Gewährung eines Refunds hat dagegen keinen Einfluss auf das Wertpapierrecht (§6.V.2.c.).

2. ABSCHNITT: DIE RECHTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN AM SBTC- VERKEHR BETEILIGTEN

Vorbemerkung

Die Rechtsbeziehungen zwischen den am Reisecheckverkehr beteiligten Personen sind vielfältig ausgestaltet. Sie basieren einerseits auf vorgegebenen vertraglichen Grundlagen, andererseits auf tatsächlichen, beinahe zufälligen Ereignissen. Bedeutsam ist hierbei der Umstand, dass der SBTC weltweit Anwendung findet und demgemäss mit verschiedenen Rechtsordnungen und mit einem unbestimmten Personenkreis in Kontakt kommt.

Bei der nachfolgenden Untersuchung der Rechtsbeziehungen ist deshalb zu berücksichtigen, dass teilweise nur die Grundzüge aufgezeigt werden können. Zu beachten bleibt hierbei ein Zweifaches: Zum einen werden verschiedene Rechtsverhältnisse auf Grund des schweizerischen Kollisionsrechts (vgl.§15.II) nach ausländischem Recht beurteilt, zum andern können im Einzelfall von der hier aufgezeigten Darstellung abweichende Abreden getroffen werden. Lediglich der Reisecheckvertrag und teilweise auch der Zusammenarbeitsvertrag zwischen den Partnerbanken und Thomas Cook Travellers Cheques Ltd. können hierbei als typische Rechtsverhältnisse betrachtet werden.

§8 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND DEM ERSTERWERBER

I. Allgemeines

Bei der Ausgabe von SBTC schliessen die Partnerbanken bzw. deren Vertreter in ihrem Namen und der SBTC-Ersterwerber einen Vertrag, der die Grundlage des SBTC-Verkehrs bildet. Die besondere Bedeutung dieses in der Folge als Reisecheckvertrag bezeichneten Kontraktes liegt in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Funktion:

- In rechtlicher Hinsicht bildet der Reisecheckvertrag die Grundlage des Begebungsvertrages, hat mithin im Verhältnis zum Begebungsvertrag vorvertraglichen Charakter¹.
- Die wirtschaftliche Funktion des Reisecheckvertrages liegt ganz allgemein in der Erleichterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs² und im besonderen in der Zurverfügungstellung des SBTC zum bargeldlosen und somit auch sicheren "Geldtransport" durch den Emittenten zugunsten des Reisecheckerwerbers³.

Angesichts der weltweiten Verbreitung des Reisechecks⁴ stellt die Ausgabe desselben ein Massengeschäft dar⁵. Der Reise-

1 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 27; VON TUHR/PETER, 276; BECKER, Art.22 N 9; vgl. auch KÄSER, ZKW 1962 402; scheinbar a.A. VON BÜREN, I, 214.

2 HAHN, 277; vgl. auch SCHLUEP, SPR VII/2 878, für den Checkvertrag. Vgl. dazu auch §1.II.1. und 2.

3 ODEFY, 178.

4 Vgl. auch §1.III.2.

5 Vgl. auch HAHN, 277f.

checkvertrag weist dabei infolge einer weitgehenden Standardisierung des Reisecheckverkehrs und seiner Funktion einen relativ hohen Grad an Typizität auf⁶.

II. Die Qualifizierung des Reisecheckvertrages

1. Parteien

Parteien des Reisecheckvertrages sind die Partnerbanken einerseits und der Ersterwerber andererseits.

Erwirbt der SBTC-Benützer den SBTC bei einer Partnerbank, so vertritt diese die einfache Gesellschaft. Gemäss Art.544 OR und kraft des Verweises von Art.543 Abs.2 OR auf das allgemeine Stellvertretungsrecht (Art.32 ff. OR) wirkt die Vertreterhandlung der Partnerbank unmittelbar in der Person der Vertretenen. Mithin wird die Gesamtheit aller Gesellschafter aus dem Reisecheckvertrag berechtigt und verpflichtet⁷. Die handelnde Partnerbank ist als Vertreterin nicht Partei des Reisecheckvertrages, wird aus ihm aber auf Grund des Gesellschaftsverhältnisses (Art.543 Abs.2 OR und Art.544 Abs.1 OR) persönlich berechtigt und verpflichtet⁸.

Beim Erwerb des SBTC von einer Verkaufsstelle, die nicht Gesellschafter ist, kommt dagegen kein Rechtsverhältnis zwischen der Verkaufsstelle und dem Erwerber zustande. Die Verkaufsstelle handelt auf der Grundlage eines Vertrages mit den

6 Vgl. eingehender dazu hinten II.3.b.ee.

7 VON TUHR/PETER, 395ff.; MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §8 N 51.

8 VON TUHR/PETER, 397; MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, §8 N 55f.; VON STEIGER, SPR VIII/1 443f.; BGE 95 II 59ff., insb. 62f.

Partnerbanken⁹ und gemäss den ihr zur Verfügung gestellten Verkaufsinstruktionen als Vertreterin (Art.32 OR) derselben, weshalb die Wirkungen direkt und unmittelbar bei den Partnerbanken eintreten¹⁰.

Eine vollmachtlose Stellvertretung ist auf Grund der Modalitäten des SBTC-Verkehrs¹¹ praktisch ebenso ausgeschlossen wie eine Übertretung der Vertretungsbefugnis.

Der SBTC kann auch von Jugendlichen erworben werden. Urteilsfähige unmündige Personen können zwar gemäss Art.19 Abs.1 ZGB Rechtsgeschäfte nur mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter eingehen¹², es sei denn, der Unmündige handle im Rahmen der Verfügungsgewalt über seinen Arbeitserwerb (Art.323 ZGB)¹³. Eine solche Zustimmung darf aber aus Verkehrsschutzgründen beim - sich in einem gemässigten Rahmen bewegendem - Erwerb von Reisechecks vorausgesetzt werden, da der Jugendliche den Gegenwert sofort zu bezahlen hat und sich damit nicht in eine finanzielle Abhängigkeit begibt¹⁴. Zudem ist der Jugendliche nicht Aussteller, also nicht aus dem Papier Verpflichteter. Infolge der fehlenden Garantiewirkung des Indos-

9 Vgl. zu diesem Rechtsverhältnis §9.III.

10 VON TUHR/PETER, 397.

11 Vgl. §4.IV.1. und 2.

12 Es handelt sich beim Erwerb von Reisechecks nicht um die Erlangung unentgeltlicher Vorteile im Sinne von Art.19 Abs.2 ZGB, weil es sich um ein Austauschverhältnis von Bargeld und korrelierender Forderung handelt; vgl. TUOR/SCHNYDER, 74; VON TUHR/PETER, 210; vgl. auch BUCHER, Art.19 N 178ff.

13 Erweiterte Handlungsfähigkeit; vgl. TUOR/SCHNYDER, 71.

14 Vgl. dazu und zur fehlenden Empfangsbedürftigkeit der Zustimmung BUCHER, Art.19 N 42 und N 103f.

saments¹⁵ wird er auch bei der Übertragung nicht verpflichtet.

2. Allgemeiner Inhalt

Zentraler Inhalt des Reisecheckvertrages ist der Erwerb von SBTC in bestimmter Stückelung gegen Bezahlung des gesamten Nominalwertes der SBTC zuzüglich 1% Kommission. Grundlage dieses Vertrages bildet die standardisierte Verkaufsanzeige¹⁶.

a. AGB des SBTC-Vertrages

Wie für Massenverträge üblich, enthält auch die SBTC-Verkaufsanzeige gewisse standardisierte Bedingungen in der Form allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB). Im Gegensatz zu den meisten anderen Bankverträgen¹⁷ existieren solche AGB für den SBTC-Vertrag nur in unvollständiger Form. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um die "Bedingungen für den Ersatz verlorener oder gestohlener Reisechecks". Gemäss diesen Bedingungen muss der SBTC unmittelbar beim Erwerb mit Kugelschreiber unterschrieben werden, wogegen die Gegenzeichnung erst bei der "Einlösung" erfolgen darf. Nur unter dieser Voraussetzung erklären sich die Partnerbanken bereit, einen Refund zu leisten, wobei sie sich das Recht zur Vornahme weiterer Abklärungen im Verlustfall vorbehalten.

15 Vgl. §6.II.4.a.

16 Vgl. Anhang B.

17 Vgl. dazu GUGGENHEIM, 41ff.; FORSTMOSER, AGB 22ff.; KLEINER, AGB 9ff.

Weitere Hinweise betreffen die Obliegenheit zur getrennten Aufbewahrung von Verkaufsanzeige und Reisechecks sowie die allfällige Pflicht zur Vorlage eines amtlichen Ausweises für die Einlösung und für den Rückerstattungsantrag. Zudem werden detaillierte Angaben über das Vorgehen im Falle eines Verlusts gemacht.

Obschon diese Bedingungen und Hinweise in der SBTC-Verkaufsanzeige relativ kurz sind, handelt es sich hierbei um eigentliche AGB, weil sie einen in sich geschlossenen Komplex von Bestimmungen darstellen, "eine standardisierte Ordnung, die dazu bestimmt ist, als Ganzes zum Vertragsbestandteil einer Vielzahl individueller Verträge zu werden"¹⁸. Aber gerade infolge dieser rudimentären Ausgestaltung der SBTC-AGB stellen sich die allgemein bei Bankverträgen diskutierten Probleme der Inkorporation der AGB in den Einzelvertrag nicht¹⁹. Denn zum einen entsprechen diese Bedingungen der Usanz im Reisecheckverkehr²⁰ und zum andern findet sich ein ausdrücklicher, fettgedruckter Verweis auf diese Bedingungen oberhalb des Feldes für die Erwerberunterschrift auf der Verkaufsan-

18 FORSTMOSER, AGB 12, mit Verweisungen auf weitere Begriffsumschreibungen.

19 Vgl. hierzu die Übersicht bei GUGGENHEIM, 37ff., und FORSTMOSER, AGB 13ff., jeweils mit weiteren Verweisungen auf Schrifttum und Judikatur.

20 Dies allein lässt die Rechtsverbindlichkeit der AGB aber noch nicht entstehen (FORSTMOSER, AGB 16; MERZ, Art.2 N 144; GUGGENHEIM, 39f.; differenzierend GIGER, AGB 62f., wonach unter Brancheninsidern die Verbindlichkeit nach Treu und Glauben angenommen werden muss; a.A. KLEINER, AGB 10f.), hat aber Bedeutung für die Auslegung, insbesondere im Zusammenhang mit der sog. Unklarheitenregel (vgl. dazu hinten III.1.b.).

zeige²¹. AGB und Verkaufsanzeige stellen ein einheitliches Vertragsdokument dar²².

Die AGB der jeweiligen Verkaufsstelle werden daneben nicht Bestandteil des SBTC-Vertrages, denn die Verkaufsstelle handelt lediglich als Vertreter der Partnerbanken; in deren Vollmacht liegt keine Kompetenz zur Aufstellung eigener AGB für den Reisecheckvertrag. Zudem würde sich auch kein Hinweis auf dem Vertragsdokument finden²³.

b. Weiterer Vertragsinhalt

Die AGB des SBTC-Vertrages sind unvollständig und betreffen nicht den gesamten Vertragsinhalt. Weitere inhaltliche Elemente des Reisecheckvertrages ergeben sich aus konkludenten Vereinbarungen der Parteien bzw. aus deren stillschweigenden Willensäusserungen²⁴. Die Partnerbanken trifft in erster Linie die Pflicht zur Einlösung des SBTC. Diese Pflicht erwächst ihr sowohl aus dem Reisecheckvertrag als auch aus der gestützt auf diesen begebenen SBTC-Urkunde²⁵.

21 Vgl. zur damit genügenden Inkorporation der AGB in den Vertrag FORSTMOSER, AGB 14f.; GIGER, AGB 51ff.; GUGGENHEIM, 38ff.; BGE 109 II 118.

22 Vgl. auch hinten III.4.

23 G.M. ODEFEY, 87 Anm.2, betreffend den DM-Reisescheckvertrag.

24 Vgl. zu den stillschweigenden Willensäusserungen, zu denen auch das konkludente Verhalten gezählt wird VON TUHR/PETER, 163f.; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.173ff.; KELLER/SCHÖBI, I, 14ff.

25 Vgl. genauer dazu hinten III.2.b.

Aus der wirtschaftlichen Funktion des Bargeldtransports ergibt sich auch eine gewisse "Pflicht" der Partnerbanken, ein möglichst umfassendes, internationales Netz von Auszahlungsstellen zu schaffen, um so die internationale Verwendbarkeit des SBTC zu gewährleisten²⁶. Dies ergibt sich auch aus der Werbung für den SBTC: Der Erwerber darf davon ausgehen, dass die Partnerbanken ihren durch Anzeigen und sonstige Werbemittel kundgegebenen Willen, eine weltweite Akzeptanz des SBTC zu erreichen, im Rahmen ihrer unternehmerischen Tätigkeiten in die Praxis umsetzen.

Nur mittelbar aus den AGB hervorgehender, aber klar von beiden Parteien vorausgesetzter Vertragsinhalt ist der Refundanspruch des Erwerbers im Falle des Verlustes von SBTC. Indem die AGB Verhaltensanleitungen für die Benützung der SBTC und für das Vorgehen im Verlustfalle enthalten, gibt der Emittent mittelbar auch kund, dass er beim Befolgen dieser Obliegenheiten²⁷ dem Vertragspartner den Verlust ersetzen werde. Diese Produkteigenschaft des Reisechecks wird ganz allgemein von den Reisecheck-Emittenten in deren Werbung so stark betont, dass sie jedem Erwerber bekannt sein dürfte. Zumeist stellt der Refund sogar das entscheidende Kriterium zum Erwerb von Reisechecks dar²⁸. Auch aus diesem Grunde darf der Refundanspruch als Inhalt des Reisecheckvertrages betrachtet werden²⁹.

26 Vgl. zur Bedeutung dieser "Pflicht" hinten III.2.c.

27 Vgl. dazu hinten III.3.b. und III.4.

28 Vgl. dazu §1.III.

29 Vgl. auch ODEFEY, 256.

3. Rechtsnatur

a. Grundlagen

Grundfrage zur Ermittlung der Rechtsnatur des Reisecheckvertrages ist jene, ob dieser Vertrag eine gesetzliche Regelung erfahren hat oder nicht. Dabei ist zu beachten, dass der konkrete Vertrag nur dann zweifelsfrei den Nominatverträgen zuzuordnen ist, wenn er die essentialia negotii eines gesetzlich geregelten Vertrages enthält³⁰. Aber bereits bei der Bestimmung der essentialia treten Schwierigkeiten auf:

- Nach der klassenlogischen Betrachtungsweise der essentialia kann ein konkreter Vertrag nur unter den gesetzlich geregelten Vertrag fallen oder nicht³¹. Erfüllt der Vertrag also die Begriffsmerkmale des Nominatvertrages, so können beliebige weitere Absprachen getroffen werden, soweit sie nicht selbst die Begriffsmerkmale in Frage stellen, ohne dass der Vertrag den Charakter des fraglichen Nominatvertrages verliert.
- Gemäss der typenlogischen Betrachtungsweise, wie sie etwa SCHLUEP vertritt³², enthalten die Legaldefinitionen Typenbeschreibungen, denen eine konkrete Vereinbarung mehr oder weniger entsprechen kann. Es ist zu klären, wie weit Abweichungen vom Typus noch gedeckt sind.

Welcher dieser beiden Konzeptionen in der Folge der Vorzug zu geben ist, muss an dieser Stelle nicht entschieden werden, denn in der Praxis weisen beide Verfahren eine weitgehende

30 MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 1; SCHLUEP, SPR VII/2 770.

31 Vgl. SCHLUEP, SPR VII/2 771.

32 SPR VII/2 771 und 805ff., mit weiteren Verweisungen.

Annäherung auf³³. So ist denn in Kombination der beiden Methoden die Legaldefinition als Ausgangspunkt im klassenlogischen Sinne zu betrachten, hernach ist aus dem Sinnzusammenhang der fraglichen Normen zu ermitteln, ob der konkret vorliegende Vertrag als Ganzes³⁴ im Vergleich zur gesetzlichen Regelung typisch oder atypisch ist³⁵. Passt die Rechtsfolgeordnung trotz möglicher Subsumtion für den konkreten Sachverhalt nicht, so muss das Vorliegen eines Innominatkontraktes angenommen werden³⁶.

b. Der Reisecheckvertrag als Innominatkontrakt

Aus der vorstehend³⁷ geschilderten Übersicht über den allgemeinen Vertragsinhalt ist ersichtlich, dass der Reisecheckvertrag verschiedenste Elemente enthält. Mit Blick auf das angestrebte Austauschverhältnis von Geld und verbriefter Forderung sowie auf die Bezeichnung des Erwerbs von SBTC in den massgeblichen Unterlagen als "Kauf" scheint ein eigentlicher Kaufvertrag im Sinne von Art.184ff. OR vorzuliegen. Der Refundanspruch hingegen deutet auf ein Garantieverprechen (Art.111 OR) hin.

Aus der wirtschaftlichen Funktion des Reisecheckvertrages, der Ermöglichung des "bargeldlosen Geldtransports"³⁸, liesse

33 Vgl. auch SCHLUEP, SPR VII/2 812.

34 Vgl. zum Erfordernis der ganzheitlichen Erfassung des Vertrages MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 4f.

35 Vgl. SCHLUEP, SPR VII/2 808f.

36 SCHLUEP, SPR VII/2 808ff.

37 II.2.

38 Vgl. vorn I.

sich ebenso ein Auftragsverhältnis (Art.394ff. OR) ableiten wie aus der Tatsache, dass der Erwerber dem Emittenten eine bestimmte, dem Nominalwert der erworbenen Reisechecks entsprechende Geldsumme für eine bestimmte Zeit zur Verfügung stellt, auf ein Darlehensverhältnis (Art.312ff. OR) oder ein Depositum irregulare (Art.481 OR) geschlossen werden könnte.

Bei der rechtlichen Qualifizierung des Reisecheckvertrages ist weiter zu beachten, dass er zwei besonders bedeutsame Komponenten aufweist: Zum einen ist er Vorvertrag zum konstitutiven Begebungsvertrag³⁹, zum andern enthält er Elemente, die nicht in der Urkunde verbrieft sind, mithin vom Begebungsvertrag nicht erfasst werden (z.B. der Refund).

aa. Ablehnung der Kaufvertragsnatur

Im Vordergrund der Frage nach der Rechtsnatur des Reisechecks steht das kaufvertragliche Element. Alle Unterlagen für den Erwerb von SBTC verwenden die Begriffe "Verkauf", "Verkäufer", "Kauf", "Käufer". Im - soweit ersichtlich - einzigen publizierten Entscheid in der Schweiz ist auch der Bernische Appellationshof vom Vorliegen eines Kaufvertrages ausgegangen⁴⁰.

Dass Rechte Gegenstand eines Kaufvertrages sein können, ist trotz der Terminologie von Art.184 Abs.1 OR in der Lehre und Rechtsprechung anerkannt⁴¹. Der SBTC verbrieft auch tatsäch-

39 Vgl. §6.I.2.b.aa.

40 ZBJV 1977 365ff., allerdings den Erwerb von Amexco-Reisechecks betreffend.

41 KELLER/LÖRTSCHER, 8f.; GIGER, Art.187 N 23f.; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.184 N 3f.; CAVIN, SPR VII/1 9.

lich eine Forderung in der Form eines Wertpapiers⁴². Es gilt jedoch zu beachten, dass die im SBTC verbriefte Forderung - folgt man der Theorie vom Begebungsvertrag - im Augenblick des Vertragsschlusses noch nicht besteht⁴³. Vielmehr soll durch den Reisecheckvertrag die Verpflichtung zum Abschluss des Begebungsvertrages begründet werden; erst letzterer lässt die SBTC-Forderung entstehen. In diesem Sinne hat der Reisecheckvertrag vorvertraglichen Charakter (Art.22 Abs.1 OR), der Begebungsvertrag dagegen ist der Hauptvertrag⁴⁴. Sollte man der Kreationstheorie⁴⁵ den Vorzug geben, wonach die Forderung schon mit der Ausstellung entstehen würde, ist zu bemerken, dass der Schuldner (die Partnerbanken) eine gegen sich selbst gerichtete Forderung verkaufen würden. Dies ist aber juristisch unmöglich⁴⁶.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet, handelt es sich nicht um ein Kaufgeschäft. Der Zweck des Reisecheckvertrages liegt eindeutig in der Ermöglichung des bargeldlosen Geldtransports, in der Erleichterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs⁴⁷ und nicht im einmaligen Austausch von Geld gegen Forderung ohne weitere Bindung. Vielmehr ist ihm auch ein gewisses Tätigwerden der Partnerbanken im Sinne dieser Zweckverfolgung immanent. Mithin ist ersichtlich, dass der Reisecheckvertrag in die Richtung eines auftragsähnlichen Verhält-

42 Vgl. §5.III.

43 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §21 N 76.

44 Vgl. auch VON TUHR/PETER, 276; KÄSER, ZKW 1962 402.

45 Vgl. hierzu MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 46ff.

46 CANARIS, Rdn.2243; MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §21 N 76.

47 Vgl. vorn I.; vgl. auch HAMMER, 100.

nisses weist und in gewisser Weise ein Dauerelement (bis zur Einlösung) enthält⁴⁸.

Festzustellen bleibt nach dem Gesagten, dass der Reisecheckvertrag nicht als Kaufvertrag im Sinne von Art.184ff. OR qualifiziert werden kann.

bb. Bedeutung der Refundabrede

Im Hinblick auf das Refundsystem, wonach eine Refundstelle⁴⁹ im Verlustfalle unter bestimmten Bedingungen dem SBTC-Ersterwerber die Rückerstattung der verlustigen SBTC gewährt, könnte die Annahme getroffen werden, beim Refund handle es sich um ein Garantieverprechen gemäss Art.111 OR⁵⁰. Indessen stellt das Garantieverprechen nach Art.111 OR ein Versprechen der Vertragspartei dar, dass ein Dritter eine bestimmte Leistung erbringen werde, andernfalls sie für den Schaden mit einer Ersatzleistung eintreten werde⁵¹. Im vorliegenden Fall verspricht aber der Emittent - die Partnerbanken - nicht eine fremde Leistung sondern seine eigene⁵², weshalb die Qualifikation als Garantieverprechen scheitert.

Ebenso muss eine Unterstellung dieser Refundabrede unter Art. 112f.OR (Vertrag zugunsten eines Dritten) scheitern, weil

48 Den Kaufvertrag dagegen bezeichnet CAVIN, SPR VII/1 172, zutreffend als "Augenblicks"-Vertrag.

49 Vgl. §4.IV.4.b.

50 So z.B. die Appellantin vor dem Bernischen Appellationshof, ZBJV 1977 360.

51 GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.2585; KELLER/SCHÖBI, I, 172; GUHL/MERZ/KUMMER, 157.

52 Ebenso Bernischer Appellationshof, ZBJV 1977 360.

diese besondere Leistung nicht einem Dritten⁵³, sondern nur der Vertragspartei versprochen wird. Vielmehr handelt es sich um eine besondere Abrede ausserhalb des gesetzlichen Vertragstypenrechts, mit der der Reisecheckemittent dem Vertragspartner verspricht, diesem unter bestimmten Voraussetzungen den Schaden zu ersetzen⁵⁴. Diese Zusicherung, die als Produkteigenschaft aller Reisechecks gilt, dient vor allem zur attraktiven Gestaltung des Reisechecks⁵⁵.

cc. Nichtvorliegen eines Hinterlegungsvertrages oder eines Darlehens

Aus der Tatsache, dass der SBTC-Erwerber den Partnerbanken Geld mit der Aufforderung übergibt, bei Vorweisung der Urkunde die gleiche Geldsumme, nicht aber die übergebenen Geldstücke oder Noten wieder zurückzugeben, liesse sich ein Darlehensvertrag (Art.312ff. OR) oder ein Depositum irregulare (Art.481 OR) ableiten.

Nach einhelliger Auffassung in Literatur und Judikatur ist die Frage nach der rechtlichen Qualifikation der Geldeinlage mit Rückforderungsrecht des Einlegers primär gemäss dem von beiden Parteien verfolgten wirtschaftlichen Zweck zu beantworten, mithin nach der Interessenlage⁵⁶. Dabei stehen - diskutiert im Zusammenhang mit der Sparhefteinlage - die Qualifikation als Darlehensvertrag oder als Depositum irregulare

53 So aber das Erfordernis des Vertrages zugunsten Dritter, GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.2538.

54 G.M. Bernischer Appellationshof, ZBJV 1977 360.

55 Vgl. zur näheren rechtlichen Bedeutung hinten III.4.

56 OSER/SCHÖNENBERGER, Art.481 N 13 und N 18; GAUTSCHI, Art. 481 N 6a und N 8b; GUHL/MERZ/KUMMER, 514; VON BÜREN, II, 183; BUCHER, II, 134f.; GUGGENHEIM, 61; BGE 100 II 155; 45 III 249.

im Vordergrund: Beim ersteren überwiegen die Interessen des Empfängers, letzteres dient dem Einleger (sichere Verwahrung). Weitere Elemente sind das Rückforderungsrecht und die Zinsleistung⁵⁷.

Für den Reisecheckvertrag muss die Qualifikation als Darlehen aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden: Zum einen dient die Geldeinlage nicht primär den Partnerbanken als Darlehensnehmer, sondern der Zurverfügungstellung des SBTC, dessen besonderer Sicherung und dem Bargeldtransport zugunsten des Kunden⁵⁸. Zum andern wird kein Zins zugunsten des Geldgebers verabredet⁵⁹. Im Gegenteil: Der Geldgeber hat 1% des Nominalwertes der hingegebenen Summe zusätzlich dem Geldnehmer zu entrichten. Der SBTC-Benützer erstattet also sogar einen kleinen Betrag an den Geldnehmer für dessen Dienste. Mithin ist ersichtlich, dass der konkret vorliegende Sachverhalt im Vergleich zur gesetzlichen Regelung des Darlehens absolut untypisch und somit nicht unter diese Normen subsumierbar ist.

Die fehlende Subsumierbarkeit unter das Darlehensrecht steigert die Vermutung, dass ein Depositum irregulare gemäss Art. 481 OR vorliegt. Mit Blick auf die fehlende Verzinsung der

57 Vgl. die Übersicht bei GUGGENHEIM, 60ff., und GUHL/MERZ/KUMMER, 514.

58 Vgl. auch ODEFEY, 182ff.

59 Dies ist immerhin kein essentialia für das Darlehen, Art. 313 Abs.1 OR; die Bestimmung von Art.313 Abs.2 OR für den kaufmännischen Verkehr stellt lediglich eine Vermutung dar; GUHL/MERZ/KUMMER, 392; BECKER, Art.313/314 N 3.

Einlage⁶⁰, dem Nutzungsrecht der Partnerbanken (Float!)⁶¹ sowie der überwiegenden Interessenlage des Einlegers (SBTC-Benützer) scheint der Tatbestand erfüllt.

Eine Hinterlegung kann indessen nur dann angenommen werden, wenn sie aus Sicht und im Interesse des Hinterlegers vorwiegend der (sicheren) Verwahrung dient⁶². In concreto dient die Hingabe des Geldes aber nicht der sicheren Verwahrung, sondern dem sicheren Geldtransport. Die Hingabe des Geldes stellt die zum Erwerb des SBTC als Geldtransportmittel korrelierende Leistung dar, wirtschaftlich auch einen gewissen Vorschuss für die Aufwendungen der Partnerbanken bei Einlösung der SBTC-Forderung⁶³.

Mithin ist auch die Regelung des Depositum irregulare unpassend für den Reisecheckvertrag, denn die Hauptleistung der Partnerbanken besteht nicht in der sicheren Verwahrung des hinterlegten Geldes, sondern in der Sicherstellung und Ausföhrung des Geldtransportes, die mit der Begebung des SBTC erreicht wird. Die zinslose Geldleistung dient dieser Begebung.

60 Die Verzinsung kann allerdings nicht als eigentliches Abgrenzungskriterium zwischen Darlehen und Depositum irregulare angesehen werden: OSER/SCHÖNENBERGER, Art.481 N 15 und 19; GAUTSCHI, Art.481 N 4f und 6a; GUHL/MERZ/KUMMER, 514; BGE 100 II 157; a.A. VON BÜREN, II, 183f. und BUCHER, II, 134f.

61 OSER/SCHÖNENBERGER, Art.481 N 8 und N 21; GUHL/MERZ/KUMMER, 514; einschränkend VON BÜREN, II, 183.

62 OSER/SCHÖNENBERGER, Art.481 N 13 und N 18; VON BÜREN, II, 193; BUCHER, II, 134f., fordert sogar den ausschliesslichen Verwahrungszweck.

63 Ähnlich ODEFEY, 182.

dd. Verneinung auftragsrechtlicher Elemente

Aus dem vorstehend Dargelegten könnte sich die Folgerung ergeben, dass der Reisecheckvertrag gewisse Züge eines Auftragsverhältnisses gemäss Art.394ff. OR aufweist. Die Partnerbanken sind zu einem gewissen Tätigwerden aufgefordert, welches zur Hauptsache in der Ermöglichung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mittels der Ausgabe von SBTC besteht. Für die Aufwendungen, vor allem für die Auszahlung des Gegenwertes des SBTC, erhalten sie einen zinslosen Vorschuss⁶⁴.

Die Annahme eines einfachen Auftrags könnte sich auch mit Blick auf Art.394 Abs.2 OR aufdrängen. Danach sollen alle Dienstleistungsverträge, die nicht einem gesetzlichen Sonderstypus unterliegen, zwingend unter den Vorschriften über den Auftrag stehen⁶⁵. Mit der überwiegenden Lehre ist aber ein solcher *numerus clausus* abzulehnen⁶⁶. Mithin ist zu prüfen, ob die Regeln des Auftragsrechts für den Reisecheckvertrag massgeblich sind oder ob ein auftragsähnliches Vertragsverhältnis *sui generis* anzunehmen ist.

64 Vgl. ODEFÉY, 182ff.; vgl. auch Art.402 Abs.1 OR.

65 *Numerus clausus* der Arbeitsverträge; so vor allem GAUTSCHI, Vorbem. zu den Art.363-379 N 7; derselbe, Art. 394 N 56; so auch das Kassationsgericht des Kantons Zürich in SJZ 1970 8f.; unklar BUCHER, II, 137 und 159f.

66 HOFSTETTER, SPR VII/2 24ff.; PEDRAZZINI, SPR VII/1 505; GUHL/MERZ/KUMMER, 445 und 459; GAUCH, Nr.14f. - Die bundesgerichtliche Rechtsprechung ist uneinheitlich: Während noch in BGE 83 II 529 und 70 II 218 Verträge auf Arbeitsleistung *sui generis* grundsätzlich anerkannt wurden, änderte das Bundesgericht mit BGE 104 II unter Berufung auf GAUTSCHI (a.a.O.) seine Meinung in dem Sinne, dass Art. 394 Abs.2 OR Arbeitsverträge *sui generis* ausschliesse. Mit BGE 106 II 159f. wurde diese Praxis bestätigt, wogegen das Bundesgericht in BGE 109 II 466 die Ansicht vertrat, dass zumindest gemischte Verträge in diesem Bereich zulässig seien; dieser Entscheid wurde mit BGE 110 II 380ff. bestätigt. Vgl. dazu auch die kritische Würdigung der bundesgerichtlichen Entwicklung von H. MERZ, ZBJV 1986 180ff.

Gleich wie der verkehrstypische Checkvertrag⁶⁷ weicht auch der Reisecheckvertrag in verschiedenen relevanten Punkten vom typischen Auftrag ab:

- Das zwingende Widerrufsrecht von Art.404 OR⁶⁸ ist der Interessenlage nicht angemessen⁶⁹, zumal mit dem konstitutiven Begebungsvertrag ein neues Recht, das im SBTC verbriefte Recht, entsteht und allenfalls den Verkehrsschutz genießt⁷⁰. Es darf davon ausgegangen werden, dass ein solches Widerrufsrecht von den Parteien ausgeschlossen worden ist⁷¹.
- Die Leistung der Partnerbanken ist eine selbständige, d.h. aus eigener Verpflichtung und Machtbefugnis entstehende. Sie handeln bei der Begebung des SBTC sowie bei der Durchführung und Organisation des SBTC-Verkehrs selbständig⁷². Der Auftrag schliesst mindestens eine indirekte Stellvertretung ein, d.h. der Beauftragte erbringt nie eine eigene Leistung⁷³.

67 Vgl. dazu VON DER CRONE-SCHMOCKER, 46f.; SCHLUEP, SPR VII/2 876ff., 879; HABICHT, 20ff.

68 So HOFSTETTER, SPR VII/2 52ff.; GAUTSCHI, Art.404 N 10; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.404 N 2; GUHL/MERZ/KUMMER, 466; BUCHER, II, 163, MERZ, ZBJV 1986 182ff.; BGE 110 II 382ff.; 104 II 111; 98 II 308; a.A. BECKER, Art.404 N 8, und VON BÜREN, II, 140f.

69 G.M. HEINICHEN, 89.

70 Vgl. dazu §6.III.

71 G.M. HEINICHEN, 89.

72 G.M.ODEFEY, 178, für den DM-Reisescheck.

73 BUCHER, II, 162f.; GUHL/MERZ/KUMMER, 464; GAUTSCHI, Art. 394 N 10f und Kommentierung zu Art.396, insb. N 29; differenzierend, aber im Ergebnis g.M. HOFSTETTER, SPR, VII/2 39ff.

- Aus der Selbständigkeit der Leistung der Partnerbanken folgt auch, dass ein für das Auftragsrecht typisches Weisungsrecht⁷⁴ des SBTC-Benützers fehlt.
- Das selbständige Tätigwerden der Partnerbanken ist Grundlage für die Durchführung des Reisecheckverkehrs. Als solches ist es im Reisecheckvertrag lediglich Voraussetzung, mithin Motiv zum Abschluss desselben durch den Kunden, nicht aber eigentlicher Vertragsgegenstand⁷⁵. Vielmehr ist aus dem Tätigwerden heraus das Bewirken eines bestimmten "Erfolges", der Begebung des SBTC, der Einlösung und der Durchführung des Reisecheckverkehrs gefordert. Dieser Zusammenhang von Tätigwerden und Leistungserfolg entspricht aber weder dem Wesen des Auftragsrechtes⁷⁶ noch jenem des Werkvertragsrechtes⁷⁷. Beim Werkvertrag ist zwar ebenfalls nicht die Tätigkeit als solche, sondern lediglich als Mittel für den zu erarbeitenden Erfolg, das Werk⁷⁸, geschuldet. Die Eingehung des Begebungsvertrages als primäre aus dem Reisecheckvertrag geschuldete Pflicht kann jedoch kein Werk im Sinne des Werkvertragsrechtes darstellen, weil die Abgabe einer Willenäußerung, auch wenn sie sich in einem

74 Vgl. dazu BUCHER, II, 165; GUHL/MERZ/KUMMER, 462; HOFSTETTER, SPR VII/2 78ff.

75 Das Tätigwerden ist aber gerade typischer Gegenstand des Auftrages; vgl. HOFSTETTER, SPR VII/2 19; PEDRAZZINI, SPR VII/1 50lf.

76 Vgl. auch VON DER CRONE-SCHMOCKER, 47, und SCHLUEP, SPR VII/2 879, betreffend den Checkvertrag.

77 Vgl. auch HOFSTETTER, SPR VII/2 19, mit Verweis auf die berühmte Formel GIERKES (Deutsches Privatrecht, Bd.3, München und Leipzig 1917, 592), wonach sich Werkvertrag und Auftrag dadurch unterscheiden, dass bei ersterem ein Werk, bei letzterem ein Wirken geschuldet ist.

78 GAUCH, Nr.17; ähnlich PEDRAZZINI, SPR VII/1 50lf., und HOFSTETTER, SPR VII/2 19ff.

körperlichen Gegenstand manifestiert (SBTC-Ukunde)⁷⁹, in Erfüllung eines bereits bestehenden Vertrages erfolgt. Sonst müsste jede Vertragserfüllung ein Werk darstellen, oder anders ausgedrückt: Jede auf Grund eines Vorvertrages abgegebene Willensäußerung, die sich in einem körperlichen Gegenstand manifestiert, müsste als Werkvertrag qualifiziert werden. Dies kann jedoch weder aus der Bedeutung des Vorvertrages noch aus jener des Wervertrages heraus betrachtet zutreffen.

Aus den dargelegten Gründen ist ersichtlich, dass der Reisecheckvertrag weder als Auftrag noch als Werkvertrag qualifiziert werden kann⁸⁰. Die Subsumtion scheitert sowohl an der Nichterfüllung der jeweiligen essentialia als auch an der unterschiedlichen Bedeutung dieser Nominatverträge und dem Reisecheckvertrag. Weil zudem nicht das Tätigwerden im Sinne einer Arbeitsleistung geschuldet ist, sondern der Abschluss des Begebungsvertrages, liegt auch kein eigentliches Auftragsverhältnis sui generis vor. Vielmehr liegt der Reisecheckvertrag ausserhalb der auftragsähnlichen Tatbestände.

ee. Zusammenfassung und Würdigung

Vorstehend wurde nachgewiesen, dass der Reisecheckvertrag unter Würdigung des gesamten Vertragsinhaltes und seiner Bedeutung als Vorvertrag zum Begebungsvertrag nicht in das gesetz-

79 Vgl. zum Erfordernis der zumindest mittelbaren Verkörperlichung auch für unkörperliche Werke GAUCH, Nr.42; VON BÜREN, II, 143 f.

80 Für den DM-Reisecheck nimmt die herrschende deutsche Lehre einen speziellen Geschäftsbesorgungsvertrag gemäss §675 BGB an, der einen auf Geschäftsbesorgung gerichteten Dienst- oder Werkvertrag darstellt; vgl. CANARIS, Rdn. 860; ODEFEY, 177ff.; KÄSER, ZKW 1962 402; scheinbar a.A. HEINICHEN, 87ff., der einen Geschäftsbesorgungsvertrag sui generis annimmt.

lich normierte Vertragstypenrecht einzuordnen ist. Mithin liegt ein Innominatkontrakt vor, und zwar ein *contractus sui generis (sui iuris)*⁸¹. Dies deshalb, weil die verschiedenen Tatbestandselemente gesetzlich nicht geregelt sind und sich das Vertragsganze zu einer besonderen Einheit fügt⁸².

Der Reisecheckvertrag wird von den Partnerbanken - entsprechend dem Wesen des Reisechecks als Massengeschäft - mit unbestimmt vielen Personen in der genau gleichen Weise abgeschlossen und weist immer denselben Inhalt auf. Diese Häufung gleichartiger Verträge führt zu einer faktischen Ordnungsstruktur und zur Entwicklung einer Verkehrssitte, letztlich zu einer Verdichtung eines eigenständigen Verkehrstypus⁸³. Unter Berücksichtigung des internationalen Reisecheckverkehrs kann daher beim Reisecheckvertrag von einem verkehrstypischen Innominatkontrakt gesprochen werden⁸⁴.

III. Der besondere Inhalt des Reisecheckvertrages

1. Massgebliche Rechtsquellen

a. Grundlagen

Die Zulässigkeit von Innominatverträgen gründet auf dem Prinzip der Vertragsfreiheit, namentlich auf der Inhaltsfrei-

81 Zum Begriff vgl. MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 1; SCHLUEP, SPR VII/2 771f. und 776.

82 Zur Abgrenzung von Verträgen *sui iuris* und gemischten Verträgen vgl. SCHLUEP, SPR VII/2 776, und MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 1.

83 Vgl. dazu SCHLUEP, SPR VII/2 799f.

84 Ebenfalls für die Bejahung eines verkehrstypischen Vertrages, wenn auch mit anderer rechtlicher Qualifizierung nach deutschem Recht, ODEFEY, 76.

heit⁸⁵. Aus dieser Vertragsinhaltsfreiheit folgt auch, dass die Parteien die Rechtswirkungen des Vertrages innerhalb der die Vertragsfreiheit begrenzenden zwingenden gesetzlichen Bestimmungen⁸⁶ selbständig festsetzen können. Deshalb ist die Parteivereinbarung primäre Rechtsquelle für die Beurteilung von Innominatkontrakten⁸⁷.

Die Ermittlung des Vertragsinhaltes hat nach den gleichen Grundsätzen zu erfolgen wie bei benannten Verträgen. Nach Art.18 Abs.1 OR ist der übereinstimmende wirkliche Wille der Parteien massgebend. Mithin ist die Auslegung nach dem Vertrauensprinzip vorzunehmen⁸⁸. Für den konkret vorliegenden Reisecheckvertrag ist vor allem eine ganzheitliche Erfassung des Vertrages sowie die Berücksichtigung der Usancen, Geschäftsgewohnheiten und der - auch internationalen - Verkehrssitte relevant⁸⁹. Ausserdem muss der vorvertragliche Charakter des Reisecheckvertrages⁹⁰ in die Untersuchungen miteinbezogen werden.

Ist der Vertrag in verschiedenen Punkten unvollständig, kann mithin kein übereinstimmender Wille der Parteien festgestellt werden, so erweist er sich als ergänzungsbedürftig. Zum

85 Die Befugnis, gesetzlich nicht geregelte Vertragstypen zu schaffen, wird auch als Typenfreiheit bezeichnet; MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 2f.; SCHLUEP, SPR VII/2 777ff.

86 Vgl. dazu MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 3, SCHLUEP, SPR VII/2 779f.

87 Dies gilt auch für Nominatkontrakte; vgl. dazu etwa SCHLUEP, SPR VII/2 781f.

88 MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 4f.; SCHLUEP, SPR VII/2 781f.

89 Zu diesen Elementen vgl. MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 5. Vgl. auch nachstehend b. für die Berücksichtigung der AGB.

90 Vgl. dazu vorn I. und II.3.b.

Zwecke der Vertragsergänzung kann aber bei Innominatkontrakten *sui iuris* nicht auf dispositives Vertragstypenrecht zurückgegriffen werden. Immerhin gilt der Allgemeine Teil des OR grundsätzlich auch für Innominatkontrakte⁹¹. Dabei ist aber immer die Frage zu stellen, ob das Gesetz der Eigenart des durch die Parteivereinbarung geschaffenen Typus gerecht wird oder aber, ob eine *lex specialis* aufgestellt werden soll bzw. muss⁹².

Immer dann, wenn die allgemeinen Bestimmungen des OR nicht passen und überdies auch Gewohnheitsrecht nicht festzustellen ist⁹³, sind die Vertragslücken nach herrschender Auffassung im schweizerischen Schrifttum durch *modo legislatoris* geschaffenes Richterrecht im Sinne des Art.1 Abs.2 und 3 ZGB zu füllen⁹⁴. Hilfsmittel für die richterliche Rechtsfindung sind die bewährte Lehre und Überlieferung (Art.1 Abs.3 ZGB)⁹⁵, die Verkehrssitte und die Rechtsvergleichung⁹⁶. Vor allem die letzten beiden Elemente vermögen im konkreten Fall wertvolle Dienste zu leisten. Zum einen hat sich eine internationale Reisecheckverkehrsanz herausgebildet, zum anderen befasste

91 MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 6; SCHLUEP, SPR VII/2 797; JÄGGI/GAUCH, Art.18 N 549; BGE 102 II 104.

92 MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 6ff.

93 Gewohnheitsrecht stellt in der schweizerischen Rechtsordnung gemäss Art.1 Abs.2 ZGB rangmässig die zweite Rechtsquelle dar; vgl. MEIER-HAYOZ, Art.1 N 243ff.; derselbe, SJK Nr.1134, 7.

94 MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 7f.; JÄGGI/GAUCH, Art.18 N 547ff.; SCHLUEP, SPR VII/2 797f. Der Einschränkung SCHLUEPs (a.a.O.), wonach für singuläre Innominatkontrakte eine Ergänzung nach dem Vertrauensprinzip vorzunehmen ist, ist zwar zuzustimmen, doch findet diese Methode in concreto keine Anwendung, da der Reisecheckvertrag verkehrstypischer Art ist (vgl. dazu vorn II.3.b.aa.).

95 Vgl. dazu MEIER-HAYOZ, Art.1 N 422ff.

96 MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 7f.; SCHLUEP, SPR VII/2 800ff.

sich die ausländische Literatur und Judikatur weit eingehender mit dem Reisecheck, als es in der Schweiz erfolgt ist⁹⁷.

b. Bedeutung der AGB

Wie bereits dargelegt wurde, stellen die Verkaufsanzeige und die AGB einen einheitlichen Vertrag dar⁹⁸. Als Vertragsbestandteil sind deshalb auch die AGB nach dem auf Verträge anwendbaren Vertrauensprinzip auszulegen⁹⁹.

Doktrin und Praxis haben für die Auslegung von AGB spezielle Grundsätze entwickelt:

- Allgemein gefasste AGB-Klauseln sind im Zweifel eng auszulegen¹⁰⁰.
- Bei der Auslegung ist den individuellen Umständen Rechnung zu tragen¹⁰¹.

97 Vgl. auch §5.I.2.

98 Zur Inkorporation der AGB vgl. vorn II.2.a. und hinten III.4.

99 FORSTMOSER, AGB 21; GIGER, AGB 42f.; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Art.1 N 488; GUGGENHEIM, 40; vgl. auch BGE 99 II 90; 99 II 293; 92 II 384; 87 II 242.

100 FORSTMOSER, AGB 21f.; GIGER, AGB 45; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Art.1 N 497; GUGGENHEIM, 40; BGE 107 II 164.

101 FORSTMOSER, AGB 21; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Art.1 N 490; BGE 107 II 164.

- Bleibt eine bestimmte Klausel unklar, so gilt der Grundsatz, dass zweideutige Normen in dubio contra stipulatorem auszulegen sind (sog. Unklarheitenregel)¹⁰².

Diese Grundsätze müssen auch für die Auslegung der AGB des SBTC-Vertrages gelten. Dies umso mehr, als sie nur rudimentär ausgestaltet sind¹⁰³.

2. Stellung der Partnerbanken

Die aus dem Reisecheckvertrag sich ergebenden wesentlichen Pflichten der Partnerbanken bestehen in der Begebung des SBTC, dessen Einlösung verbunden mit einer besonderen Legitimationsprüfung sowie allenfalls in der Leistung des Refunds.

a. Pflicht zur Begebung des SBTC

Der Reisecheckvertrag stellt als Vorvertrag im Sinne von Art. 22 OR die Grundlage des Begebungsvertrages dar. Mit ihm verpflichten sich die Partnerbanken, dem Vertragspartner entsprechend der von diesem geleisteten Geldsumme eine bestimmte Anzahl SBTC-Urkunden zu übergeben¹⁰⁴. Die zur Gültigkeit des Reisecheckvertrages als Vorvertrag zum Begebungsvertrag notwendige Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit des Hauptvertrages¹⁰⁵ ist damit erfüllt: Sowohl der ausdrückliche Wortlaut

102 FORSTMOSER, AGB 21f.; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Art.1 N 489; GIGER, AGB 44; MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 5; jeweils mit Verweisungen auf die reichlich vorhandene Judikatur.

103 Vgl. vorn II.2.a.

104 Vgl. §6.I.2.b.aa.

105 Vgl. dazu VON TUHR/PETER, 275; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.22 N 8; BECKER, Art.22 N 4; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.807.

als auch die Auslegung mittels Vertrauensprinzip ergeben zweifelsfrei, dass dem Vertragspartner SBTC-Urkunden in bestimmter Anzahl und Stückelung übergeben werden sollen.

Die Formvorschrift von Art.22 Abs.2 OR ist nicht anwendbar, weil die Schriftlichkeit der Wertpapiere¹⁰⁶ nicht dem Schutz der Vertragsschliessenden, sondern der Negoziabilität solcher Forderungen dient¹⁰⁷.

Die Erfüllung des Reisecheckvertrages erfolgt durch die Ausstellung der SBTC-Urkunde und durch den Formalakt der Urkundenübergabe, durch den Begebungsvertrag, welcher rein obligatorischen Charakter hat¹⁰⁸. Der Berechtigte kann unter Vorbehalt von Art.82 OR die Erfüllung verlangen (Begebung des SBTC) oder auf Schadenersatz bei Nichterfüllung des Vorvertrags klagen (Art.97ff. OR)¹⁰⁹. Im Falle des Verzugs stehen dem Berechtigten die Rechtsbehelfe von Art.107ff. OR offen¹¹⁰. Bei Verzug des SBTC-Gläubigers mit seiner Geldforderung oder bei der Mitwirkung an der Begebung¹¹¹ können die Partnerbanken vom Vertrag zurücktreten (Art.95 OR und Art. 107/9 OR)¹¹².

106 Vgl. §5 zur Begründung der Wertpapiernatur des SBTC.

107 VON TUHR/PETER, 277; BECKER, Art.22 N 9; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.22 N 12.

108 Zur Rechtsnatur des Begebungsvertrages vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 16.

109 BECKER, Art.22 N 13; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.805f.; GUHL/MERZ/KUMMER, 95.

110 BECKER, Art.22 N 14.

111 Vgl. dazu hinten III.3.a.

112 BECKER, Art.22 N 15.

b. Pflicht zur Einlösung und zur Prüfung der Legitimation

Durch den konstitutiven Begebungsvertrag ist ein neues Recht geschaffen worden, das im SBTC verbrieft ist. Mithin ist für dieses Recht, den Zahlungsanspruch gegenüber den Partnerbanken, ausschliesslich die urkundenrechtliche Lage massgebend¹¹³. Immerhin ist zu bemerken, dass bei der Vorlage des Papiers durch den Ersterwerber kein Verkehrsschutz besteht, somit alle Einreden durch die Partnerbanken aus dem Reisecheckvertrag geltend gemacht werden können (Art.1146 OR)¹¹⁴.

Die Pflicht der Partnerbanken zur Begleichung der mit dem Reisecheckvertrag eingegangenen Schuld ist durch den Begebungsvertrag zu einer wertpapierrechtlichen Schuld geworden. Die Einlösung bei Vorlage durch den Ersterwerber stellt also einen wertpapierrechtlichen Tatbestand dar¹¹⁵. Lediglich beim Vorliegen von Einreden aus dem Grundverhältnis hat der Reisecheckvertrag noch eine Bedeutung.

Mit dem Reisecheckvertrag wurde auch eine bestimmte Legitimationspflicht, jene der doppelten Unterschrift, verabredet¹¹⁶. Auch diese ist durch den Begebungsvertrag mittels einer besonderen Klausel zur besseren Identitätsfeststellung¹¹⁷ wertpapierrechtlich relevant geworden. Bei der direkten Einlösung durch den Ersterwerber dient sie sowohl als Mittel zur Iden-

113 Vgl. zum Inhalt des verbrieften Rechts §5.II.

114 Vgl. eingehend dazu §6.III.2.b.bb.

115 Vgl. betreffend der Rechtslage bei Vorweisung durch einen Dritten §10.

116 Vgl. Rückseite der Verkaufsanzeige, Anhang B.

117 Vgl. §5.III.5.a.

titätsfeststellung des Ansprechers als auch als Quittung, bei der Übertragung zugleich als Indossament¹¹⁸. Für die Unterschriftenprüfung sind also Art.966 Abs.2 OR, Art.1006 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR sowie die Art.1030 Abs.3 OR und Art.1121 OR per analogiam massgeblich¹¹⁹. Somit kann betreffend des Sorgfaltsmassstabes, der den Partnerbanken bei der Einlösung betreffend der Identitätsfeststellung mittels Unterschriftenvergleich auf der SBTC-Urkunde auferlegt ist, vollumfänglich auf das in §6.III.1 und in §6.IV. Dargelegte verwiesen werden. Dies ist auch insofern völlig unproblematisch, als im Reisecheckvertrag kein anderer Haftungsmassstab der Partnerbanken vereinbart wurde, als er aus der Urkunde folgt; insbesondere ist keine Wegbedingung der Haftung für die Identitätsprüfung des Vorweisers verabredet. Eine solche wäre im übrigen auch nicht gültig, da das Gesetz in diesem Bereich zwingende Minimalanforderungen statuiert¹²⁰.

Dass der den Partnerbanken auferlegte Sorgfaltsmassstab auch gegenüber einem Dritterwerber gelten soll, ist nicht nur aus der wertpapierrechtlichen Lage heraus begründbar, sondern auch aus dem Reisecheckvertrag ersichtlich: Zum einen soll er gewährleisten, dass im Verlustfall ein Refundanspruch des Ersterwerbers nicht beeinträchtigt wird, zum andern soll er den Ersterwerber vor den widrigen Folgen des Urkundenverlustes schlechthin schützen.

¹¹⁸ a.a.O.; zur Bedeutung für den Refund vgl. hinten III.4.

¹¹⁹ Vgl. auch VON DER CRONE-SCHMOCKER, 50f., für den Checkvertrag. Ähnlich HEINICHEN, 92f., und CANARIS, Rdn. 864ff., für den DM-Reisecheck.

¹²⁰ VON DER CRONE-SCHMOCKER, 51; vgl. auch CANARIS, Rdn.722.

c. Weitere Bedeutung des Reisecheckvertrags für die Partnerbanken

Neben den bereits dargelegten Pflichten und einer allfälligen Rückerstattungspflicht aus Refund¹²¹ bestehen keine weiteren vertraglichen Leistungspflichten der Partnerbanken gegenüber dem Ersterwerber des SBTC. Vor allem übernehmen sie keine Haftung dafür, dass der SBTC-Erwerber den SBTC weltweit verkaufen oder in Zahlung geben kann¹²². Zwar liegt dem Reisecheckvertrag der wirtschaftliche Zweck des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, des sicheren Bargeldtransports, zugrundel¹²³, doch stipuliert weder der Wortlaut des Vertrages eine Leistungspflicht in dem Sinne, dass dem SBTC-Inhaber die Bargelderlangung bei Dritten garantiert wird, noch lässt die Vertragsauslegung oder die Vertragsergänzung¹²⁴ die Annahme einer solchen zu. Dies ergibt sich aus den folgenden drei Tatsachen:

- Die Dienstleistung der Partnerbanken, d.h. die Organisation und Durchführung des SBTC-Verkehrs ist eine selbständige; mithin kann diese Leistung nicht Gegenstand einer Leistungsverpflichtung im Sinne eines Auftrages oder eines auftragsähnlichen Verhältnisses sein. Mit der Begebung des SBTC in Erfüllung des Reisecheckvertrages bieten die Partnerbanken dem Kunden diese Dienstleistung an, ohne ihm aber ein Weisungs- oder Einwirkungsrecht zuzugestehen¹²⁵.

¹²¹ Dazu hinten 4.

¹²² So auch für den DM-Reisescheckvertrag HEINICHEN, 93; KÄSER, ZKW 1962 402; CANARIS, Rdn.860; a.A. ODEFY, 88ff.

¹²³ Vorn I.

¹²⁴ Vgl. dazu vorn III.1.a.

¹²⁵ Vgl. ausführlich dazu vorn II.3.b.dd.

- Eine eigentliche Erfolgsbewirkung in dem Sinne, dass die Partnerbanken die Entgegennahme des SBTC durch einen Dritten "garantieren", ist weder aus dem Wortlaut noch aus der Auslegung des Vertrages abzuleiten; einziger geschuldeter "Erfolg" ist die Begebung des SBTC mit der sich daraus ergebenden Einlöschungspflicht¹²⁶.

- Eine durch den Reisecheckvertrag als Konsequenz einer solchen Erfolgsbewirkungspflicht der Partnerbanken stipulierte Verpflichtung eines Dritten zur Entgegennahme des SBTC würde einen Vertrag zu Lasten Dritter in dem Sinne darstellen, dass einem vertraglich nicht mit den Parteien des Reisecheckvertrages verbundenem Dritten Pflichten auferlegt würden. Aber einerseits kann dem Reisecheckvertrag eine solche Klausel nicht entnommen werden, andererseits kann ohne Vertretungsverhältnis durch einen Vertrag keine Wirkung zu Lasten eines Dritten herbeigeführt werden (Art.19 Abs.2 OR)¹²⁷.

Dass keine diesbezüglichen Leistungspflichten verabredet sind bzw. werden können, ist kein Nachteil für den SBTC-Verkehr. Einerseits bietet die Verwertung von SBTC aufgrund des marktwirtschaftlichen Bestrebens der Partnerbanken zur Erreichung einer möglichst hohen Akzeptanz im allgemeinen keine erheblichen Schwierigkeiten, es sei denn, dass die Partnerbanken nicht selbst auf geographisch ungünstige Regionen hinweisen. Andererseits ergibt sich aus dem Vertrag der Partnerbanken mit Thomas Cook, dass die TCTC-Niederlassungen auch ohne rechtliche Verpflichtung gegenüber dem SBTC-Präsentanten den SBTC entgegennehmen werden¹²⁸.

126 Vgl. vorstehend a. und vorn II.3.b.dd.

127 VON TUHR/PETER, 149; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.19 N 14.

128 Vgl. ausführlich dazu §9.II.3.

3. Stellung des Erwerbers

a. Pflichten

Unmittelbar aus dem Reisecheckvertrag erwachsen dem SBTC-Erwerber lediglich zwei Pflichten: Diejenige zur Erstattung des Reisecheckbetrages und die Pflicht zur Mitwirkung am Begebungsvertrag. Daneben ergeben sich bestimmte Pflichten aus dem Papier selbst (Legitimationspflicht).

Der Umfang des Entgelts ist ziffernmässig bestimmt. Er setzt sich zusammen aus dem Nominalwert der Reisechecks und einer hierauf berechneten Kommission von 1%¹²⁹. In bezug auf die unmittelbare Erfüllung des Reisecheckvertrages (Leistung des Entgelts gegen Ausstellung und Begebung der SBTC-Urkunden) liegt eine Leistungsbewirkung Zug um Zug vor, bezüglich der sich aus der Urkunde ergebenden Einlöschungspflicht der Partnerbanken eine Vorleistungspflicht des SBTC-Erwerbers (Leistung des Entgelts gegen spätere Einlösung des SBTC)¹³⁰.

Die Pflicht zur Mitwirkung an der Begebung ergibt sich aus der rechtlichen Qualifizierung derselben. Als rein obligatorienrechtlicher Vertrag erfordert der Begebungsvertrag die übereinstimmende Willensäusserung der beiden Parteien (Art.1 OR), welche konkludent durch den Formalakt der Urkundenübergabe erfolgt¹³¹. Die Pflicht zur Abgabe dieser Willensäusserungen wird durch den Reisecheckvertrag begründet. Verweigert der SBTC-Erwerber die Mitwirkung an der Begebung, so liegt entweder ein Tatbestand von Art.97 OR (positive Ver-

129 Vgl. Verkaufsanzeige in Anhang B.

130 Vgl. allgemein dazu WEBER, Art.82 N 135ff.; vgl. auch vorn III.2.a. zur Erfüllung dieser Leistungspflichten.

131 Zur Rechtsnatur des Begebungsvertrages vgl. §6.I.2.a.aa. und MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §4 N 15f.

tragsverletzung¹³² oder Unmöglichkeit) oder aber ein Gläubiger- oder Schuldnerverzug vor. Die positive Vertragsverletzung bzw. die Unmöglichkeit führt bei Verschulden des SBTC-Gläubigers zur Schadenersatzpflicht gegenüber den Partnerbanken (Art. 97 OR), Gläubiger- und Schuldnerverzug ermöglichen den Partnerbanken den Rücktritt vom Vertrag (Art. 95 OR und Art. 107/9 OR)¹³³.

Die besondere Legitimationspflicht des SBTC-Erwerbers bei der Einlösung ist durch die Begebung der SBTC-Urkunden eine wertpapierrechtliche Pflicht geworden. Mithin ist in diesem Bereich der Reisecheckvertrag nicht mehr massgebend¹³⁴.

b. Weitere Obliegenheiten

Die "Bedingungen für den Ersatz verlorener oder gestohlener Reisechecks" enthalten Anweisungen an den Erwerber, ein bestimmtes Verfahren beim Gebrauch von SBTC zu beachten. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die Reisechecks unmittelbar beim Erwerb einmal unterzeichnet werden müssen, dass die Gegenzeichnung erst bei der "Einlösung" angebracht werden darf und dass die Reisechecks mit besonderer Sorgfalt aufzubewahren seien¹³⁵. Obschon die Formulierung dieser Anweisungen auf eigentliche Sorgfaltspflichten hindeuten könnte, stellen diese AGB-Klauseln keine vertraglichen Pflichten des

132 Vgl. zum Begriff der positiven Vertragsverletzung und zur Subsumtion dieses Tatbestandes unter Art. 97 OR, GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr. 1598ff., und VON TUHR/ESCHER, 106f., jeweils mit Verweisungen auf weitere Literatur und Judikatur.

133 Vgl. auch vorn III.2.a.

134 Vgl. dazu vorn III.2.b.

135 Vgl. Anhang B.

SBTC-Erwerbers dar, die rechtlich durchgesetzt werden könnten. Vielmehr handelt es sich hierbei um Obliegenheiten im Zusammenhang mit dem Refundanspruch. Nur wenn der Erwerber alle diese "Bedingungen" beachtet hat, kann er den Refundanspruch geltend machen. Andernfalls führt deren Nichtbeachtung zum einem Rechtsverlust¹³⁶.

Die weiteren Hinweise betreffen die Abwicklung des Verfahrens im allgemeinen sowie das praktische Vorgehen im Verlustfalle. Als solche dienen sie der Orientierung des Kunden, weisen aber keine rechtsverbindliche Wirkung in dem Sinne auf, dass aus ihnen Rechtsansprüche abgeleitet werden könnten.

4. Refundabrede

Der Refund¹³⁷ basiert auf einer besonderen Abrede der Parteien im Reisecheckvertrag. Dem Ersterwerber als Vertragspartei soll im Falle des Verlustes von SBTC von den Partnerbanken Ersatz geleistet werden¹³⁸. Bei diesem Leistungsversprechen handelt es sich um eine rein obligatorisch wirkende Abrede, die vom Begebungsvertrag nicht erfasst wird. Mithin ist dieser Anspruch nicht in der SBTC-Urkunde verbriefte, also auch wertpapierrechtlich nicht relevant¹³⁹. Deshalb ist für

136 G.M. HEINICHEN, 94; vgl. zum Begriff der Obliegenheit VON TUHR/PETER, 12f.; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.92. Zur Bedeutung des Refunds vgl. nachfolgend 4.

137 Zum Refundsystem vgl. §4.IV.4.

138 Vgl. auch vorn II.2

139 G.M. JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 341 Anm.7; vgl. auch §5. III.5.b.

den Refund ausschliesslich der Reisecheckvertrag massgebend¹⁴⁰.

Die Rückerstattungsabrede stellt keinen Vertrag zugunsten Dritter dar¹⁴¹, sondern ein besonderes, für den Reisecheckverkehr charakteristisches Versprechen der Partnerbanken, dem SBTC-Ersterwerber, dem Partner des Reisecheckvertrages also, unter bestimmten Voraussetzungen den Verlust von SBTC-Urkunden zu ersetzen. Dieses sich ausserhalb des gesetzlichen Vertragstypenrechts befindliche Leistungsversprechen ist insofern suspensiv bedingt (Art.151 Abs.1 OR), als es vom bei Vertragsabschluss objektiv nicht feststehenden Ereignis des SBTC-Verlusts abhängig ist; mithin liegt eine kasuelle Bedingung vor¹⁴². Des weiteren ist es aber von Voraussetzungen abhängig, die nicht als Bedingungen im technischen Sinne betrachtet werden können, da sie objektiv gewiss sind¹⁴³, so insbesondere das Vorliegen bzw. Nichtvorhandensein der zweiten Unterschrift im Zeitpunkt des Verlustes. Daran ändert sich nichts, wenn diese Tatsachen für eine oder beide Parteien subjektiv ungewiss sind¹⁴⁴. Vielmehr handelt es sich hierbei um Verhaltensanweisungen an den SBTC-Erwerber im Sinne von Obliegenheiten¹⁴⁵. Sie sind keine eigentlichen Rechtspflichten, stellen aber die Voraussetzung dar, dass dem SBTC-

140 Vgl. auch §13.

141 Vgl. vorn II.3.b.bb.

142 Vgl. VON TUHR/ESCHER, 254ff.; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr. 2609 und Nr.2626; GUHL/MERZ/KUMMER, 49.

143 Vgl. VON TUHR/ESCHER, 259; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.2672.

144 GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.2672.

145 G.M. HEINICHEN, 94.

Erwerber bei deren Beachtung kein Rechtsnachteil, nämlich der Verlust des Refundanspruchs, erwächst¹⁴⁶.

Diese Bedingungen stellen also ein Kernelement des Reisecheckvertrages dar, obschon sie keine Rechtspflichten für den SBTC-Benützer zur Folge haben. Mithin ist die Möglichkeit zu deren Kenntnisnahme durch den Kunden bei Vertragsabschluss unbedingt erforderlich. Der ausdrückliche, fettgedruckte Verweis auf der Verkaufsabrechnung auf die "umseitigen Bedingungen" erfüllt dieses Erfordernis hinreichend, zumal AGB und Verkaufsformular ein einheitliches Dokument darstellen und der Verweis auf die AGB von der Unterschrift gedeckt ist¹⁴⁷. Zudem findet die Unklarheitenregel¹⁴⁸ keine Anwendung, weil einerseits der AGB-Text hinsichtlich dieser Obliegenheiten keine Zweifel offen lässt und für jedermann verständlich ist, und weil andererseits diese Bedingungen den allgemein üblichen Usancen im internationalen Reisecheckverkehr entsprechen, somit keine Besonderheiten enthalten. Auch eine noch so enge Auslegung dieser AGB muss also zum Schluss führen, dass diese Obliegenheiten als Vertragsbestandteil zu betrachten und somit für den SBTC-Erwerber wirksam sind.

146 Vgl. VON TUHR/PETER, 12f.; GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.92.

147 Vgl. FORSTMOSER, AGB 14; GIGER, AGB 51f.; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Art.1 N 451ff.

148 Vgl. dazu vorn III.1.b.

§9 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND IHREN KORRESPONDENTEN

I. Allgemeines

Die Zurverfügungstellung des SBTC zum Zweck des sicheren Geldtransports bzw. der Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im Bereiche des internationalen Tourismus stellt eine Dienstleistung der Schweizer Banken zugunsten ihrer Kunden dar¹. Diese Leistung der beteiligten Partnerbanken ist eine selbständige². Mit Blick auf die besondere Konkurrenz innerhalb des Reisecheckmarktes³ und jener gegenüber den anderen Reisezahlungsmittelanbietern⁴ muss das marktwirtschaftliche Bestreben jedes Reisecheckemittenten auf die Erreichung einer möglichst hohen Akzeptanz ausgerichtet sein. Ein bedeutender Stützpfeiler einer solchen Marktstrategie ist der Aufbau eines weltweit umfassenden Systems von Korrespondenten, die auf Grund vertraglicher Beziehungen zum Reisecheckemittenten den Verkauf und die Entgegennahme bzw. Einlösung des Reisechecks besorgen.

In enger Zusammenarbeit mit Thomas Cook Travellers Cheques Ltd. (TCTC) haben die Partnerbanken ein weitverzweigtes Netz von Korrespondenten geschaffen. Grundlage bilden die über 10'000 Verkaufsstellen weltweit⁵. Im Vordergrund steht hierbei die Tätigkeit der TCTC als Servicing-Agent der Partnerbanken. Nachfolgend wird zu prüfen sein, welche Rechtswirkun-

1 Vgl. auch §1.II., insb. 3.

2 §8.II.3.b.dd. und §8.III.2.c.

3 §1.III.2.a.

4 §1.III.2.b.

5 Vgl. §4.II.3.

gen sich aus diesem Korrespondentennetz ergeben und welche Auswirkungen dieses Vertragsnetz auf den SBTC-Verkehr hat.

II. Der Vertrag mit Thomas Cook

1. Grundlagen

Damit dem SBTC bei dessen Einführung Erfolg beschieden war, mussten die Partnerbanken nach einem geeigneten Partner Ausschau halten, der über ein möglichst weitverbreitetes Netz von Niederlassungen und Filialen verfügt. 1975 konnte mit der Thomas-Cook-Gruppe ein Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen werden, mit dem die Thomas Cook Travellers Cheques Ltd. (TCTC) die Distributionsfunktion für den SBTC übernahm. Mit dem Agreement vom 26. Februar 1986 wurde dieser Vertrag ersetzt und das Tätigkeitsgebiet der TCTC noch erweitert⁶.

Die Thomas-Cook-Gruppe stellt eine der grössten Reiseorganisationen dar und verfügt weltweit über ein weitverzweigtes Netz von Niederlassungen und Agenturen. Im Auftrag der ETCI emittiert die TCTC zudem seit 1982 die Thomas-Cook-euro-travellers-cheques in 10 verschiedenen Währungen, nachdem sie schon 1920 mit der Ausgabe von Reisechecks begann⁷.

2. Qualifikation des Vertrages

a. Allgemeiner Inhalt

Die besondere Bedeutung des Vertrages zwischen den Partnerbanken und der TCTC liegt in der Verpflichtung der TCTC "...to cover the distribution, promotion, servicing and admi-

6 Vgl. genauer dazu §4.II.2.

7 Vgl.§1.III.2.a.

nistrative handling of the SBTC Swiss Franc Travellers Cheque"⁸. Die TCTC verpflichtet sich also, dauernd für die Partnerbanken im Bereiche des SBTC-Verkehrs tätig zu werden, indem sie die weltweite Verteilung der SBTC-Urkunden an die Depot- und Verkaufsstellen, die Werbung, den "Verkauf" sowie den Refund und die Einlösung des SBTC besorgt. Zudem hat die TCTC das Korrespondentennetz für die Partnerbanken zu betreuen und ständig zu vergrössern: Sie soll im Namen der Partnerbanken Vereinbarungen mit neuen Verkaufs- und Einlösungsstellen abschliessen⁹.

b. Rechtsnatur

Das Cook-Agreement lässt sich als einheitlicher Vertrag charakterisieren, der seine Basis in einem Agenturvertrag (Art. 418aff. OR) hat, zudem aber noch Elemente des Hinterlegungsvertrages (Art. 472ff. OR) und des einfachen Auftrages (Art. 394ff. OR) aufweist.

Grundelement des Cook-Agreements ist die auf die Dauer gerichtete Verpflichtung der TCTC gegenüber den Partnerbanken, für diese tätig zu werden, bestimmte Vertäge namens der Partnerbanken mit Dritten abzuschliessen, teilweise auch nur solche Geschäfte zu vermitteln und generell alles zu unternehmen, was im Interesse eines möglichst reibungslosen SBTC-Verkehrs geboten ist. Damit ist die Grundform des Agenturvertrages gemäss Art. 418aff. OR erfüllt¹⁰.

8 Agreement vom 26. Februar 1986.

9 Vgl. genauer zum Inhalt des Agreements §4.II.2.

10 Vgl. zu den den Agenturvertrag charakterisierenden Elementen HOFSTETTER, SPR VII/2 139ff.; GUHL/MERZ/KUMMER, 479; BUCHER, II, 173ff.

Die Abgrenzung zum einfachen Auftrag (Art.394ff. OR) ergibt sich dadurch, dass der vorliegende Vertrag auf eine gewisse wirtschaftliche Abhängigkeit des Agenten vom Auftraggeber angelegt ist. Die Möglichkeit des jederzeitigen freien Widerrufs (Art.404 OR) ist von den Parteien ausgeschlossen worden; an ihrer Stelle sind bestimmte Auflösungsmodalitäten im Sinne der Art.418p - Art.418r OR verabredet worden. Die Bestimmungen über die Mäkelei (Art.412ff. OR) finden ebenfalls keine Anwendung, weil die TCTC im Gegensatz zum Mäkler die Pflicht zum Tätigwerden trifft und sie zudem als direkter Stellvertreter für die Partnerbanken Verträge in einem ihnen überlassenen Geschäftsbereich abschliessen¹¹. Ein Kommissionsvertragsverhältnis gemäss Art.425ff. OR kann deshalb nicht vorliegen, weil die TCTC keine Verträge über den An- und Verkauf von Wertpapieren in eigenem Namen auf Rechnung des Auftraggebers gegen Entgelt abschliesst¹². Die Vereinbarungen mit anderen Korrespondenten stellen i.d.R. auftragsähnliche Kontrakte dar¹³; der Reisecheckvertrag sowie der Begebungsvertrag, den die TCTC als direkter Stellvertreter der Partnerbanken mit dem SBTC-Erwerber abschliessen, können ebenfalls nicht als Kaufverträge über Wertpapiere qualifiziert werden¹⁴.

Die gesetzliche Vermutung von Art.418e Abs.2 OR, wonach der Agent zur Entgegennahme von Zahlungen als nicht ermächtigt gilt, ist im konkreten Vertrag im Zusammenhang mit dem Ab-

11 Vgl. zu diesen Abrenzungskriterien HOFSTETTER, SPR VII/2 139; BUCHER, II, 173f.; VON BÜREN, II, 220.

12 Vgl. zu diesen den Kommissionsvertrag charakterisierenden Elementen HOFSTETTER, SPR VII/2 139 und 150f.: BUCHER, II, 173f. und 179; vgl. auch hinten IV.2. zur Abgrenzung zwischen Auftrag und Kommission bei der Einlösung.

13 Vgl. hinten III.2. und IV.2.

14 Vgl. eingehend zum Reisecheckvertrag als Innominatkontrakt §8.

schluss des Reisecheckvertrages und der damit verbundenen Leistung des Entgelts an den Agenten irrelevant. Das Cook-Agreement enthält eine solche Inkassovollmacht, die dem Kunden zudem damit zur Kenntnis gebracht wird, dass diesem die auf den Namen der Partnerbanken lautende Verkaufsanzeige vorgelegt wird und die SBTC-Urkunden übergeben werden¹⁵.

Dadurch, dass dem Agenten über die gesetzlichen Mindestaufgaben (Vermittlung oder Abschluss von Verträgen) hinaus weitere Aufgaben zugewiesen sind (Inkasso, allgemeine Förderung des SBTC-Verkehrs und Förderung der Erfüllung von abgeschlossenen Verträgen, z.B. im Zusammenhang mit dem Refund), ändert sich grundsätzlich nichts an der agenturvertraglichen Qualifikation des Cook-Agreements¹⁶. Indessen ist nicht zu verkennen, dass die Pflicht der TCTC zur sicheren Verwahrung der ausgestellten SBTC-Urkunden in den sog. Bulk Stock Centres und anderen Depotstellen¹⁷ über die in Art.418f Abs.1 OR vorgesehene Zurverfügungstellung der für eine erfolgreiche Tätigkeit des Agenten notwendigen Unterlagen¹⁸ hinausgeht und ein für den Agenturvertrag typenfremdes Merkmal darstellt. In diesem Bereich ergibt sich zusätzlich ein hinterlegungsvertragliches Element im Sinne von Art.472ff. OR (sichere Verwahrung der im Eigentum der Partnerbanken verbleibenden, ausgestellten aber noch nicht begebenen SBTC-Urkunden).

Dazu gesellt sich zudem ein auftragsrechliches Element, indem die TCTC zur Entgegennahme der SBTC in direkter oder indirek-

15 Vgl. zur Inkassovollmacht GAUTSCHI, Art.418e N 6aff.

16 Vgl. dazu auch BGE 83 II 38, sowie §8.II.3.a. zur klassenlogischen und zur typenlogischen Betrachtungsweise bei der Ermittlung der Vertragsnatur.

17 Vgl. dazu §4.II.3.

18 Vgl. dazu GAUTSCHI, Art.418f N 3aff.

ter¹⁹ Stellvertretung beauftragt ist. Diese Leistungspflicht entspricht nicht mehr dem Typus des Agenturvertrages, welcher grundsätzlich nur die Vermittlung oder den Abschluss von Rechtsgeschäften in direkter Stellvertretung erfasst, nicht aber zugleich die Erfüllung dieser Verträge durch den Beauftragten in - allenfalls indirekter - Stellvertretung²⁰.

Obschon das Cook-Agreement also Tatbestandselemente verschiedener gesetzlich normierter Verträge enthält, liegt kein gemischter Vertrag vor²¹. Es handelt sich nämlich nicht um die Kombination mehrerer Hauptleistungen bzw. um den Austausch von Hauptleistungen oder um einen Vertrag mit Typenvermischung²², sondern um einen typischen Agenturvertrag mit Beimischung: Grundlage bildet der Agenturvertrag, der die Hauptleistungen definiert (allgemeine Förderung des SBTC-Verkehrs, Abschluss von Verträgen in einem bestimmten Sachbereich). Das hinterlegungsvertragliche Element bildet lediglich eine im Verhältnis zu Art.418f OR untergeordnete Nebenleistung, die dazu dient, den Hauptzweck des Vertrages zu bewirken²³. Dasselbe gilt in bezug auf das auftragsrechtliche Element bei der Einlösung; auch diese Leistungspflicht des Agenten soll der Förderung der Erfüllung von Rechtsgeschäften dienen, die der Agent ab-

19 Der Abschlussagent ist hingegen stets direkter Stellvertreter; vgl. HOFSTETTER, SPR VII/2 136 und 139; BUCHER, II, 173; BGE 108 II 120.

20 Vgl. auch BGE 108 II 120ff.; vgl. ausführlich zum Inhalt des Auftrages auf Einlösung bzw. Entgegennahme des SBTC hinten IV.

21 Vgl. zum Begriff des gemischten Vertrages MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1135, 1f.; SCHLUEP, SPR VII/2 772ff.

22 Vgl. zu diesen Erscheinungsformen des gemischten Vertrages SCHLUEP, SPR VII/2 775f.; MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1135, 3f.

23 Vgl. zu diesem Merkmal des typischen Vertrages mit Beimischung SCHLUEP, SPR VII/2 774; BECKER, Art.19 N 14.

geschlossen hat²⁴. Diese beiden Elemente vermögen den Agenturvertrag nicht in typenverfremdender Weise zu verändern, sondern ergänzen ihn im Sinne von untergeordneten Nebenleistungen. Deshalb liegt kein Innominatkontrakt in der Form eines gemischten Vertrages vor, sondern ein typischer Agenturvertrag mit atypischen Beimischungen²⁵. Mithin ist grundsätzlich das Agenturvertragsrecht der Art.418aff. OR massgebend; für die Nebenleistungen dagegen kommen die Bestimmungen ihrer Vertragstypen analog zur Anwendung, soweit diese mit den agenturvertraglichen Regeln vereinbar sind²⁶. Dieses Vorgehen ist zu unterscheiden von jenem nach der Absorptions-theorie, wonach immer (und nur) das Recht jenes gesetzlichen Vertragstypus anzuwenden ist, der überwiegt²⁷. Zu beachten allerdings gilt es, dass die gesetzlichen Bestimmungen nur dann und nur soweit Anwendung finden, als sie zwingend sind oder als der Vertrag als primäre Rechtsquelle (Art.18 Abs.1 OR) auch nach Auslegung mittels des Vertrauensprinzips keine Antwort auf ein konkretes Problem gibt. In diesem Falle liegt eine Vertragslücke vor, die durch den Beizug der Vertragstypenregelung und allenfalls der Lückenschliessung modo legislatoris (Art.1 Abs.2 und 3 ZGB) zu schliessen ist²⁸.

24 Vgl. auch BGE 83 II 38.

25 Vgl. zur Abgrenzung von gemischtem Vertrag und Vertrag mit atypischer Beimischung SCHLUEP, SPR VII/2 773f.; BECKER, Art.19 N 14; anders MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1135, 3, und GUHL/MERZ/KUMMER, 297f., die den Vertrag mit atypischer Beimischung als Form des gemischten Vertrages betrachten.

26 BECKER, Art.19 N 14; SCHLUEP, SPR VII/2 774; vgl. auch BGE 108 II 120ff., und GUHL/MERZ/KUMMER, 297. MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1135, 5f., tritt dagegen für ein Vorgehen nach Art.1 ZGB ein.

27 Vgl. dazu MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1135, 4; SCHLUEP, SPR VII/2, 801; JÄGGI/GAUCH, Art.18 N 551.

28 Vgl. zum Ganzen MEIER-HAYOZ, SJK Nr.1134, 4ff.; SCHLUEP, SPR VII/2 781ff; JÄGGI/GAUCH, Art.18 N 481ff.

3. Bedeutung des Agreements für den SBTC-Benützer

Das Agreement zwischen den Partnerbanken und der TCTC hat besondere Bedeutung für den SBTC-Benützer: Einerseits kann auf Grund des weitverzweigten Netzes von TCTC-Verkaufsstellen der SBTC weltweit erworben werden, was vor allem für den Ingoing-Tourismus bedeutsam ist. Für den Outgoing-Tourismus, d.h. für von der Schweiz ins Ausland führende Reisen, stellt die TCTC ein gut ausgebautes Refund- und Ein- bzw. Auszahlungsstellen-netz zur Verfügung.

Vor allem in der deutschen Literatur ist immer wieder die Frage diskutiert worden, ob aus dem Vertrag zwischen dem Emittenten und einem Korrespondenten auf Einlösung bzw. Entgegennahme von Reisechecks durch den Korrespondenten auch ein selbständiges Forderungsrecht des Reisecheckbenützers gegen den Korrespondenten im Sinne eines echten Vertrages zugunsten Dritter abgeleitet werden könne²⁹. Die Frage, ob ein solcher echter Vertrag zugunsten Dritter gemäss Art.112 Abs.2 OR vorliegt, muss primär durch Auslegung des Cook-Agreements beantwortet werden; daneben könnte sich ein selbständiges Forderungsrecht auch ergeben, wenn es der Übung entspricht oder aus dem Zweck des Vertrages gefolgert werden kann³⁰.

Weder Wortlaut des Cook-Agreements noch Auslegung und Zweck lassen auf eine Drittbegünstigung im Sinne von Art.112 Abs.2 OR schliessen. Eine solche würde auch nicht einer allgemeinen

29 Vgl. etwa CANARIS, Rdn.861; HEINICHEN, 103f.; JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 155; ODEFÉY, 214f.

30 Vgl. GAUCH/SCHLUEP/JÄGGI, Nr.2559ff.; VON TUHR/ESCHER, 240ff.; VON BÜREN, I, 181; BECKER, Art.112 N 14ff.; BGE 88 II 360ff.; 86 II 257f.

Übung im Reisecheckverkehr entsprechen³¹. Immerhin enthält die Rückseite der Verkaufsanzeige den Hinweis, die SBTC würden "eingelöst ... bei Thomas Cook, vielen Banken ... usw."³². Aus diesem Hinweis kann nach Treu und Glauben kein echter Vertrag zugunsten Dritter abgeleitet werden. Vielmehr muss dieser in dem Sinne verstanden werden, dass alle Niederlassungen der TCTC berechtigt sind, den SBTC einzulösen oder in eigenem Namen anzukaufen und ihrerseits das verbriefte Recht gegen die Partnerbanken geltend zu machen³³. Auf die Interessenlage des Dritten allein kann es nicht ankommen, ob eine Drittbegünstigung angenommen werden kann oder nicht³⁴. Zudem ist der SBTC-Benützer nur Leistungsempfänger eines ihm zugute kommenden Auftrages³⁵ der Partnerbanken an die TCTC, weshalb er angesichts des Widerrufsrechts und des alleinigen Weisungsrechts des Auftraggebers die Ausführung dieses Auftrages nicht selbständig verlangen kann³⁶.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Cook-Agreement dem SBTC-Benützer zwar erhebliche Vorteile bringt, ihm aber kein selbständiges Forderungsrecht im Sinne von Art.112 Abs.2 OR gegen die TCTC einräumt.

31 So auch die vorn in FN 29 zitierte deutsche Lehre; vgl. auch die Kasuistik bei VON TUHR/ESCHER, 240ff., und bei BECKER, Art.112 N 17.

32 Vgl. Anhang B.

33 Vgl. auch §4.IV.3.; §6.II.3.d.aa.; §8.III.2.c.

34 Vgl. VON BÜREN, I, 181; BECKER, Art.112 N 16f.

35 Vgl. dazu vorn II.2.b.

36 Vgl. VON TUHR/ESCHER, 243.

III. Das Verhältnis zu den Verkaufsstellen

1. Grundlagen

Die Partnerbanken haben in Zusammenarbeit mit der TCTC ein weltweites Netz von über 10'000 Verkaufsstellen errichtet. Neben den Partnerbanken und den Niederlassungen und Agenturen der TCTC³⁷ übernehmen weitere Banken, Reisebüros, Transportunternehmen, Wechselstuben usw. den "Verkauf" von SBTC. Zahlreiche dieser Verkaufsstellen fungieren zugleich als Depotstellen³⁸. Für die Errichtung des Verkaufsstellennetzes ausserhalb der Schweiz ist primär die TCTC zuständig, die als Stellvertreter der Partnerbanken vertragliche Beziehungen zu neuen Korrespondenten herstellt.

Wesentlicher Gegenstand der Vereinbarung zwischen der Verkaufsstelle und den Partnerbanken ist die Verpflichtung der Verkaufsstelle zur Ausgabe von SBTC, d.h. der Abschluss des Reisecheckvertrages und des Begebungsvertrages mit dem SBTC-Erwerber in Vertretung (Art.32ff. OR) der Partnerbanken auf der Grundlage der Verkaufsinstruktionen. Als Gegenleistung erhält die Verkaufsstelle entweder die ganze oder 3/4 der Verkaufskommission in der Höhe von 1% des SBTC-Nennwerts³⁹.

2. Rechtsnatur

Die Verträge zwischen den Partnerbanken und den Verkaufsstellen können verschiedenartig ausgestaltet sein. Grundsätzlich dürfte es sich dabei um typische Verträge mit atypischer Ne-

37 Vgl. dazu vorn II.2.

38 Vgl. dazu eingehend §4.II.3.

39 Vgl. §4.IV.2

benleistung handeln⁴⁰, die sich primär aus auftragsrechtlichen (Art.394ff. OR) oder gar agenturvertraglichen Elementen (Art.418aff. OR) und aus hinterlegungsvertraglichen Nebenleistungen (Art.472ff. OR) zusammensetzen⁴¹.

Das hinterlegungsvertragliche Element ergibt sich - besonders bei den Depotstellen - aus der Pflicht zur sorgfältigen Aufbewahrung der SBTC-Urkunden (Art.472 Abs.1 OR)⁴², wobei an das Mass der Sorgfalt besonders hohe Anforderungen gestellt werden müssen. Kommen nämlich die zwar ausgestellten aber noch nicht begebenen SBTC-Urkunden der Verkaufsstelle abhandeln, so könnte diese trotz fehlendem Begebungsvertrag den Rechtsschein eines gültigen Wertpapiers erwecken⁴³ und bei den Partnerbanken erhebliche Verluste bewirken.

Die Hinterlegungspflicht ist aber nur eigentliche Nebenleistung im Hinblick auf die Pflicht der Verkaufsstellen, entsprechend der Nachfrage durch den Kunden auf der Grundlage der Verkaufsanzeige und der Verkaufsinstruktionen mit diesem als Vertreterin der Partnerbanken den Reisecheckvertrag und den Begebungsvertrag abzuschliessen. In dieser Hinsicht liegt primär ein einfacher Auftrag (Art.394ff. OR) oder ein Agenturvertrag gemäss Art.418aff. OR vor⁴⁴, wobei auf Grund der zumeist auf Dauerhaftigkeit ausgerichteten Verhältnisse die

40 Vgl. dazu vorn II.2.b. und dort FN 25.

41 Vgl. GUHL/MERZ/KUMMER, 511; so auch HEINICHEN, 96, und ODEFY, 186f., für den DM-Reisescheckverkehr; zu eng dagegen KÄSER, ZKW 1962 402, der nur einen Verwahrungsvertrag gemäss den §§688ff. BGB annimmt.

42 Vgl. dazu vorn II.2.b.

43 Vgl. §6.I.2.a.bb.

44 Als typischer Vertrag mit Beimischung hinterlegungsvertraglicher Elemente, vgl. dazu vorn II.2.b.; vgl. dort auch die Abgrenzung zur Kommission und zur Mäkelei.

Qualifikation als Agenturvertrag im Vordergrund stehen dürfte.

IV. Das Verhältnis zu den Einlösungsstellen

1. Grundlagen

Neben einem gut ausgebauten Verkaufsstellennetz ist vor allem auch das Vorhandensein eines weltweiten Netzes von Korrespondenten, die den Reisecheck entgegennehmen, Grundbedingung einer erfolgreichen Tätigkeit im Reisecheckmarkt. Neben den Auslandsniederlassungen der Partnerbanken und den Thomas-Cook-Agenturen nehmen verschiedene andere Stellen den SBTC auf vertraglicher Grundlage mit den Partnerbanken entgegen. Sie sind mithin Korrespondenten der Partnerbanken. Handelt der Korrespondent zudem im Namen derselben, so ist er als Einlösungsstelle zu betrachten⁴⁵.

Massgebendes Kriterium zur Unterscheidung von Korrespondenten und anderen den SBTC entgegennehmenden Dritten ist also, ob die entgegennehmende Stelle kraft vertraglicher Vereinbarung oder aus eigenem Recht und Antrieb tätig wird⁴⁶. Ein solcher Vertrag kommt nicht schon durch das Versenden der Einlöseinstruktionen an verschiedene Zahlstellen durch die Partnerbanken oder durch die TCTC⁴⁷ bzw. durch den Besitz der Einlöseinstruktionen zustande. Die Einlöseinstruktionen haben le-

45 Vgl. §4.II.5.a.; vgl. zur Konkretisierung auch nachfolgend 2.

46 Zum Tatbestand der Entgegennahme des SBTC durch Dritte, die nicht in vertraglicher Verbindung zu den Partnerbanken stehen, vgl. §11.

47 Vgl. vorn II.2.a.

diglich informativen Charakter⁴⁸. Vielmehr bedarf es einer übereinstimmenden Willensäusserung zwischen den Partnerbanken und dem Dritten, die auf die Verpflichtung des Dritten zur Entgegennahme von SBTC gerichtet ist.

2. Rechtsnatur

Gegenstand der vertraglichen Vereinbarung zwischen den Partnerbanken und dem Korrespondenten ist die Entgegennahme der SBTC durch den Korrespondenten auf der Grundlage der Einlösungsrichtlinien. Letztere bestimmen weitgehend die Art der geschuldeten Tätigkeit und die geforderte Sorgfalt.

Dieser Vertrag kann grundsätzlich als einfacher Auftrag im Sinne der Art.394ff. OR qualifiziert werden. Der Korrespondent verpflichtet⁴⁹ sich zur Befriedigung des SBTC-Benützers durch Entgegennahme der ihm ordnungsgemäss präsentierten SBTC in direkter oder indirekter Stellvertretung⁵⁰ und durch Leistung des Gegenwertes. Nimmt der Korrespondent den SBTC im Namen der Partnerbanken entgegen, so erfüllt er als direkter Vertreter derselben die im SBTC verbriefte Schuld (Einlösung), weshalb letztere untergeht; diese Wirkung tritt unmittelbar bei den Partnerbanken ein⁵¹. Handelt der Korrespondent

48 G.M. ODEFÉY, 194; HEINICHEN, 100.

49 Den Beauftragten trifft eine echte Erfüllungspflicht; HOFSTETTER, SPR VII/2 69; BUCHER, II, 164; vgl. dagegen GAUTSCHI, Art.395 N 26, der die Auffassung vertritt, dass die Arbeitspflicht keine echte Obligation darstelle.

50 Rechtshandlungsaufträge können alternativ in direkter oder indirekter Stellvertretung ausgeführt werden; vgl. GAUTSCHI, Art.394 N 6; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.394 N 8; HOFSTETTER, SPR VII/2 39ff.

51 Vgl. §6.V.1.a.

dagegen in eigenem Namen⁵², so wird er aus dem Papier Berechtigter und das im SBTC verbriefte Recht geht nicht unter. Die Abwicklung des Auftragsverhältnisses verlangt deshalb die Erfüllung der erworbenen Rechte gegen den Auftraggeber durch diesen, damit das verbriefte Recht untergeht⁵³.

Grundsätzlich wird kein Kommissionsvertrag gemäss den Art. 425ff. OR anzunehmen sein, weil die Entgegennahme durch den Korrespondenten im Verhältnis zu den Partnerbanken unentgeltlich erfolgt; diese haben den Korrespondenten lediglich im Umfang der verbrieften Forderung zu befriedigen⁵⁴. Die Kommission ist jedoch per definitionem entgeltlich (Art. 425 Abs. 1 OR) und wird zudem nur für bestimmte Geschäfte abgeschlossen⁵⁵.

Ist die Einlösungstelle zugleich Verkaufsstelle, so kann sich die Einlösungspflicht auch aus einer besonderen Abrede des Agenturvertrages ergeben. Diese zusätzliche Pflicht entspricht aber nicht mehr dem Wesen des Agenturvertrages, sondern stellt einen zusätzlichen Auftrag gemäss Art. 394ff. OR dar. In diesem Falle handelt es sich also um einen Agenturvertrag mit Beimischung auftragrechtlicher Elemente⁵⁶.

52 Jeder, der durch Auftrag des Schuldners verpflichtet ist, diesen von der Schuld zu befreien, kann statt die übernommene Verpflichtung zu erfüllen dem Gläubiger die Forderung abkaufen; vgl. VON TUHR/ESCHER, 28 Anm. 33

53 Vgl. § 6. II. 3. d. aa.

54 Vgl. nachfolgend 3.

55 BUCHER, II, 174 und 179; HOFSTETTER, SPR VII/2 139 und 154; vgl. auch GAUTSCHI, Vorbemerkungen zum Fünfzehnten Titel (Die Kommission) N 1a und Art. 425 N 12.

56 Vgl. dazu eingehend vorn II. 2. b.

3. Der Anspruch des Korrespondenten auf Befriedigung durch die Partnerbanken

a. Grundlagen

Auf Grund der Ausführung des einfachen Auftrags steht dem Korrespondenten gemäss Art.402 Abs.1 OR grundsätzlich ein Anspruch auf Erstattung der Auslagen, die er zum Zwecke der Ausführung des Auftrags gemacht hat, zu. Bei diesen Auslagen⁵⁷ handelt es sich regelmässig um die Erstattung des SBTC-Nominalwertes an den Vorweiser der Urkunde. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich hierbei nicht, denn diese Auslagen sind sowohl vom Auftraggeber als auch vom Beauftragten gewollt⁵⁸.

Für die Art des Anspruches des Korrespondenten auf die Befriedigung durch die Partnerbanken ist vor allem die Bedeutung der SBTC-Urkunde massgebend:

- Hat der Korrespondent als direkter Stellvertreter gehandelt, ist das im SBTC verbriefte Recht untergegangen. Die Urkunde dient ihm also lediglich als Beweis der Erfüllung gegenüber dem Dritten. Für die getätigten Auslagen steht ihm also ein Ersatzanspruch aus Art.402 Abs.1 OR zu. Weil die Urkunde trotz dem untergegangenen Recht noch den Rechtsschein erwecken kann⁵⁹, trifft den Korrespondenten aber zugleich die in Art.400 Abs.1 OR statuierte Pflicht zur Aushändigung der Urkunde an die Partnerbanken⁶⁰. Der

57 Vgl. zur Terminologie der Auslagen GAUTSCHI, Art.402 N 10aff.; HOFSTETTER, SPR VII/2 64f.; BECKER, Art.402 N 1ff.

58 Vgl. auch BUCHER, II, 167; BECKER, Art.402 N 2.

59 Vgl. §6.V.2.a.

60 Vgl. GAUTSCHI, Art.400 N 7e; BECKER, Art.400 N 6.

Auslagenersatzanspruch kann also nur mit der Aushändigung der Urkunde, allenfalls aber auch durch die Erbringung des Beweises, dass das Papier entkräftet ist⁶¹, geltend gemacht werden⁶².

- Hat der Korrespondent die SBTC-Urkunde dagegen in eigenem Namen durch Indossament erworben, mithin als indirekter Stellvertreter, so ist er aus der Urkunde Berechtigter. Die Aufwendungen, die der Korrespondent getätigt hat, stellen daher keine Auslagen im Sinne von Art.402 Abs.1 OR dar, sondern bilden den Kaufpreis für die erworbene Forderung⁶³. Folgerichtig besteht für den in indirekter Stellvertretung handelnden Korrespondenten kein Auslagenersatzanspruch aus Auftrag, sondern ein Erfüllungsanspruch aus Wertpapier⁶⁴. Mithin ist ausschliesslich die urkundenrechtliche Rechtslage massgebend⁶⁵. Dieser Tatbestand ist gleich zu behandeln wie die Geltendmachung des verbrieften Rechts durch irgendeinen berechtigten Vorweiser der Urkunde (Art. 966 OR)⁶⁶.

b. Voraussetzungen des Auslagenersatzanspruchs

Der Auslagenersatzanspruch des in direkter Stellvertretung handelnden Korrespondenten ist abhängig von der richtigen Ausführung des Auftrages (Art.402 Abs.1 OR). Die Erfüllung ist nur dann richtig, wenn die Leistung vertrags- und wei-

61 Vgl. §6.V.2.

62 Vgl. dazu auch VON TUHR/ESCHER, 67ff.

63 Vgl. dazu §11.II.

64 So auch STÜCKRADT, ZKW 1966 864.

65 Vgl. eingehend dazu die Bemerkungen in §10.II.2.

66 Vgl. dazu §6.IV. und §10.

sungsgemäss sowie sorgfältig vorgenommen wurde und an die berechnete Person erfolgt ist⁶⁷. Grundlage bilden hierfür die Einlöseinstruktionen der Partnerbanken: Sie stellen Weisungen des Auftraggebers gemäss Art.397 OR dar und konkretisieren zugleich die geschuldete Sorgfalt bei der Entgegennahme der SBTC-Urkunden⁶⁸. Weil es sich bei der Entgegennahme im Sinne einer Erfüllung um einen wertpapierrechtlichen Vorgang handelt, müssen betreffend der Prüfungs- und Sorgfaltspflichten des Korrespondenten die wertpapierrechtlichen Massstäbe angewendet werden: Leistung nur gegen Aushändigung des Papiers, Prüfung der formellen Lückenlosigkeit der Indossamentenkette durch summarischen Vergleich der Unterschriften, allenfalls Vorlage eines amtlichen Ausweises, evtl. Entgegennahme nur zum Inkasso⁶⁹.

Die Ausführung ist mithin dann eine richtige, wenn der Korrespondent ohne grobfahrlässig oder arglistig zu handeln alle von den Partnerbanken aufgestellten Weisungen, die allenfalls vom SBTC mitgeteilte Sperrliste⁷⁰ und die vom Gesetz geforderten Massnahmen⁷¹ beachtet hat⁷². Der Aufwendungsersatzanspruch muss also auch dann bestehen, wenn der Korrespondent trotz Beachtung dieser Vorschriften an einen Nichtberechtigten geleistet hat. Die Richtigkeit der Auftragsausführung bestimmt sich anhand der Weisungen des Auftraggebers und der gesetzlichen Verhaltensmassregeln. Indem Art.966 Abs. 2 OR

67 Vgl. GAUTSCHI, Art.402 N 7ff.

68 Vgl. dazu §4.IV.3.b.

69 Vgl. ausführlich dazu §6.III.1. und V.; vgl. auch die Ziff.2.4 bis 2.7 der Einlöseinstruktionen, Anhang D.

70 Vgl. dazu §13.II.

71 Vgl. Art.966 Abs.2 OR, Art.1006 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR, Art.1030 Abs.3 OR, Art.1121 OR per analogiam.

72 G.M. HEINICHEN, 98.

bestimmt, wann die Erfüllung einer wertpapierrechtlich verbrieften Schuld befreiende Wirkung hat⁷³ und die Art.1006 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR, Art.1030 Abs.3 OR sowie Art.1121 OR per analogiam den Massstab für die Sorgfaltspflichten aufstellen, konkretisieren sie auch den Massstab zur Beurteilung, wann ein Auftrag auf Erfüllung einer wertpapierrechtlich verbrieften Schuld durch den Beauftragten richtig erfüllt ist. Diese Regeln sind zwar auf die Erfüllung durch den Schuldner zugeschnitten, müssen aber auch für dessen Vertreter Geltung haben.

Bei der Beurteilung der Frage, ob der Korrespondent richtig, somit auch an die richtige Person geleistet hat, ist also nicht die objektive Rechtslage massgebend, sondern diejenige, die sich aus den wertpapierrechtlichen Normen und den Weisungen des Auftraggebers ergibt⁷⁴. Mithin ist der Aufwendungersatzanspruch des Korrespondenten, der trotz Beachtung aller vertraglicher und gesetzlicher Sorgfaltspflichten und Massregeln an den materiell Nichtberechtigten geleistet hat, gemäss Art.402 Abs.1 OR zu schützen⁷⁵. Durch die Beachtung dieses Vorgehens ist sichergestellt, dass der in direkter Stellver-

73 Vgl. dazu §6.V.1.a.

74 VON TUHR/ESCHER, 22f.; ähnlich schon VON TUHR, SJZ 1924/25 334, und BECKER, Art.402 N 4f.; a.A. GAUTSCHI, Art.402 N 7; VON BÜREN, II, 138f; BGE 51 II 188. Folgt man der hier vertretenen Ansicht nicht, so kann der Beauftragte aber einen Schadenersatzanspruch aus Art.402 Abs.2 OR ableiten; beim unentgeltlichen Auftrag ist zudem der Exkulpationsbeweis nicht zugelassen; vgl. GAUTSCHI, Art.402 N 20ff, insb. N 23; VON BÜREN, II, 139; BUCHER, II, 167; HOFSTETTER, SPR VII/2 65f.; BGE 59 II 256ff.; 51 II 187f.

75 BECKER, Art.402 N 4f.; VON TUHR, SJZ 1924/25 334; a.A. GAUTSCHI, Art.402 N 7; VON BÜREN, II, 138f.; BGE 51 II 188; unklar bezüglich dieses Falles HOFSTETTER, SPR VII/2 65, und OSER/SCHÖNENBERGER, Art.402 N 4 und N 11. Ähnlich für den DM-Reisescheck in der Beurteilung dieses Falles nach deutschem Recht HEINICHEN, 99; ODEFEY, 233f.; CANARIS, Rdn.872ff.; KÄSER, ZKW 1962 402; JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 155; so auch schon DYCKERHOFF, Bank-Archiv 1926/27 270.

tretung handelnde Korrespondent nach gleichen Massstäben behandelt wird wie jener, der den SBTC in eigenem Namen ankauft und ihn seinerseits geltend macht; lediglich die Anspruchsgrundlage ist eine andere.

§10 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN PARTNERBANKEN UND DEN DRITTERWERBERN BEI DER EINLÖSUNG

I. Allgemeines

1. Das massgebliche Rechtsverhältnis

Wird der SBTC an einen Dritten, d.h. an einen Nicht-Korrespondenten übertragen und von diesem bei den Partnerbanken geltend gemacht, so stellt sich die Frage nach der Bedeutung und der Rechtsnatur des Rechtsverhältnisses zwischen den Partnerbanken und dem Dritten. Hierbei ist vor allem bedeutsam, in welcher Rechtsposition der Dritte den Partnerbanken gegenübertritt. Es sind fünf Fälle voneinander zu unterscheiden:

- Der Dritte hat durch **Vollindossament**¹ die vollumfängliche Rechtszuständigkeit am SBTC erworben (Übertragungswirkung)²; er macht also sein eigenes Recht geltend.
- Ist das Vollindossament fiduziarisch erteilt, wird der Dritte dennoch alleiniger Rechtszuständiger aus dem SBTC³. Bezüglich der Einredebeschränkung gilt dies allerdings nur soweit, als der Fiduziar das Recht in eigenem Interesse geltend macht⁴.

1 Vgl. dazu §6.II.3.C.aa.

2 Vgl. §6.II.4.b.

3 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 135f.; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 69.

4 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §5 N 136; vgl. auch allgemein zum Problem der fiduziarischen Rechtsübertragung beim Check VON DER CRONE-SCHMOCKER, 70ff.

- Neben der rechtsgeschäftlichen Übertragung kann ein Dritter auch ex lege Rechtsnachfolger werden (z.B. im Erbfall). Weil dannzumal meistens die formelle Legitimation des Rechtsnachfolgers fehlt, muss dieser den Mangel durch Beibringung einer behördlichen Bescheinigung beheben. Erbringt er diesen Legitimationsnachweis, so kann er sein eigenes Recht geltend machen, obschon ihm gegenüber alle Einreden geltend gemacht werden können, die den Partnerbanken gegen seinen Rechtsvorgänger zustanden⁵.
- Ist das Indossament als offenes Vollmachtsindossament ausgestaltet, so tritt kein Übergang der verbrieften Rechte auf den Dritten ein; zudem ist die Legitimationswirkung zugunsten des Dritten beschränkt ("nur zum Inkasso"). Der Dritte macht also ein fremdes Recht in fremdem Namen geltend⁶. Es gilt die Einredeordnung von Art.1008 Abs.2 OR.
- Wurde der SBTC durch ein verdecktes Vollmachtsindossament übertragen, so tritt zwar ebenfalls kein Übergang der Rechte auf den Dritten ein, wohl wird dieser aber formell uneingeschränkt zur Geltendmachung der verbrieften Rechte legitimiert⁷. Der Dritte macht also ein fremdes Recht in eigenem Namen geltend; massgebend bleibt jedoch die Einredenlage analog Art.1008 Abs.2 OR⁸.

Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, dass bei der Einlösung des SBTC durch einen Dritten der konkrete Vorweiser der Urkunde nicht immer ein eigenes Recht geltend macht. Für die

5 Vgl. ausführlich dazu §6.II.5.

6 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 29ff.

7 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 33ff.

8 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §11 N 34; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 69.

Beurteilung der Rechtsverhältnisse bei der Einlösung ist aber das Verhältnis zwischen den Partnerbanken und dem rechtszuständigen Dritten massgebend. Im Falle des offenen wie des verdeckten Vollmachtsindossaments besteht das massgebliche Rechtsverhältnis zwischen den Partnerbanken und dem Indossanten⁹, beim gewöhnlichen und beim fiduziarischen Vollindossament dagegen ist das Verhältnis zwischen den Partnerbanken und dem Indossatar relevant. Erbringt der Erbe den Legitimationsnachweis, so ist er gegenüber den Partnerbanken forderungsberechtigt; immerhin ergibt sich für ihn eine besondere Lage hinsichtlich der Einreden.

2. Anmerkung zum Inkasso

Präsentiert ein Dritter, der ein fremdes Recht geltend macht, den SBTC (Inkasso), so muss die einlösende Stelle immerhin auch die Legitimation des Vorweisers prüfen, indem sie die Indossamentenkette auf ihre formelle Lückenlosigkeit zu überprüfen hat. Das an letzter Stelle stehende Vollmachtsindossament entfaltet, beim offenen Vollmachtsindossament allerdings nur beschränkt¹⁰, ebenfalls legitimierende Wirkung.

Im internationalen Verkehr kann es durchaus vorkommen, dass eine Bank den ihr erteilten Inkassoauftrag¹¹ nicht selbst ausführt, sondern diesen an eine andere Bank weitergibt¹². Oftmals erfolgt in diesem Falle eine Übergabe der Urkunde statt mittels Vollmachtsindossament durch blossen Stempelver-

9 Der Vorweiser macht ein fremdes Recht geltend; zum internen Verhältnis zwischen Indossant und Indossatar vgl. §11.

10 Vgl. vorn I.1.

11 Zur Rechtsnatur des Inkassoauftrages vgl. §11.II.2

12 Vgl. zu den Einlösungswegen §4.IV.3.a.

merk¹³. Ein solcher kann nur dann Wirkung entfalten, wenn er auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen den betreffenden Banken vorgenommen wird¹⁴. Ist dies der Fall¹⁵, so entfaltet er zudem nur vertragliche Wirkungen. Primär dient der Vermerk dann den betroffenen Banken als genügender Legitimationsausweis. Zu beachten aber ist, dass vom Inkassoindossanten, dem einreichenden Kunden also, immer ein Vollmachtsindossament verlangt wird¹⁶.

II. Qualifizierung des Rechtsverhältnisses

1. Massgeblichkeit der urkundenrechtlichen Lage

Der SBTC verbrieft eine unbedingte Geldforderung gegenüber den Partnerbanken. Erwirbt ein Dritter die vollumfängliche Rechtszuständigkeit am verbrieften Recht, so erfolgt dies zumeist auf der Grundlage eines Kaufs des SBTC¹⁷. Der Kaufvertrag stellt dann das Grundverhältnis, die causa, für die gül-

13 Der Stempelvermerk ist kein Indossament, weil ein solches gemäss Art.1003 Abs.1 OR i.V.m. Art.1085 OR eine eigenhändige Unterschrift des Indossanten tragen muss. Zum Stempelvermerk vgl. auch MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 99f., und VON DER CRONE-SCHMOCKER, 85f.

14 Vgl. VON DER CRONE-SCHMOCKER, 85f.; vgl. zum Inkasso-verhältnis §11.

15 Für den SBTC findet die Konvention XIII der Schweizerischen Bankiervereinigung grundsätzlich keine Anwendung, weil der SBTC kein Check ist; vgl. die Erläuterung dieser Konvention bei VON DER CRONE-SCHMOCKER, 79ff. In der Praxis dürfte dennoch nach dieser Konvention verfahren werden (vgl. z.B. den Hinweis in SBTC-Aktuell, 1/85, 4).

16 Vgl. Ziff.2.4 bis 2.7 der Einlöseinstruktionen.

17 Vgl. dazu §11.II.

tige wertpapierrechtliche Übertragung des verbrieften Rechts mittels Tradition und Indossament darl¹⁸.

Durch eine rechtswirksame Übertragung des SBTC ändert sich nur die Rechtszuständigkeit an der wertpapierrechtlich verbrieften Forderung, ohne dass sich weitere Besonderheiten für den SBTC ergeben würden. Der Dritte bedarf also zur Geltendmachung der im SBTC verbrieften Forderung gegenüber den Partnerbanken lediglich des Papiereigentums und des Nachweises seiner Berechtigung am verurkundeten Recht. Papierbesitz und Nachweis des derivativen Rechtserwerbs sind für die Geltendmachung des verbrieften Rechts notwendig, zugleich aber auch ausreichend¹⁹.

Das Rechtsverhältnis zwischen den Partnerbanken und dem Dritterwerber bei der Einlösung bestimmt sich mithin durch die urkundenrechtliche Lage. Grundlage für die Qualifizierung der Verhältnisse bei der Geltendmachung bzw. bei der Einlösung bilden also die Art.966 OR und Art.1030 Abs.3 OR i.V.m. Art.1152 Abs.2 OR sowie Art.1121 per analogiam²⁰.

2. Fehlender Anspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag

In der überwiegenden deutschen Lehre wird dem Dritterwerber eines DM-Reiseschecks nur ein Auslagenersatzanspruch gegen

18 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 232ff.; vgl. ausführlich dazu §6.II.

19 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 216ff.; vgl. im Einzelnen dazu §6.VI.

20 Vgl. dazu auch §6.IV. und §9.IV.3.

den Emittenten aus Geschäftsführung ohne Auftrag zuerkannt²¹. Für den Erwerber eines SBTC muss ein solcher Anspruch abgelehnt werden, nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass der SBTC im Gegensatz zum DM-Reisescheck eine unbedingte Forderung verbrieft und kein Check ist²².

Der Dritte erwirbt durch den Kauf eines SBTC ein eigenes Forderungsrecht gegenüber den Partnerbanken. Es liegt keine Erfüllung für den Schuldner vor, sondern ein rechtsgeschäftlicher Übergang der Rechtszuständigkeit an der verbrieften Forderung auf den Dritten. Die Leistung des Dritten an den Rechtsvorgänger erfolgt nicht im Interesse des Schuldners, sondern stellt den Kaufpreis für den Erwerb der SBTC-Forderung zu eigenem Recht und in eigenem Interesse dar. Dadurch, dass der Dritte ein eigenes Wertpapierrecht geltend macht, ist ein Auslagenersatzanspruch aus Art.422 OR per definitionem ausgeschlossen²³. Zudem stellt die Entgegennahme des SBTC durch einen Dritten kein objektiv fremdes Geschäft dar²⁴, weshalb es einer subjektiven Zuordnung dieses Geschäfts bedürfte²⁵, dessen Nachweis der Geschäftsführer wohl kaum erbringen könnte.

21 Vgl. CANARIS, Rdn.862, der immerhin den Anspruch aus abgeleitetem Recht erwähnt; HEINICHEN, 101f.; KÄSER, ZKW 1962 402; so wohl auch JUSTAT/MAUER, ZKW 1965 155ff.; a.A. STÜCKRADT, ZKW 1966 864.

22 Vgl. dazu §3.II.2. und §16.

23 Vgl. GAUTSCHI, Vorbemerkungen zum Vierzehnten Titel (Die Geschäftsführung ohne Auftrag) N 28g a.E. und N 14a; VON TUHR/ESCHER, 27f.; g.M. auch STÜCKRADT, ZKW 1966 864, bezüglich eines Amexco-Travelers-Cheques.

24 So immerhin auch HEINICHEN, 101.

25 Vgl. dazu HOFSTETTER, SPR VII/2 199ff.; GUHL/MERZ/KUMMER, 468; BUCHER, II, 191.

Abschliessend ist zu bemerken, dass die Geschäftsführung ohne Auftrag im schweizerischen Recht zur allgemeinen Begründung von Regressansprüchen untauglich ist²⁶. Gerade im Bereich der Wertpapiere regelt das Gesetz hinreichend, wie und unter welchen Voraussetzungen ein Dritter, der eine gegen den Schuldner gerichtete wertpapierrechtlich verbriefte Forderung erworben hat, sich beim Schuldner befriedigen kann. Das Wesen des Wertpapiers liegt ja gerade darin, dass ein einmal verbrieftes Recht unter Vorbehalt der Kraftloserklärung weder ohne Urkunde geltend gemacht noch vom Verpflichteten mit befreiender Wirkung erfüllt werden kann²⁷. Ein Umweg der Befriedigung über die Geschäftsführung ohne Auftrag muss deshalb ausgeschlossen werden.

26 HOFSTETTER, SPR VII/2 180; so wohl auch VON BÜREN, II, 330ff.

27 Vgl. dazu auch die vervollständigte und präzisierte Umschreibung des Wertpapierbegriffs bei MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §3 N 17.

§11 DAS RECHTSVERHÄLTNIS ZWISCHEN ERST- UND DRITTERWERBER BEI DER ÜBERTRAGUNG

I. Grundlagen

Der SBTC ist ein Ordrepapier, das folgerichtig mittels Tradition und Indossament übertragen wird¹. Entsprechend dem kausalen Charakter der Übertragung von Wertpapieren ist zur rechtswirksamen Übertragung des SBTC und des darin verbrieften Rechts ein gültiges obligatorisches Grundgeschäft erforderlich². Die Wirkung der Verfügung über den SBTC mittels Tradition und Indossament ist also von der Gültigkeit des zugrundeliegenden Verpflichtungsgeschäftes abhängig.

Besonders auf Grund der teilweise ungenauen Terminologie im Reisecheckverkehr³ ist der Tatbestand der Übertragung streng von der Einlösung im technischen Sinne zu unterscheiden:

- Nimmt der Dritte den SBTC in eigenem Namen und auf eigene Rechnung entgegen, so liegt eine rechtsgeschäftliche Übertragung zu Vollrecht vor.
- Nimmt der Dritte den SBTC lediglich mit dem Auftrag zur Einkassierung der verbrieften Geldforderung für den Auftraggeber entgegen, so liegt nur - aber immerhin - eine beschränkt wirksame Übertragung vor⁴.

1 Vgl. §6.II.

2 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §2 N 232; JÄGGI, Art.967 N 162; RIBI, 83ff.; BEELER, 67.

3 Vgl. dazu auch §4.II.5.a.

4 Vgl. §6.II.3.c.bb. und hinten II.

- Handelt der den SBTC entgegennehmende Dritte im Namen und auf Rechnung der Partnerbanken, so erfüllt er als deren Stellvertreter die wertpapierrechtlich verbriefte Schuld⁵. In diesem Falle liegt nicht eine Übertragung sondern die Einlösung des SBTC vor⁶; zwischen dem Dritten und dem Einreicher entsteht kein neues Rechtsverhältnis.

Im Folgenden werden also nur diejenigen Tatbestände zu untersuchen sein, die eine zumindest beschränkt wirksame Übertragung des SBTC auf der Grundlage eines obligatorischen Rechtsgeschäfts zum Inhalt haben.

II. Übertragung zu Vollrecht

Das der Übertragung des SBTC zugrundeliegende Verpflichtungsgeschäft stellt inhaltlich betrachtet einen Veräußerungsvertrag dar⁷. Welcher gesetzlich geregelte oder ungeregelte Vertragstypus vorliegt, kann nur im konkreten Fall beurteilt werden. Zumeist wird es sich hierbei um einen Kauf, um eine Schenkung oder allenfalls auch um einen Tausch handeln; aber auch Innominatkontrakte wie etwa eine Sicherungsübereignung wären denkbar⁸.

Verpflichtet sich der Dritte, den SBTC gegen Leistung der entsprechenden Geldsumme entgegenzunehmen, so liegt ein Fahr-

5 Vgl. §4.II.5.a. und §9.IV.3.a.

6 Vgl. §6.V.1.a.

7 Vgl. auch RIBI, 74.

8 Vgl. RIBI, 74.

nis-Kaufvertrag (Art.187ff. OR) vor⁹. Weil Recht und Urkunde beim Wertpapier grundsätzlich untrennbar miteinander verknüpft sind¹⁰, stellen Urkunde und verbrieftete Forderung einen einheitlichen Kaufgegenstand dar¹¹; die Veräusserung von Wertpapieren weist aber immerhin Sach- und Rechtskaufnatur auf¹².

Der Verkäufer haftet dem Erwerber des SBTC für den Bestand der Forderung zum Zeitpunkt der Übertragung, also z.B. dafür, dass das im Papier verbrieftete Recht besteht oder noch besteht und dass die Urkunde echt ist¹³. In der Literatur ist allerdings umstritten, ob sich diese Gewährleistungspflicht des Veräusserers aus Art.171 OR für die Forderungsabtretung¹⁴ oder aus den kaufrechtlichen Gewährleistungsvorschriften der Art.197ff. OR¹⁵ ergibt. M.E. rechtfertigt sich die Anwendung der strengen kaufrechtlichen Mängelrügeobliegenheiten gerade beim Kauf von Wertpapieren öffentlichen Glaubens nicht, würde doch der diesen Papieren vom Gesetz zuerkannte Verkehrs-

9 Zum Wertpapier als Gegenstand eines Kaufvertrages vgl. KELLER/LÖRTSCHER, 8, 117ff.; GIGER, Art.187 N 23; CAVIN, SPR VII/1 9; JÄGGI, Art.967 N 164.

10 Vgl. die vervollständigte und präzierte Umschreibung des Wertpapierbegriffs bei MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §3 N 17.

11 Vgl. auch JÄGGI, Art.965 N 307 und 310; unklar CAVIN, SPR VII/1 9.

12 GIGER, Art.187 N 28.

13 BEELER, 73.

14 So KELLER/LÖRTSCHER, 117f.; BECKER, Art.171 N 2; BUCHER, I, 522; CAVIN, SPR VII/1 78; VON TUHR/ESCHER, 332f. Anm.32; GUHL/MERZ/KUMMER, 342; scheinbar auch BEELER, 73; BGE 90 II 499; 82 II 522; 79 II 158; 78 II 219; 47 II 186; SJZ 1983 393.

15 So JÄGGI, Art.967 N 164f.; OSER/SCHÖNENBERGER, Art.171 N 2; WEISS, FS Guhl 160; unklar GIGER, Art.197 N 85ff.

schutz¹⁶ obsolet, wenn sich jeder Erwerber eines derartigen Wertpapiers gemäss den Regeln von Art.201 OR beim Schuldner über Bestand des verbrieften Rechts und Einredenlage erkundigen müsste¹⁷. In den Fällen, in denen der Erwerber eines SBTC Einreden gegen sich zulassen muss (insb. wegen fehlender Zurechenbarkeit der Urkundenausstellung), ist er durch Art.171 Abs.1 OR genügend geschützt, oder er erfährt weder durch Art.171 OR noch durch Art.197ff. OR einen Schutz, so insbesondere bei Bösgläubigkeit. Immerhin bestimmen die Art.197ff. OR die Haftung des Veräusserers für Mängel an der Urkunde als Sache, so insbesondere bei Beschädigung der Urkunde, die deren Umlauffähigkeit be- oder verhindert (starke Risse, Rasuren, Unleserlichkeit der Unterschriften usw.)¹⁸. Für die Bonität haftet der Veräusserer gemäss Art.171 Abs.2 OR grundsätzlich nicht. Auch die besonderen wertpapierrechtlichen Normen schliessen eine solche Haftung für den SBTC aus, weil das Indossament bei den Ordrepapieren gemäss Art.1152 OR keine Garantiewirkung und somit keine Regressmöglichkeit aufweist (Art.1152 Abs.3 OR)¹⁹.

Denkbar wäre auch die Veräusserung eines SBTC im Rahmen eines Tauschgeschäftes oder einer Schenkung. Bezüglich des Tausches (Art.237f. OR) ist aber zu bemerken, dass nicht Tausch sondern Kauf vorliegt, wenn der SBTC an Zahlungs Statt übergeben wird²⁰. Bei einer Schenkung ist zu beachten, dass nicht nur

16 Vgl. dazu §6.III.

17 Anders wäre zu entscheiden, wenn der Verkäufer zusätzlich besondere Zusicherungen abgegeben hätte; GIGER, Art.197 N 86ff.; CAVIN, SPR VII/1 78f.; BGE 79 II 155ff.

18 JÄGGI, Art.967 N 166; BEELER, 73; WEISS, FS Guhl 160; GIGER, Art.197 N 85; BGE 79 II 155ff.

19 Vgl. auch BEELER, 73.

20 OSER/SCHÖNENBERGER, Vorbemerkungen zum fünften Abschnitt (Art.237-238) N 4; CAVIN, SPR VII/1 180.

die bloße Übergabe des SBTC zu erfolgen hat; erforderlich ist auch die rechtsförmliche Übertragung des Wertpapierrechts mittels Indossament²¹.

III. Übertragung zum Inkasso

1. Grundlagen

Der SBTC wird vom zweiten Nehmer, welcher i.d.R. eine Bank, eine Wechselstube, ein Verkaufsgeschäft oder ein Restaurant bzw. Hotel ist, grundsätzlich zu Vollrecht erworben. Ein Inkasso würde hier dem Zweck des Reisechecks (sofortige Bargeldbeschaffung) zuwiderlaufen, weil damit eine zeitliche Verzögerung der Auszahlung verbunden wäre²². Wird ein solcher, bereits gegengezeichneter SBTC einem weiteren Dritten zur Zahlung eingereicht, so ist es durchaus nicht unüblich, dass dieser den SBTC nur zum Inkasso entgegennimmt²³. Dies ist vor allem auch dann der Fall, wenn gewisse Zweifel an der Legitimation des Vorweisers bestehen²⁴ oder wenn der SBTC auf dem Clearingweg über verschiedene Banken dem SBTCC zur Einlösung eingereicht wird.

Nimmt der Dritte einen SBTC nur zum Inkasso, so ist ein Vollmachts-(Inkasso-)Indossament auf dem SBTC anzubringen (Art. 1008 OR). Dieses weist dann lediglich beschränkte Wirkung auf: Einerseits fehlt die Übertragungswirkung (rechtszuständig bleibt der Indossant), andererseits ist beim offenen

21 BECKER, Art. 242 N 2 a.E.; OSER/SCHÖNENBERGER, Art. 242 N 6.

22 Vgl. auch JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 156; HEINICHEN, 25.

23 Vgl. auch § 4.IV.3.b.bb.

24 Vgl. Ziff. 2.5 der Einlöseinstruktionen; vgl. auch § 10. I.2.

Vollmachtsindossament die Legitimationswirkung nur beschränkt, beim verdeckten Vollmachtsindossament jedoch uneingeschränkt gegeben²⁵.

2. Rechtsnatur und allgemeiner Inhalt des Inkassoauftrages

Der Inkassovertrag ist grundsätzlich als Auftrag im Sinne der Art.394ff. OR zu qualifizieren²⁶. Obschon dem Auftraggeber das Weisungsrecht für die Ausführung des Auftrages zusteht, entspricht es dem Charakter des Auftrages im Allgemeinen und des Inkassoauftrages im Besonderen, dass der Beauftragte als in der Regel sachverständigere Partei (zumeist ist es eine Bank) bestimmt, wie der Auftrag auszuführen sei²⁷. Der Beauftragte wird in der Regel das Inkassoverfahren, die Modalitäten der Befriedigung des Kunden und die Entrichtung eines Honorars bestimmen²⁸, so dass der Kunde nur die Wahl hat, einen derartigen Auftrag abzuschliessen oder nicht.

Der Inkassovertrag kann entweder im Rahmen eines bestehenden Girovertrages zwischen Kunde und Bank oder als einmaliger Vertrag durch mündliche Parteiabrede geschlossen werden²⁹. Der Einreicher hat die Pflicht, dem Beauftragten den SBTC

25 Vgl. zum Ganzen §6.II.3.c.bb. und §6.II.4.

26 GAUTSCHI, Art.394 N 37a; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 57; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 284; so wohl auch MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 82 und N 89. Vgl. auch Art.1 der Konvention XIII der Schweizerischen Bankiersvereinigung, abgedruckt und erläutert bei VON DER CRONE-SCHMOCKER, 79ff.; zur grundsätzlichen Nichtanwendbarkeit dieser Konvention auf den SBTC vgl. §10.I.2 und dort FN 15.

27 VON DER CRONE-SCHMOCKER, 57f.; HOFSTETTER, SPR VII/2 18.

28 Vgl. etwa die Konvention XIII der Schweizerischen Bankiersvereinigung.

29 VON DER CRONE-SCHMOCKER, 58.

durch (offenes oder verdecktes) Vollmachtsindossament zu übertragen³⁰, diesem die Auslagen und Verwendungen zu ersetzen (Art.402 Abs.1 OR) und - sofern verabredet (Art.394 Abs.3 OR) - ein Honorar zu entrichten³¹. Dem Beauftragten seinerseits ist die Pflicht auferlegt, den eingereichten SBTC ordnungsgemäss auf seine Echtheit und auf die Einhaltung der Legitimationsvorschriften zu prüfen (Art.1030 Abs.3 OR i.V.m. Art.1152 Abs.3 OR, Art.1121 OR per analogiam)³². Dass diese Prüfungspflicht, die jener des Schuldners bei der Einlösung entspricht³³, der Inkassobank auferlegt ist, rechtfertigt sich aus der Tatsache, dass der Auftraggeber der letzte Vollrechtserwerber ist bzw. sein muss und dass der Inkassobank für das Inkassoverfahren eine zentrale Stellung eingeräumt wird: Nimmt sie einen SBTC zum Inkasso entgegen, so tritt der Einlösungsvorgang bei den Partnerbanken in den Hintergrund³⁴. Endlich hat der Beauftragte seinen Kunden durch Gutschrift der eingezogenen SBTC-Summe zu befriedigen, sei es durch eine bedingte Gutschrift vor der Einlösung ("Eingang vorbehalten",

30 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 87; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 285; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 59; vgl. auch vorn II.1. und insbesondere §10.I.2. zur Übertragung mittels Stempelvermerk.

31 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 88; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 59f.

32 VON DER CRONE-SCHMOCKER, 61; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 286f.

33 Vgl. zum Sorgfaltssmassstab §6.IV. i.V.m. §6.III.1. sowie §9.IV.3.b.

34 Vgl. auch VON DER CRONE-SCHMOCKER, 61, und REISER, WM 1984 1557ff.

"E.v.") oder durch definitive Gutschrift nach Eingang der SBTC-Summe ("nach Eingang")³⁵ 36.

35 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §19 N 85f.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 285f.; VON DER CRONE-SCHMOCKER, 65ff.

36 Vgl. im Übrigen zu den vertragsrechtlichen Grundlagen des Inkassos im Allgemeinen und des Checkinkassos im Besonderen die eingehende Analyse von VON DER CRONE-SCHMOCKER, 33ff.

§12 ERGEBNISSE DES ZWEITEN ABSCHNITTS

Nach den Untersuchungen im ersten Abschnitt über die Rechtsnatur des SBTC und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen aus urkundenrechtlicher Sicht waren die schuldrechtlichen Beziehungen zwischen den am SBTC-Verkehr Beteiligten Gegenstand der Betrachtungen dieses zweiten Abschnitts. Hieraus lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen:

I. Der Reisecheckvertrag als Innominatkontrakt

Infolge der weitgehenden Standardisierung des Reisecheckverkehrs weist der Reisecheckvertrag einen hohen Grad an Typizität auf. In Würdigung des allgemeinen Inhalts und der Bedeutung des Vertrags zwischen den Partnerbanken als Emittenten des SBTC und dem Kunden als dessen erstem Nehmer (§8.II.1. und 2.) wurde dargelegt, dass dieser Kontrakt weder Kaufvertrags- noch Hinterlegungs- oder Darlehensvertragsnatur aufweist. Ebenso muss das Vorliegen auftragsrechtlicher Elemente verneint werden (§8.II.3.b.aa. bis dd.). Vielmehr ist der Reisecheckvertrag als *contractus sui generis* (*sui iuris*) zu qualifizieren, aus dem den Partnerbanken die Pflicht zur Begebung des SBTC erwächst (§8.III.2.a.).

Weiter wurde aufgezeigt, dass die Einlöschungspflicht der Partnerbanken keine vertragliche, sondern eine spezifisch wertpapierrechtliche Pflicht ist (§8.III.3.b.) und dass die Partnerbanken keine Erfolgsbewirkungspflicht in dem Sinne trifft, dass sie die Entgegennahme des SBTC durch einen Dritten garantieren müssten (§8.III.2.c.).

Die Refundabsprache ist als besonderes suspensiv bedingtes Leistungsversprechen an den ersten Nehmer zu betrachten, das zusätzlich mit Verhaltensanweisungen im Sinne von Obliegenheiten verknüpft ist (§8.III.4.).

II. Das Rechtsverhältnis zwischen den Partnerbanken und ihren Korrespondenten

Die Verträge zwischen den Partnerbanken und ihren Korrespondenten können in verschiedener Art und Weise ausgestaltet werden. Bei den Vereinbarungen mit den Verkaufsstellen wird es sich entweder um Agenturverträge oder um einfache Aufträge handeln, die zusätzlich hinterlegungsvertragliche Elemente enthalten können (§9.II. und III.). Die Einlösungsstellen hingegen werden regelmässig auf Grund einfacher Aufträge tätig (§9.IV.2.). Für den Anspruch der Einlösungsstelle auf Befriedigung durch die Partnerbanken ist zu unterscheiden, ob der Korrespondent den SBTC in eigenem Namen oder als direkter Stellvertreter der Partnerbanken entgegengenommen hat: Im ersten Fall hat der Korrespondent einen Erfüllungsanspruch aus Wertpapier, andernfalls steht ihm der auftragsrechtliche Auslagenersatzanspruch zu (§9.III.3.b.).

III. Das Rechtsverhältnis zwischen den Partnerbanken und den Dritterwerbern

Macht ein Dritter, der den SBTC zu Vollrecht geworden hat, das im SBTC verbriefte Recht gegenüber den Partnerbanken geltend, so steht ihm ausschliesslich ein Anspruch aus dem Wertpapier zu; ein alternativer Anspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag (Entgegennahme des SBTC im Interesse der Partnerbanken ohne vertragliche Grundlage mit diesen) besteht nicht (§10.II.). Präsentiert ein Dritter den SBTC als Inkassobevollmächtigter, so macht er ein fremdes Recht geltend und muss sich selbst deshalb formell mittels Vollmachtsindossament zur Geltendmachung legitimieren; die in der Praxis häufig anzutreffende Ersetzung des Inkassoindossaments durch einen blossen Stempelvermerk kann nur dann Wirkung entfalten, wenn dies auf vertraglicher Grundlage zwischen den am Inkassoverkehr Beteiligten erfolgt (§10.I.b.).

IV. Das Rechtsverhältnis bei der Übertragung des SBTC

Entsprechend dem kausalen Charakter der Übertragung von Wertpapieren ist zur rechtswirksamen Übertragung des SBTC und des darin verbrieften Rechts ein obligatorisches Grundgeschäft notwendig. Meistens wird dies ein Kaufvertrag sein, aber auch Tausch und Schenkung sind denkbar. Für Mängel im verbrieften Recht ist beim Kaufvertrag ausschliesslich die Gewährleistungspflicht von Art.171 OR massgebend (§11.II.).

Die Übertragung des SBTC auf einen Dritten zum Inkasso erfolgt regelmässig auf der Grundlage eines Auftrages (§11.III.2.).

3. ABSCHNITT: RECHTSVERHÄLTNISSE BEI VERLUST UND MISSBRAUCH EINES SBTC

In den vorangehenden beiden Abschnitten wurden die Grundlagen des SBTC-Verkehrs aus wertpapierrechtlicher und aus schuldrechtlicher Sicht dargelegt. Dabei wurde verschiedentlich auf die unterschiedlichen Massnahmen und Rechtswirkungen im Falle des Verlusts eines SBTC hingewiesen. Im Sinne einer konkretisierenden Zusammenfassung ist im folgenden Paragraphen nochmals auf diese Thematik zurückzukommen, um das Verhältnis von schuldrechtlichen und wertpapierrechtlichen Wirkungen im Verlustfalle eindeutig festzulegen.

Weil ein Verlust eines SBTC sehr oft auch im Zusammenhang mit einem deliktischen Handeln eines Dritten steht, erscheint es angebracht, zudem die verschiedenen strafrechtlich relevanten Tatbestände beim Missbrauch eines SBTC aufzuzeigen. Dabei muss aber auch beachtet werden, dass der Refundanspruch des SBTC-Berechtigten diesen selbst zu deliktischen Handlungen verführen kann.

§13 DAS VERHÄLTNISS VON REFUND UND KRAFTLOSERKLÄRUNG IM VERLUSTFALL

Der Refund¹ ist das den Reisecheck gegenüber den anderen Reisezahlungsmitteln auszeichnende Merkmal. Zugleich hat diese Produkteigenschaft aber verschiedentlich zu Diskussionen über deren Rechtsnatur und Auswirkungen geführt, so insbesondere im Zusammenhang mit der Frage, ob damit das formelle Amortisationsverfahren ersetzt oder beeinflusst werde². Eng verbunden mit der Klärung des Verhältnisses zwischen Refund und Kraftloserklärung ist auch die Frage nach der Bedeutung der vom SBTC eingeleiteten Checksperre im Verlustfall.

I. Wirkungen des Refunds

1. Auf den Ersterwerber beschränkter Refundanspruch

Der Refundanspruch basiert auf einem besonderen zivilrechtlichen Leistungsversprechen der Partnerbanken im Rahmen des Reisecheckvertrages. Dieses Leistungsversprechen ist insofern bedingt (Art.151 OR), als es erst im Falle des Verlusts eines SBTC wirksam wird. Der SBTC-Erwerber hat zur Geltendmachung dieses Anspruchs aber zugleich noch gewisse Voraussetzungen im Sinne von Obliegenheiten zu beachten³.

Das Leistungsversprechen der Partnerbanken stellt eine rein obligatorisch wirkende Abrede dar, die vom Begebungsvertrag nicht erfasst wird, urkundenrechtlich deshalb keine Relevanz

1 Ausführlich zu den Grundlagen des Refunds §4.IV.4.

2 Vgl. z.B. §5.III.5.b. betreffend die urkundenrechtliche Lage.

3 Vgl. zum Ganzen §8.III.3.b. und 4.

aufweist⁴. Infolge fehlender wertpapierrechtlicher Verbriefung des Refundanspruchs wird dieser auch nicht durch die Übertragung der im SBTC verbrieften Rechte an den Dritten mitübertragen. Vielmehr bleibt die Wirkung der Refundabrede auf den Ersterwerber, auf die eine Partei des Reisecheckvertrages beschränkt⁵. Dies ist auch aus den Voraussetzungen des Refunds ersichtlich: Sowohl die Richtlinien für Rückerstattungsanträge des SBTC als auch eine Klausel auf der Rückseite des Verkaufsavis bestimmen, dass ein Refund nur gewährt werde, wenn der SBTC zwar einmal unterschrieben, aber noch nicht gegengezeichnet sei⁶. Für einen Drittnehmer wäre die Erfüllung dieser Obliegenheit aber a priori unmöglich⁷.

2. Unmassgeblichkeit des Refunds für die wertpapierrechtliche Lage und Auswirkungen für die Partnerbanken

Als folgerichtige Konsequenz aus der Tatsache, dass der Refundanspruch nicht verbrieft ist, ergibt sich, dass dieses Erstattungsverfahren keine Auswirkungen auf die urkundenrechtliche Lage hat. Die Erteilung des Refunds vermag weder das formelle Amortisationsverfahren (Kraftloserklärung) zu ersetzen noch sonst in irgendeiner Weise den Bestand des in der SBTC-Urkunde verbrieften Rechts zu beeinflussen⁸. Soll der dem SBTC auch im Verlustfall innewohnende Rechtsschein

4 Vgl. §5.III.5.b. und §8.III.4.

5 Vgl. dagegen ODEFÉY, 257, der eine Drittbegünstigung beim DM-Reisescheck bejaht.

6 Vgl. auch die diesbezügliche Erklärung, die der Refundnehmer mit dem Rückerstattungsantrag unter Ziff.5 abzugeben hat; vgl. dazu Anhang B und E.

7 Vgl. dazu auch §4.IV.4.c.

8 Vgl. §5.III.5.b. und §6.V.2.b.

zerstört werden, so muss dies auf dem Wege des Kraftloserklärungsverfahrens gemäss den Art.1072ff OR erfolgen⁹.

Für einen Dritterwerber bildet die Kraftloserklärung die einzige Möglichkeit, sich vor den widrigen Folgen eines Urkundenverlustes zu schützen. Nur durch das Kraftloserklärungsurteil (Ausschlussurteil) verschafft er sich einen Anspruch zur Geltendmachung des SBTC-Rechts¹⁰.

Für den refundberechtigten Erstnehmer des SBTC hat das Kraftloserklärungsverfahren keine Bedeutung, soweit er die Leistung aus Refund erhält; an einer Amortisation des verlorenen/gestohlenen SBTC hat er kein Interesse mehr. Für die Partnerbanken bedeutet die Leistung des Refunds hingegen ein gewisses Risiko. Als Schuldner der verbrieften Forderung sind sie zur Einleitung des Kraftloserklärungsverfahrens nicht aktivlegitimiert¹¹. Eine entsprechende Verpflichtung des Refundnehmers zur Kraftloserklärung ist nicht verabredet¹². Mit der Leistung des Refunds nehmen die Partnerbanken also bewusst das Risiko der doppelten Zahlung auf sich. Weil der Refund keine Auswirkungen auf die urkundenrechtliche Lage hat, können sie einem gutgläubigen Dritterwerber folgerichtig keine disbezüglichen Einreden entgegenhalten, soweit die Voraus-

9 Vgl. dazu §6.V.2.b.

10 MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §15 N 32; JÄGGI, Art.971/972 N 199.

11 JÄGGI, Art.971/972 N 114ff.; vgl. auch §6.V.2.b.

12 Mit dem Rückerstattungsantrag ist lediglich eine Erklärung des Refundnehmers verbunden, wiederaufgefundene SBTC zurückzugeben; vgl. Anhang E.

setzungen des Verkehrsschutzes¹³ erfüllt sind¹⁴. Um dieses Refundrisiko in Grenzen zu halten, haben die Partnerbanken ein internes Checksperrsystem aufgebaut, dessen Wirkungen allerdings begrenzt sind.

II. Bedeutung der Checksperr durch das SBTCC

Bei der Verlustmeldung an das SBTCC wird der fragliche Reisecheck intern gesperrt, d.h. im Computer auf einer besonderen Verlustliste vermerkt. Im Gegensatz zu einigen anderen Reisecheckemittenten¹⁵ wird aber grundsätzlich auf die Ausgabe sogenannter Sperrlisten an die Korrespondenten verzichtet. Lediglich in gravierenden Fällen, z.B. bei Beraubung einer Depotstelle, können Warnzirkulare ausgegeben werden.

Die rein interne Checksperr hat begrenzte Wirkung. Dank eines gut ausgebauten Kundenservices ist es einer Einlösungs- oder Auszahlungsstelle, die an der Echtheit eines ihr vorgelegten SBTC bzw. an der Rechtszuständigkeit des Vorweisers zweifelt, innert Minuten durch einen Telefonanruf oder per Telex möglich, sich darüber zu informieren, ob der betreffende SBTC gesperrt ist. In einem solchen Falle dürfte die betreffende Stelle den SBTC nicht entgegennehmen. Daneben dient diese Sperre auch der internen Abwicklung der Refundfälle¹⁶. Darüber hinaus hat die Checksperr grundsätzlich keine weitere Bedeutung.

13 Vgl. §6.III.

14 Die "Refundverluste", d.h. die Verluste aus doppelter Zahlung infolge Refundgewährung, betrugen für den SBTC 1985 über 1 Mio Franken; SBTCC, Geschäftsbericht 1985 9.

15 Vgl. für den DM-Reisescheck ODEFY, 59f.; HEINICHEN, 29.

16 Vgl. dazu auch SBTC-Aktuell, 3/85, 3.

In dem Fall, da mehrere Einlösungs- und Auszahlungsstellen direkt von einer Checksperrre benachrichtigt werden, entfaltet diese aber immerhin noch gewisse zusätzliche Wirkungen. Durch die Mitteilung des Verlusts von SBTC wird diejenige Stelle, der die Verlustanzeige zugegangen ist, grundsätzlich bösgläubig¹⁷. Nimmt sie den fraglichen SBTC dennoch entgegen, so können ihr die Partnerbanken im Falle der Entgegennahme in eigenem Namen die Einrede der mangelnden Schutzwürdigkeit entgegenhalten¹⁸; im Fall der direkten Stellvertretung ist der Einlösungsstelle der Auslagenersatzanspruch infolge der Verletzung der Weisungen des Auftraggebers bzw. wegen Missachtung des geforderten Sorgfaltsmassstabes zu verwehren¹⁹. Gerade weil für den SBTC solche Warnlisten äusserst selten versendet werden, muss den in diesem Fall erhöhten Sorgfaltspflichten besondere Beachtung geschenkt werden²⁰.

Für ein allfälliges Kraftloserklärungsverfahren hat die Checksperrre keine Auswirkungen. Insbesondere hat sie nicht dieselbe Wirkung wie ein Zahlungsverbot gemäss Art.1072 OR oder wie die Veröffentlichung gemäss Art.1077 OR.

17 CANARIS, Rdn.869; KÄSER, ZKW 1961 198; derselbe, ZKW 1962 402; JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 157; LG Frankfurt, WM 1980 290f. Vgl. allgemein zur Problematik der Sperrlisten WEISS, FS Guhl 152f.

18 Vgl. §6.III.2.b.cc.

19 So auch die in FN 17 zitierten Autoren; vgl. auch §9.IV.3.b.

20 Vgl. allgemein zum Sorgfaltsmassstab bei der Checksperrre CANARIS, Rdn.869; KÄSER, ZKW 1962 402; JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 157.

III. Zusammenfassende Würdigung des Refunds

Aus den vorstehenden Darlegungen wird deutlich, dass die den Reisecheck typisierende Produkteigenschaft des Refunds nur sehr begrenzte Auswirkungen auf die rechtliche Beurteilung des Reisecheckverkehrs hat. Insbesondere ist die Infragestellung der Wertpapiernatur eines Reisechecks durch Verweis auf den Refund in keiner Weise gerechtfertigt. Auch weist dieser keine Ähnlichkeit zu einer Art Versicherung auf. Vielmehr handelt es sich um eine reine Dienstleistung des Reisecheckemittenten, mit der er das Zahlungsmittel Reisecheck attraktiv und kundenfreundlich ausgestalten will²¹, mit der er aber zugleich ein nicht unerhebliches finanzielles Risiko auf sich nimmt²². Gerade aus diesem letzten Grund unternehmen die Reisecheckemittenten - auch in teilweiser Zusammenarbeit - grosse Anstrengungen, dem Missbrauch von Reisechecks Einhalt zu gebieten²³.

21 Dies war die erklärte Absicht bei der Schaffung des Reisechecks; vgl. §2.II.

22 Vgl. etwa zu Statistik für den SBTC vorn FN 14.

23 Vgl. illustrierend dazu SONDERN, Das Beste 10/1963 111ff.

§14 DER MISSBRAUCH DES SBTC

I. Allgemeines

Der Reisecheck weist im Verleichen zu anderen Reisezahlungsmitteln eine höhere Sicherheit gegen missbräuchliche Verwendung auf. Mit dem Erfordernis der doppelten Unterschrift sollte ja gerade verhindert werden, dass ein unberechtigter Dritter das im Reisecheck verbriefte Recht geltend machen kann. Zudem entfaltet der Reisecheck durch den fixierten Nennwert in kleiner Stückelung grundsätzlich keinen sehr grossen wirtschaftlichen Anreiz zur betrügerischen Verwendung¹. Trotzdem spielt die missbräuchliche Verwendung von gestohlenen, abhanden gekommenen und gefälschten Reisechecks in der Praxis eine beachtliche Rolle. Ursachen hierfür sind vor allem in der mangelnden Sorgfalt der Beteiligten zu suchen, die einem Dritten trotz der reisecheckspezifischen Sicherungsmassnahmen den Missbrauch ermöglichen: Sei es dadurch, dass der Reisecheck-Erstnehmer infolge des Refundanspruchs die Reisechecks nicht mit der gleichen Sorgfalt verwahrt wie etwa Bargeld oder dass er gar die Erstunterschrift nicht leistet, oder sei es, dass die entgegennehmenden Stellen - vor allem in der Hauptreisezeit - die nötigen Sicherheitsmassnahmen (Unterschriftenvergleich, allenfalls Legitimationsprüfung anhand eines amtlichen Ausweises usw.) nicht beachten². Einen gewissen Anreiz zu kriminellen Handlungen bildet aber auch der Refund. Ein rechtmässiger Erstnehmer kann versucht sein, sowohl den Refund zu beanspruchen als auch - allenfalls mittels Komplizen - den Reisecheck einzulösen³.

1 G.M. HEINICHEN, 37.

2 ODEFEY, 63f.; HEINICHEN, 37; C. MEIER, Wirtschaftsdelikte 129, 156ff.

3 Vgl. auch C. MEIER, Wirtschaftsdelikte 125 und dort Anm. 125.

Die umfangreichen Massnahmen der Reisecheckemittenten in den letzten Jahrzehnten gegen die missbräuchliche Verwendung von Reisechecks⁴ haben nur geringen Erfolg gezeitigt. Immerhin ist es gelungen, durch die moderne drucktechnische Ausgestaltung der Reisechecks⁵ Totalfälschungen weitgehend zu verhindern⁶.

Im Sinne einer Übersicht soll im Folgenden aufgezeigt werden, welches die denkbaren und in der Praxis auch tatsächlich aufgetretenen Möglichkeiten der missbräuchlichen Verwendung von Reisechecks sind. Wenngleich kein publiziertes Urteil den Missbrauch des SBTC betrifft, so bezieht sich diese Aufstellung doch direkt auf diesen. Kraft Art.255 StGB finden die Art.251-254 StGB über die Urkundendelikte auch auf entsprechende ausländische Reisechecks Anwendung; insbesondere ist auch Art.110 Ziff.5 StGB zur Bestimmung des Urkundenbegriffs anwendbar⁷.

II. Einzelne Fälle

1. Missbrauch durch den Ersterwerber

Eine durchaus nicht seltene Erscheinungsform der missbräuchlichen Verwendung von Reisechecks ist die betrügerische Erwirkung der doppelten Zahlung. Verlangt der SBTC-Erstnehmer von den Partnerbanken Refund, weil ihm sein Reisecheck abhan-

4 Vgl. dazu auch SONDERN, Das Beste 10/1963 111ff.

5 Vgl. §4.III. für den SBTC.

6 C. MEIER, Wirtschaftsdelikte 156; SCHMID, 55; ODEFEY, 65; vgl. immerhin zu einem neueren Fall einer Totalfälschung ein Urteil des BGH in NJW 1981 1567 (ebenfalls abgedruckt in JZ 1981 549f.).

7 STRATENWERTH, II, §37 N 42-44.

den gekommen sei, und löst er diesen dennoch ein, allenfalls auch mit der Hilfe eines Komplizen⁸, so erfüllt er den Tatbestand des Betrugs gemäss Art.148 StGB⁹. Das irreführende Verhalten des Täters besteht entweder in der Erklärung im Rahmen des Refundantrags, der SBTC sei vermisst und nicht verkauft, eingelöst, verpfändet, verschenkt usw. und er, der Antragsteller, werde diesen im Falle des Wiederauffindens entwerten und zurücksenden¹⁰, oder es besteht bei der Einlösung des SBTC nach erfolgtem Refund in der arglistigen Unterdrückung der Tatsache, dass der Einlösende für diesen Reisecheck schon Ersatz im Rahmen des Refunds erhalten habe. Letzteres Verhalten ist deshalb unter dem Gesichtspunkt des Betrugs strafbar, weil durch den Refundantrag eine entsprechende Aufklärungspflicht des Refundnehmers statuiert wurde¹¹. Die auf der Grundlage dieser Irreführung durch den Erstnehmer von den Partnerbanken vorgenommene nachteilige Vermögensdisposition besteht in der doppelten Zahlung: Einmal aus Refund und einmal aus Wertpapier.

Eine Auswirkung der Tatsache, dass das Refundverfahren überhaupt keine Auswirkungen auf die wertpapierrechtliche Lage hat¹², besteht aus strafrechtlicher Sicht darin, dass sich der Ersterwerber bei der betrügerischen Einlösung des SBTC nicht auch zugleich der Urkundenfälschung gemäss Art.251 StGB strafbar macht. Weil er wertpapierrechtlich immer noch Berechtigter ist, kann die Gegenzeichnung nicht als Fälschung oder Verfälschung der Urkunde im Sinne des Art.251 StGB be-

8 Vgl. C. MEIER, Wirtschaftsdelikte 125 Anm.2.

9 SCHMID, 55.

10 Vgl. Ziff.5 des Refundantrags, Anhang E.

11 Vgl. zur vertraglich statuierten Aufklärungspflicht STRATENWERTH, I, §10 N 22ff.

12 Vgl. §13.I.

trachtet werden; durch diese Gegenzeichnung wird die Urkunde nicht zu einer unechten¹³.

2. Missbrauch durch Dritte

Die weitaus häufigste Art des Missbrauchs von Reisechecks erfolgt durch die Entwendung eines SBTC vom Berechtigten und die anschliessende betrügerische Einlösung mittels Fälschung der Gegenzeichnung. Neben dem entsprechenden Eigentumsdelikt wie Diebstahl (Art.137 StBG), Veruntreuung (Art.140 StGB) und (Fund-)Unterschlagung (Art.141 StGB) ist regelmässig auch der Tatbestand des Betrugs (Art.148 StGB) und jener der Urkundenfälschung (Art.251 StGB) erfüllt, denn der Täter ist gezwungen, der entgegennehmenden Stelle durch die Fälschung der Gegenzeichnung die Berechtigung vorzutäuschen¹⁴.

Der Tatbestand der Urkundenfälschung gemäss Art.251 StGB kann sowohl durch die Fälschung der Gegenzeichnung als auch durch jene der Erstunterschrift erfüllt werden¹⁵. Im ersten Fall handelt es sich um die Fälschung einer fremden Unterschrift¹⁶, im zweiten Fall um die Verfälschung des Inhalt eines von den Partnerbanken ausgestellten SBTC, nämlich in dem Sinne, dass ein falscher Berechtigter auf der Urkunde er-

13 Vgl. zum Schutzobjekt von Art.251 StGB STRATENWERTH, II, §38 N 3ff.

14 SCHMID, 55; so auch OGZ 1. StrK 28. August 1978 i.S. R.M. (nicht publiziert); vgl. speziell zum Tatbestand des Diebstahls von Reisechecks SJZ 1973 312.

15 Vgl. vorstehend Zitierte.

16 ZR 1953 Nr.13.

scheint¹⁷. Ebenso liegt eine Urkundenfälschung vor, wenn der Täter eine vorhandene Erstunterschrift chemisch, durch Rasur oder sonstwie zum Verschwinden bringt¹⁸.

Während die Qualifikation des Reisechecks als Urkunde im Sinne von Art.110 Ziff.5 StGB nicht in Zweifel stehen kann¹⁹, erhebt sich die Frage, ob für diesen der qualifizierte Fälschungstatbestand von Art.251 Ziff.2 StGB Anwendung findet. Für den SBTC steht dies ausser Zweifel, da dieser ein Ordrepapier ist²⁰. Gemäss der ständigen Praxis des Zürcher Obergerichts soll der qualifizierte Tatbestand überhaupt auf alle Reisechecks anwendbar sein, da diese allgemein als Ordrepapiere zu betrachten seien²¹. Wenngleich die generelle Qualifizierung der Reisechecks als Ordrepapiere problematisch ist²², muss diese Praxis dem Ergebnis nach begrüsst werden: Mit Art.251 Ziff.2 StGB soll nämlich grundsätzlich allen privaten Urkunden, die eine besondere Bedeutung - u.a. auch für die Zirkulationsfähigkeit - haben, ein erhöhter strafrechtlicher Schutz verliehen werden²³.

17 OGZ 1. StrK 28. August 1978 i.S. R.M. bezüglich eines amerikanischen Reisechecks; vgl. auch STRATENWERTH, II, §38 N 14 und N 18f., sowie SCHMID, 55.

18 SCHMID, 55.

19 BGE 87 IV 18; ZR 1952 Nr.206; ZR 1953 Nr.13; SJZ 1963 311; vgl. zum Begriff der Urkunde im strafrechtlichen Sinne STRATENWERTH, II, §37.

20 Vgl. §5.

21 OGZ 1. StrK 1. April 1963, in SJZ 1963 311; OGZ 1. StrK 28 August 1978 i.S. R.M. (nicht publiziert).

22 Vgl. 3.Kapitel für die ausländischen Reisechecks.

23 STRATENWERTH, II, §38 N 56.

Neben den vorstehend dargelegten Tatbeständen ist in seltenen Fällen auch eine Urkundenunterdrückung gemäss Art.254 StGB denkbar. Entwendet ein Täter einem Dritten dessen SBTC mit der ausschliesslichen Absicht, diesem die Einlösung des SBTC zu verunmöglichen, ist er nach Art.254 StGB zu bestrafen²⁴. Weil meistens aber zugleich eine Aneignungsabsicht vorliegt, findet Art.254 StGB kaum Anwendung; vielmehr sind dann die Art.137ff. StGB massgebend²⁵.

24 BGE 87 IV 16ff.; ZR 1952 Nr.206; STRATENWERTH, II, §39 N 27.

25 BGE 87 IV 16ff.; STRATENWERTH, II, §39 N 27 a.E.; vgl. auch ZR 1953 Nr.13 und SJZ 1973 312.

3. KAPITEL: DER REISECHECK IM INTERNATIONALEN PRIVATRECHT UND IN AUSLÄNDISCHEN RECHTSORDNUNGEN

Rechtsfragen, die sich im internationalen Reisecheckverkehr und in der Bankpraxis ergeben können, werden auf Grund des schweizerischen Kollisionsrechts sehr häufig nach ausländischem Recht zu beurteilen sein. Dabei stehen vor allem Probleme im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Reisecheckurkunde (Wertpapiernatur, Übertragungsform, Bedeutung der doppelten Unterschrift usw.) im Vordergrund. Im Folgenden sind deshalb zuerst die für den Reisecheckverkehr massgebenden Kollisionsnormen des schweizerischen Rechts darzustellen. Anschliessend soll eine Übersicht über die in der Literatur und Judikatur festzustellenden Rechtsauffassungen bezüglich ausländischer Reisechecks erstellt werden. Auf eine vertiefende rechtsvergleichende Untersuchung soll indessen verzichtet werden. Zum einen würde eine solche den Rahmen dieser Arbeit sprengen, zum andern erscheint eine derartige Exegese auch infolge teilweise mangelnder einheitlicher und gesicherter Rechtsauffassungen in den verschiedenen Ländern als wenig sinnvoll. Die Untersuchung konzentriert sich deshalb auf die aus schweizerischer Sicht bedeutendsten Reisechecks.

§15 DER REISECHECK IM SCHWEIZERISCHEN IPR

Die Frage nach der Rechtsnatur ausländischer Reisechecks, die im Inland erworben werden können oder von Ausländern in der Schweiz zur Zahlung vorgelegt werden, wirft die international-privatrechtliche Vorfrage auf, welches das anwendbare Recht ist. Infolge des internationalen Charakters des Reisecheckverkehrs können zudem hinsichtlich der zwischen den Beteiligten entstehenden Rechtsbeziehungen kollisionsrechtliche Fragen auftauchen.

I. Das massgebliche Recht für die Beurteilung der Rechtsnatur

1. Nach checkrechtlichen Kollisionsnormen

Für die Frage nach der Rechtsnatur bzw. der Form¹ eines Reisechecks ist primär die checkrechtliche Kollisionsnorm von Art.1139 OR (Art.4 ICheckPR) heranzuziehen, denn der Ausdruck "Reisecheck" lässt sofort die Frage auftauchen, ob es sich tatsächlich um einen Check im Sinne der jeweilig anwendbaren Rechtsordnung handelt. Gemäss Art.1139 OR bestimmt sich die Form einer Checkerklärung nach dem materiellen Recht des Landes, in dessen Gebiet die Erklärung unterschrieben wurde (Art.1139 Abs.1 1.Satz OR). Alternativ genügt aber auch die Beachtung der Form, die das Recht des Zahlungsortes vorschreibt (Art.1139 Abs.1 2.Satz OR). Diese Regelung kommt nicht nur im Geltungsbereich des Genfer Checkrechtsabkommens, sondern auch gegenüber Nichtvertragsländern zur Anwendung².

1 Vgl. auch die Bedenken von JÄGGI bezüglich einer Qualifikation der Wertpapiernatur im IPR, Vorbemerkungen N 22.

2 ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 38; HAMMER, 65.

Bezüglich der Anknüpfung am Zahlungsort ergeben sich keine Probleme: Da alle Reisechecks am Sitz des Emittenten zahlbar sind, verweist diese Anknüpfung auf das Recht, welches am Sitz des Emittenten Geltung hat³. Die Anknüpfung am Ausstellungsort hingegen bereitet einige Probleme:

- Bei Reisechecks, die mit einer Faksimile-Unterschrift eines Vertreters des Emittenten an dessen Sitz versehen sind, stellt sich die Frage, ob diese überhaupt als Checkerkklärung anzusehen sei. Diese Frage kann jedoch ebenfalls nach dem Recht des Ausstellungsortes beurteilt werden, weshalb den Faksimile-Unterschriften ihre Wirkung nicht versagt werden darf, falls sie nach diesem zulässig sind⁴.
- Wird bei einem Reisecheck der Erwerber als Aussteller angesehen (z.B. beim DM-Reisecheck), so stellt sich die Frage, ob die Erstunterschrift oder die Gegenzeichnung als Ausstellung zu betrachten ist, um das massgebliche Recht zu ermitteln. Diese Frage kann indessen an dieser Stelle offen bleiben: Zum einen könnte eine derartige Anknüpfung je nach Wahl des Ausstellungsaktes zufällige und unbefriedigende Ergebnisse mit sich bringen und zum anderen genügt letztlich immer die Beachtung der Vorschriften, die das Recht am Zahlungsort vorschreibt⁵.

Als Ergebnis ist also festzuhalten, dass Art.1139 OR für die checkrechtliche Beurteilung ausländischer Reisechecks in je-

3 G.M. HEINICHEN, 83f.; HAMMER, 65; unklar KÄSER, ZKW 1961 199; teilweise a.A. STÜCKRADT, ZKW 1966 861.

4 G.M. HEINICHEN, 83; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 340; im Ergebnis wohl auch STÜCKRADT, ZKW 1966 862. Vgl. z.B. für die amerikanischen Travelers Cheques §17.II.1.

5 G.M. HEINICHEN, 83.

dem Falle auf das am Sitz des Emittenten geltende Recht verweist⁶.

2. Anknüpfung ausserhalb des Checkrechts

Die checkrechtlichen Kollisionsnormen haben für die Suche nach dem für Reisechecks anwendbaren Recht sehr begrenzte Bedeutung, denn oft wird eine solche Anknüpfung ergeben, dass es sich beim betreffenden Papier nicht um einen Check handelt. Damit stellt sich die Frage, nach welchen Grundsätzen das für die Beurteilung der Rechtsnatur eines Reisechecks massgebliche Recht ermittelt werden soll. Im Gegensatz zum internationalen Vertragsrecht gibt es für die Anknüpfung von Wertpapieren - abgesehen von den Sondernormen des OR für Wechsel und Check - keine allgemeine Regel⁷. Es bedarf daher einer differenzierten Anknüpfung je nach Art und Charakter der einzelnen Urkunden⁸.

Die bei Wertpapieren charakteristische Verbindung von Recht und Urkunde⁹, von Inhalt und Form also, spricht grundsätzlich und in Analogie zur Anknüpfung internationaler Verträge¹⁰ für zwei mögliche Anknüpfungspunkte zur Ermittlung des

6 ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 38; HEINICHEN, 83f.; teilweise a.A. STÜCKRADT, ZKW 1966 861f.

7 Vgl. JÄGGI, Vorbemerkungen N 20f.

8 SCHNITZER, 349ff., insbesondere 358; HEINICHEN, 36; STAUDINGER/STOLL, Rz 349 und 352. Der Entwurf zu einem IPR-Gesetz enthält keine allgemeine Anknüpfungsnormen für Wertpapiere; in der Botschaft wird generell auf die Art. 1086ff. OR und die Art.1138ff. OR verwiesen; BB1 1983 I 394.

9 Vgl. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, §3 N 1ff.

10 Vgl. dazu VISCHER/VON PLANTA, 165ff. und 189ff.

für die Rechtsnatur von Wertpapieren massgeblichen Rechts: Der Ausstellungsort oder der Wohnort resp. der gewöhnliche Aufenthaltsort des Erbringers der charakteristischen Leistung, mithin des aus der Urkunde Verpflichteten¹¹. Abzulehnen ist die ständige Praxis des Bundesgerichtes¹², wonach für die Frage der Rechtsnatur einer Urkunde an die *lex fori* anzuknüpfen sei¹³. Das in einem Wertpapier verbriefte Recht unterliegt bezüglich seiner Qualifikation nicht der *lex chartae sitae*, sondern wird nach einem eigenen Statut bestimmt¹⁴.

Bei der Wahl eines Anknüpfungspunktes für Reisechecks ist deren Charakter als eigentliche Dienstleistung des Emittenten (weltweites Vertriebssystem, Refund usw.) von besonderer Tragweite, denn dadurch alleine schon kann der Schwerpunkt der Rechtsbeziehungen eindeutig beim Emittenten lokalisiert werden¹⁵. Die Bedeutung des Sitzes des Emittenten als Anknüpfungspunkt wird zudem durch die Tatsache verdeutlicht, dass der Ausstellungsort bei den meisten Reisechecks mit diesem zusammenfällt¹⁶.

11 G.M. SCHNITZER, 349; a.A. BEELER, 17, der nur den Ausstellungsort als Anknüpfungspunkt sieht, dies jedoch ohne Begründung.

12 Vgl. BGE 59 II 398f.

13 G.M. MEIER-HAYOZ, Syst. Teil N 844; JÄGGI, Vorbemerkungen N 25ff. und Art. 1152 N 20; VISCHER/VON PLANTA, 155 Anm. 1. Eine der bundesgerichtlichen Rechtsprechung vergleichbare Tendenz ist allerdings auch in Deutschland teilweise erkennbar, insbesondere im Zusammenhang mit der Qualifizierung amerikanischer Reisechecks; vgl. z.B. RGZ 79, 342, wo ein Amexco-Travelers-Cheque nach deutschem Recht beurteilt wurde; vgl. auch STÜCKRADT, ZKW 1966 861f., und KÄSER, ZKW 1961 199.

14 VISCHER/VON PLANTA, 155 FN 1; STAUDINGER/STOLL, Rz 349 und 352.

15 Vgl. auch HEINICHEN, 85; STAUDINGER/STOLL, Rz 352.

16 Vgl. vorn I.1.

Bei Reisechecks, die ein Zahlungsversprechen zum Ausdruck bringen, kommt gar kein anderer Anknüpfungspunkt als jener am Sitz des Emittenten in Betracht: Sowohl aus formellen wie auch aus materiellen Aspekten ist diese Anknüpfung die einzig befriedigend¹⁷. Da Reisechecks, die formell eine Anweisung enthalten, materiell auf ein Zweiparteienverhältnis reduziert sind, spielt die unterschiedliche Anknüpfung von Anweisungs- und Deckungsverhältnis einerseits sowie des Valutaverhältnisses andererseits¹⁸ keine Rolle. Massgeblich ist hier das Recht des Bezogenen (Angewiesenen), des Emittenten also¹⁹.

3. Schlussfolgerung

Die Bestimmung der Rechtsnatur von Reisechecks hat sowohl nach spezifisch checkrechtlichen als auch nach allgemein wertpapierrechtlichen Anknüpfungspunkten gemäss dem am Sitze des Emittenten geltenden Recht zu geschehen. Dieses Statut bestimmt auch, welche Bedeutung den beiden Unterschriften des Ersterwerbers (Erstunterschrift und Gegenzeichnung) zukommt, denn eine Spaltung der Anknüpfung würde hier zu zufälligen und teilweise untragbaren Lösungen führen. Das Wesen der Reisechecks verlangt eine einheitliche Anknüpfung bezüglich seiner Form wie auch seiner Wirkungen bis zum Zeitpunkt der Gegenzeichnung²⁰. Später angebrachte Erklärungen (z.B. Indossa-

17 G.M. HEINICHEN, 85.

18 Vgl. dazu VISCHER/VON PLANTA, 181.

19 G.M. HEINICHEN, 85.

20 ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 38; HAMMER, 66; HEINICHEN, 82f.; vgl. auch BJM 1971 180f.

mente) oder entstehende Probleme müssen jedoch selbständig nach den jeweiligen Kollisionsnormen angeknüpft werden²¹.

Das Statut des verbrieften Rechts könnte auch einer von den Parteien (Emittent - Käufer) selbst gewählten Rechtsordnung unterstellt werden, wobei diese Rechtswahl aus dem Papier ersichtlich und für den Reisecheckgläubiger erkennbar sein müsste²². Dies dürfte, da der Reisecheck auf Grund der objektiven Anknüpfung nach dem am Sitz des Emittenten geltenden Recht qualifiziert wird, kaum vorkommen.

II. Die Beziehungen zwischen den am Reisecheckverkehr Beteiligten im internationalen Privatrecht

1. Allgemeines

Die Bestimmung des für die Rechtsnatur eines Reisechecks massgeblichen Rechts hat nicht zur Folge, dass nun alle wertpapierrechtlichen Fragen von diesem Statut beantwortet werden sollen. Vielmehr bedarf es für die verschiedenen Aspekte einer gesonderten Betrachtung im Hinblick auf die Anknüpfung²³. Beim Reisecheck ist zudem zu beachten, dass das wertpapierrechtliche Element zumindest bezüglich des Ersterwerbers teilweise in den Hintergrund treten kann²⁴.

Im Folgenden sollen kurz die wichtigsten Grundsätze der internationalprivatrechtlichen Beziehungen zwischen den am Reisecheckverkehr Beteiligten dargelegt werden.

21 So auch HAMMER, 70f.; KÄSER, ZKW 1961 199; STÜCKRADT, ZKW 1966 86lff. Vgl. für das Checkrecht Art.1139 und 1140 OR.

22 Vgl. STAUDINGER/STOLL, Rz 352.

23 Vgl. auch JÄGGI, Vorbemerkungen N 22.

24 Vgl. auch HAMMER, 73.

2. Der Reisecheckvertrag

Der beim Erwerb von Reisechecks zwischen dem Emittenten und dem Ersterwerber abgeschlossene Vertrag wird nach der für Verträge üblichen Art und Weise angeknüpft: Massgeblich ist - unter Vorbehalt der Rechtswahl durch die Vertragsparteien - das Recht, das am Wohnsitz oder am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Erbringers der charakteristischen Leistung Geltung hat²⁵, in diesem Falle also jenes am Sitze des Emittenten²⁶. Das hat auch dann zu gelten, wenn die Reisechecks bei einem Korrespondenten in einem anderen Land bezogen werden²⁷. Obwohl der Grundsatz der einheitlichen Vertragsanknüpfung gilt, bestehen für einige besondere Fragen (z.B. Form des Vertrages) alternative Anknüpfungspunkte²⁸. Im übrigen beherrscht aber das Vertragsstatut alle Fragen des Vertrages.

25 Vgl. VISCHER/VON PLANTA, 168 und die dort zitierte konstante Praxis des Bundesgerichts; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Allg. Einleitung N 236ff.; vgl. auch allgemein zum IPR im Bankvertragsrecht KLEINER, Devisen-Schuldrecht 16ff., insbesondere 34. Vgl. auch Art.113ff. EIPRG und dazu BB1 1983 I 407ff.

26 Vgl. für den gewöhnlichen Checkvertrag auch HABICHT, 81f.

27 A.A. der Bernische Appellationshof in ZBJV 1977 358ff.

28 Vgl. dazu VISCHER/VON PLANTA, 186ff.

3. Die Übertragung

Die Frage, nach welchem Recht der Erwerb von Reisechecks zu beurteilen sei, hat eine besondere Bedeutung. Dabei ist zu beachten, dass zwei Vorgänge unterschieden werden müssen: Das der Übertragung der Urkunde vorausgehende Grundgeschäft und die Übertragung selbst²⁹.

Das Grundgeschäft wird selbständig angeknüpft, wobei die örtliche Lage des Papiers eine gewisse Bedeutung haben dürfte³⁰. Für die Übertragung der Urkunde selbst und somit auch des verbrieften Rechts ist zu unterscheiden: Die Frage nach der Zulässigkeit und der Art der Übertragung beurteilt sich nach dem für die Ermittlung der Rechtsnatur massgeblichen Recht; Form und Wirkungen der Übertragung hingegen richten sich nach dem am Ort der Übertragung geltenden Recht (*lex chartae sitae*)³¹. Das am Übertragungsort geltende Recht bestimmt insbesondere, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Erwerb kraft berechtigter Erwartung möglich ist³².

Die solcherart vorgenommene Anknüpfung entspricht den Verkehrsbedürfnissen am besten, denn sie nimmt Rücksicht auf die Verkehrsgepflogenheiten eines bestimmten Landes und verhin-

29 Vgl. auch JÄGGI, Vorbemerkungen N 28.

30 So auch SCHNITZER, 354.

31 SCHNITZER, 353 und 355; WEISS, FS Guhl 144ff.; HAMMER, 70f.; HEINICHEN, 107; STAUDINGER/STOLL, Rz 361; so wohl auch JÄGGI, Vorbemerkungen N 29; vgl. auch die checkrechtliche Kollisionsnorm von Art.1140 OR und Art.99 EIPRG.

32 SCHNITZER, 355; WEISS, FS Guhl 144ff.; HEINICHEN, 107; STAUDINGER/STOLL, Rz 350, aber teilweise a.A. bezüglich der Ordrepapiere, Rz 361. Vgl. auch Art.99 EIPRG.

dert, dass sich der Erwerber bezüglich des Erwerbs einer völlig fremden Rechtsordnung unterwerfen muss³³.

4. Das Verhältnis zwischen Korrespondent und Emittent

Abschliessend ist noch zu klären, welches Recht für das Verhältnis zwischen dem Korrespondenten und dem Emittenten massgebend ist. Die Vertragsparteien können den Vertrag einer von ihnen gewählten Rechtsordnung unterstellen³⁴. Fehlt eine gültige Rechtswahl, so ist der Vertrag einheitlich nach demjenigen Recht zu beurteilen, das am Sitz des Erbringers der charakteristischen Leistung Geltung hat³⁵.

Zwischen dem Emittenten und dem Korrespondenten besteht ein Vertrag, auf Grund dessen letzterer tätig wird. Die charakteristische Leistung dieses Vertrages erbringt eindeutig der Korrespondent als für den Emittenten Tätigwerdenden, weshalb das an dessen Sitz oder gewöhnlichem Aufenthaltsort geltende Recht massgeblich ist³⁶. Der Emittent unterwirft sich also dem Recht, dem sein Korrespondent unterliegt³⁷.

33 Ebenso HAMMER, 70f.

34 Vgl. zur subjektiven Anknüpfung VISCHER/VON PLANTA, 170ff.

35 Ojektive Anknüpfung; VISCHER/VON PLANTA, 177ff.; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Allg. Einleitung N 258. Vgl. zum Ganzen auch Art.113ff. EIPRG und BB1 1983 I 407ff.

36 Vgl. allgemein zu den Verträgen auf ein Tätigwerden VISCHER/VON PLANTA, 180ff; vgl. auch SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Allg. Einleitung N 290ff., und KLEINER, Devisen-Schuldrecht 34. Vgl. auch Art.114 EIPRG.

37 HEINICHEN, 107.

Falls zwischen dem Emittenten und dem Korrespondenten ein Agenturvertrag besteht³⁸, so ist gemäss Art.418b Abs.2 OR schweizerisches Recht anwendbar, sofern sich das Tätigkeitsgebiet des Agenten zur Hauptsache in der Schweiz befindet³⁹. Allerdings ist zu beachten, dass das Bundesgericht diese Kollisionsnorm zu einer zweiseitigen ausgeweitet hat⁴⁰. Immerhin ist auch beim Agenturvertrag die Rechtswahl zulässig⁴¹.

38 Vgl. z.B. §9.II.

39 Mit der Einführung des IPR-Gesetzes soll dieser Artikel gestrichen werden (Art.181 lit.b EIPRG); Art.114 Abs.2 lit.c EIPRG statuiert dann lediglich generell, dass bei Dienstleistungsverträgen die Dienstleistung charakteristisch sei; vgl. dazu BB1 1983 I 410f.

40 BGE 100 II 37ff.; 78 II 74; 76 II 48. Vgl. auch die Kritik an dieser Praxis bei SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Allg. Einleitung N 297.

41 SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Allg. Einleitung N 298; VISCHER/VON PLANTA, 181f.; vgl. auch BGE 100 II 37ff.; unklar GAUTSCHI, Art.418a-418b N 22aff.

§16 DER DM-REISESCHECK

I. Grundlagen

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Literatur und die Rechtsprechung weit häufiger mit Fragen des Reisecheckverkehrs befasst als in der Schweiz. Standen vor 1957 noch ausländische, vor allem amerikanische Reisechecks im Mittelpunkt der Diskussion¹, so änderte sich dies relativ schnell mit der Einführung eines einheitlichen deutschen Reisechecks. Dieser 1957 von den Spitzenverbänden der deutschen Kreditwirtschaft lancierte einheitliche DM-Reisescheck² wurde 1973 und 1976 noch an den internationalen Standard angepasst³ und ist seither als einziger in der BRD emittierter Reisecheck⁴ in weltweitem Umlauf.

In der deutschen Literatur ist vorwiegend die Frage erörtert worden, ob der DM-Reisescheck als Scheck im Sinne des Scheckgesetzes zu betrachten sei⁵ oder ob ihm infolge seiner atypischen Ausgestaltung überhaupt jegliche Wertpapiernatur abzu-

1 Vgl. z.B. DYCKERHOFF, Bank-Archiv 1927 269ff.; JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 155ff.; RGZ 79, 342; RFHE 18, 274; vgl. auch ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 46 und N 52.

2 Zur Schreibweise vgl. §1.I.2.

3 ODEFEY, 33ff.; SCHLEGELBERGER/HEFERMEHL, Anh. zu §365 Rdn.312; HEINICHEN, 20f.; KÄSER, ZKW 1962 399; MAASS, Bank-Betrieb 1976 14ff.

4 Die weiteren auf DM lautenden Reisechecks werden von Thomas Cook (etc; Grossbritannien) und von Amexco (USA) emittiert.

5 So CANARIS, Rdn.859; KÄSER, ZKW 1962 400; HEINICHEN, 55ff.; SCHÖNLE, 113; unklar ZÖLLNER, 167, noch bejahend in 13.A. (1982), 159f.

sprechen sei⁶. Wesentlichster Diskussionspunkt ist hierbei die Frage, welche Funktion der erste Reisechecknehmer im Reisecheckumlauf hat und welche Bedeutung den beiden Unterschriften beizumessen ist. Als Ausfluss dieser nicht einheitlichen und nicht gesicherten Rechtsauffassungen wurde im Zusammenhang mit den Überlegungen zu einer Überarbeitung des Schuldrechts auch die Frage erörtert, schliesslich aber von KOLLER⁷ abgelehnt, ob der Reisecheck gesetzlich zu typisieren sei.

II. Rechtsnatur

1. Ausgestaltung der Urkunde

Ausgangspunkt für die rechtliche Qualifizierung des DM-Reisechecks muss dessen konkrete Ausgestaltung sein. Dabei ist zu beachten, dass sich die Vereinheitlichung des DM-Reiseschecks lediglich auf das Format, die Farbgebung und auf den Text bezieht, wogegen die Angabe des bezogenen Kreditinstituts und das Firmenzeichen mit Vermerk der Ausgabestelle weiterhin unterschiedlich sind⁸. Der Text des dreisprachigen Formulars lautet wie folgt:

6 So ODEFEY, 159ff.; SCHLEGELBERGER/HEFERMEHL, Anh. zu §365 Rdn.314; BAUMBACH/DUDEN/HOPT, 956.

7 Gutachten 1486ff.

8 Vgl. dazu im Einzelnen ODEFEY, 33ff.; KÄSER, ZKW 1962 399; MAASS, Bank-Betrieb 1976 14ff.

DEUTSCHER REISESCHECK

(Bezogene Bank)

Zahlen Sie gegen diesen Reisescheck

Gegenzeichnung

Ort und Datum der Einlösung

(Ausgabestelle)

Namenszeichnung

EINHUNDERT DEUTSCHE MARK

Im Zusammenhang mit dieser Ausgestaltung ist die Frage aufgeworfen worden, welche Funktion der Erwerber eines DM-Reiseschecks hat und welche Bedeutung die beiden Unterschriften haben. Damit ist die Frage nach der rechtlichen Qualifizierung dieses Reisechecks gestellt.

2. Die Schecknatur

a. Die Qualifizierung als echter Scheck

Für die Qualifizierung des DM-Reiseschecks als Scheck im Sinne des ScheckG stellt sich primär das Problem der anweisungsrechtlichen Funktionen der Beteiligten⁹. Die herrschende Lehre interpretiert die Formulierung "Zahlen Sie gegen diesen Reisescheck ..." unter dem Gesichtspunkt von Art.1 Ziff.2 ScheckG dahingehend, dass der DM-Reisescheck eine Zahlungsanweisung des ersten Erwerbers an das bezogene Kreditinstitut enthalte, welche ihn selbst als Anweisungsempfänger begünstige; mithin stelle der DM-Reisescheck einen echten, an die eigene Ordre des Reisenden gestellten Scheck dar¹⁰. Die Aus-

9 Vgl. eingehend dazu HEINICHEN, 44ff.

10 CANARIS, Rdn.859; HEINICHEN, 44ff., insb. 55; KÄSER, ZKW 1962 400; SCHÖNLE, 113.

gabestelle hat nach dieser Auffassung keine Funktion im Anweisungsverhältnis¹¹. Durch diese Konstruktion sind alle essentialia für das Vorliegen eines Schecks gemäss Art.1 ScheckG erfüllt, wenngleich umstritten ist, welche der beiden Unterschriften des Reisenden als Ausstellerunterschrift anzusehen ist¹².

Ein Teil der Lehre lehnt diese Anweisungskonstruktion ab. Nicht der Reisende, sondern die Ausgabestelle sei als Anweisende und damit als Ausstellerin zu betrachten; weil jedoch deren Unterschrift fehle, liege weder ein Scheck noch eine Anweisung gemäss der §§783ff. BGB noch ein kaufmännischer Verpflichtungsschein im Sinne des §363 HGB vor¹³. Die Vertreter dieser Ansicht verneinen mithin jegliche Wertpapiernatur des DM-Reiseschecks¹⁴ und behelfen sich mit allgemeinen Umschreibungen über das Wesen dieser Urkunde¹⁵. Diese Überlegungen vermögen indessen nicht zu überzeugen, weil sie streng formaljuristisch sind und dem Wesen sowie dem Zweck des Reisechecks nicht genügend Rechnung tragen. Die "Zutaten"

11 Vgl. HEINICHEN, 50; ZÖLLNER, 167.

12 Vgl. nachfolgend b.

13 ODEFEY, 106ff., 131ff., 137ff.; SCHELGELBERGER/HEFERMEHL, Anh. zu §365 Rdn.314; SCHÜTZ, 408f.; BAUMBACH/DUDEN/HOPT, 956; die Qualifikation als Scheck ebenfalls in Frage stellend KOLLER, Gutachten 1486, und neuerdings auch ZÖLLNER, 167.

14 Die deutsche Lehre nimmt - anders als die schweizerische (vgl. §5.III.2. und 3.) - einen numerus clausus sowohl für Ordrepapiere als auch teilweise für Inhaberpapiere an; stellvertretend für viele ZÖLLNER, 25f.; HUECK/CANARIS, 24f.; ULMER, 22f.

15 ODEFEY, 168, bezeichnet den DM-Reisescheck als "Papier eigener Art", ohne jedoch weitere Konkretisierungen anzubringen; bei SCHLEGELBERGER/HEFERMEHL, Anh. zu §365 Rdn. 314, findet sich die unklare Formulierung, es handle sich um "eine Urkunde, die den Reisenden als Begünstigten, d.h. zur Einlösung Berechtigten, ausweise".

(Benennung einer Ausgabestelle, doppelte Unterschrift als besondere Sicherung) vermögen einen sonst formgültigen Scheck nicht zu einem Ungültigen zu machen¹⁶.

b. Die Bedeutung der Unterschriften

Unter den Vertretern der Scheck-Theorie herrscht Uneinigkeit über die Bedeutung der beiden vom Aussteller zu leistenden Unterschriften: JUSTAT/MAUER¹⁷ und CANARIS¹⁸ sind der Ansicht, erst die Gegenzeichnung sei als Ausstellung zu betrachten. KÄSER¹⁹, HEINICHEN²⁰ und wohl auch KOLLER²¹ hingegen bewerten bereits die Erstunterschrift als die massgebliche Ausstellerunterschrift; die Gegenzeichnung diene dann lediglich als besonderes Legitimationserfordernis und habe zugleich die Funktion einer Quittung bei der Einlösung bzw. eines Indossaments bei der Übertragung.

Folgt man der zweiten Variante, so ist allerdings folgende Differenzierung notwendig: Der Aussteller bezeichnet sich mit der ersten Unterschrift zwar zugleich als ersten Berechtigten²², zur Verwertung des Reiseschecks ist aber sowohl die

16 ZÖLLNER, 159; kritisch KOLLER, Gutachten 1486ff.

17 ZKW 1956 158, allerdings nicht auf den DM-Reisescheck bezogen.

18 Rdn.864.

19 ZKW 1962 400.

20 52f.

21 Gutachten 1486.

22 Es liegt insofern also kein Inhaberscheck vor; a.A. KOLLER, Gutachten 1486.

erste als auch die zweite Unterschrift notwendig²³. Weil bei der Leistung der Erstunterschrift zudem die für einen Scheck gemäss Art.1 Ziff.5 ScheckG notwendige Angabe des Tages und des Ortes der Ausstellung noch fehlen, liegt ein Blankett vor²⁴. Insofern ist die Gegenzeichnung eine Voraussetzung für die vollständige Ausfüllung des DM-Reiseschecks. Dass die Angabe von Ort und Datum der Ausstellung nicht mit den Gegebenheiten bei der Erstunterzeichnung übereinstimmt, schadet der Schecknatur nicht²⁵. Soweit liegt also kein materieller Unterschied zwischen den beiden Auffassungen vor. Für die Frage eines gutgläubigen Erwerbs vom Nichtberechtigten hingegen ergeben sich verschiedene Auswirkungen: Betrachtet man die erste Unterschrift als die massgebliche Ausstellerunterschrift und kommt dem Ersterwerber ein noch nicht gegengezeichneter Reisescheck abhanden, so ist gemäss den Regeln über den Blankettmissbrauch ein gutgläubiger Erwerb vom Nichtberechtigten möglich, weil der Reisescheck eine gültige Ausstellerunterschrift enthält²⁶. Folgt man allerdings der Auffassung, dass erst die Gegenzeichnung den DM-Reisescheck ausstelle, so ist kein gutgläubiger Erwerb durch einen Dritten möglich, weil eine gültige Ausstellerunterschrift als Minimalvoraussetzung für ein Blankett fehlt²⁷. Soweit ersichtlich ist, haben die deutschen Gerichte diese Frage bis heute noch nicht entschieden²⁸.

23 HEINICHEN, 53.

24 KOLLER, Gutachten 1486; HEINICHEN, 53; a.A. CANARIS, Rdn. 864f.

25 HEINICHEN, 55 und dort Anm.45; BAUMBACH/HEFERMEHL, ScheckG Art.1 N 6; HUECK/CANARIS, 180 i.V.m. 66.

26 HEINICHEN, 52f.; KOLLER, Gutachten 1486f.; a.A. CANARIS, Rdn.865.

27 CANARIS, Rdn.865; JUSTAT/MAUER, ZKW 1956 158.

28 Vgl. immerhin LG Frankfurt, WM 1980 290f., wo diese Frage zwar angesprochen, aber nicht entschieden wurde.

3. Schlussfolgerungen

Ist der DM-Reisescheck im Einklang mit der herrschenden Lehre als echter Scheck zu betrachten, so ergeben sich hieraus einige Folgerungen für den Reisescheckverkehr: Der DM-Reisescheck ist in der Form des Indossaments zu übertragen, was - etwa im Gegensatz zum SBTC²⁹ - zur Folge hat, dass sowohl der Reisende als Aussteller als auch der Indossant der scheckrechtlichen Garantiehafung von Art.12 bzw. Art.18 ScheckG unterliegen³⁰. Im Gegensatz zu KÄSER³¹ messen ZÖLLNER³² und HEINICHEN³³ dieser Wirkung essentielle Bedeutung für den Reisescheckverkehr bei. Allerdings ist nicht zu verkennen, dass der Erwerber den Rückgriffsanspruch meistens gemäss den Art. 40ff. ScheckG verlieren wird, weil er die auch für den DM-Reisescheck geltende Vorlegungsfrist von Art.29 ScheckG selten einhalten wird³⁴. Wird ein Indossament erst nach Ablauf der Vorlegungsfrist auf dem DM-Reisescheck angebracht, entfaltet es nur die Wirkungen einer gewöhnlichen Abtretung (Art.24 Abs.1 ScheckG). Dieselbe Wirkung tritt zumeist auch bei der Erstübertragung ein. Wird nämlich die Gegenzeichnung zugleich als besonderes Indossament betrachtet³⁵, so wird dieses Indossament mangels der Nennung eines Indossatars³⁶

29 Vgl. §6.II.4.a.

30 CANARIS, Rdn.863.

31 ZKW 1962 400.

32 167.

33 73ff.

34 HEINICHEN, 62f.; CANARIS, Rdn.863; KÄSER, ZKW 1962 400.

35 Vgl. HEINICHEN, 53; KÄSER, ZKW 1962 400.

36 Auf dem DM-Reisescheck fehlt eine entsprechende Rubrik.

formnichtig sein, weil es ein Blankoindossament ist und entgegen der zwingenden Vorschrift von Art.16 Abs.2 ScheckG nicht auf der Rückseite angebracht ist³⁷.

Während also die Qualifikation des DM-Reiseschecks als echter Scheck möglich erscheint, stellen sich im Zusammenhang mit der Scheckstrenge, insbesondere mit den Wirkungen des Indossaments, gewisse Probleme. Während KÄSER³⁸ die zumeist eintretende Unwirksamkeit des Indossaments infolge mangelndem Bedürfnis in der Praxis als unbedenklich erachtet, behilft sich HEINICHEN³⁹ zur Lösung dieses Problems mit einer sehr weiten Auslegung des Scheckgesetzes und tritt für eine zumindest teilweise Wirksamkeit der Übertragung gemäss Art.17 ScheckG ein. Immerhin kommt HEINICHEN wie auch KOLLER⁴⁰ infolge dieser Probleme zum Schluss, dass der DM-Reisescheck seinem Wesen nach wenig geeignet ist, als Scheck der Scheckstrenge unterworfen zu sein. In Anlehnung an DESPAX⁴¹ vertreten sie die Ansicht, der Unterstellung des DM-Reiseschecks unter die gesetzlichen Vorschriften hafte etwas "Gewaltsames" an; vielleicht, so seine abschliessende Würdigung, sei die kaufmännische Anweisung gemäss §365 HGB die angemessenere Form⁴².

37 CANARIS, Rdn.863; KÄSER, ZKW 1962 400.

38 ZKW 1962 400.

39 72ff.

40 Gutachten 1486ff.

41 327.

42 HEINICHEN, 75.

§17 DIE AMERIKANISCHEN TRAVELERS CHEQUES

I. Grundlagen

1. Allgemeines

Angesichts der Tatsache, dass der Reisecheck eine amerikanische Schöpfung ist¹ und dass die amerikanischen Emittenten den Reisecheckmarkt bis heute beherrschen, vermag es kaum zu erstaunen, dass vor allem die amerikanischen Travelers Cheques Gegenstand juristischer Analysen und gerichtlicher Entscheidungen gewesen sind. Nicht nur amerikanische Autoren und Gerichte, sondern vor allem auch europäische Untersuchungen und Entscheide haben sich damit befasst².

Im Mittelpunkt der Diskussion stand auch hier die Frage nach der rechtlichen Qualifizierung des Travelers Cheques und nach der Bedeutung der Gegenzeichnung³. Nebst der Tatsache, dass verschiedene Arten von Travelers Cheques zu beurteilen waren, kommt für den kontinentaleuropäischen Betrachter erschwerend hinzu, dass die rechtliche Qualifizierung der amerikanischen Travelers Cheques aufgrund der internationalprivatrechtlichen Anknüpfungsregeln⁴ nach dem ihm grundsätzlich wesensfremden anglo-amerikanischen Recht zu erfolgen hat. Dieses gliedert

1 Vgl. §2.II.

2 Vgl. z.B. HEINICHEN, 110ff.; STÜCKRADT, ZKW 1966 861ff.; KÄSER, ZKW 1961 196ff.; LEYSEN, 245ff. Für die Schweiz: ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 38ff.; HAMMER, 62ff.; BJM 1971 178ff. Bemerkenswert ist auch, dass das Deutsche Reichsgericht schon 1912 einen Entscheid bezüglich eines Amexco-Travelers-Cheques zu fällen hatte; vgl. RGZ 79, 342.

3 Vgl. z.B. WILLISTON, 287ff.; YALE L.J. 1938 470ff.; HEINICHEN, 111ff., und ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 38ff., jeweils mit Verweisungen auf die amerikanische Rechtsprechung.

4 Vgl. §15.I.

sich in zwei grosse Bereiche: Das Richterrecht (Case Law) und das Gesetzesrecht (Statute Law), wobei das Case Law grundsätzlich primäre Rechtsquelle ist⁵.

Der Frage nach der Rechtsnatur der amerikanischen Travelers Cheques muss aus diesen Gründen die Frage nach den massgeblichen Rechtsquellen vorausgehen.

2. Der Uniform Commercial Code als massgebliche Rechtsquelle

Das Aufkommen des Statute Law in den verschiedenen Gliedstaaten führte besonders im Handels- und Wirtschaftsrecht zu einer Rechtszersplitterung, die als sehr hinderlich empfunden wurde⁶. Obschon oder gerade weil die Bundesgesetzgebung aufgrund der föderalistischen Struktur der USA auf dem Gebiete des Privatrechts nicht tätig werden konnte, wurde die "National Conference of Commissioners on Uniform State Laws" ins Leben gerufen, um in verschiedenen Rechtsgebieten Mustergesetze auszuarbeiten, die von den einzelnen Gliedstaaten übernommen werden sollten⁷. Als erste wichtige Kodifikation wurde 1896 das Uniform Negotiable Instruments Law (UNIL) geschaffen, welches das Recht der Handelspapiere regelte und in der Folge in allen Gliedstaaten Anerkennung fand⁸.

Infolge der veränderten Handelsgebräuche und der damit verbundenen Überlagerung des UNIL mit dem Common Law, welches

5 BLUMENWITZ, 4ff., 45ff.

6 BLUMENWITZ, 50; JÄHNCHEN-JOHN, 17f.

7 BLUMENWITZ, 50; JÄHNCHEN-JOHN, 18.

8 JÄHNCHEN-JOHN, 18; SCHETTLER/BÜELER, 1; WHITE/SUMMERS, 2f.

von der unterschiedlichen Rechtsprechung in den einzelnen Staaten geprägt war, wurden in den 40-er Jahren Anstrengungen unternommen, ein neues, eigentliches Handelsgesetzbuch zu entwerfen⁹. Als Ergebnis wurde 1952 die erste Fassung des Uniform Commercial Code (UCC) veröffentlicht, der in den Jahren 1957, 1958, 1962, 1972 und schliesslich 1978 mit verschiedenen Vorschriften ergänzt wurde¹⁰. Mit Ausnahme von Louisiana¹¹ haben alle Staaten den UCC übernommen, jedoch in verschiedenen Fassungen und mit teilweisen Abänderungen. Für den Bereich der Handelspapiere ist der "1962 Official Text" massgebend¹².

In Artikel 3 des UCC werden die Handelspapiere (Commercial Papers) geregelt, worunter nur solche Papiere zu verstehen sind, die auf Zahlung von Geld gehen und kurzfristig laufen¹³. Ein mit dem schweizerischen oder deutschen Recht vergleichbarer Wertpapierbegriff fehlt. Der Verknüpfung von Recht und Papier wird keine besondere Bedeutung beigemessen¹⁴. Es wird lediglich zwischen begebungsfähigen, beschränkt begebungsfähigen und nicht begebungsfähigen Papieren unterschieden, wobei letztere ausserhalb des Bereichs von Artikel 3 UCC fallen¹⁵.

9 JÄHNCHEN-JOHN, 19; WHITE/SUMMERS, 3f.

10 JÄHNCHEN-JOHN, 19f.; WHITE/SUMMERS, 4ff., 9ff.; BLUMENWITZ, 50f.

11 Hier gilt noch immer das UNIL; vgl. vorstehend Zitierte.

12 Vgl. WHITE/SUMMERS, 5f.

13 JÄHNCHEN-JOHN, 21.

14 JÄHNCHEN-JOHN, 27f.

15 JÄHNCHEN-JOHN, 23.

Neben dieser unterschiedlichen Rechtsauffassung bezüglich der Qualifizierung von Urkunden wirkt für eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Rechtsnatur der amerikanischen Travelers Cheques auch der Umstand erschwerend, dass der UCC nicht abschliessend, also eben nicht "uniform" ist: §1-103 UCC bestimmt nämlich, dass die allgemeinen Grundsätze des Common Law und der Equity ergänzend anwendbar seien¹⁶. Um der damit drohenden erneuten Rechtszersplitterung vorzubeugen, wurde ein "Permanent Editorial Board for the Uniform Commercial Code" eingesetzt, dessen Aufgabe die Ergänzung des UCC unter Berücksichtigung neuer Handelspraxen und die Klarstellung divergierender Auslegungen ist¹⁷. Eine besondere Bedeutung für die Anwendung und Auslegung des UCC kommt dabei den offiziellen Kommentaren zu, insbesondere jenem, der vom "American Law Institute and the National Conference of Commissioners on Uniform on State Laws" herausgegeben wird¹⁸.

Angesichts dieser Vielschichtigkeit der Rechtsquellen, Auslegungen und Handelspraxen kann es nicht Ziel und Zweck dieser Arbeit sein, eine abschliessende und allgemeingültige Qualifizierung der amerikanischen Travelers Cheques vorzunehmen. Vielmehr soll im Lichte der Literatur und Rechtsprechung zur Rechtsnatur der amerikanischen Travelers Cheques deren grundsätzliche Einordnung in das Recht der Handelspapiere, verbunden mit möglichen speziellen Qualifizierungen, aufgezeigt werden.

16 Vgl. dazu auch JÄHNCHEN-JOHN, 19f.; BLUMENWITZ, 51; WHITE/SUMMERS, 18ff.

17 JÄHNCHEN-JOHN, 19f.; WHITE/SUMMERS, 14ff.; BLUMENWITZ, 51 Anm.13.

18 WHITE/SUMMERS, 12ff.; vgl. zu diesem Kommentar das Literaturverzeichnis.

II. Die Travelers Cheques als negotiable instruments

1. Grundsätzliche Qualifizierung als negotiable instruments

a. Die ältere Literatur und Rechtsprechung zum UNIL

Schon unter der Herrschaft des UNIL ist die rechtliche Qualifizierung der amerikanischen Travelers Cheques diskutiert worden. Im Zusammenhang mit der Frage, ob diese negotiable instruments¹⁹ im Sinne von §1 UNIL darstellen, sind vor allem die Bedeutung und die Wirkung der faksimilierten Unterschriften eines Vertreters des Emissionsinstitutes erörtert worden.

Unabhängig davon, ob der Travelers Cheque eine Anweisung oder ein Zahlungsversprechen enthält, wurde das Emissionsinstitut als Aussteller und die faksimilierte Unterschrift eines Vertreters des Emittenten als wirksam betrachtet²⁰. Weitgehend Einigkeit herrschte auch darüber, dass die Gegenzeichnung für die Anweisung bzw. das Zahlungsversprechen nicht als Bedingung aufgefasst werden könne und deshalb die Voraussetzung von §1 Ziff.2 UNIL erfüllt sei²¹. Deshalb wurde der Travelers Cheque in der überwiegenden Lehre und Rechtsprechung als negotiable instrument im Sinne von §1 UNIL qualifiziert²². Nur hinsichtlich des Zeitpunkts des Zustandekommens als negotiable instrument waren die Ansichten geteilt: Nach der herr-

19 Begebbare, übertragbare Urkunden; vgl. zum Begriff der negotiable instruments auch §18.I. und dort FN 10.

20 WILLISTON, 289ff.; YALE L.J. 1938 471ff.; HEINICHEN, 112ff. und dort zitierte Judikatur; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 49.

21 WILLISTON, 292; YALE L.J. 1938 471f.; HEINICHEN, 112; LEYSEN, 254f.

22 WILLISTON, 292f.; OGDEN, 480; HEINICHEN, 111ff., mit Verweisungen auf die Judikatur; KÄSER, ZKW 1961 198; LEYSEN, 254f.; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 39; unklar YALE L.J. 1938 474ff.

schenden Ansicht ist ein Travelers Cheque erst mit der Leistung der Gegenzeichnung vollständig und damit als negotiable instrument zu betrachten²³. Eine andere Auffassung betrachtete den Travelers Cheque bereits mit der Anbringung der faksimilierten Ausstellerunterschrift als vollständig²⁴.

b. Die Beurteilung nach dem UCC

Durch die Einführung des UCC scheint sich keine wesentliche Änderung in der rechtlichen Beurteilung des Travelers Cheques ergeben zu haben. Dies mag kaum erstaunen, stellt doch §3-104 Abs.1 UCC die gleichen Voraussetzungen an das Vorliegen eines negotiable instrument wie §1 UNIL²⁵. Ohne Differenzierung, ob es sich um einen Travelers Cheque mit Anweisungs- oder Zahlungsversprechenscharakter handelt²⁶, wird die Qualifizierung als negotiable instrument, mithin also als begebbares Papier, im Sinne von §3-104 Abs.1 UCC angenommen²⁷.

Weiterhin unbestritten ist, dass die faksimilierte Unterschrift des Ausstellers, des Emittenten also, die Vorausset-

23 WILLISTON, 292; OGDEN, 482; HEINICHEN, 113, mit Verweisungen auf weitere Judikatur und Literatur.

24 YALE L.J. 1938 473f.

25 Vgl. den Wortlaut dieser beiden Gesetze bei SCHETTLER/BÜELER, 3ff. und 67ff.

26 Gemäss §3-104 Abs.1 lit.b UCC muss alternativ ein Zahlungsverprechen oder eine Anweisung vorliegen, "... promise or order...".

27 Kommentar UCC, §3-104 N 4; WYATT/WYATT, 253; FRASCONA, 493f.; HAMMER, 66f., für den Amexco-Travelers-Cheque; BJM 1971 180f.; STÜCKRADT, ZKW 1966 862; vgl. auch ELLINGER, Toronto L.J. 1969 137ff., der zwar die Gegenzeichnung als Bedingung betrachtet, aber dennoch das Vorliegen eines negotiable instrument annimmt.

zung von §3-104 Abs.1 lit.a und §3-401 UCC erfüllt²⁸. Für die Frage nach dem Zeitpunkt des Zustandekommens eines Travelers Cheques brachte der UCC eine Klärung. Gemäss §3-104 UCC in Verbindung mit §3-115 Abs.1 UCC kann ein negotiable instrument erst dann vorliegen, wenn es vollständig ausgefüllt ist²⁹. Der Aussteller erteilt dem Erstnehmer das Recht, ja die Pflicht, den Travelers Cheque mittels der Gegenzeichnung bei der Einlösung zu vervollständigen. Die Travelers Cheques sind also erst dann negotiable instruments, "when they have been completed by the identifying signature"³⁰. Aus dem Sinn und Zweck des Erfordernisses der doppelten Unterschrift folgt, dass sich die Blankettausfüllungsermächtigung des Ausstellers ausschliesslich an den Ersterwerber richtet und deshalb nicht übertragbar ist³¹. Wird also ein Travelers Cheque von einem Dritten ergänzt und gegengezeichnet, so ist die Blankettausfüllungsermächtigung überschritten bzw. verletzt; es liegt eine Fälschung vor, die sich der Emittent (Aussteller) gemäss §3-407 i.V.m. §3-115 Abs.2 UCC nicht anrechnen lassen muss³². Gegenüber einem gutgläubigen Dritten, der diesen gefälschten Travelers Cheque erworben hat, wird vielmehr derjenige verpflichtet, der die Gegenzeichnung angebracht hat³³.

28 Kommentar UCC, §3-401 N 2; WHITE/SUMMERS, 488f.; WYATT/WYATT, 258; JÄHNCHEN-JOHN, 30; HAMMER, 66f.; STÜCKRADT, ZKW 1966 862; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 340.

29 Vgl. Kommentar UCC, §3-115 N 2.

30 Kommentar UCC, §3-104 N 4; vgl. auch HAMMER, 67; BJM 1971 181; JÄHNCHEN-JOHN, 38f.

31 So auch HAMMER, 69; BJM 1971 181.

32 HAMMER, 96; vgl. auch JÄHNCHEN-JOHN, 39.

33 HAMMER, 69; vgl. auch Kommentar UCC, §3-407 N 2.

2. Spezielle Qualifizierung

Besteht Klarheit darüber, dass die Travelers Cheques grundsätzlich als negotiable instruments im Sinne von §3-104 Abs.1 UCC zu betrachten sind, so ist noch nichts darüber ausgesagt, welcher speziellen Form gemäss §3-104 Abs.2 UCC sie zuzuordnen sind. Für die Frage, ob ein Travelers Cheque als "draft" (gezogener Wechsel), "check" (auf eine Bank gezogener Wechsel), "certificate of deposit" (Hinterlegungsschein) oder als "note" (auch "promissory note" genannt; eigener Wechsel, Zahlungsverprechen) zu betrachten sei, ist primär auf die Art des verbrieften Rechts abzustellen. In der neueren amerikanischen Literatur wird eine derartige Unterscheidung selten vorgenommen und wenn, dann meistens ohne nähere Begründung³⁴. Auch die ältere Literatur hat sich nicht sehr eingehend mit der weiteren Unterteilung der verschiedenen Travelers-Cheque-Typen auseinandergesetzt³⁵.

a. Travelers Cheques mit Anweisungsscharakter

Sowohl die amerikanische als auch die europäische Literatur hat der Besprechung der amerikanischen Travelers Cheques meistens den Amexco-Travelers-Cheque zugrunde gelegt. Dieser weist folgende Ausgestaltung auf:

34 Vgl. z.B. WYATT/WYATT, 253; Kommentar UCC, §3-104 N 4.

35 Vgl. aber immerhin WILLISTON, 289ff., und HEINICHEN, 115ff.

U.S. DOLLAR TRAVELERS CHEQUE	
When countersigned below with this signature	
	Before cashing write here city and date
AMERICAN EXPRESS COMPANY	
Pay this cheque to the order of	
Fifty Dollars	
(Ausstellerunterschrift)	
Countersign here in presence of person cashing	

Die ältere Literatur, die noch unter der Herrschaft des UNIL stand, hat in dieser Konstruktion eine Eigenanweisung erblickt und den Amexco-Travelers-Cheque als cashier's cheque qualifiziert, der als bill of exchange von der Amexco auf sich selbst gezogen und durch die Ausgabe angenommen werde (§185 i.V.m. §187 UNIL)³⁶.

An dieser Beurteilung hat sich mit der Einführung des UCC grundsätzlich nichts geändert, denn die Definition des Checks in §3-104 Abs.2 lit.b UCC entspricht jener in §185 UNIL. So wird denn auch in der jüngeren Literatur zumeist - wenn auch teilweise ohne nähere Begründung - das Vorliegen eines cashier's check angenommen³⁷. FRASCONA³⁸ äussert immerhin Zweifel an der Bankeigenschaft und zieht die Qualifikation als draft im Sinne von §3-104 Abs.2 lit.a UCC vor.

36 WILLISTON, 291f.; YALE L.J. 1938 474 Anm.21; LEYSEN, 255; HEINICHEN, 117, mit Verweisungen auf die Judikatur; KÄSER, ZKW 1961 198.

37 HAMMER, 66ff.; STÜCKRADT, ZKW 1966 862; vgl. auch BJM 1971 181; unklar WYATT/WYATT, 253; a.A. ELLINGER, Toronto L.J. 1969 137f.

38 494.

Der cashier's check stellt einen Check dar, bei dem ein Vertreter der Bank das Bankinstitut selbst anweist³⁹. Dies kommt einer Bestätigung des Cheques gleich (certification, §3-411 Abs.1 i.V.m. §3-410 Abs.1 UCC)⁴⁰. Diese certification lässt eine Zahlungsverpflichtung der Amexco im Zeitpunkt der Vervollständigung des Travelers Cheques nach Massgabe von §3-115 UCC entstehen (§3-413 Abs.1 UCC), d.h. also bei der Gegenzeichnung⁴¹.

b. Travelers Cheques in der Form von Zahlungsversprechen

Schon in der älteren Literatur fand der Travelers Cheque, der ein Zahlungsversprechen enthält, keine grössere Besprechung⁴². Dies hat sich auch in jüngster Zeit nicht geändert. Als Beispiel für einen solchen Travelers Cheque sei hier derjenige von Citicorp angeführt:

Signature CITICORP		
Will pay to the order of _____ when countersigned below by the individual whose signature appears in the upper left corner / subject to the terms on the reverse		
One Hundred Dollars		
Countersignature - must be affixed in the presence of the person cashing this cheque	Date	(Aussteller- unterschrift)

39 WHITE/SUMMERS, 681; FRASCONA, 493f.; WYATT/WYATT, 253.

40 HAMMER, 67f.; STÜCKRADT, ZKW 1966 862; JÄHNCHEN-JOHN, 145f.; FRASCONA, 568.

41 Vgl. auch STÜCKRADT, ZKW 1966 862; WHITE/SUMMERS, 683; Kommentar UCC, §3-413 (S.306).

42 Vgl. immerhin WILLISTON, 290; HEINICHEN, 118; ELLINGER, Toronto L.J. 1969 136, 138.

Die rechtliche Qualifizierung des als Zahlungsversprechen ausgestalteten Travelers Cheques war im Gegensatz zu jener bezüglich des Amexco-Travelers-Cheques uneinheitlich. Zumeist wurde das Vorliegen eines cashier's checks angenommen⁴³, aber auch die Konstruktion als an Ordre gestellte Quittung (certificate of deposit)⁴⁴ oder einfach als Zahlungsversprechen (promissory note)⁴⁵ wurde in Betracht gezogen.

Die Formulierung von §3-104 Abs.2 lit.d UCC, dass ein negotiable instrument als "note" (eigener Wechsel, Zahlungsversprechen) zu betrachten sei, "if it is a promise other than a certificate of deposit", legt den Schluss nahe, den als Zahlungsversprechen ausgestalteten Travelers Cheque als note (auch promissory note genannt) zu betrachten⁴⁶. Ähnlich wie schon §130 UNIL statuiert zwar auch §3-118 lit.a UCC, dass bei Zweifeln, ob ein Papier als draft - mithin also auch als check⁴⁷ - oder als note ausgestaltet ist, der Inhaber das Papier grundsätzlich nach seiner Wahl behandeln könne; ein auf den Aussteller gezogener Wechsel ist aber - und das ist eine

43 WILLISTON, 290; HEINICHEN, 118, mit Verweis auf die überwiegende amerikanische Rechtsprechung.

44 Entscheid eines New Yorker Untergerichts, zitiert bei HEINICHEN, 116 Anm.40.

45 HEINICHEN, 116; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 39; vgl. auch KÄSER, ZKW 1961 199.

46 A.A. ELLINGER, Toronto L.J. 1969 138. Ein Hinterlegungselement muss beim Reisecheckvertrag verneint werden; vgl. dazu auch §8.II.3.b.cc. Zur promissory note vgl. WHITE/SUMMERS, 498ff.; FRASCONA, 490f.; WYATT/WYATT, 250f.

47 Der Check ist ein auf eine Bank gezogener Wechsel, §3-104 Abs.2 lit.b UCC; vgl. JÄHNCHEN-JOHN, 22.

wesentliche Präzisierung zu §130 UNIL⁴⁸ - als note zu behandeln⁴⁹.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die bis zur Einführung des UCC vorherrschende Rechtsprechung unter dem Blickwinkel von §3-118 lit.a 1.Satz UCC weitergeführt wird, dass also das Vorliegen eines cashier's check angenommen wird. Die Unterscheidung, ob eine note oder ein cashier's check vorliegt, hat indessen keine Auswirkungen: Bei beiden entsteht eine Zahlungsverpflichtung erst mit der Gegenzeichnung (§3-413 Abs.1 UCC).

48 Kommentar UCC, §3-118 N 2.

49 "A draft drawn on the drawer is effective as a note", §3-118 lit. a 2.Satz UCC.

§18 DER THOMAS COOK TRAVELLERS CHEQUE

I. Grundlagen

Neben den amerikanischen haben auch die englischen Travellers Cheques¹ eine sehr grosse Tradition. Hervorzuheben ist dabei vor allem der Thomas-Cook-Travellers-Cheque, der seit 1920 ausgegeben wird und heute in der Form des "euro-travellers-cheque" vorliegt². Im Gegensatz zu den amerikanischen Travelers Cheques fand der englische Travellers Cheque in der Literatur jedoch kaum je Beachtung³; englische Gerichtsent-scheide sind - soweit ersichtlich - nicht bekannt⁴. Infolge der grossen Bedeutung der Thomas-Cook-Travellers-Cheques auf dem internationalen Reisecheckmarkt soll im folgenden dennoch in einer kurzen Übersicht auf die Frage nach deren Rechts-natur eingegangen werden.

Gleich wie auch bei der Behandlung der Rechtsnatur eines amerikanischen Travelers Cheques⁵ ist auch hier primär die Frage nach den massgeblichen Rechtsquellen, somit das Verhältnis von Common Law und Statute Law zu klären. Dabei muss festgestellt werden, dass im Gegensatz zu den USA das Vertragsrecht und das Handelsrecht weitgehend vom Common Law entwickelt werden⁶. Immerhin bestehen für den Bereich des Wechsel- und Checkrechts einige Gesetze, die eine teilweise Kodifizierung

1 Zur Schreibweise vgl. §1.I.2

2 Vgl. §2.III.1.

3 Vgl. immerhin CHORLEY, 253ff.; ELLINGER, Toronto L.J. 1969 134ff.

4 CHORLEY, 259; HEINICHEN, 110 Anm.3; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 52 a.E.

5 Vgl. §16.I.

6 Vgl. BLUMENWITZ, 15.

des "Wertpapierrechts" vornehmen. Besondere Bedeutung haben die "Bills of Exchange Act" (BEA) von 1882 und die "Cheques Act" von 1957. Letztere nahm eine Teilreform der checkrechtlichen Normen der BEA vor⁷. Die Cheques Act und weitere die Bills of Exchange Act ergänzende Spezialgesetze haben für den Travellers Cheque jedoch keine Bedeutung⁸.

Eine Folge dieser sehr partiellen Kodifizierung im Bereiche des Handelsrechts ist, dass das englische Recht - gleich wie das amerikanische⁹ - keinen dem schweizerischen Recht vergleichbaren Wertpapierbegriff kennt. Vielmehr wird anhand des Kriteriums der Übertragbarkeit zwischen gewöhnlicher und qualifizierter Verurkundung von Vertragsrechten unterschieden, ohne dass auf die Verknüpfung von Recht und Urkunde Bezug genommen wird. Im Gegensatz zu den gewöhnlichen, allenfalls durch Zession übertragbaren Vertragsrechten (assignable contracts) stellen die negotiable instruments¹⁰ schriftliche Dokumente dar, die ein in der Regel auf Geld lautendes Versprechen (promise) an den Inhaber der Urkunde oder an den durch Ordre Berechtigten enthalten, frei und ohne Anzeige an den Schuldner übertragbar sind und deren Übertragung die Wirkung eines Einredenausschlusses aufweist; die Qualifizierung einer Urkunde als negotiable instrument muss sich zudem entweder aus einem Gesetz (statute) oder aus einer von den Gerichten anerkannten Handelsgewohnheit (commercial custom, custom of

7 LOTTER, 1, 41. Vgl. eingehend zur Entwicklung des englischen Wechsel- und Checkrechts das Werk von HOLDEN.

8 PALFREMAN, 248.

9 Vgl. §16.I.2

10 "negotiable" bedeutet indossabel, übertragbar, "negotiable instrument" ist mit dem Begriff Verkehrspapier gleichzusetzen; R. HERBST, Dictionary of Commercial, Financial and Legal Terms, Bd.I: English-German-French, 4.A., Zug 1976, zu "negotiable".

merchants) ergeben¹¹. Daraus folgt, dass neben den gesetzlich anerkannten negotiable instruments, insbesondere der bill of exchange (sec.3ff. BEA), dem cheque (sec.73ff. BEA und Cheques Act) sowie der promissory note (sec.83ff. BEA), durch die Gerichte eine nicht geschlossene Zahl weiterer Urkunden als negotiable instruments betrachtet werden kann¹².

Es wird also in der Folge zu prüfen sein, ob der englische Travellers Cheque und insbesondere der Thomas-Cook-Travellers-Cheque entweder durch Gesetz oder durch einen anerkannten Handelsgebrauch als negotiable instrument qualifiziert werden kann.

II. Rechtsnatur

Der Thomas-Cook-Travellers-Cheque weist folgende Ausgestaltung auf:

euro travellers cheque	
Countersign here in presence of person cashing	When this travellers cheque is countersigned by the holder, the Issuer will pay to the order of
Fifty Pounds Sterling	Issuer: Thomas Cook Travellers Cheques Ltd. London
_____ Signature of holder	(Ausstellerunterschrift)

¹¹ GUEST, 406f.; SCHMITTHOFF/SARRE, 423; BORRIE, 214f.; JAMES, 482; ELLINGER, Toronto L.J. 1969 135, 139f.

¹² JAMES, 482; GUEST, 409; ELLINGER, Toronto L.J. 1969 139f.

Die Formulierung "... the issuer will pay to the order of ..." deutet auf eine Eigenanweisung bzw. auf ein Zahlungsverprechen (promissory note) hin. Dies ist indessen nicht zwingend, denn bei Identität von Aussteller und Bezogenem kann der Besitzer einer solchen Urkunde diese gemäss sec.5(2) BEA entweder als gezogener Wechsel (bill of exchange) oder als Eigenwechsel (promissory note) betrachten¹³. Eine dem amerikanischen cashier's check¹⁴ entsprechende Konstruktion als bestätigter Cheque kann nicht vorliegen, da nach englischem Recht ein Cheque nicht angenommen oder bestätigt werden kann¹⁵. CHORLEY¹⁶, ELLINGER¹⁷ und BORRIE¹⁸ lehnen aber auch eine Qualifizierung des Travellers Cheques als bill of exchange oder als promissory note a priori ab, weil die Gegenzeichnung eine Bedingung sei und damit das Erfordernis der unbedingten Anweisung (sec.3 BEA) bzw. des unbedingten Zahlungsverprechens (sec.83 BEA) nicht erfüllt sei¹⁹.

Folgt man dieser Ansicht unter Bezugnahme auf die herrschende amerikanische Auffassung²⁰ nicht, so würden durchaus gute Gründe für die Annahme einer promissory note gemäss sec.83ff. BEA vorliegen, zumal diese auch auf Sicht ("...to pay on de-

13 LOTTER, 14; SCHMITTHOFF/SARRE, 424; BORRIE, 220.

14 Vgl. §17.II.2.a.

15 BORRIE, 258f. und dort Anm.g; SCHMITTHOFF/SARRE, 449f.; PALFREMAN, 237; vgl. auch CHORLEY, 258, der für alle Travellers Cheques die Checknatur grundsätzlich ablehnt.

16 258.

17 Toronto L.J. 1969 137f.

18 220.

19 Auch FIDLER, 263, scheint an der Unbedingtheit Zweifel zu haben; a.A. wohl HOLDEN, 251.

20 Vgl. §17.II.1.

mand...") gestellt werden kann²¹. Ist im Einklang mit CHORLEY und BORRIE dagegen davon auszugehen, dass die Gegenzeichnung eine Bedingung darstellt, so fällt primär nur die Qualifizierung als bill of exchange, als cheque oder als promissory note im Sinne der BEA ausser Betracht. Weil dann keine Qualifizierung des Travellers Cheques als negotiable instrument auf der Grundlage eines Gesetzes möglich ist, könnte sich eine solche nur durch eine von den Gerichten anerkannte Handelspraxis ergeben²². Da aber die englischen Gerichte diese Frage bis heute nicht zu beantworten hatten, scheint auch auf diesem Wege die Annahme eines negotiable instrument nicht möglich zu sein²³. Anders wäre nur zu entscheiden, wenn man mit ELLINGER²⁴ die herrschende amerikanische Lehre und Rechtsprechung, die das Vorliegen eines negotiable instrument bejaht²⁵, als eine auch für England massgebliche und von den Gerichten anerkannte Handelspraxis annimmt²⁶. Damit könnte der Mangel an englischer Rechtsprechung zumindest durch Verweis auf eine gerichtlich anerkannte Handelspraxis in einem anderen Land mit angelsächsischer Rechtstradition geheilt und die Qualifizierung des englischen Travellers Cheque als negotiable instrument vorgenommen werden²⁷.

CHORLEY wendet sich gegen eine solche Anerkennung und fügt weitere Argumente bei, die gegen die Annahme eines negotiable

21 Zur promissory note vgl. GUEST, 409; JAMES, 490f.; SCHMITTHOFF/SARRE, 461ff.; FIDLER, 233ff.

22 Vgl. vorn I.

23 So CHORLEY, 259; unklar FIDLER, 263.

24 Toronto L.J. 1969 139ff.

25 Vgl. §17.II.1.

26 Ähnlicher Ansicht wohl auch FIDLER, 263.

27 ELLINGER, Toronto L.J. 1969 139ff.

instrument sprechen würden: So sei die von den englischen Gerichten bei geldähnlichen Papieren verlangte Gewissheit und Klarheit ("...certainty and clarity...") infolge des Refunds beim Travellers Cheque eben gerade nicht gegeben, zudem sei dieser auch nicht leicht oder gar nicht zu übertragen. Überhaupt sei die Ausgestaltung des Travellers Cheque so atypisch, dass dieser nicht mit den anderen Verkehrspapieren (negotiable instruments) verglichen werden könne²⁸.

Abschliessend ist also festzustellen, dass bezüglich der Qualifizierung des englischen Travellers Cheque eine unklare Rechtslage herrscht, die ihre Ursachen vor allem in der spärlichen Behandlung dieses Papiers in der Literatur und im Fehlen einer diesbezüglichen Rechtsprechung hat. Behoben werden könnte diese Unklarheit dadurch, dass man die Auffassung, die Gegenzeichnung stelle eine Bedingung dar, mit Verweis auf die kontinentaleuropäische und vor allem auf die amerikanische Literatur und Judikatur aufgibt und das Vorliegen einer promissory note für den Thomas-Cook-Travellers-Cheque annimmt²⁹, oder dass ein englisches Gericht sich darüber ausspricht, ob eine Handelspraxis anerkannt wird und der Travellers Cheque somit allgemein als negotiable instrument zu qualifizieren sei oder nicht.

28 259ff.

29 Für andere Travellers Cheques allenfalls die Form einer bill of exchange oder eines cheques.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Gegenstand der Untersuchungen in dieser Arbeit war ein von der Praxis entwickeltes, beinahe 100 Jahre altes Instrument des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Reiseverkehrs im Besonderen. Nicht nur die lange Geschichte des Reisechecks sondern vor allem dessen grosse wirtschaftliche Bedeutung auf dem Reisezahlungsmittelmarkt rechtfertigten es, näher auf die urkundenrechtliche Ausgestaltung des Reisechecks und auf die Rechtsbeziehungen zwischen den am Reisecheckverkehr Beteiligten einzutreten. Ziel war dabei, aufbauend auf der wirtschaftlichen Typisierung und auf der Entwicklungsgeschichte des Reisechecks den Versuch zu unternehmen, den Reisecheck typenlogisch zu erfassen und diesen so ins Rechtssystem einzuordnen. Wichtige Elemente bzw. Hilfsmittel der rechtlichen Erfassung des im Mittelpunkt dieser Untersuchungen stehenden SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUES waren dabei eine typenlogische Auslegung des Gesetzes und eine rechtsvergleichende Betrachtungsweise.

Gleich wie beim SBTC hat es sich auch bei den anderen untersuchten Papieren erwiesen, dass die Ermittlung der Rechtsnatur von Reisechecks mitunter auf Schwierigkeiten stösst, welche vor allem im Element der Gegenzeichnung, aber auch im Refund begründet sind. Ausgehend von einer grundlegenden Untersuchung des schweizerischen Ordrepapierrechts und der daraus folgenden Feststellung, dass dieses im Gegensatz zum deutschen Recht keinen numerus clausus kennt, wurde dargelegt, dass der SBTC durchaus als Ordrepapier qualifiziert werden kann. Die Gegenzeichnung und der Refund beeinträchtigen die Qualifizierung des SBTC als Wertpapier öffentlichen Glaubens dabei in keiner Weise¹.

1 Vgl. dazu die §§5-7.

Das ermittelte Resultat, die Wertpapiernatur des einzigen schweizerischen Reisechecks, entspricht seinem Wesen nach auch der überwiegenden Betrachtungsweise im Ausland bezüglich anderer Reisechecks: So wird der DM-Reisescheck von der herrschenden deutschen Lehre als Scheck im Sinne des Scheckgesetzes qualifiziert, wenngleich diese Lösung als teilweise allzusehr konstruiert betrachtet werden muss². Die beinahe einhellige Rechtsauffassung in den Vereinigten Staaten von Amerika geht bezüglich der US-Travelers-Cheques (Amexco, Citicorp, Bank America usw.) vom Vorliegen eines negotiable instrument (Verkehrspapier) aus³. Diese Betrachtungsweise wird im Wesentlichen auch von der deutschen⁴, der französischen⁵ und der schweizerischen⁶ Literatur geteilt. Lediglich die - sehr spärlich vorhandene - englische Literatur scheint die Qualifizierung des Reisechecks als Wertpapier bzw. als negotiable instrument abzulehnen⁷.

Die Schwierigkeiten, die bei der Qualifizierung von Reisechecks auftreten, dürfen nicht dazu führen, diese überhaupt nicht vorzunehmen. Wenngleich der Unterstellung des Reisechecks unter die von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Institute zuweilen etwas "Gewaltsames" anhaften mag⁸, besteht doch kein Bedürfnis für eine gesetzlich eigenständige

2 Vgl. dazu §16.

3 Vgl. dazu §17.

4 Vgl. HEINICHEN, 110ff.; KÄSER, ZKW 1961 196ff.; STÜCKRADT, ZKW 1966 861ff.

5 Vgl. die Übersicht bei HEINICHEN, 133ff.; immerhin a.A. DESPAX, 330ff.

6 HAMMER, 62ff.; JÄGGI/DRUEY/VON GREYERZ, 340; ZIMMERMANN, Anh. zu Art.1105 N 38ff.

7 Vgl. dazu §18.

8 So DESPAX, 327.

Typisierung des Reisechecks⁹. Von Bedeutung ist vielmehr eine zweckorientierte Auslegung der Gesetze und deren typenlogische Betrachtung. Unter Würdigung dieser Elemente kann der allgemeinen Tendenz der Zuordnung des Reisechecks zu den Verkehrs- bzw. Wertpapieren nur zugestimmt werden.

Die Notwendigkeit der urkundenrechtlichen Qualifizierung des Reisechecks wurde vor allem bei der Untersuchung der Rechtsbeziehungen zwischen den am Reisecheckverkehr Beteiligten nachgewiesen¹⁰. Wird nämlich der Reisecheck als Wertpapier qualifiziert, so beherrscht und überlagert das Wertpapierrecht weitgehend die schuldrechtlichen Beziehungen zwischen den betroffenen Personen, so insbesondere bezüglich der Erfüllung der verbrieften Forderung. Wichtigste rein schuldrechtliche Wirkung dagegen bleibt der Refund, der keinen Einfluss auf die urkundenrechtliche Lage hat¹¹. Infolge dieser intensiven Beziehung von Wertpapierrecht und allgemeinem Schuldrecht kann der zuweilen in der Literatur geäußerten Ansicht, dass auf eine Ermittlung der Rechtsnatur von Reisechecks verzichtet werden könne, weil ohnehin die schuldrechtlichen Verhältnisse massgebend seien¹², nicht zugestimmt werden. Die Bedeutung und der massgebliche Inhalt der schuldrechtlichen Beziehungen können erst nach der urkundenrechtlichen Qualifizierung des Reisechecks ermittelt werden.

Die durch die Untersuchungen der Grundlagen des Reisecheckverkehrs gewonnene Erkenntnis, dass die urkundenrechtliche Ausgestaltung eines Papiers die schuldrechtlichen Beziehungen zwischen den am Rechtsverkehr Beteiligten wesentlich prägt

9 G.M. KOLLER, Gutachten 1488.

10 Vgl. dazu die §§8ff.

11 Vgl. dazu vor allem §13.

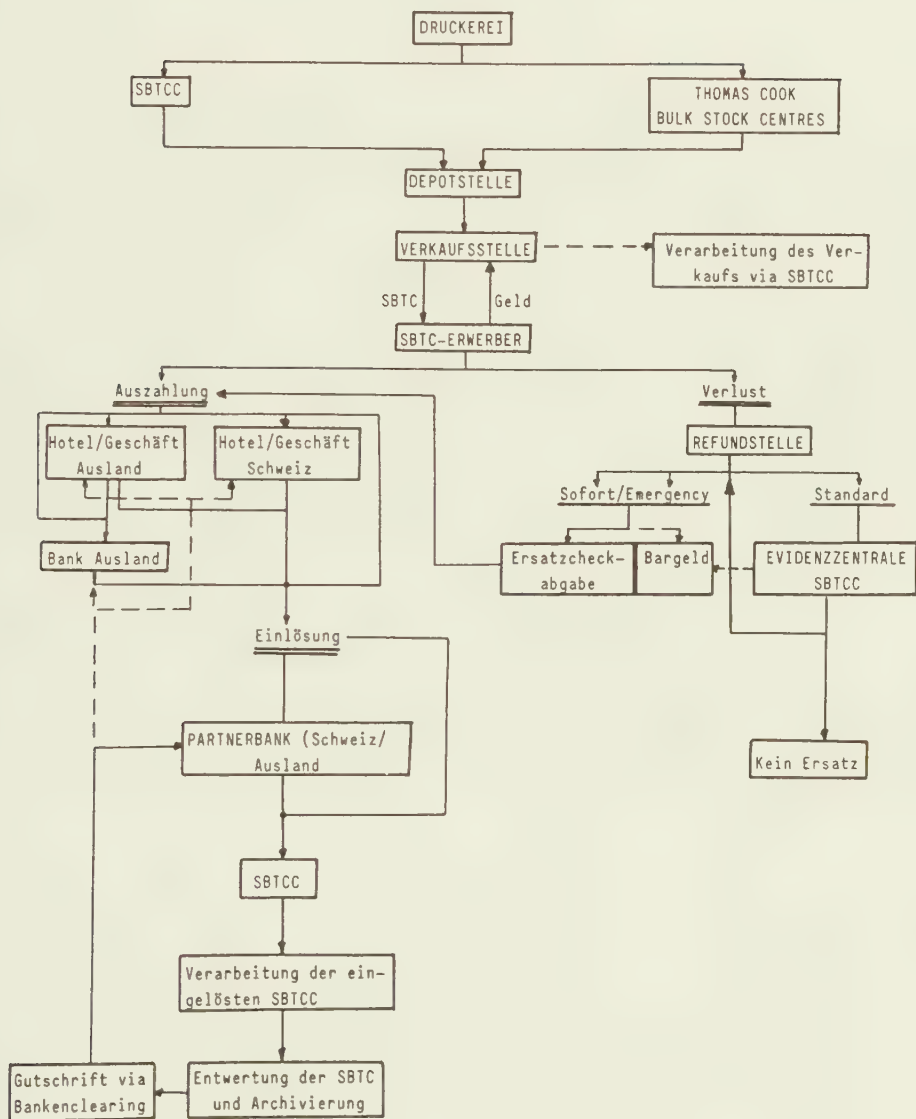
12 Vgl. etwa KOLLER, Gutachten 1486ff.

und bestimmt, entspricht der neueren Wertpapierrechtsdogmatik und ist deshalb der Verallgemeinerung fähig. In diesem Sinne soll diese Arbeit über die Darstellung des Reisecheckverkehrs hinaus auch ein Beitrag an die Klärung des Verhältnisses von Wertpapierrecht und allgemeinem Schuldrecht sein.

A N H A N G

- A Der Ablauf des SBTC-Verkehrs
- B Verkaufsanzeige
- C Verkaufsinstruktionen
- D Einlöseinstruktionen
- E Rückerstattungsantrag

A DER ABLAUF DES SBTC-VERKEHRS



Vgl. zum Ganzen MÜLLER, 28, und ausführlich dazu §4.

Swiss Bankers Travellers Cheque

CH - 3000 BERN BERNE 15
 Tel. 13 240 31 152 43 21 40 151 150 158 159
 Cable: SWITRACE BERNE
 Telex: 337 44 9311



Depository: Dispositive: Dispositaire
 099 9888 01 82

REISEKASSE DER STADT GRENCHEN
 DORFSTRASSE 9
 POSTFACH
 2540 GRENCHEN

Name/First Name
 M u s t e r H a n s
 Address
 Brügglistrasse 11
 2544 Bettlach
 City/Country
 Grenchen/Switzerland

I agree to the conditions outlined

Ich bestätige mich mit der vorstehenden
 Bedingungen einverstanden

J'accepte les conditions au verso.

Place/Date
 Grenchen, 3.10.1983

Signature of Purchaser
 Signature of the Buyer

Signature of Purchaser
 Signature of the Buyer

Original to be kept
 Swiss Bankers Travellers Cheques Centre
 CH - 3000 Bern/Berne 15

Place/Date
 Grenchen, 3.10.1983

Signature of Purchaser
 Signature of the Buyer

Signature of Purchaser
 Signature of the Buyer

Original to be kept
 Swiss Bankers Travellers Cheques Centre
 CH - 3000 Bern/Berne 15

Place/Date
 Grenchen, 3.10.1983

Signature of Purchaser
 Signature of the Buyer

Signature of Purchaser
 Signature of the Buyer

Original to be kept
 Swiss Bankers Travellers Cheques Centre
 CH - 3000 Bern/Berne 15

Place/Date
 Grenchen, 3.10.1983

Signature of Purchaser
 Signature of the Buyer

Original to be kept
 Swiss Bankers Travellers Cheques Centre
 CH - 3000 Bern/Berne 15

Series Advice/Verkaufsanzeige/Avis de vente

SWISS FRANC

Serial Série	Order Number/Numéro des chèques to be sold à vendre	Quantity Amount Montant	Serial Série	Order Number/Numéro des chèques to be sold à vendre	Quantity Amount Montant
A	09 167 009	020 12	50	600. --	
C	12 759 231	235 5	100	500. --	
E	03 345 998	6002 5	200	1'000. --	
G	02 195 224	224 1	500	500. --	
A	10 000 200	207 8	50	400. --	
Total Summe			3'000. --		
+ Commission 1%			30. --		
Total Total			3'030. --		
Rate Taux					
Costs Coûts					

ANCS

ANCS

ANCS

1

2

3

4

Swiss Bankers Travellers Cheques Centre
 CH - 3000 Bern/Berne 15

Weiterer Inhalt der Verkaufsanzeige (deutscher Text)

Bedingungen für den Ersatz verlorener oder gestohlener Reisechecks

- Jeder Reisecheck muss unmittelbar bei Erhalt in der Mitte unten (Zeile «Unterschrift») mit dokumentenechter Schreibflüssigkeit unterzeichnet werden.
- Die Gegenunterschrift (Zeile oben links) darf erst bei der Einlösung des Checks in Gegenwart der auszahlenden Person angebracht werden.
- Reisechecks sind wie Bargeld zu behandeln, also mit besonderer Sorgfalt aufzubewahren.
- Dem Aussteller sind Verlust oder Diebstahl **sofort**, nachdem Sie ihn bemerkt haben, anzuzeigen. Es ist ihm das Recht einzuräumen, bei der Abklärung des Verlustherganges die ihm **angemessen erscheinenden Massnahmen** zu ergreifen und die von Ihnen gemachten Angaben an Berechtigte weiterzuleiten.

Wird eine dieser Bedingungen nicht erfüllt oder sind Ihnen die Reisechecks weder durch Diebstahl oder Raub, noch durch Verlieren abhanden gekommen, so steht Ihnen kein Rückerstattungsanspruch zu. Als verloren gelten Reisechecks dann, wenn sie ohne Ihren Willen abhanden gekommen und Ihres Wissens in niemandes Gewahrsam übergegangen sind.

Wir weisen ferner auf folgendes hin:

- Bewahren Sie Ihren Pass/Ihre Identitätskarte, die Reisechecks und diese Verkaufsanzeige stets voneinander getrennt auf. Letztere wird bei einem eventuellen Antrag auf Rückerstattung benötigt.
- Denken Sie bei der Einlösung der Checks daran, dass Sie nach dem Reisepass oder einem andern Ausweis gefragt werden können.
- Führen Sie eine Kontrolle über die eingelösten Checks. Dies erleichtert eine allfällige Rückerstattung.

Vorgehen im Falle von Verlust

Wenden Sie sich bei Verlust ihrer Swiss Bankers Travellers Cheques, je nach Aufenthaltsort, sofort direkt an eine der folgenden Stellen (wenn möglich mit Verkaufsanzeige, einem amtlichen Ausweispapier und, wenn vorhanden, einem Rapport der lokalen Polizei)

- Schweiz
Swiss Bankers Travellers Cheque Centre
Bern, Telefon (031) 44 92 11 (24-Stunden-Service) oder die nächste Bank.
Telefon Thomas Cook FREEPHONE 4194 (24-Stunden-Service), ein Thomas Cook Büro oder die nächste Bank
- Grossbritannien
Telefon Thomas Cook Peterborough, Großbritannien
(R-Gespräch) (+44 733) 502 995 (24-Stunden-Service) oder ein Thomas Cook Büro
- Republik Irland
Telefon Francheque Paris
(R-Gespräch) (+331) 704 3462, eine Filiale der Societe Generale oder die nächste Bank
- Frankreich
Swiss Bankers Travellers Cheque Centre
Bern, Telefon Schweiz (+41 31) 44 92 11 (24-Stunden-Service), ein Thomas Cook Büro oder die nächste Bank
- Italien, Spanien und übrige Länder Kontinental-Europas
Telefon Thomas Cook Melbourne (R-Gespräch) (03) 654-4122, ein Thomas Cook Büro oder die nächste grössere Bank
- Australien, Neuseeland
Telefon Thomas Cook Tokyo (03) 508-2066 ein Thomas Cook Büro oder die nächste grössere Bank
- Japan
Telefon MasterCard New York
(R-Gespräch) (212) 974-5696 (24-Stunden-Service)
Telefon MasterCard (toll free/gebührenfrei) 1-800-223-9920 (24-Stunden-Service)
ein Thomas Cook Büro oder die nächste grössere Bank
- USA Staat New York, Alaska, Hawaii, Kanada, Mexiko, Bermuda, Bahamas und Karibik
Andere Staaten der USA
ein Thomas Cook Büro oder die nächste grössere Bank
- Südamerika, Afrika, Asien

Sollte es Ihnen aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, mit einer der vor genannten Stellen in Kontakt zu treten, telefonieren Sie oder telegraphieren Sie

SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE CENTRE
Weltpoststrasse 19/Postfach
CH-3000 Bern 15/Schweiz
Telex 911 130 sdt ch/Telegamm SWITRACE
Telefon Schweiz (+41 31) 44 92 11 (24-Stunden-Service)

Vertretbare Telex- und Telefonspesen im Zusammenhang mit einer Verlustmeldung werden **gegen Nachweis** zurückerstattet.

Ihre Verlustmeldung soll enthalten:

- Name, Vorname, ständige Wohnadresse
- Totalbetrag und **vollständige** Nummern der vermissten Checks (sind diese nicht bekannt, dann geben Sie alle auf der Vorderseite dieses Blattes aufgeführten Nummern an)
- Ihre Bankverbindung (wenn vorhanden).

Benötigen Sie sofortige Hilfe, dann melden Sie uns wo und wie man Sie erreichen kann und wie lange Sie sich dort aufhalten

Swiss Bankers Travellers Cheques

- sind weltweit und zeitlich unbeschränkt gültig
- werden in Zusammenarbeit mit Thomas Cook abgegeben und betreut
- werden eingelöst
 - in der Schweiz **spesenfrei**
 - in anderen Ländern **zum Tageskurs für Checks auf die Schweiz, unter Abzug allfälliger Stempel- und Auszahlungsgebühren,**
- bei Banken, Wechselstuben, Reiseagenturen, Thomas Cook, Hotels usw.

Swiss Bankers Travellers Cheque



E

D

F

Instructions for selling agents

1. General

1.1. The Swiss Bankers Travellers Cheque is a joint venture of the following Swiss Banks: Swiss Bank Corporation, Credit Suisse, Union Bank of Switzerland, Swiss Volksbank as well as of the 29 members of the Association of Swiss Cantonal Banks. Since July 1976 most members of the Association of Swiss Regional and Savings Banks as well as Bank Leu Ltd have also been participating in this venture. All these banks are fully responsible for honouring the travellers cheques.

The **Swiss Bankers Travellers Cheque Centre**, Welpoststrasse 19, P.O. Box, CH-3000 Bern 15 (Switzerland), handles all administrative matters and has its office in the premises of the Cantonal Bank of Bern in Bern. The distribution of the travellers cheques outside of Switzerland is handled in cooperation with the Thomas Cook Group.

1.2. The travellers cheques are issued in Swiss Francs in four denominations:

Fr. 50.— basic colour green	Series A
Fr. 100.— basic colour blue	Series C
Fr. 200.— basic colour red	Series E
Fr. 500.— basic colour brown	Series G

They are valid worldwide and without time limit.

1.3. The travellers cheques are printed on special security paper with a multi-layer watermark. The three-colour steel engraving and iridescent printing offer an exceptionally high degree of protection against counterfeiting and forgery. The steel-engraving process also enables the Swiss Bankers Travellers Cheque to be detected by touch.

The travellers cheques bear the signatures of two authorized officials of the Cantonal Bank of Bern in Bern.

The white strip is provided for data-processing purposes and may not be either written on or stamped.

There are still cheques from initial printings in circulation which list only the following banks on the reverse side as the issuing Swiss banks: Swiss Bank Corporation, Swiss Credit Bank (Credit Suisse), Union Bank of Switzerland, Swiss Volksbank and the Swiss Cantonal Banks. These cheques remain valid without time limit and are to be cashed. As of June 1985 the reverse side of all 4 denominations of the cheques will show the character «euro travellers cheques» and the ETC logo in fluorescent red/blue colours.

1.4. The travellers cheques are to be kept with the same precaution as cash or securities. They stay property of the issuing Swiss banks until such time as they are sold by the selling agent to the purchaser. In the event of theft or disappearance from the custody of the selling agent, the liabilities are as per the «Acknowledgement of receipt and general declaration» (trust receipt).

1.5. Larger quantities of travellers cheques which have become unusable for any reason must be destroyed by the selling agent, who, at the same time, must send to the Travellers Cheque Centre a

Verkaufsinstruktionen

1. Allgemeines

1.1. Der Swiss Bankers Travellers Cheque ist ein Gemeinschaftswerk der folgenden Schweizer Banken: Schweizerischer Bankverein, Schweizerische Kreditanstalt, Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerische Volksbank sowie der dem Verband Schweizerischer Kantonalbanken angeschlossenen 29 Kantonalbanken. Seit Juli 1976 sind auch die meisten Mitgliedbanken des Verbandes Schweizerischer Regionalbanken und Sparkassen sowie die Bank Leu AG beteiligt. Alle diese Institute garantieren die Einlösung der Reisechecks.

Die administrativen Belange sind einer Zentralstelle, dem **Swiss Bankers Travellers Cheque Centre**, Welpoststrasse 19, Postfach, CH-3000 Bern 15 (Schweiz), übertragen. Die Zentralstelle ist bei der Kantonalbank von Bern, Bern, domiziliert. Ausserhalb der Schweiz erfolgt die Verteilung der Reisechecks in Zusammenarbeit mit der Thomas Cook-Gruppe.

1.2. Die Reisechecks werden in Schweizer Franken in vier Werten ausgegeben:

Fr. 50.— Grundfarbe grün	Serie A
Fr. 100.— Grundfarbe blau	Serie C
Fr. 200.— Grundfarbe rot	Serie E
Fr. 500.— Grundfarbe braun	Serie G

Sie sind weltweit und zeitlich unbeschränkt gültig.

1.3. Der Reisecheck ist auf Sicherheitsreagenzpapier gedruckt, das mit mehrstufigen Wasserzeichen versehen ist. Der dreifarbigte Stahliefdruck sowie die Anwendung des Iridrucks gewährleisten einen aussergewöhnlich hohen Schutz gegen Fälschungen und Verfälschungen. Das Stahliefdruckverfahren ermöglicht es auch, die Swiss Bankers Travellers Cheques an ihrem spürbaren Relief zu erkennen.

Der Reisecheck ist von zwei Unterschriftsberechtigten der Kantonalbank von Bern, Bern, bezeichnet.

Der weisse Streifen dient EDV-Zwecken und darf nicht beschriftet oder bestempelt werden.

Aus ersten Checkauflagen sind Checks im Umlauf, auf deren Rückseite als ausgebende Schweizer Banken nur die folgenden Institute aufgeführt sind: Schweizerischer Bankverein, Schweizerische Kreditanstalt, Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerische Volksbank und die Schweizer Kantonalbanken. Diese Reisechecks sind weiterhin unbeschränkt gültig und einzulösen.

Ab Juni 1985 weisen die Checks auf der Rückseite aller 4 Werte zusätzlich den Schriftzug «euro travellers cheques» und das ETC-Logo in den fluoreszierenden Farben Rot/Blau auf.

1.4. Die Reisechecks sind mit derselben Vorsicht aufzubewahren wie Banknoten und Wertpapiere. Sie bleiben bis zu dem Zeitpunkt Eigentum der ausgebenden Schweizer Banken, bis sie von der Verkaufsstelle verkauft und an den Kunden ausgehändigt sind. Bei Diebstahl oder Verlust aus dem Gewahram von Verkaufsagenten sind die Haftungsbedingungen gemäss «Empfangsbestätigung und Erklärung» massgebend.

1.5. Grössere, aus irgendeinem Grunde unbrauchbar gewordene Bestände an Reisechecks sind durch die Verkaufsstelle zu vernichten, unter

Instructions de vente

1. Generalités

1.1. Le Swiss Bankers Travellers Cheque est une réalisation commune des banques suisses ci-après: Société de Banque Suisse, Crédit Suisse, Union de Banques Suisses, Banque Populaire Suisse ainsi que des 29 Banques Cantonales affiliées à l'Union des Banques Cantonales Suisses. Depuis juillet 1976, la plupart des banques membres de l'Union de Banques Régionales et Caisses d'Épargne Suisses ainsi que la Banque Leu SA font également partie de cette organisation. Tous ces établissements garantissent le paiement des chèques de voyage.

Les questions administratives sont confiées à un office central, le **Swiss Bankers Travellers Cheque Centre**, Welpoststrasse 19, boîte postale, CH-3000 Bern 15 (Suisse). L'office central est domicilié auprès de la Banque Cantonale de Bern à Bern. La diffusion des chèques de voyage en dehors de la Suisse est effectuée avec la collaboration du groupe Thomas Cook.

1.2. Les chèques de voyage sont émis en francs suisses en quatre coupures de:

Fr. 50.— fond vert	Série A
Fr. 100.— fond bleu	Série C
Fr. 200.— fond rouge	Série E
Fr. 500.— fond brun	Série G

Ils sont valables dans le monde entier pendant une durée illimitée.

1.3. Le chèque de voyage est imprimé sur du papier de sécurité réactif à filigranes superposés. L'impression trichrome sur acier ainsi que le recours à l'impression iris assurent une protection extrêmement élevée contre les falsifications et les contrefaçons. De plus, le procédé d'impression sur acier confère au Swiss Bankers Travellers Cheque un relief caractéristique nettement perceptible au toucher.

Le chèque de voyage porte les signatures de deux fonctionnaires autorisés à signer de la Banque Cantonale de Bern à Bern.

La bande blanche est réservée au traitement électronique et aucune inscription ni timbre ne doivent y être apposés.

Des chèques imprimés lors des premiers tirages et au verso desquels figurent comme seules banques émettrices la Société de Banque Suisse, le Crédit Suisse, l'Union de Banques Suisses, la Banque Populaire Suisse et les Banques Cantonales Suisses sont encore en circulation. Ces chèques de voyage restent valables pendant une durée illimitée.

A partir de juin 1985, le verso des 4 dénominations des chèques sera muni en plus de l'écriture «euro travellers cheques» et du sigle ETC en couleurs fluorescentes rouge et bleu.

1.4. Les chèques de voyage doivent être conservés avec les mêmes précautions comme s'il s'agissait de billets de banque ou de papiers-valeurs. Ils restent la propriété des banques suisses émettrices jusqu'au moment où ils sont vendus par l'agent vendeur et remis au client. En cas de vol ou de perte de la garde de l'agent vendeur, les conditions de responsabilité indiquées au verso de l'accusé de réception et déclaration sont déterminantes.

1.5. L'agent vendeur détruira lui-même les quantités importantes de chèques de voyage devenus inutilisables pour une raison quelconque et l'en-

certificate of destruction bearing his authorized signature showing the numbers, quantities, denominations and total value of travellers cheques. Small quantities of such unusable travellers cheques may, however, be returned to the Travellers Cheque Centre when clearly marked «cancelled»

2. Instructions for the sale of travellers cheques

2.1. They are sold for their face value. In addition, the purchaser is charged 1% commission of which $\frac{1}{4}$ is retained by the selling agent, the remaining $\frac{3}{4}$ being remitted to the Travellers Cheque Centre. **There is no fixed minimum commission.**

Sales to an employee of a selling agent or to his or her spouse are **free of commission**. Any such sales advices are to be marked «staff sale»

2.2. When effecting a sale, selling agents must:

2.2.1. use the quintuplicate form «sales advice». Its original (sheet 1) is to be forwarded to the Travellers Cheque Centre, sheets 2 and 3 are for the use of the selling agent, and sheets 4 and 5 are to be handed to the purchaser,

2.2.2. ask the purchaser to enter his name, first name and his permanent home address on this sales advice and to sign and date it in the space provided,

2.2.3. complete the sales advice with the quantity, serial numbers and face value of the travellers cheques sold and add the commission of 1%,

2.2.4. attach the travellers cheques in the cover,

2.2.5. ensure that the purchaser **signs** each travellers cheque with a **permanent ink pen** in the lower centre section marked «signature» **immediately on receipt**, as otherwise no refund is possible if the cheques are lost or stolen,

2.2.6. advise the purchaser to observe the conditions and important notices printed on the sales advice and in particular to **countersign** the travellers cheques only in the **presence of the paying cashier** at the time of encashment.

2.3. When travellers cheques are delivered by messenger or sent by mail, the purchaser's particular attention is to be drawn to the need to sign each travellers cheque in the lower centre section marked «signature» immediately upon receipt. When travellers cheques are mailed from the selling agent to the purchaser, the same procedure should be applied as for cash

3. Settlement with Centre

The total face value of the travellers cheques sold plus $\frac{1}{4}$ % commission must be remitted to the Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, Weltpoststrasse 19, P.O. Box, CH-3000 Bern 15 (Switzerland). The sales of each day must be summarized. The selling agents in Switzerland settle via bank clearing Switzerland (as per separate instruction).

The selling agents **outside Switzerland** have to send the same day page 1-3 of the settlement form, as well as the original of the sales advices to the SBTC in Bern. Page 4 and 5 remain with the selling agent. The settlement form must show the method of payment chosen (debit account, bankers draft). Alternative payment arrangements, like SWIFT, have to be previously agreed upon with the Travellers Cheque Centre.

4. Lost/stolen travellers cheques

Provided all conditions and important notices printed on the sales advice have been followed, the Travellers Cheque Centre replaces lost/stolen travellers cheques. Forms for claiming a refund may be obtained through the distribution centre with an order form.

gleichzeitiger Zustellung einer rechtsgültig unterzeichneten Vernichtungserklärung an die Zentralstelle, enthaltend: Nummern, Stückzahl, Nennwert und Totalbetrag der Reisechecks. Eine kleine Anzahl solcher Reisechecks kann jedoch mit dem Vermerk «annuliert» der Zentralstelle zurückgesandt werden

2. Weisungen für den Verkauf der Reisechecks

2.1. Beim Verkauf wird dem Kunden zusätzlich zum Nominalwert der Reisechecks 1% Kommission verrechnet; $\frac{1}{4}$ davon sind für die Verkaufsstelle bestimmt, während $\frac{3}{4}$ der Zentralstelle abzuliefern ist. **Es ist keine Minimumkommission festgelegt.**

Verkäufe an die bei der Verkaufsstelle angestellten Mitarbeiter und deren Ehegatten sind **kommis-sionsfrei**. Solche Verkaufsanzeigen sind mit «staff sale» zu markieren

2.2. Die Verkaufsstelle hat

2.2.1. die funfteilige «Verkaufsanzeige» zu verwenden. Das Original (Blatt 1) ist für die Zentralstelle bestimmt, Blatt 2 und 3 bleiben bei der Verkaufsstelle, während Blatt 4 und 5 dem Käufer auszuhandigen sind,

2.2.2. den Käufer zu bitten, seinen Namen und Vornamen sowie seine ständige Wohnadresse auf der Verkaufsanzeige einzutragen, diese zu datieren und zu unterzeichnen,

2.2.3. Anzahl, Nummern und Nennwert der verkauften Reisechecks auf der Verkaufsanzeige aufzuführen sowie die Kommission von 1% aufzuzurechnen,

2.2.4. die Reisechecks in das Etui zu heften,

2.2.5. den Käufer zu veranlassen, die Reisechecks **sofort bei Erhalt** in der Mitte unten (Rubrik «Unterschrift») mit **dokumentenechter Schreibflüssigkeit** zu unterzeichnen, da sonst keine Rückerstattung im Verlustfalle möglich ist,

2.2.6. den Käufer anzuhalten, die Bedingungen und wichtigen Hinweise auf der Verkaufsanzeige zu beachten, und ihn insbesondere darauf hinzuweisen, die Reisechecks erst anlässlich der Einlösung in **Gegenwart des auszahlenden Kassiers** gegenzuzeichnen.

2.3. Falls Reisechecks per Boten oder per Post versandt werden, ist der Käufer besonders darauf aufmerksam zu machen, dass die Reisechecks sofort nach Erhalt in der Mitte unten (Rubrik «Unterschrift») zu unterzeichnen sind.

Ein Versand per Post von der Verkaufsstelle an den Käufer muss in gleicher Weise wie eine Sendung Bargeld abgewickelt werden.

3. Abrechnung mit der Zentralstelle

Der gesamte Nominalwert der verkauften Reisechecks, zuzüglich $\frac{1}{4}$ % Kommission, sind an das Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, Weltpoststrasse 19, Postfach, CH-3000 Bern 15 (Schweiz), zu überweisen. Die Verkäufe eines jeden Tages sind zusammenzufassen. Die Verkaufsstellen in der Schweiz rechnen via Bankenclearing Schweiz ab (gemäß separater Anleitung).

Die Verkaufsstellen **ausserhalb der Schweiz** senden Blatt 1-3 des Sammelbordereaus sowie die Originale der Verkaufsanzeigen gleichentags an die Zentralstelle in Bern. Blatt 4 und 5 bleiben bei der Verkaufsstelle. Die Zahlungsart (Kontobelastung, Bankcheck) muss auf dem Sammelbordereau angegeben sein. Andere Zahlungsarten, wie zum Beispiel SWIFT, müssen vorgängig mit der Zentralstelle vereinbart werden.

4. Verlorene/gestohlene Reisechecks

Sobfern alle in der Verkaufsanzeige aufgeführten Bedingungen und wichtigen Hinweise befolgt wurden, ersetzt die Zentralstelle verlorene/gestohlene Reisechecks. Formulare für einen Rückerstattungsantrag sind beim Distribution Centre mit Bestellformular anzufordern.

verra en même temps à l'office central un avis de destruction valablement signé comportant les indications suivantes: numéros, nombre de coupures, valeur nominale et montant total des chèques de voyage. Un petit nombre de chèques de voyage inutilisables peut toutefois être renvoyé à l'office central avec la mention «annulé».

2. Directives pour la vente des chèques de voyage

2.1. Lors de la vente, une commission de 1% de la valeur nominale des chèques de voyage sera décomptée au client; les $\frac{1}{4}$ en sont destinés à l'agent vendeur, tandis que le $\frac{3}{4}$ restant doit être versé à l'office central. **Aucune commission minimale n'a été fixée.**

Aucune commission ne sera prélevée sur les chèques de voyage vendus aux employés de l'agent-vendeur et à leurs conjoints. La mention «staff sale» sera indiquée sur les avis de vente correspondants.

2.2. L'agent-vendeur est tenu:

2.2.1. d'utiliser «l'avis de vente» en cinq exemplaires. L'original (feuille 1) est destiné à l'office central, les feuillets 2 et 3 sont conservés par l'agent-vendeur, tandis que les feuillets 4 et 5 doivent être remis à l'acheteur;

2.2.2. de prier l'acheteur d'inscrire son nom, son prénom ainsi que son adresse permanente sur l'avis de vente, de le dater et de le signer;

2.2.3. d'indiquer sur l'avis de vente le nombre, les numéros et la valeur nominale des chèques de voyage vendus et d'y ajouter la commission de 1%;

2.2.4. d'encarter les chèques de voyage dans l'étui;

2.2.5. d'engager l'acheteur à **signer** les chèques de voyage avec un **stylo à encre ou à bille non effaçable** en bas (rubrique «signature») **dès réception**, sans quoi aucun remboursement ne sera possible en cas de perte;

2.2.6. d'inviter l'acheteur à prendre connaissance des conditions et des remarques importantes figurant sur l'avis de vente et d'**insister** en particulier sur le fait qu'il ne devra **contresigner** les chèques de voyage que lors de leur encaissement et **en présence du caissier**.

2.3. Lorsque des chèques de voyage sont envoyés par messenger ou par la poste, il convient d'attirer spécialement l'attention de l'acheteur sur le fait que les chèques de voyage doivent être signés en bas (rubrique «signature») **dès réception**.

Tout envoi par poste entre l'agent vendeur et l'acheteur doit être effectué de la même manière qu'un envoi de billets de banque.

3. Décompte avec l'office central

La valeur nominale totale des chèques de voyage vendus, plus $\frac{1}{4}$ % de commission doivent être versés au Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, Weltpoststrasse 19, boîte postale, CH-3000 Bern 15 (Suisse). Les ventes journalières doivent être décomptées globalement. Les agents-vendeurs en Suisse effectuent leur décompte par clearing bancaire suisse (selon les instructions séparées).

Les agents vendeurs **en dehors de la Suisse** envoient les pages 1-3 du décompte global ainsi que les originaux des avis de vente journalièrement à l'office central à Bern. Les pages 4 et 5 restent auprès de l'agent vendeur. Le mode de paiement (débit en compte, chèque bancaire) doit être indiqué sur le décompte global. Les autres modes de paiement comme SWIFT, par exemple, doivent être convenus préalablement avec l'office central.

4. Chèques de voyage égarés/volés

L'office central remplace les chèques de voyage égarés/volés pour autant que toutes les conditions et remarques importantes figurant sur l'avis de vente aient été respectées. Les formules de demande de remboursement peuvent être obtenues auprès du centre de distribution à l'aide du bulletin de commande.

Swiss Bankers Travellers Cheque



E

Instructions for the paying agents

1. General

1.1. The Swiss Bankers Travellers Cheque is a joint venture of the following Swiss Banks. Swiss Bank Corporation, Credit Suisse, Union Bank of Switzerland, Swiss Volksbank as well as of the 29 members of the Association of Swiss Cantonal Banks. Since July 1976 most members of the Association of Swiss Regional and Savings Banks as well as Bank Leu Ltd have also been participating in this venture. All these banks guarantee the encashment of the travellers cheques.

The **Swiss Bankers Travellers Cheque Centre**, Weltpoststrasse 19, P.O. Box, CH-3000 Bern 15 (Switzerland), handles all administrative matters and has its offices in the premises of the Cantonal Bank of Bern in Bern. The distribution of the travellers cheques outside of Switzerland is handled in cooperation with the Thomas Cook Group.

1.2. The travellers cheques are issued in Swiss Francs in four denominations.

Fr. 50.— basic colour green	Serie A
Fr. 100.— basic colour blue	Serie C
Fr. 200.— basic colour red	Serie E
Fr. 500.— basic colour brown	Serie G

They are valid worldwide and without time limit

1.3. The travellers cheques are printed on special security paper with a multi-layer watermark. The three-colour steel engraving and iridescent printing, offer an exceptionally high degree of protection against counterfeiting and forgery. The steel engraving process also enables the Swiss Bankers Travellers Cheque to be recognized by touch.

The travellers cheques bear the signatures of two authorized officials of the Cantonal Bank of Bern in Bern.

The white strip is provided for data-processing purposes and may not be either written on or stamped.

There are still cheques from initial printings in circulation which list only the following banks on the reverse side as the issuing Swiss banks. Swiss Bank Corporation, Swiss Credit Bank (Credit Suisse), Union Bank of Switzerland, Swiss Volksbank and the Swiss Cantonal Banks. These cheques remain valid without time limit and are to be cashed. As of June 1985 the reverse side of all 4 denominations of the cheques show the character «euro travellers cheques» and the ETC logo in fluorescent red-blue colours.

1.4. The travellers cheques are to be kept with the same precaution as cash or securities. They stay property of the issuing Swiss banks until such time as they are sold by the selling agent to the purchaser. In the event of theft or loss from the custody of the selling agent, the liabilities are as per the «Acknowledgement of receipt and general declaration» (trust receipt).

1.5. Larger quantities of travellers cheques, which have become unusable for any reason, must be destroyed by the selling agent, who, at the same time, must send to the Travellers Cheque

D

Einlöseinstruktionen

1. Allgemeines

1.1. Der Swiss Bankers Travellers Cheque ist ein Gemeinschaftswerk der folgenden Schweizer Banken: Schweizerischer Bankverein, Schweizerische Kreditanstalt, Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerische Volksbank sowie der dem Verband Schweizerischer Kantonalbanken angeschlossenen 29 Kantonalbanken. Seit Juli 1976 sind auch die meisten Mitgliedbanken des Verbandes Schweizerischer Regionalbanken und Sparkassen sowie die Bank Leu AG beteiligt. Alle diese Institute garantieren die Einlösung der Reisechecks.

Die administrativen Belange sind einer Zentralstelle, dem **Swiss Bankers Travellers Cheque Centre**, Weltpoststrasse 19, Postfach, CH-3000 Bern 15 (Schweiz), übertragen. Die Zentralstelle ist bei der Kantonalbank von Bern, Bern, domiziliert. Ausserhalb der Schweiz erfolgt die Verteilung der Reisechecks in Zusammenarbeit mit der Thomas-Cook-Gruppe.

1.2. Die Reisechecks werden in Schweizer Franken in vier Werten ausgegeben:

Fr. 50.— Grundfarbe grün	Serie A
Fr. 100.— Grundfarbe blau	Serie C
Fr. 200.— Grundfarbe rot	Serie E
Fr. 500.— Grundfarbe braun	Serie G

Sie sind weltweit und zeitlich unbeschränkt gültig.

1.3. Der Reisecheck ist auf Sicherheitsreagenpapier gedruckt, das mit mehrstufigen Wasserzeichen versehen ist. Der dreifarbige Stahlstichdruck sowie die Anwendung des Iridisdrucks gewährleisten einen aussergewöhnlich hohen Schutz gegen Fälschungen und Verfälschungen. Das Stahlstichdruckverfahren ermöglicht es auch, die Swiss Bankers Travellers Cheques an ihrem spürbaren Relief zu erkennen.

Der Reisecheck ist auf zwei Unterschriftsberechtigten der Kantonalbank von Bern, Bern, unterzeichnet.

Der weisse Streifen dient EDV-Zwecken und darf nicht beschriftet oder bestempelt werden.

Aus ersten Checkauflagen sind Checks im Umlauf, auf deren Rückseite als ausgebende Schweizer Banken nur die folgenden Institute aufgeführt sind: Schweizerischer Bankverein, Schweizerische Kreditanstalt, Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerische Volksbank und die Schweizer Kantonalbanken. Diese Reisechecks sind weiterhin unbeschränkt gültig und einzulösen.

Seit Juni 1985 weisen die Checks auf der Rückseite aller 4 Werte zusätzlich den Schriftzug «euro travellers cheques» und das ETC-Logo in den fluoreszierenden Farben Rot-Blau auf.

1.4. Die Reisechecks sind mit derselben Vorsicht aufzubewahren wie Banknoten und Wertpapiere. Sie bleiben bis zu dem Zeitpunkt Eigentum der ausgebenden Schweizer Banken, bis sie von der Verkaufsstelle verkauft und an den Kunden ausgehändigt sind. Bei Diebstahl oder Verlust aus dem Gewahrsam von Verkaufsgagenten sind die Haftungsbedingungen gemäss «Empfangsbestätigung und Erklärung» massgebend.

1.5. Grössere, aus irgendeinem Grunde unbrauchbar gewordene Bestände an Reisechecks sind durch die Verkaufsstelle zu vernichten, unter gleichzeitiger Zustellung einer rechtsgültig unter-

F

Instructions de paiement

1. Généralités

1.1. Le Swiss Bankers Travellers Cheque est une réalisation commune des banques suisses suivantes: Société de Banque Suisse, Crédit Suisse, Union de Banques Suisses, Banque Populaire Suisse ainsi que des 29 Banques Cantonales affiliées à l'Union des Banques Cantonales Suisses. Depuis juillet 1976, la plupart des banques membres de l'Union de Banques Régionales et Caisses d'Épargne Suisses ainsi que la Banque Leu SA font également partie de cette organisation. Tous ces établissements garantissent le paiement des chèques de voyage.

Les questions administratives sont confiées à un office central, le **Swiss Bankers Travellers Cheque Centre**, Weltpoststrasse 19, boîte postale, CH-3000 Bern 15 (Suisse). L'office central est domicilié auprès de la Banque Cantonale de Bern à Bern. La diffusion des chèques de voyage en dehors de la Suisse est effectuée avec la collaboration du groupe Thomas Cook.

1.2. Les chèques de voyage sont émis en francs suisses en quatre coupures de:

Fr. 50.— fond vert	Serie A
Fr. 100.— fond bleu	Serie C
Fr. 200.— fond rouge	Serie E
Fr. 500.— fond brun	Serie G

Ils sont valables dans le monde entier pendant une durée illimitée.

1.3. Le chèque de voyage est imprimé sur du papier de sécurité réactif à filigranes superposés. L'impression trichrome sur acier ainsi que le recours à l'impression iris assurent une protection extrêmement élevée contre les falsifications et les contrefaçons. De plus, le procédé d'impression sur acier confère au Swiss Bankers Travellers Cheque un relief caractéristique nettement perceptible au toucher.

Le chèque de voyage porte les signatures de deux fonctionnaires autorisés à signer pour la Banque Cantonale de Bern à Bern.

La bande blanche est réservée au traitement électronique et aucune inscription ni timbre ne doivent y être apposés.

Des chèques imprimés lors des premiers tirages et au verso desquels figurent comme seules banques émettrices la Société de Banque Suisse, le Crédit Suisse, l'Union de Banques Suisses, la Banque Populaire Suisse et les Banques Cantonales Suisses, sont encore en circulation. Ces chèques de voyage restent valables pendant une durée illimitée.

A partir de juin 1985, le verso des chèques dans les 4 dénominations sont munis en plus de l'écriture «euro travellers cheques» et du sigle ETC en couleurs fluorescentes rouge et bleu.

1.4. Les chèques de voyage doivent être conservés avec les mêmes précautions comme s'il s'agissait de billets de banque ou de papiers-values. Ils restent la propriété des banques suisses émettrices jusqu'au moment où ils sont vendus par l'agent vendeur et remis au client. En cas de vol ou de perte de la garde de l'agent vendeur, les conditions de responsabilité indiquées au verso de l'«accusé de réception et déclaration» sont déterminantes.

1.5. L'agent vendeur détruira lui-même les quantités importantes de chèques de voyage devenus inutilisables pour une raison quelconque et il enverra en même temps à l'office central un avis de

Centre a certificate of destruction bearing his authorized signature showing the numbers, quantities, denominations and total value of travellers cheques. Small quantities of such unusable travellers cheques may, however, be returned to the Travellers Cheque Centre when clearly marked «cancelled».

2. Instructions for the encashment of travellers cheques

2.1. The travellers cheques are valid worldwide and without time limit.

2.2. In Switzerland, the travellers cheques are payable free of charge at all offices of the Swiss Bank Corporation, the Credit Suisse, the Union Bank of Switzerland, the Swiss Volksbank, the Bank Leu Ltd, the Swiss Regional Banks, the Cantonal Banks, most other banks as well as at railway stations, travel agencies, hotels, pensions, restaurants, many stores/boutiques and on board of all Swiss-air flights as well as agencies

2.3. Outside Switzerland, the travellers cheques are to be encashed at the day's rate of exchange for cheques on Switzerland

2.4. On presentation, the holder has to countersign the travellers cheques in the space marked "countersignature" in the top left corner in presence of the paying cashier, using a ball-point pen. The cashier must check that the countersignature of the presenting person corresponds with the signature shown in the lower centre section.

2.5. Should there be any doubt as to the genuineness of the signature or should the holder have already countersigned the travellers cheques before presentation, the paying cashier must request that the countersignature be repeated in his presence on the back of the travellers cheques. This countersignature must be compared with the holder's signature on the face. Furthermore, the identity of the presenting person must be checked by means of the passport or the identity card and the number, date and place of issue be noted on the travellers cheques. Where it seems to be appropriate, such travellers cheques should be accepted for collection only.

2.6. The travellers cheque shall not show any erasures or discolorations. Where necessary, its genuineness can be checked against our specimen.

2.7. If travellers cheques already countersigned by the original purchaser are presented for payment by a third party or a firm (e.g. hotel), they may only be accepted if all the normal banking precautions have been taken and subject to the right of recourse. In such cases, the presenter must endorse the travellers cheques in the usual manner.

3. Reimbursement of travellers cheques encashed

Travellers cheques encashed must show the date of payment and the stamp of the paying agent on the back. They should then be remitted for reimbursement through the normal banking channels to any office of the issuing banks or directly to the Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, Weltpoststrasse 19, P.O. Box, CH-3000 Bern 15 (Switzerland). All these offices reimburse the face value of the presented travellers cheques in accordance with instructions received.

4. Lost/stolen travellers cheques

Provided all conditions and important notices, printed on the sales advice, have been followed, the Travellers Cheque Centre replaces lost/stolen travellers cheques, as per the guidelines for refund applications.

zeichneten Vernichtungserklärung an die Zentralstelle, enthaltend: Nummern, Stückzahl, Nennwert und Totalbetrag der Reisechecks. Eine kleine Anzahl solcher Reisechecks kann jedoch mit dem Vermerk «annulliert» der Zentralstelle zurückgesandt werden

2. Weisungen für das Einlösen der Reisechecks

2.1. Die Reisechecks sind weltweit und zeitlich unbeschränkt gültig

2.2. In der Schweiz sind die Reisechecks spesenfrei zahlbar bei allen Bankstellen des Schweizerischen Bankvereins, der Schweizerischen Kreditanstalt, der Schweizerischen Bankgesellschaft, der Schweizerischen Volksbank, der Bank Leu AG, der Schweizer Regionalbanken und der Kantonalbanken, bei den meisten anderen Banken sowie in Bahnhöfen, Reisebüros, Hotels, Pensionen, Restaurants, vielen Geschäften und allen Swissair-Flugzeugen und -Geschäftsstellen.

2.3. Ausserhalb der Schweiz sind die Reisechecks zum Tageskurs für Checks auf die Schweiz einlösbar.

2.4. Bei Vorweisung hat der Inhaber den Reisecheck oben links an der mit «Gegenzeichnung» angegebenen Stelle in Gegenwart des auszahlenden Kassiers der Zahlstelle mit Kugelschreiber gegenzeichnen. Der Kassier muss prüfen, ob die Gegenzeichnung des Vorweisers mit der unten in der Mitte angebrachten Erstunterschrift übereinstimmt.

2.5. Falls Zweifel an der Echtheit der Unterschrift bestehen, oder wenn der Inhaber die Reisechecks bereits vor der Vorweisung gegengezeichnet hat, so ist eine Wiederholung der Unterschrift auf der Rückseite der Reisechecks zu verlangen. Diese Gegenzeichnung muss mit der Erstunterschrift auf der Vorderseite verglichen werden. Ferner muss die Identität des Vorweisers auf Grund des Passes oder der Identitätskarte geprüft und Nummer, Ausstellungsdatum und -ort auf dem Reisecheck notiert werden. Gegebenenfalls sind solche Reisechecks nur zum Inkasso entgegenzunehmen.

2.6. Der Reisecheck darf keine Rasuren oder Verfärbungen aufweisen. Falls nötig, muss seine Echtheit anhand unserer Specimen kontrolliert werden

2.7. Werden vom ursprünglichen Käufer bereits gegengezeichnete Reisechecks nicht von ihm selbst, sondern von einer Drittperson oder Firma (z.B. Hotel) präsentiert, so sollen sie nur unter der üblichen bankmässigen Vorsicht und unter Vorbehalt der Rückgriffsmöglichkeit angenommen werden. In solchen Fällen sind die Reisechecks von den Einreichern zu indossieren

3. Rembours für eingelöste Reisechecks

Die eingelosten Reisechecks sind auf der Rückseite mit dem Auszahlungsdatum und dem Firmenstempel der Zahlstelle zu versehen. Sie sollen alsdann durch den üblichen Bankweg einer Geschäftsstelle der ausgebenden Banken oder dem Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, Weltpoststrasse 19, Postfach, CH-3000 Bern 15 (Schweiz), eingereicht werden. Diese Stellen vergüten den Nennwert der eingereichten Reisechecks gemäss den erteilten Weisungen.

4. Verlorene/gestohlene Reisechecks

Sofern alle in der Verkaufsanzeige aufgeführten Bedingungen und wichtigen Hinweise befolgt wurden, ersetzt die Zentralstelle verlorene/gestohlene Reisechecks, gemäss den Richtlinien für Ruckstattungsanträge.

destruction valablement signé comportant les indications suivantes: numéros, nombre de coupures, valeur nominale et montant total des chèques de voyage. Un petit nombre de chèques de voyage inutilisables peut toutefois être renvoyé à l'office central avec la mention «annulé».

2. Directives pour l'encaissement de chèques de voyage

2.1. Les chèques de voyage sont valables dans le monde entier pendant une durée illimitée.

2.2. En Suisse, les chèques de voyage peuvent être encaissés sans frais à tous les guichets de la Société de Banque Suisse, du Crédit Suisse, de l'Union de Banques Suisses, de la Banque Populaire Suisse, de la Banque Leu SA, des Banques Régionales, des Banques Cantonales, la plupart des autres banques ainsi que dans les gares, les agences de voyage, les hôtels, les pensions, les restaurants, un grand nombre de magasins/boutiques et à bord de tous les vols et agences Swissair.

2.3. Hors de Suisse, les chèques de voyage peuvent être encaissés au cours du jour applicable aux chèques tirés sur la Suisse.

2.4. Au moment de présenter un chèque de voyage à l'encaissement, le propriétaire doit le **contresigner au stylo à bille en haut à gauche**, à l'endroit désigné par «contresignature», **en présence du caissier** de l'agent payeur. Le caissier doit vérifier si la countersignature du porteur correspond à celle apposée au bas du chèque.

2.5. En cas de doute quant à l'authenticité de la signature, ou lorsque le détenteur présente un chèque de voyage déjà contresigné, il convient d'exiger une nouvelle signature au verso. Cette countersignature sera ensuite comparée avec la première signature apposée au recto. De plus, il y a lieu de vérifier l'identité du porteur en le priant de présenter son passeport ou sa carte d'identité dont le numéro, la date et le lieu d'établissement seront notés sur le chèque de voyage. Le cas échéant, de tels chèques ne seront acceptés qu'à l'encaissement

2.6. Le chèque de voyage ne doit présenter aucune rature ou altération des couleurs. Au besoin, il convient d'en contrôler l'authenticité sur la base de nos spécimens.

2.7. Lorsqu'un chèque de voyage déjà contresigné par l'acheteur initial est présenté par un tiers ou par une compagnie (p. ex. un hôtel), il ne doit être accepté qu'avec la prudence d'usage et sous réserve des possibilités de recours. Dans un tel cas, le chèque de voyage devra être endossé par le remettant

3. Remboursement des chèques payés

L'agent payeur indiquera la date de paiement et apposera son timbre au verso des chèques encaissés. Ceux-ci seront ensuite remis par la voie normale à l'une des succursales des banques émettrices ou au Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, Weltpoststrasse 19, Boîte Postale, CH-3000 Bern 15 (Suisse). Ces établissements bonifieront la valeur nominale des chèques de voyage ainsi reçus conformément aux instructions qui leur auront été données

4. Chèques de voyage égarés/volés

L'office central remplace les chèques de voyage égarés/volés pour autant que toutes les conditions et remarques importantes figurant sur l'avis de vente aient été respectées, selon les directives pour demandes de remboursement.



SWISS BANKERS TRAVELLERS CHEQUE

Refund Application

To the refunding agent:

Please request the applicant to complete this form carefully. Check whether all details have been given and send the Refund Application form by airmail to the

Swiss Bankers Travellers Cheque Centre
Weltpoststrasse 19
P.O. Box
CH-3000 Bern 15 (Switzerland)
Telephone: 031/44 92 11
Telex: 911 130 sbt ch

Rückerstattungsantrag

An die Rückerstattungsstelle:

Ersuchen Sie bitte den Antragsteller, dieses Formular sorgfältig auszufüllen. Prüfen Sie die Vollständigkeit der Angaben und senden Sie den Antrag alsdann per Luftpost an das

Swiss Bankers Travellers Cheque Centre
Weltpoststrasse 19
Postfach
CH-3000 Bern 15 (Schweiz)
Telefon: 031/44 92 11
Telex: 911 130 sbt ch

Demande de remboursement

A l'attention de l'office de remboursement:

Veuillez prier le requérant de remplir la présente formule avec soin. Vérifiez si les indications sont complètes et envoyez ensuite la demande par avion au:

Swiss Bankers Travellers Cheque Centre
Weltpoststrasse 19
Boîte postale
CH-3000 Bern 15 (Suisse)
Téléphone: 031/44 92 11
Télex: 911 130 sbt ch

To the applicant:

Please give exact answers to all questions!

An den Antragsteller:

Bitte beantworten Sie alle Fragen genau!

A l'attention du requérant:

Veuillez répondre avec précision à toutes les questions!

1. Personal details

1.1. Surname

First names

Born on

Profession

Employer

Nationality

1. Personalien

1.1. Name

Vorname

Geburtsdatum

Beruf

Arbeitgeber

Nationalität

1. Identité

1.1. Nom

Prénom

Date de naissance

Profession

Employeur

Nationalité

1.2. Permanent home address

Town

Country

Street No.

Telephone No. private

Office

1.2. Ständige Wohnadresse

Ort

Land

Strasse Nr.

Telefon-Nr. privat

Geschäft

1.2. Adresse permanente

Lieu

Pays

Rue No.

No de téléphone privé:

Bureau.

1.3. Present address

Town/country

Street No.

c/o

Telephone No.

Address valid until

1.3. Gegenwärtige Adresse

Ort/Land

Strasse Nr.

c/o

Telefon-Nr.

Adresse gültig bis

1.3. Adresse actuelle

Lieu/Pays

Rue No.

chez

No de téléphone

Adresse valable jusqu'au

1.4. Passport/Identity card
(please underline the relevant)

No. _____

issued by _____

at (place) _____

on (date) _____

1.5. Name and address of my bank

Account No. _____

1.4. Pass/Identitätskarte
(Zutreffendes unterstreichen)

Nr. _____

ausgestellt durch _____

in (Ort) _____

am (Datum) _____

1.5. Name und Adresse meiner Bank

Konto-Nr. _____

1.4. Passeport/Carte d'identité
(souligner ce qui convient)

No _____

établi(e) par _____

à (lieu) _____

le (date) _____

1.5. Nom et adresse de ma banque

No de compte _____

2. Loss Report

2.1. I hereby inform you that:
(please tick appropriate box)

☐ the following Swiss Bankers Travellers Cheques
have been stolen from me.

☐ I have lost the following Swiss Bankers Travellers
Cheques.

2.2. Details of the **missing** travellers cheques:

Quantity	Serial numbers from	to

Total value of missing
travellers cheques Fr. _____

2. Verlustmeldung

2.1. Ich teile Ihnen mit, dass
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ mir die folgenden Swiss Bankers Travellers
Cheques gestohlen worden sind.

☐ ich die folgenden Swiss Bankers Travellers
Cheques verloren habe.

2.2. Angaben über die **vermissten** Reisechecks:

Anzahl	Nummern von	bis

Totalbetrag der vermissten
Reisechecks Fr. _____

2. Avis de perte

2.1. Je vous informe que
(prière de marquer d'une X ce qui convient)

☐ les Swiss Bankers Travellers Cheques ci-dessous
m'ont été volés.

☐ j'ai perdu les Swiss Bankers Travellers Cheques
ci-dessous.

2.2. Renseignements sur les chèques de voyage
disparus:

Nombre	Numéros de	à

Montant total des chèques
de voyages disparus Fr. _____

2.3. Information on the travellers cheques
cashd last:

Quantity	Serial numbers from	to

Total value Fr. _____

Cashed on (date) _____

at (place) _____

2.3. Angaben über die **zuletzt eingelösten**
Reisechecks.

Anzahl	Nummern von	bis

Totalbetrag Fr. _____

Ein gelöst am (Datum) _____

in (Ort) _____

2.3. Renseignements sur les **derniers** chèques de
voyage **encaissés**:

Nombre	Numéros de	à

Montant total Fr. _____

Encaissé le (date) _____

à (lieu) _____

2.4. I **still possess** the following travellers
cheques:

Quantity	Serial numbers from	to

Total value of
travellers cheques Fr. _____
still in my possession

2.4. Ich **besitze noch** die folgenden Reisechecks:

Anzahl	Nummern von	bis

Totalbetrag der Reise-
checks, die sich noch in
meinem Besitz befinden Fr. _____

2.4. Je **détiens encore** les chèques de voyage
suivants

Nombre	Numéros de	à

Montant total des
chèques de voyage Fr. _____
encore en ma possession

2.5. I lost saw the missing travellers cheques

at (place) _____

country _____

on (date) _____

at (time) _____

2.6. The cheques were lost/stolen

at (place) _____

country _____

on (date) _____

at (time) _____

2.7. Exact details of the loss/theft

2.8. I reported the loss to the following:
(please complete or tick as applicable)

on (date) _____

☐ in writing ☐ by telex/cable☐ in person ☐ by telephone☐ Swiss Bankers Travellers
Cheque Centre, Berne☐ Police at (place) _____☐ other place _____**2.9. Particulars of other property lost / stolen at the same time****2.10. Have you previously lost any Travellers Cheques?** ☐ Yes ☐ No**2.11. If yes: when?**
Cheques issued by _____**3. Details of the purchase of travellers cheques**

I bought the missing travellers cheques

on (date) _____

at (selling agent) _____

at (place) _____

4. Refund

(please tick and complete as appropriate)

With respect to the aforementioned loss I have

4.1. ☐ already received a partial refund of

Fr. _____ on (date) _____

from _____

4.2. ☐ not yet received any refund.**2.5. Die vermissten Reisechecks sah ich zum letzten Mal**

in (Ort) _____

Land _____

am (Datum) _____

um (Zeit) _____

2.6. Ich verlor sie/sie wurden mir gestohlen

in (Ort) _____

Land _____

am (Datum) _____

um (Zeit) _____

2.7. Genaue Darstellung des Vorfalles

2.8. Den Verlust meldete ich.
(bitte ergänzen resp ankreuzen)

am (Datum) _____

☐ brieflich ☐ Kabel/Telax☐ persönlich ☐ telefonisch☐ dem Swiss Bankers Travellers
Cheque Centre, Bern☐ Polizei in (Ort) _____☐ andere Stelle _____**2.9. Weitere Gegenstände, die ich seither vermisste****2.10. Haben Sie schon früher Reisechecks verloren?** ☐ Ja ☐ Nein**2.11. Wann ja Wann?**
Welche? _____**3. Angaben über den Kauf der Reisechecks**

Die vermissten Reisechecks kaufte ich

am (Datum) _____

bei (Verkaufsstelle) _____

in (Ort) _____

4. Rückerstattung

(Zutreffendes bitte ankreuzen resp ergänzen)

Im Zusammenhang mit diesem Verlust habe ich

4.1. ☐ bereits am

durch _____

einen Teilersatz von Fr. _____

erhalten.

4.2. ☐ noch keine Ersatzleistung empfangen.**2.5. J'ai vu pour la dernière fois les chèques de voyage disparus**

à (lieu) _____

pays _____

le (date) _____

à (heure) _____

2.6. Je les ai perdus/ils m'ont ont été volés

à (lieu) _____

pays _____

le (date) _____

à (heure) _____

2.7. Récit détaillé des circonstances

2.8. J'ai annoncé la perte
(prière de compléter et de cocher ce qui convient)

le (date) _____

☐ par écrit ☐ par câble/télex☐ en personne ☐ par téléphone☐ auprès du Swiss Bankers Travellers
Cheque Centre, Berne☐ Police à (lieu) _____☐ autre place _____**2.9. Autres objets ayant disparu en même temps****2.10. Avez-vous déjà perdu des chèques de voyage?** ☐ Oui ☐ Non**2.11. Si oui: quand?**
lesquels? _____**3. Renseignements sur l'achat des chèques de voyage**

J'ai acheté les chèques de voyage disparus

le (date) _____

chez (agent vendeur) _____

à (lieu) _____

4. Remboursement

(prière de compléter et de cocher ce qui convient)

A la suite de cette perte,

4.1. ☐ j'ai déjà reçu de

un dédommagement partiel de

Fr. _____

en date du _____

4.2. ☐ je n'ai encore reçu aucun dédommagement.

Please provide replacement for this loss by

4.3. ☐ issue of new travellers cheques to me

at

in

(Please indicate name and address of selling agent where you wish to acquire the replacement cheques)

4.4. ☐ transfer of the nominal value to my personal account (see section 1.5.).

Bank account-No.

Post office
account book number

4.5. ☐ following these additional instructions:

5. Declaration

I declare that

5.1. I am the sole and exclusive owner of the missing travellers cheques;

5.2. each travellers cheque reported by me as missing has been signed by me in my proper and customary signature once only in the lower middle part of the cheque (space marked: «signature»). The travellers cheques have not been countersigned by me in the upper left part (space marked: «countersignature») nor elsewhere on the cheques;

5.3. any countersignature appearing on the said cheques purporting to be my signature is a forgery;

5.4. I have neither sold, pledged, made a present of, or voluntarily given away any of the missing cheques, nor lost them by gambling or betting, nor given them to any party as security or in anyway handled them in an irresponsible manner. Also, the cheques have not been seized by the authorities.

I undertake to

5.5. invalidate immediately any of the cheques reported as missing should they reappear and to hand them in to the Swiss Bankers Travellers Cheque Centre, a Thomas Cook office or any other selling agent.

I declare that

5.6. all my statements are true and correct to the best of my knowledge and belief. If found to be incorrect, my claim automatically becomes null and void. In this event I will reimburse the Swiss Bankers Travellers Cheque Centre for any travellers cheque which may have been or may thereafter be cashed by them;

5.7. the issuer has the right to take the measures deemed appropriate by him in investigating the loss and to check the information given by me as well as to transmit to the persons entitled to it.

6. Any disputes concerning this refund application form will be settled before the competent Berne Court of Law.

7. Place and date

Signature of applicant

Bitte ersetzen Sie mir die abhanden gekommenen Reisechecks durch

4.3. ☐ neue Reisechecks

bei

in

(Bitte nennen Sie uns Namen und Adresse der Verkaufsstelle, bei der Sie die Ersatz-Checks beziehen wollen)

4.4. ☐ Überweisung des Nominalwertes auf mein persönliches Konto (siehe Ziff. 1.5.).

Bankkto.-Nr.

PC-Kto.-Nr.

4.5. ☐ Weitere Instruktionen:

5. Erklärung

Ich bestätige,

5.1. dass ich der alleinige und ausschliessliche Eigentümer der vermissten Reisechecks bin;

5.2. dass ich die von mir als vermisst gemeldeten Reisechecks nur einmal in der Mitte unten (Zeile: «Unterschrift») unterzeichnet habe, und zwar in der mir eigenen, üblichen Art. Die Reisechecks wurden von mir weder oben links (Zeile: «Gegenzeichnung») noch an anderer Stelle gegengezeichnet;

5.3. dass eine eventuelle auf dem Reisecheck erscheinende Gegenunterschrift als Fälschung angesehen werden muss;

5.4. dass ich keinen der vermissten Reisechecks verkauft, verpfändet, verschenkt, freiwillig weggegeben, bei Spiel oder Wette verloren, als Sicherstellung ausgehändigt oder leichtsinnig aufbewahrt habe. Auch wurden diese Checks nicht von den Behörden beschlagnahmt.

Ich verpflichte mich,

5.5. jeden als vermisst gemeldeten Reisecheck sofort zu entwerten und der Zentralstelle in Bern, einem Thomas-Cook-Büro oder einer anderen Verkaufsstelle zurückzugeben, falls er wieder zum Vorschein kommen sollte.

Ich erkläre,

5.6. dass alle meine Angaben wahr und korrekt sind und nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben worden sind. Sollte sich herausstellen, dass sie nicht den Tatsachen entsprechen, erlischt mein Anspruch auf Ersatzleistung automatisch. In einem solchen Falle werde ich der Zentralstelle jeden Reisecheck zurückvergüten, den sie bereits eingelöst hat oder in Zukunft einlösen wird;

5.7. dass ich dem Emittenten das Recht einräume, bei der Abklärung des Verlustherganges die ihm angemessen erscheinenden Massnahmen zu ergreifen, die von mir gemachten Angaben zu überprüfen und an Berechtigte weiterzuleiten.

6. Für alle Streitigkeiten aus dem vorliegenden Rückerstattungsantrag gilt Bern als Gerichtsstand.

7. Ort und Datum

Unterschrift des Antragstellers

8. Name und Adresse der den Antrag entgegennehmenden Rückerstattungsstelle (bitte den offiziellen Firmenstempel verwenden):

Veuillez me dédommager des chèques de voyage disparus en

4.3. ☐ me fournissant de nouveaux chèques de voyage

auprès de

à

(Indiquez le nom et l'adresse de l'agent vendeur auprès duquel vous désirez retirer les chèques de remplacement)

4.4. ☐ me virant la valeur nominale sur mon compte personnel (voir chiffre 1.5.).

No de compte en banque

Compte de chèques postaux

4.5. ☐ Autres instructions:

5. Déclaration

Je certifie

5.1. être le propriétaire unique et exclusif des chèques de voyage disparus;

5.2. n'avoir apposé ma signature habituelle qu'une seule fois au bas (rubrique: «signature») sur les chèques de voyage dont j'annonce la perte. Je n'ai contresigné les chèques de voyage ni en haut à gauche (ligne: «contresignature») ni à un autre endroit;

5.3. que toute contresignature qui pourrait figurer sur le chèque de voyage doit être considérée comme une contrefaçon;

5.4. ne pas avoir vendu, ni mis en gage, donné en cadeau, cédé librement, perdu à la suite d'un jeu ou d'un pari ou remis en garantie aucun des chèques de voyage disparus, ni manqué d'en prendre soin. Les chèques n'ont pas été confisqués par les autorités.

Je m'engage

5.5. à annuler et à restituer à l'office central à Berne, à un bureau de Thomas Cook ou à quelque autre agent-vendeur tout chèque de voyage dont j'ai annoncé la disparition et que je retrouverais.

J'affirme

5.6. que tous les renseignements que j'ai donnés sont exacts et véridiques et qu'ils ont été fournis de bonne foi. Au cas où ils ne devraient pas concorder avec les faits, mon droit à réparation s'éteindrait automatiquement. Dans un tel cas, je rembourserais à l'office central tout chèque de voyage qu'il aurait déjà payé ou qu'il pourrait payer par la suite;

5.7. que l'émetteur a le droit de prendre – au cours des recherches sur les détails de la perte – les mesures qui lui semblent convenables et nécessaires et de vérifier et transmettre les informations fournies par moi-même aux ayants-droit.

6. Pour toutes disputes concernant cette demande de remboursement, le for juridique est Berne.

7. Lieu et date

Signature du requérant

8. Nom et adresse de l'office de remboursement qui reçoit la demande (prière d'apposer le timbre officiel de l'établissement):

LEBENS LAUF

Ich wurde am 20. März 1959 als Bürger von Alt St. Johann (SG) in Zürich geboren. Hier besuchte ich auch die Primarschule. Nach dem Besuch der Sekundarschule in Oberengstringen trat ich im Frühjahr 1975 ins Wirtschaftsgymnasium Zürich-Freudenberg ein. Die Mittelschulausbildung schloss ich im Herbst 1979 mit der Matura Typ E ab und immatrikulierte mich darauf an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Am 19. Juli 1984 erwarb ich das Lizentiat. Im Dezember 1984 trat ich eine Assistententstelle bei Herrn Prof. Dr. A. Meier-Hayoz an.

